



121. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 2. April 2009

Mitteilungen der Präsidentin 13995

Änderung der Tagesordnung..... 13995

2 Anwachsen des Rechtsextremismus muss entschlossen und wirksam bekämpft werden!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8926..... 13995

Thomas Kutschaty (SPD) 13995
Theo Kruse (CDU) 13996
Horst Engel (FDP) 13998
Monika Düker (GRÜNE) 13999
Minister Dr. Ingo Wolf..... 14001
Dr. Karsten Rudolph (SPD) 14002
Ilka von Boeselager (CDU) 14003
Dr. Robert Orth (FDP) 14004
Monika Düker (GRÜNE) 14005
Rüdiger Sagel (fraktionslos) 14005
Edgar Moron (SPD) 14006
Werner Jostmeier (CDU) 14007

3 Starke Industrien in den globalen Märkten von morgen: Nordrhein-Westfalen stellt sich im Wettbewerb der Regionalen Wirtschaftsräume auf

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8882

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8936

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8944

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8951..... 14009

Oliver Wittke (CDU)..... 14009
Dietmar Brockes (FDP) 14010
Michael Groschek (SPD) 14011
Reiner Priggen (GRÜNE) 14013
Ministerin Christa Thoben 14014
Thomas Eiskirch (SPD)..... 14016
Christian Weisbrich (CDU)..... 14017
Holger Ellerbrock (FDP)..... 14019
Andrea Asch (GRÜNE)..... 14020

Ergebnis 14021

4 Einsturzkatastrophe in Köln: Landesregierung muss gegen organisierte Verantwortungslosigkeit beim U-Bahn-Bau vorgehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8875..... 14022

Horst Becker (GRÜNE)..... 14022
Heinz Sahnen (CDU) 14023
Bodo Wißen (SPD)..... 14024
Horst Engel (FDP)..... 14025
Minister Lutz Lienenkämper..... 14026
Martin Börschel (SPD) 14028
Jürgen Hollstein (CDU) 14030
Andrea Asch (GRÜNE) 14031
Horst Engel (FDP) 14032

Ergebnis 14032

5 Sonderpädagogische Förderung: Benachteiligung abbauen, Integration ausbauen, Inklusion verwirklichen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8879..... 14032

Petra Schneppe (SPD)	14033
Marie-Theres Kastner (CDU).....	14034
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)	14036
Sigrid Beer (GRÜNE).....	14038
Ministerin Barbara Sommer.....	14039
Renate Hendricks (SPD)	14041
Marie-Theres Kastner (CDU).....	14043
Ergebnis	14044

6 Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulausbaugesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8290	
Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/8935	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie Drucksache 14/8895	
zweite Lesung	14044
Dr. Michael Brinkmeier (CDU)	14044
Karl Schultheis (SPD)	14045
Christian Lindner (FDP)	14046
Ewald Groth (GRÜNE).....	14048
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	14049
Heike Gebhard (SPD)	14052
Ewald Groth (GRÜNE).....	14053
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	14054
Ergebnis	14055

7 Frühe Bildung für alle

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/8880.....	14055
Elisabeth Veldhues (SPD)	14055
Marie-Theres Kastner (CDU).....	14057
Christian Lindner (FDP)	14058
Andrea Asch (GRÜNE).....	14059
Minister Armin Laschet	14061
Britta Altenkamp (SPD).....	14064
Ergebnis	14065

8 Menschenwürde im Strafvollzug sichern – Haftvermeidung ausbauen – Entschädigung angemessen gestalten

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/8870.....	14065
Monika Düker (GRÜNE)	14065
Harald Giebels (CDU)	14066
Thomas Stotko (SPD)	14067
Dr. Robert Orth (FDP)	14068
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter	14069

Ergebnis	14070
----------------	-------

9 Hochschulen müssen ausbilden

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/8077	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie Drucksache 14/8896.....	14071
Iris Preuß-Buchholz (SPD)	14071
Dr. Stefan Berger (CDU).....	14072
Christian Lindner (FDP)	14072
Ewald Groth (GRÜNE).....	14073
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	14074
Ewald Groth (GRÜNE).....	14075
Ergebnis	14076

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB XII)

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8861	
erste Lesung	14076
Minister Karl-Josef Laumann	14076
Ergebnis	14077

11 Was tut die Landesregierung für Lesben und Schwule?

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/8871.....	14077
---	-------

Andrea Asch (GRÜNE)	14077
Marc Ratajczak (CDU)	14078
Ingrid Hack (SPD)	14080
Christian Lindner (FDP)	14082
Minister Armin Laschet	14083

Ergebnis	14084
----------------	-------

Nächste Sitzung	14084
------------------------------	-------

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers
(11:30 bis 14:30 Uhr und ab 16:00 Uhr)
Minister Armin Laschet
(bis 13:00 Uhr)
Minister Karl-Josef Laumann
(ab 17:45 Uhr)

Peter Brakelmann (CDU)
(bis 11:00 Uhr)
Hubertus Fehring (CDU)
Peter Kaiser (CDU)
(ab 17:00 Uhr)
Franz-Josef Knieps (CDU)
Karl Kress (CDU)
Andrea Milz (CDU)
Norbert Post (CDU)
Hubert Schulte (CDU)
Bernhard Tenhumberg (CDU)
Maria Westerhorstmann (CDU)

Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)
Marc Jan Eumann (SPD)
Stephan Gatter (SPD)
Hubertus Kramer (SPD)
(ab 15:30 Uhr)
Wolfgang Röken (SPD)
André Stinka (SPD)
Peter Weckmann (SPD)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, 121. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **19 Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung darf ich Ihnen mitteilen, dass die Fraktionen sich darauf verständigt haben, den heute als **TOP 1** vorgesehenen Wahlvorschlag zur Neuwahl und Vereidigung stellvertretender Wahlmitglieder des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen **von der Tagesordnung abzusetzen**. Wenn es keine Einwände gibt, verfahren wir so.

Wir treten in die Beratung der ansonsten unveränderten **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

2 Anwachsen des Rechtsextremismus muss entschlossen und wirksam bekämpft werden!

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8926

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 30. März 2009 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion Herrn Kutschaty das Wort. Bitte schön.

Thomas Kutschaty (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir haben als SPD-Fraktion diesen Tagesordnungspunkt beantragt, weil die Vorlage des Verfassungsschutzberichts uns sehr in Sorge versetzt hat, was die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten und die Entwicklung in diesem Bereich anbelangt.

So ist die rechte Kriminalität im letzten Jahr um mehr als 11 % gestiegen, die Gewaltkriminalität von Rechten sogar um über 25 %. Wir haben deutlich mehr Körperverletzungen zu registrieren, und bei 3.349 Delikten – jeden Tag zehn rechtsextreme Straftaten in Nordrhein-Westfalen – stehen diesen Delikten im Jahre 2008 nur 256 ermittelte Tatverdächtige gegenüber. Die Mehrheit davon – zwei Drittel – sind Jugendliche und Heranwachsende.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung ist nicht neu. Seit 2001 beobachten wir stetig steigende Zahlen im rechtsextremistischen Gewaltspektrum, und auch gerade das ist besonders besorgniserregend.

Aber, was sagen uns die Zahlen, was sind das für Phänomene? Insbesondere müssen wir uns hier ja auch die Frage stellen lassen: Was können wir dagegen tun, was müssen wir sogar dagegen tun? Drei Besonderheiten möchte ich erwähnen, die beim derzeitigen Stand und bei der Auswertung des Verfassungsschutzberichts aufgefallen sind:

Die erste Besonderheit ist die deutliche Zunahme der Gewaltbereitschaft unter Rechten. Die Zunahme der Körperverletzungen deutet darauf hin, dass die bisherige Strategie der rechten Parteien, bürgerlicher aufzutreten, bei einem Großteil der Anhängerschaft so nicht akzeptiert wird, insbesondere bei Jugendlichen nicht, die sich in freien Kameradschaften und sogenannten autonomen Nationalisten zusammentun, auf die Straße gehen und rumprügeln.

Die Konfrontation mit dem politischen Gegner wird nicht mehr verbal, sondern ausschließlich gewalttätig gesucht. Hier hat sich gerade die Anzahl der Gewaltdelikte mit über 33 % deutlich erhöht. Aber ich sage auch: Wer, politisch motiviert, prügelnd durch die Straßen rennt, der hat die Grenzen zur Toleranz weit überschritten, und er muss auch mit strafrechtlichen Konsequenzen jeder Art rechnen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das zweite Problem, das wir haben, ist die doch alltägliche Präsenz des Rechtsextremismus in unserem Leben. Die größte Gefahr ist, glaube ich, die schleichende Normalisierung rechtsextremer Gedanken. Wir haben einer relativ jungen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung entnehmen können, dass 3,7 % der deutschen Bevölkerung, repräsentativ befragt, die Diktatur für eine akzeptable Staatsform halten. 15 % der deutschen Bevölkerung haben einen nationalen Überlegenheitsanspruch. 9 % denken antisemitisch, und 21,2 % haben ausländerfeindliches Gedankengut.

An diesen Ergebnissen lässt sich ablesen, dass Einstellungen, aus denen sich rechtes Denken und Handeln entwickeln kann, bei einem besorgniserregend hohen Anteil der deutschen Bevölkerung vorhanden ist. Über 20 % haben Vorurteile gegenüber Menschen anderer Kultur, 15 % fühlen sich als etwas Besseres, nur weil sie deutsche Eltern haben.

Nach diesen Untersuchungen finden wir rechtsextrêmes Gedankengut in allen Bereichen. Das ist kein ostdeutsches Problem allein, das ist hier im Westen genauso vorhanden. Das ist bei Frauen wie bei Männern vorhanden, bei Jungen und bei Alten, bei Kirchenmitgliedern und Gewerkschaftsmitgliedern. Das ist kein Randproblem, um das wir uns

nicht zu kümmern brauchen, das Problem ist genau in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen.

Die dritte Auffälligkeit – das hat der Innenminister bei der Vorstellung seines Verfassungsschutzberichtes mitgeteilt –: Rechtsextreme Parteien kommunalisieren sich, sie wollen in die Kommunalparlamente eintreten. Da haben Sie recht, das ist zutreffend. Es ist auch relativ leicht, Mandate und Sitze in kommunalen Parlamenten zu erlangen, entsprechend finanzielle Ausstattungen zu bekommen, um dann in kommunalen Parlamenten Propaganda machen zu können. Dieser Umstand erfüllt uns ebenfalls mit großer Sorge, insbesondere in diesem Zusammenhang die neu aufgetretene Bewegung „pro NRW“ – in Köln entstanden –, die jetzt auch landesweit bei Kommunalwahlen antreten will. Diese Organisation ist gerade deswegen so gefährlich, weil sie bieder und bürgerlich auftritt.

(Beifall von der SPD)

Die entscheidende Frage, liebe Kolleginnen und Kollegen, lautet: Was können wir tun, was müssen wir tun? Dazu gibt es keine Patentrezepte; das sage ich vorweg. Rechtsextremismus ist ein vielschichtiges Problem. Aber zunächst ist eines wichtig, das wir heute in dieser Debatte festhalten können: Rechtsextremismus hat – darüber sind wir, meine ich, einer Auffassung – hat in unserer Gesellschaft und Demokratie keinen Platz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber es gibt auch ganz einfache Mittel, mit denen wir etwas tun können. Rechtsextremistische Parteien haben ein relativ festes Stammwählerpotenzial. Das heißt, bei niedrigen Wahlbeteiligungen sind proportional die Ergebnisse und die Chancen rechtsextremer Parteien, Sitze in Stadträten zu bekommen, viel leichter und viel einfacher zu erreichen. So kann es doch nur Aufgabe eines jeden Demokraten sein – unabhängig von diesem Thema –, die Wahlbeteiligung möglichst hochzukriegen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Innenminister, gerade vor diesem Aspekt bitte ich Sie, ernsthaft darüber nachzudenken, ob der Kommunalwahltermin richtig platziert ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Der zweite Bereich: Es wird immer wieder viel von Verboten gesprochen. Ich weiß, mit Verboten kann man rechtsextremes Gedankengut nicht aus den Köpfen der Menschen herausbekommen. Aber Verbote behindern doch erheblich die Aktivitäten von Vereinen, Organisationen und Parteien, und sie zeigen die Ächtung dieser Organisationen durch die Gesellschaft. Es kann nicht sein, dass derzeit Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit durch Steuergelder mitfinanziert werden. Ich halte das nicht nur für ein falsches Verständnis von Parteien- und Vereinsprivilegien, sondern auch für einen Skandal.

(Beifall von der SPD)

Müssen wir denn diejenigen, die unsere Demokratie abschaffen wollen, auch noch mit Steuermitteln finanzieren? Das muss nicht sein. Ich danke ausdrücklich dem Bundesinnenminister Schäuble, dass er jetzt nach langem Verfahren den Verein HDJ endlich verboten hat; wir haben das bereits im letzten Jahr hier gefordert.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, die wichtigste Aufgabe ist, das rechtsextreme Gedankengut aus den Köpfen der Menschen herauszubekommen. Dazu nur noch der eine oder andere Aspekt:

Wir müssen dem Fach Politik und Demokratie wieder mehr Stellenwert in der Schule geben.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen eine vernünftige politische Bildungsarbeit, und die müssen wir mit ausreichend Mitteln versorgen. Die Landeszentrale für politische Bildung muss besser ausgestattet werden; sie macht gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen.

Und, Herr Innenminister, drehen Sie den Kommunen bitte nicht die Luft ab! Sie brauchen finanzielle Mittel, um vernünftige Jugendarbeit vor Ort machen zu können. Auch das ist eine wirksame Maßnahme.

(Beifall von der SPD)

Schließlich, meine Damen und Herren, brauchen wir Zivilcourage und eine Kultur des Hinsehens in unserer Gesellschaft.

(Zustimmung von Hans-Theodor Peschkes [SPD])

Wir haben zahlreiche Organisationen in Nordrhein-Westfalen, die sich mit diesem Thema sehr engagiert in runden Tischen vor Ort beschäftigen und Gegenstrategien entwickeln. Ihnen gebührt unser besonderer Dank.

(Zustimmung von der SPD)

Meine Damen und Herren, abschließend – darüber sind wir uns, meine ich, einig –: Rechtsextremismus gefährdet unsere Demokratie. Lassen Sie uns das Thema nach der heutigen Debatte bitte nicht wieder in die Schublade legen, bis der nächste Verfassungsschutzbericht kommt, lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten! Unsere Demokratie muss es uns wert sein. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kutschaty. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Kollege Kruse.

Theo Kruse (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Extremistischen Bestre-

bungen ist die Zielrichtung gemein, Verfassungsprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung beseitigen zu wollen. Alle extremistischen Bestrebungen zielen auf Gesellschaften, in denen die Würde des Menschen systematisch missachtet wird. Ich glaube und hoffe, wir sind uns darin einig, dass menschenverachtende Vorurteile, Rassismus, Fremdenhass, Antisemitismus, Gewalt und Extremismus, ob von rechts oder von links, in unserer Gesellschaft keine Chance haben dürfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP und CDU haben das in einem gemeinsamen Antrag vom 17. Dezember 2007 – Drucksache 14/5832 – verdeutlicht. Ja, wir leben, meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer streitbaren, wehrhaften, abwehrbereiten und auch in einer wachsenden Demokratie. Auch die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes hat dies in den letzten Jahren mehrfach verdeutlicht.

Das notwendige, nach sorgfältiger Prüfung erfolgte Verbot des Vereins „Heimatreue Deutsche Jugend“ durch unseren Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist hierfür ein klarer und eindrucksvoller Beleg; der Kollege Kutschat hat das bereits angesprochen.

In unserem freiheitlichen Rechtsstaat ist ein präventiver Verfassungsschutz ebenso wichtig wie ein repressiver Demokratieschutz. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir leben in einer jungen, aber gefestigten Demokratie, in der jährliche Verfassungsschutzberichte selbstverständlich geworden sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang unserem Innenminister Ingo Wolf dafür danken, dass er bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts für das Jahr 2008 verdeutlicht hat, dass für unsere Landesregierung, dass für CDU und FDP sowohl intensive Aufklärungsarbeit als auch konsequente Strafverfolgung bei der Bekämpfung des Extremismus auf der Tagesordnung bleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen weiterhin auf die jugendgerechte Aufklärung von Schülern und Jugendlichen. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass die landesweite Aufklärung und Sensibilisierung lokal fortgesetzt und intensiviert werden muss, wenn sie langfristig erfolgreich sein soll. Es darf in Deutschland, es darf in Nordrhein-Westfalen keine Landstriche, kein Stadtviertel und auch keine Plätze geben, in denen Extremisten das Sagen haben. Recht und Freiheit dürfen Unrecht und Willkür nirgendwo weichen. Dafür müssen und wollen wir Sorge tragen.

Dabei kämpfen wir nicht gegen Rechts, sondern gegen den Rechtsextremismus. Wir kämpfen nicht gegen Links, sondern gegen den Linksextremismus. Wir kämpfen nicht gegen den Islam, sondern gegen den Islamismus.

(Beifall von CDU und FDP)

Die CDU duldet keine Zusammenarbeit mit Extremisten, denn der Kampf gegen den Extremismus wird scheitern, wenn sich Demokraten im Kampf gegen extremistische Gruppierungen mit anderen Richtungen verbünden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die wehrhafte Demokratie braucht verantwortungsvolle Parteien, die sich nicht aus Machtinteresse mit den Feinden der Demokratie einlassen. Die Demokratie braucht aber auch verantwortungsbewusste Parteien und Politiker, die Themen nicht deshalb tabuisieren, weil sie von den Extremisten benutzt und missbraucht werden könnten.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Nicht nur der Rechts-, sondern auch der Linksextremismus sowie der fundamentale Islamismus müssen entschlossen und wirksam bekämpft werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich erwarte von der Antragstellerin, von Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, dass Sie eine klare und eindeutige Distanzierung und Abgrenzung zur Linken vornehmen. Denn die Linke in Nordrhein-Westfalen – und nicht nur da – ist ein Sammelbecken für Linksextremisten. Bei ihr finden sich große Teile des linksextremistischen Lagers, die außerhalb der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Frechheit!)

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutzbericht offenbart die extreme Gesinnung der Linkspartei. Deswegen ist ein eindeutiges Bekenntnis der SPD gegen eine Zusammenarbeit mit der Linken dringend notwendig.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wichtiger als die Frage, wogegen man ist, ist die Frage, wofür man steht. Die beste Prävention gegen extremistische Ideologien ist die Stärkung der Demokratie und der christlich geprägten Werteordnung. Deshalb müssen wir die schulische Bildung, die politische Bildung und die gesellschaftliche Aufklärung über alle Formen des Extremismus verstärken.

Eine andere Klammer extremistischer Organisationen bildet heute die Agitation gegen die soziale Marktwirtschaft. Umso wichtiger wird es deswegen sein, dass zum Beispiel in der Lehrerbildung und in den Schulen auch das Wissen über die gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenhänge, die diese freiheitliche Demokratie prägen, vermittelt wird. Dafür werden wir uns einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, dass sich das Grundgesetz in der Geschichte

unseres Landes im Kampf gegen den Extremismus bewährt hat. Wir verteidigen unseren freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat deshalb gegen jeglichen Versuch, seine tragenden Säulen zu zerstören. – Ich bedanke mich sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kruse. – Für die FDP-Fraktion spricht der Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Allen Demokratinnen und Demokraten in diesem Land muss es ein dringendes Anliegen sein, Rechtsextremismus, egal in welcher Form, mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen.

Wer öffentlich ausländerfeindliche oder antisemitische Parolen skandiert, wer zu ausländerfeindlichen Straftaten aufruft oder diese begeht, wer menschenverachtendes Liedgut konsumiert und die Schattenseiten unserer deutschen Geschichte leugnet, oder wer sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung und das friedliche Zusammenleben der Völker wendet, auf den muss der Staat ein sehr, sehr wachsames Auge haben. Er gehört vom Verfassungsschutz überwacht. Vereinigungen, die dieses Gedankengut verbreiten, gehören bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen verboten.

Ein Überschreiten der geltenden Gesetze durch fremdenfeindliche, antisemitische oder rassistische Straftaten muss konsequent geahndet und bestraft werden. Das Verbot des rechtsextremistischen Vereins „Heimatreue Deutsche Jugend“ – abgekürzt HDJ –, das der Bundesinnenminister am Dienstag ausgesprochen hat, werten wir als ein richtiges Signal.

Aber nicht nur das Auftreten offen fremdenfeindlicher und gewaltbereiter Neonazis und autonomer Nationalisten stellt eine Bewährungsprobe für den Rechtsstaat und für alle demokratischen Kräfte dar. Verachtenswerte Gesinnung und Ideologie werden umso gefährlicher, wenn sie in Parolen modern verpackt und auf aktuelle Ereignisse wie zum Beispiel den Bau von Moscheen zugeschnitten werden.

Wenn sich rechte Akteure in ihrem Auftreten vermeintlich bürgerlich geben, wenn diese Personen eine kommunalpolitische Verankerung und ideologische Bühne anstreben, etwa getarnt unter dem harmlos klingenden Namen „pro Köln“ oder landesweit als „pro NRW“, dann muss dieser Entwicklung durch massiven Widerstand aller Demokraten in unserem Land mit allen demokratischen Mitteln entgegengetreten werden.

Die Ursachen für Rechtsextremismus sind vielfältig. Wir als Politiker müssen Bürgerängste von Alt und Jung gegen neue Herausforderungen und Veränderungen auf der Welt in Europa und in den Kommunen ernst nehmen. Wir müssen auf Probleme der Gegenwart Antworten geben. Wir dürfen nicht zu lassen, dass sich Wähler mit ihren Anliegen an extremistische Randgruppen wenden und zu Protestwählern werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Rechtsextremisten in der Bevölkerung Stimmung gegen Menschen machen, weil sie vermeintlich anders aussehen, anders denken oder anders leben.

Das ist uns Freien Demokraten ein besonderes Anliegen. Dafür stehen wir mit unserem Namen: freiheitlich und demokratisch.

Besonders bei jugendlichen Rechten spielt die soziale Perspektive eine wesentliche Rolle. Gefühlte Ungerechtigkeiten oder Perspektivlosigkeit, Angst vor Veränderungen und vor neuen Herausforderungen macht Menschen leider anfällig für extreme Ansichten.

Man sollte meinen, der Holocaust sei den meisten Deutschen ein Begriff. Aber leider ist das Gegenteil der Fall, insbesondere bei jungen Leuten. Das Meinungsforschungsinstitut Emnid hat für „Die Zeit“ Jugendliche befragt – mit einem erschreckenden Ergebnis: 65,4 % der befragten 14- bis 18-Jährigen war der Begriff Holocaust unbekannt. Dagegen müssen wir gemeinsam etwas tun.

Besonders bei jugendlichen Rechten spielt die soziale Perspektive eine wesentliche Rolle. Gefühlte Ungerechtigkeiten oder Perspektivlosigkeit, Angst vor Veränderungen und neuen Herausforderungen machen einige junge Menschen leider anfällig für extreme Ansichten.

Aufklärung und Bildung sind ein wichtiger Schlüssel, um solche Tendenzen zu vermeiden. Denn vor allem helle Köpfe machen es dunklen Gedanken schwer. Wer gefestigt in der Mitte der Gesellschaft einen Platz hat, der begibt sich deutlich seltener an die Ränder. Jeder ist Ausländer, fast überall – gerade in einem vereinten Europa und in einer globalisierten Welt gilt dieses Motto. Das vergessen manche Menschen. Deshalb ist es richtig, wenn Innenminister Ingo Wolf in der Kriminalstatistik bei Deutschen nicht ihre vorangegangene Migrationsgeschichte erfassen will. Das bringt keinen Erkenntnisgewinn. So etwas spaltet und schürt nur Vorurteile.

Der Schutz unserer Verfassung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Einbahnstraße. Aufgabe des Staates und seiner Verfassungsschutzbehörden ist es, alle Bestrebungen, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker richten,

konsequent aufzudecken und dann konsequent und adäquat darauf zu reagieren.

Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens und des Bemerkens, weg von der Unkultur des Wegsehens. Dem Anstieg von rechtsextremistischen Straftaten sowie der durch Linksextreme verübten Kriminalität müssen wir vorbeugende Konzepte und konsequente Verfolgung sowie Ahndung entgegensetzen. Das gilt für Gefahren von rechts genauso wie für Extremisten von links außen, Ausländerextremismus oder Islamismus. Die Verfassung muss geschützt werden, egal ob sie von links oder von rechts angegriffen wird.

Im nordrhein-westfälischen Parlament war immer gemeinsame Überzeugung: Es darf keine Zusammenarbeit mit verfassungsfeindlichen Kräften geben. Dieser Grundkonsens, der die demokratische politische Kultur in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte ganz wesentlich ausgemacht hat, ist von SPD und Grünen aufgekündigt worden. Herr Kutschaty, ich hätte gerne etwas von Ihnen, was das Verhältnis zu den Linken angeht, gehört.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Erzählen Sie mal, was Möllemann getrieben hat!)

Das Aufeinandertreffen unterschiedlich politisch ausgerichteter Gruppen bei Demonstrationen hat 2008 die Entwicklung der politisch motivierten Kriminalität in NRW geprägt. Wenn extremistische Gruppen bei Demonstrationen die von der Verfassung zugestandene Versammlungsfreiheit missachten, indem sie das Gebot der Friedlichkeit ignorieren, stellt das den demokratischen Rechtsstaat auf die Probe. Dass Demonstrationen von Extremisten für gezielte gewaltsame politische Konfrontation missbraucht und Polizisten vermehrt angegriffen werden, darf unsere Gesellschaft nicht dulden.

Insbesondere die Bereitschaftspolizei mit ihren ergänzenden Kräften, aber auch die Polizeibeamten draußen vor Ort leisten hier in einer meist emotional aufgeheizten Situation eine besonders schwierige und wertvolle Arbeit. Es müssen oft sehr schnell Entscheidungen getroffen und Mittel eingesetzt werden, die dem Verfassungsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Für diese Arbeit verdient unsere Polizei hohen Respekt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Verfassungsfeinden müssen wir energisch entgegentreten. Die Freie Demokratische Partei steht dabei in der ersten Reihe – Ich hatte das bereits gesagt –, und zwar mit unserem Namen: freiheitlich und demokratisch. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Engel. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Verfassungsschutzbericht 2008 möchte ich mit einer persönlichen Anmerkung beginnen. Es ist der letzte Verfassungsschutzbericht, der in der Verantwortung unseres Leiters der Abteilung Verfassungsschutz, Dr. Möller, vorgelegt worden ist. Ich möchte an dieser Stelle Herrn Dr. Möller für seine langjährige Arbeit für das Land Nordrhein-Westfalen noch einmal ausdrücklich danken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich habe ihn jetzt hier im Parlament das neunte Jahr erlebt. Er hat sich aus meiner Sicht gerade in den Bereichen Prävention und Kampf gegen Rechtsextremismus nicht beirren lassen und die Themen auch immer wieder benannt. Gerade im Bereich Prävention hat Nordrhein-Westfalen unter seiner Leitung beim Verfassungsschutz Großartiges geleistet. Ich denke, dafür gebührt ihm ein Dank des Hauses.

(Beifall von GRÜNEN, SPD und CDU)

Nun zum Thema: Wir schauen wieder einmal in den Verfassungsschutzbericht und stellen fest: Drei Viertel der bekanntgewordenen registrierten Straftaten sind dem Bereich Rechtsextremismus zuzuordnen. Wieder einmal haben wir eine Steigerungsrate bei den Gewaltdelikten. Kollege Kutschaty hat es angesprochen. Und nicht nur das: Seitdem dieser Bereich unter diesen Kriterien so registriert wird, nämlich seit dem Jahr 2001, sind die 186 registrierten Gewaltdelikte mit Abstand der höchste Stand seit 2001.

Das ist Anlass zur Sorge. Deswegen finde ich es richtig, Herr Kutschaty, dass dies hier im Parlament diskutiert wird. Diese hohen Zahlen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind auch einem erhöhten und veränderten Anzeigeverhalten geschuldet. Das ist gut und richtig.

Wir wissen aber auch, dass sich die Szene verändert: Insbesondere bei den sogenannten autonomen Nationalisten wird die rechte Szene gewaltbereiter, die eine niedrigere Gewaltschwelle haben. Besonders besorgniserregend finde ich das Phänomen, dass die Abgrenzung der rechtsextremistischen Parteien wie zum Beispiel der NPD zu diesen gewaltbereiten Neonazis aufgegeben wird. Ein Beispiel dafür ist die Kandidatur von Axel Reitz als Landratskandidat für die NPD im Rhein-Erft-Kreis, einem wegen Volksverhetzung verurteilten, bekennenden Neonazi.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist ein neues Phänomen, das uns alle sorgen sollte. Die Aktivitäten des organisierten Rechtsextremismus im Parteienspektrum – NPD, „pro NRW“, Republikaner etc. – im Vorfeld der Kommunalwahlen müssen uns aufhorchen lassen. Herr Minister, deshalb reicht es nicht aus, Berichte vorzulegen und aufzuzeigen, was passiert, auch wenn das gut und richtig ist. Es

reicht aber auch nicht aus, liebe Kolleginnen und Kollegen, uns – wie jedes Jahr – hier im Landtag mal wieder kollektiv zu sorgen, auch wenn das ebenso richtig und gut ist. Alle Demokratinnen und Demokraten müssen sich mit diesem Phänomen auseinandersetzen.

Aus meiner Sicht müssen wir aber noch mehr tun, um im Vorfeld der Kommunalwahlen die Debatten über unsere Fraktionen, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort in die Kommunen hineinzutragen. Herr Minister, auch Sie sind dazu aufgefordert zu informieren und die Menschen aufzuklären, wenn die NPD Listen herumgehen lässt, um Unterschriften für eine Kandidatur zu sammeln, und ihnen zu sagen, wofür sie ihre Stimme geben und ihr Kreuz machen, was sich hinter diesen Biedermännern versteckt. Das sind diese Axel Reitz', das sind die Neonazis. Das sind gewaltbereite Schläger und Neonazis. Darüber müssen wir vor Ort noch viel mehr diskutieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr Öffentlichkeitsarbeit und müssen die zivilgesellschaftlichen Netzwerke politisch noch mehr unterstützen. Meine Damen und Herren, am Wochenende wird in Stolberg eine große Demonstration gegen Neonazis stattfinden. Der Bürgermeister wird an der Spitze gehen. Der gesamte Ort, alle Vereine, alle Verbände sind auf der Straße, um ein Zeichen zu setzen. Diese Bündnisse verdienen unsere volle Unterstützung und müssen weiter gefördert werden.

(Beifall von GRÜNEN und Hubert Kleff [CDU])

Wir haben dazu im Haushalt einen Projektmittelantrag gestellt. Man kann dieses Engagement nicht bezahlen, das ist völlig klar. Aber man kann so etwas mit ein paar Projektmitteln unterstützen. Leider hat das keine Mehrheit gefunden.

Wir brauchen vor Ort interfraktionelle Ratsbeschlüsse. Solche Beschlüsse dürfen nicht am Klein-Klein – wenn rechts, dann im selben Atemzug auch links – scheitern, Herr Kruse.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir brauchen Bündnisse vor Ort. Die Räte müssen sagen: Keine Stimme den Extremisten bei der Kommunalwahl! Das müssen alle demokratischen Parteien ihren Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sagen. Das Land muss Informationskampagnen etc. machen.

Der sichtbare und organisierte Rechtsextremismus aus unserem Verfassungsschutzbericht ist nur ein Teil des Problems. Heinz Galinski hat einmal gesagt: Demokratie kann man keiner Gesellschaft aufzwingen. Sie ist auch kein Geschenk, das man ein für allemal in Besitz nehmen kann. Sie muss täglich erkämpft und verteidigt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie es um den Zustand unserer Demokratie bestellt ist, zeigen Umfragen in erschreckendem Ausmaß: Das Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld hat mit der Veröffentlichung der siebten Folge des jährlichen Reports „Deutsche Zustände“ – eine Langzeitstudie – einen Bezug von Benachteiligungsgefühlen und demokratiekritischen Einstellungen hergestellt. 76% der Befragten in Ostdeutschland und 75% der Befragten in Westdeutschland stimmen der Aussage zu, die demokratischen Parteien zerredeten alles, lösten aber die Probleme nicht. Nur 77% der Befragten in Ostdeutschland und 87% in Westdeutschland meinen, die Demokratie sei die beste Staatsform.

Angesichts solcher demokratiekritischer Einstellungen finden die Frager immer wieder eine enge Verbindung zu den Benachteiligungsgefühlen der Befragten. Diese Gruppe ist ebenso von Autoritarismus und Fremdenfeindlichkeit geprägt, die Verbindung zu rechtspopulistischen Einstellungen ist nahe.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier müssen bei uns Demokratinnen und Demokraten doch die Alarmglocken klingen. Wir müssen uns fragen, was Politik tun muss, um Einstellung zur Demokratie weiter zu fördern. Lieber Herr Kruse, angesichts dessen ist es doch nicht hilfreich, wenn Ihr Kollege Koch in Hessen Wahlkampf auf dem Rücken von Ausländern macht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Engel, ich will Ihnen auch ganz deutlich sagen: Das, was Herr Möllemann in früheren Jahren hier im Parlament im Bereich von Antisemitismus abgezogen hat, war auch nicht hilfreich, um der Bevölkerung klar zu zeigen: Politik und demokratische Parteien grenzen sich von Rechtspopulismus ab und haben die Aufgabe, Demokratie und die Einstellung zur Demokratie zu fördern.

(Beifall von den GRÜNEN – Ewald Groth [GRÜNE]: Gute Rede!)

Meine letzte Anmerkung! Das alles müssen wir vor allen Dingen in die Schulen bringen. Es geht in den Schulen nicht nur um Pauken, Lesen, Rechnen und Schreiben, um Kernkompetenzen und Turboabitur, und das alles möglichst unter Leistungsdruck und sehr schnell. Es geht vielmehr auch darum, sich für unsere Schülerinnen und Schüler Zeit zu nehmen, um Demokratie zu vermitteln, Partizipation und Teilhabe zu leben, Menschen nicht auszugrenzen, sondern mitzunehmen. Das ist Demokratie. Der Ungleichwertigkeitsideologie der Rechtsextremisten müssen wir den Schülerinnen und Schülern etwas entgegensetzen. In einer Demokratie hat jeder eine Chance, wird jeder mitgenommen. Jeder hat das Recht auf Teilhabe. – Diese demokratischen Werte müssen wir fördern.

Leider ist dafür in der Schule wenig Raum und Zeit. Die sollten wir uns nehmen. Das ist ein Punkt, der zur Prävention sehr viel mehr beiträgt als sehr viele Appelle, die wir im Landtag von uns geben. – Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Düker. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Namen der Landesregierung begrüße ich natürlich die parteiübergreifende Ablehnung des Extremismus von rechts wie von links. Es ist richtig, dass wir diese Debatte nicht zum parteipolitischen Zank nutzen, sondern uns dem Problem zuwenden.

Der Anstieg politisch motivierter Kriminalität wird von uns ernst genommen. Das ist überhaupt keine Frage. Es gibt insbesondere bei den registrierten rechten Gewaltstraftaten eine Steigerung, die natürlich besorgniserregend ist. Diese Steigerung hat aber auch – und das war der positive Teil Ihres Beitrags, Frau Düker – mit einer höheren Sensibilität und mit mehr Anzeigebereitschaft zu tun. Es ist ein gutes Zeichen, wenn Hakenkreuze und Hitlergrüße nicht hingenommen werden und solche Straftaten konsequenter als früher aufgedeckt und bekannt gemacht werden, meine Damen und Herren.

Die geringe Zahl der Anklagen und Verurteilungen, die die SPD beklagt hat, Herr Kutschaty, ist natürlich ein Ärgernis. Es ist allerdings auch ein Stück systemimmanent. Denn wenn Propagandadelikte 70 % ausmachen, dann können Sie sich vorstellen, dass die Täterermittlung häufig schwierig ist; das bedauern wir. Und dass 50 % der Verfahren eingestellt werden, ist natürlich kein schönes Ergebnis. Es wird aber alles getan, und ich denke, die Justiz tut ihr Bestes. Wenn Sie beispielsweise Schmierereien entdecken, aber den Täter nicht ermitteln können, dann bedauere ich das ebenso wie Sie.

Was die Gewaltdelikte anbetrifft, so verzeichnen wir einen hohen Stand; das ist zutreffend. Wir haben in den letzten Jahren aber auch Schwankungen erlebt: 2000 waren es 153, 2006 172, 2007 148 – damit war der Stand niedriger als 2000 –, und jetzt gab es einen Sprung auf 186 Delikte. Das hat auch etwas mit den eben beschriebenen Rechts-Links-Demonstrationen zu tun, die sich ausgebreitet haben und bei denen die Gewalt auch eine Steigerung erlebt hat. Während in früheren Zeiten die Gewalt hauptsächlich von der linken Seite ausging – das ist zutreffend –, sind jetzt auch autonome Nationalisten tätig, die ihrerseits – und das ist ein neues Phänomen – die gewaltsame Auseinandersetzung suchen. Das treibt die Zahlen an der Stelle hoch.

Unabhängig davon ist es wichtig, den sublimen Bereich des Rechtsextremismus im Auge zu behalten. Da sehen wir mit Sorge die Versuche, „pro Köln“ und NPD salonfähig zu machen. Wir erleben hier – so habe ich es genannt – trojanische Pferde, die eine bürgerliche Tarnung haben und die diffusen Ängste in der Bevölkerung aufzugreifen versuchen. Sie sind beispielsweise gegen den Bau von Moscheen und instrumentalisieren wirtschaftliche Abstiegsängste, um sich dann unter dem Deckmantel der Nachbarschaftshilfe oder als „Kümmerer“ einzuschleichen. Das ist etwas, was in der Tat besorgniserregend ist. Denn die Wahrheit ist, dass diese Organisationen demokratiefeindlich sind. Sie sind fremdenfeindlich, und sie wollen diskriminieren. Dagegen muss sich diese Zivilgesellschaft wehren. Wir sind wehrhafte Demokraten, und wir brauchen ein Signal des Schulterschlusses, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die gesamtgesellschaftliche Ächtung des Extremismus spielt sich auf der einen Seite ab, indem wir konsequent gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit einschreiten. Wir brauchen die von mir immer so genannte Kultur des Hinsehens in allen Bereichen der Gewalt, auch und gerade bei der politisch motivierten Kriminalität.

Auf der anderen Seite warne ich vor anscheinend „einfachen“ Lösungen. Demonstrationsverbote werden immer wieder gefordert. Wir wissen, dass das Versammlungsrecht ein hohes Gut ist, und das Bundesverfassungsgericht hat in schöner Regelmäßigkeit Demonstrationsverbote aufgehoben, selbst wenn uns die Richtung, für die demonstriert wurde, nicht passte.

Wir können – das möchte ich sehr deutlich sagen – aus juristischen Gründen eine Trennung von rechts/links während der Demonstrationen nicht herbeiführen. Uns wäre es natürlich lieber, wenn linke und rechte Demonstranten nicht zusammenkämen, auf diese Weise das Gewaltpotenzial nicht steigen und die Situation nicht eskalieren würde und unsere Polizei nicht immer zwischen diesen Fronten stehen müsste. Auch hier ist die Rechtsprechung eindeutig und klar.

Meine Damen und Herren, wir stehen auch vor dem Problem, dass diesem Thema mit Verboten nicht beizukommen ist. Glücklicherweise greift ein Verbot von Vereinen – das ist in Berlin jetzt geschehen – auf leichterem Wege. Jedoch möchte ich deutlich machen, dass sich dieser Fall nicht schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen abgespielt hat.

Und auch hinsichtlich der Frage der Veröffentlichung von Verfassungsschutzberichten müssen wir die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts berücksichtigen, da nach dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz nur in besonderen Fällen eine Veröffentlichung zulässig ist. Das haben wir alles

leidvoll erfahren bei dem Thema „Junge Freiheit“. Wir müssen die Rechtsprechung an dieser Stelle natürlich beachten. Insofern sind wir keinesfalls blind auf diesem Auge. Im Gegenteil: Wir versuchen, Herrn Schäuble in solchen Fällen zu unterstützen.

Wenn Verbote – wie beim Vereinsverbot – greifen, dann ist es gut und schön. Wenn es aber schiefgeht und diese Verbote aufgehoben werden, dann wirken sie kontraproduktiv. Ähnliches haben wir 2003 bei der NPD erlebt. Wir müssen uns auch davor hüten, an kommunale Sperrklauseln zu denken, die vom Bundesverfassungsgericht noch in 2008 faktisch für unmöglich erklärt worden sind, wenn nicht die Funktionsunfähigkeit der Kommunalparlamente nachgewiesen wird. Das ist bisher noch nicht gelungen, weder Ihnen 1999 vor dem Verfassungsgerichtshof noch in späteren Verfahren, die andere Länder führten. Dagegen müssen wir letztendlich politisch vorgehen.

Juristische Lösungen werden das braune Gedankengut nicht aus den Köpfen vertreiben. Wir brauchen die Aufklärung der Jugend. Denn diese ist Hauptadressat von NPD und „pro NRW“, welche mit Schul-CDs und Schulfilmen arbeiten. Wir brauchen ressortübergreifend Präventionskonzepte. Schulen, Polizei und Verfassungsschutz müssen zusammenarbeiten. Ich darf sehr herzlich für die Kooperation danken. Wir sind da aktiv.

Frau Düker, wir haben vor Kurzem ein „Kommunalwiki gegen Extremismus“ ins Netz gestellt. Alle Kommunen sind aufgefordert, sich auszutauschen und Best-Practice-Beispiele zu entwickeln. Die Maßnahmen, die Sie sich erwünschen, sind auch von uns ausdrücklich gewollt. Hier laufen Sie offene Türen bei uns ein. Wir stoßen mit „Andi“ nach wie vor auf eine hervorragende Resonanz; 380.000 Exemplare wurden bisher verteilt. Dieser Comic muss quasi Standard in den Schulen sein. Ich meine, jeder Lehrer ist aufgefordert, dieses Infomaterial bei uns anzufordern. Ich wünsche es mir jedenfalls. Denn es ist klar: Diese Arbeit muss bei den Kleinsten und Jüngsten beginnen.

Fazit: Es ist eine Daueraufgabe der Zivilgesellschaft, keine Toleranz gegenüber dem Erstarken des Extremismus an den Rändern sowohl rechts als auch links walten zu lassen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Dr. Wolf. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Abgeordneter Dr. Rudolph.

Dr. Karsten Rudolph^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nur zu ein oder zwei Aspekten der Debatte vorweg Folgendes: Ich weiß nicht, ob ich Sie, Herr Kruse, in Bezug auf die Verteidigung der sozialen Marktwirtschaft richtig

verstanden habe. Ich meine, die soziale Marktwirtschaft wird nicht durch Extremisten infrage gestellt, die im Verfassungsschutzbericht beschrieben werden, sondern durch unverantwortlich handelnde Neoliberale und Bankmanager,

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

die in der Tat bei einer breiten Mehrheit der Bevölkerung Zweifel daran ausgelöst haben, ob wir es noch mit einer sozialen Marktwirtschaft zu tun haben oder ob es in Wahrheit nicht schon eine Marktgesellschaft ist.

(Christian Lindner [FDP]: Was ist das denn für ein intellektueller Tiefflug? Sie schaffen es, jede Debatte zu instrumentalisieren!)

Zweitens. Zu dem, was der Kollege Engel zur Linkspartei ausgeführt hat, kann ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der rechten Seite des Hauses, nur sagen: Wir stellen Ihnen den Mitschnitt der Rede von Edgar Moron zur Verfügung. Ich rate Ihnen, sich diesen einmal im Monat anzuhören und auf sich wirken zu lassen.

(Beifall von der SPD)

Zum Thema: Die Zahlen sind genannt. Diese stehen ja für Taten. Dahinter stehen Menschen, und zwar sowohl diejenigen, die diese Taten verüben, als auch diejenigen, die unter ihnen gelitten haben oder noch leiden müssen. Diese Zahlen zeigen im Grunde genommen nur die Spitze eines Eisberges, der wandert und sich verändert hat. Deswegen haben wir diese Debatte angeregt. Wir reden eben, wenn wir heute über Rechtsextremismus sprechen, nicht mehr über einen Rechtsextremismus, wie wir ihn vor zehn oder 15 Jahren kennengelernt haben.

In den letzten Jahren haben wir einen Siegeszug der NPD im Spektrum der rechtsextremen Wahlparteien feststellen können, der offensichtlich nicht, jedenfalls nicht in vielen ostdeutschen Bundesländern, durch die Bürgerinnen und Bürger gestoppt wurde, sondern offensichtlich jetzt durch das finanzielle Gebaren der Partei gestoppt wird. Sie soll ja nach Meldung von heute bis zum 1. Mai 2,2 Millionen € zurückzahlen. Das wird nach aller Kenntnis der Dinge die NPD finanziell ruinieren und wahrscheinlich auch politisch zerstören. Was dann sozusagen aus den Abfallresten der NPD wird, ist noch eine offene Frage.

Es ist ja die zweite wirklich neue und auch gefährliche Entwicklung, dass sich eben eine rechtsextreme Wahlpartei wie die NPD anders als noch vor zehn oder 15 Jahren offensichtlich mit gewaltbereiten und gewalttätigen nationalen Rechtsextremisten, mit Kameradschaften verbündet und vernetzt hat, die gleichsam als SA, um das einmal historisch auszudrücken, für die NPD fungieren, die sich von diesen Gewaltdaten angeblich sauber halten will. Das ist neu.

Auch die Ideologie, mit der die antreten, ist neu. Sie werden vielleicht festgestellt haben, dass der übliche Antikommunismus, den rechtsextreme Parteien vortragen, bei Weitem nicht mehr so im Vordergrund steht und durch einen antisemitisch eingefärbten Antiamerikanismus ersetzt wurde. Die machen Antikriegsdemonstrationen. Wir alle wissen, dass dieses Thema die Bürgerinnen und Bürger umtreibt. Sie präsentieren sich als soziale Nationalisten und versprechen Sicherheit und Zukunft, die eigentlich in die Vergangenheit führt. Sie treten für einen kulturellen Rassismus ein. Die Einstellungsmuster sind ja bereits vom Kollegen Kutschaty genannt worden. Diese Einstellungen werden teilweise offen nach vorne getragen, die offensichtlich nicht wenige Bürgerinnen und Bürger nicht offen, vielleicht unausgesprochen teilen. Das macht im Grunde genommen auch die Gefahr aus.

Es ist nun die Herausforderung für die Demokraten, dieser Gefahr zu begegnen. Das heißt, wir müssen, wenn wir in der Bekämpfung des Rechtsextremismus erfolgreich sein wollen, wissen, was Rechtsextremisten wollen, was sie fordern und wie sie vorgehen.

Es ist richtig, gemeinsame Erklärungen zu verabschieden und einen Konsens der Demokraten zu betonen. Hier bin ich völlig auf der Seite derjenigen, die das gesagt haben. Aber wir müssen natürlich auch inhaltlich argumentieren und fragen, warum beispielsweise ein Einsatz der deutschen Bundeswehr in Afghanistan Sinn macht, denn dort wird auch gekämpft. Wir müssen politisch durchargumentieren, warum es keinen Rückweg in einen Nationalstaat geben kann, wenn man soziale Sicherheit haben will. Wir müssen offen dafür eintreten, dass diese Gesellschaft eine Gesellschaft ist, die inzwischen viele Kulturen kennt, wo sehr viele Menschen ganz unterschiedlicher Art aus unterschiedlichsten Himmelsrichtungen eingewandert sind.

Schließlich: Es sind nicht nur die Veränderungen im Wahlspektrum der Partei und die veränderte Ideologie, sondern – das ist das eigentlich Besorgniserregende – wir haben es streckenweise auch in Nordrhein-Westfalen mit durchaus ausgewachsenen Ansätzen einer neuen sozialen Bewegung zu tun, die sich inzwischen in den Protestformen und Aktionsformen, die man vorher von anderen Bewegungen kennt, bewegt, die Graswurzelarbeit macht und Kinder mit Hausaufgabenhilfe verführt, die Musik anbietet, die durchaus in bestimmten Kreisen populär ist. In dieser Bewegung gibt es Unternehmer, die ökonomisch davon überleben, dass sie diese Musik an Kinder und Jugendliche verkaufen. Das hat sich teilweise in einem regelrechten Milieu verfestigt. Die eigentliche Herausforderung auch für die kommunale Politik von uns allen liegt darin, dafür zu sorgen, dass sich solche Einstellungen nicht in einem regelrechten Milieu verfestigen.

Letzter Satz, weil meine Redezeit zu Ende ist: Wir müssen überlegen, wie wir die Netzwerke gegen Rechts stärken. Es gilt immer das, was Johannes Rau gesagt hat: Der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf keine Saisonarbeit sein. Er muss jeden Tag stattfinden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Rudolph. – Für die CDU-Fraktion spricht nun Frau von Boeselager.

Ilka von Boeselager (CDU): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Bedauerlicherweise ist Rassismus alltäglich. Das ist dramatisch. Ich bin Herrn Dr. Möller für den Verfassungsschutzbericht dankbar, in dem in aller Deutlichkeit die aktuelle Lage zum Ausdruck kommt. Diese ist aus meiner Sicht erschreckend, wenn man sich die Anzahl der Delikte, ob von links oder von rechts begangen, anschaut. Hier ist eine Steigerung um 9 % zu verzeichnen. Das macht uns alle sehr nachdenklich.

Wir haben – der Kollege Kruse hat es eben erwähnt – seinerzeit einen gemeinsamen Antrag in das Plenum eingebracht. Ich erinnere an die Ziele, die wir uns damals in diesem gemeinsamen Antrag gesetzt haben. Diese müssen wir immer wieder deutlich machen.

Was sollte denn passieren? Wir haben seinerzeit gefordert, insbesondere die vorschulische Erziehung sehr viel stärker darauf auszurichten, dass extremistisches Gedankengut gar nicht erst aufkommen kann. Hier muss man auch ansetzen. Ich bitte Frau Ministerin Sommer, noch einmal ganz gezielt Möglichkeiten der Verbesserung in der Vorschulerausbildung zu prüfen.

Wie aus dem Verfassungsschutzbericht deutlich wird, stehen wir ja vor dem Phänomen, dass hier vor allen Dingen ganz junge Menschen im Alter von nur 13 bis 20 Jahren von Leuten eingefangen werden, die über Zeltlager braunes Gedankengut verbreiten oder auch im sportlichen Bereich versuchen, junge Menschen mit ihren extremen Vorstellungen einzunehmen. Selbstverständlich ist es Aufgabe unserer Gesellschaft, dort rechtzeitig hinzuschauen. Auch bei Sportlehrern und Übungsleitern muss man ein Augenmerk darauf richten, dass von ihnen keine falschen Ziele gesetzt werden.

Das Thema Zivilcourage wurde schon mehrfach angesprochen. Jeder von Ihnen kann für Zivilcourage eintreten und zum Beispiel an Schulen Preise vergeben. Morgen werde ich wieder persönlich einen Preis für Zivilcourage in einer Schule an eine Hauptschule verleihen. Das kann jeder von uns tun. Die Schulform ist völlig egal. Wenn junge Menschen sich an der Schule engagieren und Zivilcourage zeigen, kann man sie durch das Ausloben eines

Preises einmal deutlich hervorheben. Man kann auch gemeinsam mit den Lehrern über einen Zeitraum von einer Woche in der Schule bei Diskussionen verschiedene Themenfelder ansprechen, um junge Menschen schon im Vorfeld zu sensibilisieren.

Die nackten Zahlen, die wir in diesem Verfassungsschutzbericht wieder deutlich vor Augen geführt bekommen, machen uns klar, dass wir alleine mit einfachen Verboten nicht weiterkommen. Zum Beispiel durch mobile Beratungsteams vor Ort können wir sehr viel mehr leisten. In einer Gesellschaft, die heutzutage sehr stark von Fernsehen und Computern geprägt ist, müssen wir auch darauf achten, dass das Gespräch erhalten bleibt und die Eltern auch bereit sind, mit ihren Kindern über diese Themenfelder zu diskutieren. Das ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns stellen müssen.

Herausheben möchte ich noch den Comic „Andi“, der für die Kommunen angeboten wird. Noch vor Kurzem haben wir im Hauptausschuss gehört, dass er sehr gut angenommen wurde.

Herr Minister, wir haben die Möglichkeit, uns die Darstellungen immer wieder anzuschauen. Was können wir also noch verbessern? Ich hoffe, dass es nicht bei guten Worten bleibt, sondern dass wir das, was im Verfassungsschutzbericht steht, auch sehr ernst nehmen. Meine Bitte an Sie lautet, dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele diesen Verfassungsschutzbericht zur Kenntnis bekommen, damit auch die kommunalen Verantwortlichen um diese Zusammenhänge wissen.

Ich hoffe, dass wir diese Thematik regelmäßig im Plenum diskutieren, damit wir auch sehen, ob demnächst möglicherweise eine Verbesserung der Situation eintritt. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau von Boeselager. – Für die FDP spricht nun Herr Kollege Dr. Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf dem Weg hierhin habe ich mich heute Morgen schon gespannt gefragt, was die SPD uns bei ihrer Aktuellen Stunde denn eigentlich zu berichten hat.

(Rainer Bischoff [SPD]: Aha!)

Sie haben sich dann wie Laienprediger hierher gestellt, Ihre Betroffenheit beteuert und den Konsens der Demokraten erneuert. Aber was haben Sie uns heute konkret und substantiell mitgeteilt? Meiner Meinung nach hätten Sie uns hier einmal sagen können, dass Sie nicht nur reden, sondern zukünftig auch vorleben wollen, wie man sich von Extremisten distanziert.

(Beifall von FDP und CDU)

Seit mehreren Jahren praktizieren Sie in Berlin eine Koalition mit der PDS. In Hessen haben Sie mit der PDS mehr als nur kokettiert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wir reden über Rechtsextremismus! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie wissen, dass wir die PDS durch den Verfassungsschutz beobachten.

(Fortgesetzt Zurufe von der SPD – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Meine Damen und Herren, wer mit den einen flirtet, die die Verfassung nicht achten, der macht die anderen salonfähig.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn Sie mit der angeblich schönen Kommunistin Wagenknecht im Gedanken eine Koalition eingehen wollen,

(Zuruf von der SPD: Wer will das denn?)

dann erscheinen die hässlichen Fratzen der Rechten nicht mehr so hässlich. Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen, dass Ihr Verhalten ein sehr problematisches Verhalten für Demokraten ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Andrea Asch [GRÜNE]: Auf dem rechten Auge blind! – Weitere Zurufe)

Wenn ich dann noch höre, der Liberalismus gefährde die Marktwirtschaft! Herr Rudolph, fragen Sie doch bitte einmal Ihren Finanzminister Steinbrück, ob er bei all diesen Dingen, die passiert sind, nicht als Aufsichtsbehörde versagt hat. Da lag die Verantwortung. Das war nicht der Markt. Das war das Versagen des Staates. Sie regieren in Berlin mit, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Und ich war ja ganz perplex: Kollege Kutschaty, den ich sonst sehr schätze, hat allen Ernstes heute eine Verbindung zwischen dem Kommunalwahltermin und dem Erstarken des Rechtsextremismus hergestellt.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wie kann man hier verkünden, man dürfte die Kommunalwahl nicht an einem extra Termin durchführen, weil dann zu viele Rechte gewählt würden?! – Nein, es ist Aufgabe der Demokraten, dafür zu sorgen, dass sie bei der Kommunalwahl überzeugen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Ich suche einen Kommunalwahltermin doch nicht danach aus, ob ich vielleicht einen Rechten mehr

oder weniger mit Stimmen versorge. Nein, meine Damen und Herren,

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Kommen Sie auf den Boden der Verfassung zurück!)

Wahltermine sollte man nicht nach politischem Kalkül aussuchen! Sie haben heute gezeigt, dass Sie genau das Gegenteil machen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Zur Kollegin Düker: Auch die Grünen, die Herrn Sagel noch bis vor Kurzem in ihrer Fraktion hatten, haben sich bis heute nicht eindeutig von den Extremisten auf der linken Seite distanziert.

(Beifall von der FDP – Christian Lindner [FDP]: Im Gegenteil! – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn wir auf der Ebene der Demokraten argumentieren, dann erwarte ich von allen Demokraten in diesem Hause, dass sie sagen: Egal, ob links oder rechts, mit denen werden wir nie zusammenarbeiten, auch wenn sie irgendwann einmal Mitglieder dieses Parlamentes sein sollten!

(Beifall von FDP und CDU)

Insofern bin ich mit einer bestimmten Erwartungshaltung hierher gekommen, bin aber von der Opposition mehr als enttäuscht. Aber das ist leider nichts Neues. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Als nächste Rednerin spricht Frau Kollegin Düker von der Fraktion Bündnis 90/Grünen.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Orth, ich wollte mich eigentlich nicht mehr zu Wort melden, weil ich fand, dass diese Debatte in eine gute, in eine konstruktive Richtung führte. Sie haben heute die Chance vertan, dass dieser Landtag ein Zeichen aller demokratischen Parteien setzt –

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

gegen Neonazismus, gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Antisemitismus, gegen Gewalt. Sie haben es heute verspielt, dass dieser Landtag diese Botschaft von allen Fraktionen getragen in dieses Land gibt.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Bei Ihrer Gleichstellung von Rechts und Links würde ich einmal ganz kleinlaut in die eigene Geschichte gucken. Was hat denn Ihr Parteivorsitzender Möllemann für einen Wahlkampf gemacht?

(Beifall von den GRÜNEN)

Warum sitzen Sie denn hier? Mit welchen Mitteln und mit welchen Flugblättern hat denn Ihr Vorsitzender Möllemann ...

(Erregte Zurufe von der FDP – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist unverschäm! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist überhaupt nicht unverschäm!)

Mit Antisemitismus wurde von Ihrer Partei Wahlkampf gemacht. Sie müssen uns hier keine Lehrstunde in Sachen Demokratie geben, Sie nicht!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Als nächster Abgeordneter spricht Herr Sagel, fraktionslos.

(Zurufe von SPD und FDP – Erhebliche Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, darf ich darum bitten, dass jetzt der Redner am Pult sprechen kann? – Danke schön.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Herr Lindner, das gilt auch für Sie.

Rüdiger Sagel (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat: Sie von der FDP sollten schweigen. Gerade die marktradikale Heuschreckenpartei FDP ist mitverantwortlich für das, was gerade in Deutschland passiert.

(Horst Engel [FDP]: Was?)

Es ist keine Frage, dass gegen rechte Umtriebe entschlossen vorgegangen werden muss. Offensichtlich jedoch hat Innenminister Wolf einen blinden Fleck im rechten Auge, denn die Heimmattreue Deutsche Jugend taucht im Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht auf, obwohl sie vom Bundesinnenminister gerade verboten wurde. So sieht es aus. Das ist auch das, was ich Ihnen, Herr Dr. Wolf, unter anderem vorwerfe.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Gewalt von rechts bedeutet gezielte Angriffe auf Andersdenkende, Menschen nichtdeutscher Herkunft, Homosexuelle und Obdachlose. Der Anstieg der rechtsradikalen Straftaten um 11 % auf 3.349 und der drastische Anstieg von Gewalttaten macht deutlich, wie notwendig eine konzentrierte und finanziell gut ausgestattete Aufklärungsarbeit ist, was man in Ihrem Haushalt erneut vermissen muss.

Gerade das leistet das Innenministerium mit seinem Wolf im Schafspelz aber nicht, im Gegenteil. Es entsteht der Eindruck, dass ihm Rechte und vor allem auch Linke zum Vorwand dienen für eine Polemik, die nicht an der Realität orientiert ist. Der permanente Verfassungsbrecher Wolf ist ein Wolf im Schafspelz.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das müssen Sie gerade sagen!)

Eigentlich müsste das überwacht werden, was er im Innenministerium macht.

Die Linke steht auf dem Boden der Verfassung –

(Lachen von der FDP)

im Gegensatz zu CDU und FDP,

(Lachen von der FDP)

die diese Verfassung in Nordrhein-Westfalen mehrmals gebrochen haben. Das wurde vom Verfassungsgerichtshof in Münster so auch festgestellt.

Mit dem Verfassungsschutzbericht wird mit größter Dreistigkeit versucht, einen selbst verfassten, mit dünnsten Argumenten untermauerten Bericht politisch zu instrumentalisieren – und das vor allem auch gegen die Linke. Der Innenminister als Brandstifter und selbsternannter Feuerwehrmann: Das ist unsäglich. Mich erinnert das sehr stark daran – ich erinnere mich noch sehr gut –, dass vor 30 Jahren mit denselben Mitteln versucht wurde, gegen die Grünen vorzugehen. Auch das fand ich sehr unsäglich, was damals gemacht worden ist.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Genauso ist es heute wieder. Sie machen wieder dasselbe Spielchen.

Der Verfassungsschutzbericht von Innenminister Wolf ist, was die Linke angeht, ein krudes Sammel-surium von Informationen und Behauptungen. Breiten Raum nehmen die Abhandlungen über die Partei die Linke ein. Im letzten Jahr zum Beispiel gab es nur sehr wenige Seiten über die Linke. Dieses Jahr umfassen die Ausführungen dazu 20 Seiten. Offensichtlich haben Sie nichts Besseres zu tun, Herr Wolf, als gegen uns zu arbeiten und das politisch zu instrumentalisieren. Das ist die Realität.

(Christian Lindner [FDP]: Lesen Sie aus Ihrem Strategiepapier vor?)

Ich kann nur feststellen: Unsere landespolitischen Positionen

(Christian Lindner [FDP]: Klassenkampf ist das!)

sind nicht nur demokratisch, sondern auch noch sozial. Da können Sie von der FDP in keinsten Weise mitreden.

(Christian Lindner [FDP]: Kommunismus!)

Sie sind die wahren Radikalen im Landtag, die Marktradikalen, die jetzt eine Politik machen, die genau das verstärkt, was wir leider sowieso beobachten müssen, dass nämlich die Rechte immer stärker wird. Das ist die Realität. Das ist Ihre Politik. Dafür sind Sie verantwortlich. Dafür machen wir Sie auch verantwortlich. Diese Auseinandersetzung

werden wir mit Ihnen nicht scheuen – im Gegenteil: Wir werden sie sehr konzentriert angehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Debatte wird sehr emotional geführt. Dennoch sind hier Ausdrücke gefallen, die unparlamentarisch sind. Das gilt sowohl für den Ausdruck „Brandstifter“ wie auch für den Ausdruck „Verfassungsbrecher“. Ich spreche Ihnen zweimal eine **Rüge** aus, Herr Sagel. Solche Ausdrücke haben hier im Landtag nichts verloren.

(Beifall von der FDP)

Als nächster Abgeordneter spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass durch die Rede von Herrn Orth die Debatte über die Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserem Land, der eine große Gefahr darstellt, eine Schräglage bekommen hat, die diesem Thema nicht angemessen ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich weiß nicht, was Sie dazu getrieben hat, hier in dieser oberflächlichen Aggressivität Dinge miteinander zu vergleichen, die man nicht miteinander vergleichen kann.

Und ich weiß nicht, was Sie eigentlich treibt – das habe ich Ihnen vor einem halben Jahr schon einmal gesagt –, die SPD in dieser Frage als eine Partei zu bezeichnen, die im Umgang mit Extremisten sozusagen auf Ihre Ratschläge, die der FDP und die von Ihnen, angewiesen ist. Sehr geehrter Herr Orth, das sind wir beileibe nicht. Ihre Ratschläge brauchen wir dazu nicht. Wir haben unsere Erfahrungen in der Geschichte gemacht. Wir wissen, wie man mit politischen Extremisten umgeht.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wir haben da von Ihnen niemals, nie mehr, niemals Ratschläge entgegenzunehmen und weisen alles, was Sie diesbezüglich versuchen, als anmaßend und unpolitisch zurück.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Rechtsextremismus ist nicht nur eine Gefahr für unsere politische Ordnung – das mag auch der Linksextremismus sein; das will ich gar nicht bestreiten –, aber der Rechtsextremismus ist etwas darüber hinaus: Er gefährdet nicht nur unsere politische Ordnung und will sie sozusagen durch ein diktatorisches Regime ersetzen, das sich an wirklich unmenschlichen Gesellschaftsmodellen orientiert, sondern darüber hinaus ist der Rechtsextremismus in unserem Land, aber nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern auch in den anderen Bundesländern – in den ostdeutschen Bundesländern ist

das ganz besonders sichtbar geworden –, eine Gefahr für die Menschen auf der Straße. Wenn Sie einer Gruppe von Rechtsextremisten begegnen, dann entsteht eine Situation einer physischen Bedrohung. Dann bekommen Menschen Angst. Diese Leute gehen auf andere Menschen zu und schlagen sie zusammen – nicht politisch motiviert, sondern ganz offenbar aus einem unmenschlichen Grundansatz, den sie haben.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

– Vergleichen Sie es nicht wieder mit den Linken! – Deshalb sind wir Demokraten – da sollten sich die Freien Demokraten einmal an den Demokratietitel in ihrem eigenen Parteinamen erinnern – aufgefordert,

(Christian Lindner [FDP]: Wissen wir!)

gemeinsam zu stehen und gemeinsam gegen diesen Rechtsextremismus, über den wir hier heute geredet haben, anzugehen und nicht Vergleiche heranzuziehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Doch!)

– Nein, das dürfen Sie nicht! Das dürfen Sie nicht, weil Sie diesem Thema damit nicht gerecht werden! Wir haben in Deutschland und auch in Europa mit dem Rechtsextremismus Erfahrungen gemacht wie mit keiner anderen politischen Gewalt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Dr. Wilhelm Droste [CDU] hält sich die Ohren zu.)

– Wenn Sie, lieber Kollege, davon Ohrenschmerzen bekommen, kann ich Ihnen nur sagen: Andere Menschen haben unter dem Rechtsextremismus viel schlimmer leiden müssen!

(Dr. Wilhelm Droste [CDU]: Ich kann gut hören! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann schreien Sie nicht dazwischen!)

Deshalb sage ich Ihnen: Lassen Sie eine solche Debatte! Diese Debatte, die Sie jetzt eben hier vom Zaun gebrochen haben, Herr Orth, nützt nur den Rechten in diesem Land – niemand anderem!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Das ist eine Schande für eine Partei, die sich eine freiheitliche Partei nennt! Sie sollten differenzierter, intellektueller und gerechter argumentieren! Das haben Sie nicht getan. Das ist primitiv, was Sie gemacht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Sie haben versteckte Ziele! Das ist die Wahrheit! Sie wollen die Linken salonfähig machen! – Martin Börschel [SPD]: Sie sollten sich schämen, Herr Lindner! Schämen sollten Sie sich! – Christian Lindner [FDP]: Wie sind Sie denn in Hessen mit Ihren Leuten umgegangen?)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Moron. – Als Nächster hat der Kollege Jostmeier für die CDU-Fraktion das Wort.

Werner Jostmeier (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will versuchen, die Debatte anhand der Stichworte, die ich hier habe, so zu versachlichen, dass das Thema im Vordergrund steht und dass wir uns nicht gegenseitig mit Vorwürfen beschimpfen, die nicht haltbar sind.

(Anhaltende Unruhe – Glocke)

Meine Damen und Herren, wir diskutieren die Zahlen des Verfassungsschutzberichtes. Die zwei wesentlichen Zahlen sind: Die rechtsextremen Gewalttaten haben um 11 % und die linksextremen Gewalttaten um mehr als 20 % zugenommen. Es trifft aber zu, dass die Zahl der rechtsextremen Gewalttaten insgesamt sechsfach so groß ist wie die Zahl der linksextremen Gewalttaten.

(Ralf Jäger [SPD]: Schön aufpassen!)

Ich füge auch hinzu: Wir als Deutsche haben aufgrund unserer Geschichte bezüglich des Rechtsextremismus durchaus eine besondere Sensibilität zu wahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie, Frau Gödecke und Frau Kraft, haben in Ihrem heutigen Sachantrag formuliert, der Rechtsextremismus sei immer noch nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte. – Ja, das stimmt.

Wir haben uns – das habe ich nachgesehen – seit dem 26. März 2007 – also innerhalb der letzten zwei Jahre – im Plenum, im Innenausschuss und im Hauptausschuss mit dieser Thematik 15 oder 16 mal befasst und darüber debattiert. Das heißt: Hier im Landtag ist in der Regel auch parteiübergreifend eine gemeinsame Willensbildung und eine gemeinsame politische Erklärung möglich.

Es war meines Wissens – ich kann nicht mehr genau sagen, wann – Herr Moron, der vor dem Hintergrund „Müllhaufen der Geschichte“ auf Folgendes hingewiesen hat: Es wird bei uns und auch in anderen Ländern – in Italien, Frankreich oder Großbritannien vielleicht noch mehr als bei uns – immer und überall einen gewissen Bodensatz an Radikalismus – Links- und Rechtsradikalismus – geben, mit dem wir versuchen müssen klarzukommen.

Ich wiederhole: Wir Deutschen haben eine besondere Verantwortung, mit diesem Bodensatz klarzukommen.

Sie sagen dann, wir müssen hier im Parlament darüber diskutieren und debattieren. Ich weise darauf hin: Wir debattieren über den Verfassungsschutzbericht und die Frage, was wir tun können.

Der Verfassungsschutzbericht sagt eindeutig: Nicht nur die NPD, sondern auch die Linkspartei wird vom Verfassungsschutz beobachtet, und es wird festgestellt: Die Linkspartei ist insgesamt keine demokratische Partei.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Ich setze mich normalerweise nicht mit dem Kollegen von Links hier im Parlament auseinander, aber die Formulierung, die dieser Noch-Kollege gebraucht hat, ist so daneben – ich werde das nachher im Protokoll nachlesen –, dass ich es heute tun muss. Er hat begonnen mit, sie seien eine demokratische Partei, und führt dann fort: im Gegensatz zu CDU und FDP, Pünktchen, Pünktchen. -Das gehört nicht nur nicht hier hin,

(Beifall von CDU und FDP)

das ist so total daneben, ist so neben der Sache, ist so neben jeder Wertvorstellung, dass es nicht weiter diskutiert werden muss!

Ein Wort zu Frau Düker: Frau Düker, ich stimme Ihnen sehr zu, wenn Sie fordern, wir sollten versuchen, auf der kommunalen Ebene in den gesellschaftlichen Gruppen noch mehr gemeinsame Aktionen, Bündnisse usw. zu machen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Deswegen hat die CDU nicht mitgemacht!)

Ich stimme Ihnen auch zu, Frau Löhrmann, wenn Sie sagen, es muss nicht immer klein-klein geguckt werden, wo wir nur von den Rechten reden können oder nur von den Linken.

Nur: Frau Düker, dort, wo sich Rechts als gefährlich zeigt, sollten wir das auch rechts bekämpfen. Dort, wo sich Links als demokratiefeindlich, verfassungsfeindlich und gefährlich zeigt, sollten wir auch Links entsprechend bekämpfen.

Ich füge hinzu, Frau Düker: Meines Wissens ist aber auf Ihrem letzten Parteitag nach Presseberichten Feststellungen von Debattenrednern nicht widersprochen worden, die gesagt haben, die Linkspartei stünde den Grünen gedanklich näher als die FDP. Ich finde, wenn das unwidersprochen bleibt, ist das nicht in Ordnung, wenn der Verfassungsschutzbericht feststellt: Die Linken sind keine demokratische Partei.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch dort müssen Sie sich, meine ich, mit einer klaren Position darstellen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Noch ein Wort zum Herrn Kollegen Kutschaty: Ja, Herr Kutschaty, für Rechts ist bei uns kein Platz. Ich ergänze aber: Es wäre fairer und Sie wären glaubwürdiger gewesen, wenn Sie hinzugefügt hätten: Auch für Linksradikale ist bei uns kein Platz.

(Beifall von CDU und FDP)

Ja, die Rechten gefährden die Demokratie. Es wäre glaubwürdiger gewesen, wenn Sie auch hinzugefügt hätten: Ja, auch die Linken gefährden die Demokratie.

(Beifall von der FDP)

Das mit dem Wahltermin ist so daneben – Dr. Orth hat dankenswerterweise das Notwendige dazu gesagt.

Meine Damen und Herren, was können wir tun? – Aus meiner Sicht können wir zwei Dinge tun.

Zum einen können wir dafür sorgen – da hat die Politik gewisse Möglichkeiten –, dass Kinder in Geborgenheit, Liebe, Sicherheit und mit Zuwendung groß werden und dass Jugendliche einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung bekommen, akzeptiert werden, sich integriert fühlen und sinnvolle Freizeitaktivitäten gestalten können.

Zum Zweiten können wir – da gefällt mir das Wort, das Sie gebracht haben, Herr Minister Wolf, ganz gut – eine „Kultur des Hinsehens“ schaffen. Alle demokratischen Kräfte bei uns, alle gesellschaftlichen Gruppen, Wirtschaft, Kultur, Verbände usw. sollten überall, wo sich diese extremistischen Tendenzen zeigen, ihnen konstruktiv, mutig und, ich füge hinzu, wertorientiert entgegenreten und ihnen keinen Raum lassen. Entgegentreten sollten wir ihnen überall, wo sie sich zeigen und wo sie sich stark fühlen.

Ich bedanke mich herzlich. Ich denke, wir werden das Thema demnächst auch im Hauptausschuss noch weiter zu behandeln haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Jostmeier. – Meine Damen und Herren, ich begrüße auf unserer Besuchertribüne den Gesandten der Botschaft des Staates Israel, Herrn Ilan Mor. Herzlich willkommen! Schön, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich sehe zur Aktuellen Stunde keine weiteren Wortmeldungen mehr. Ist das richtig? – Ja, das ist so. Dann ist die **Aktuelle Stunde geschlossen**. Dann sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes 2.

Ich rufe auf:

**3 Starke Industrien in den globalen Märkten von morgen:
Nordrhein-Westfalen stellt sich im Wettbewerb der Regionalen Wirtschaftsräume auf**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8882

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8936

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8944

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/8951

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Wittke das Wort.

Oliver Wittke (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Nordrhein-Westfalen war, ist und wird Industrieland bleiben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das mag eine banale Feststellung sein,

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

aber sie ist ganz, ganz wichtig, weil wir in den vergangenen Jahren zunehmend eine Entwicklung in unserem Land zu verzeichnen haben, die diese eigentliche Aussage, die Gemeingut war, die Konsens war in diesem Land, immer häufiger infrage stellt.

In der rot-grünen Regierungszeit hat Nordrhein-Westfalen einem schleichenden Prozess der Deindustrialisierung Vorschub geleistet. Es gab einen massiven Abbau von Industriearbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen. Vor allem haben sich die Rahmenbedingungen für Industriebetriebe in unserem Land kräftig verschlechtert. Der dringend notwendige Infrastrukturausbau ist unterblieben. Insbesondere vorausschauende Planungspolitik ist vernachlässigt worden.

Dabei ist jedem klar – gerade jetzt in der Finanzkrise, die ja die Irrealwirtschaft als Blase entlarvt hat –, dass wir industrielle Kerne als Basis der wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land weiterhin dringend benötigen.

Die Industrie ist daher weiterhin Basis und Motor für die Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen. Insgesamt machen die Industrieunternehmen zwar nur 2,2 % aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen aus, sie tragen aber 25 %, im Vorleistungsverbund sogar fast ein Drittel, zur Bruttowertschöpfung unseres Landes bei. Ein Viertel, nämlich 1,42 Millionen, aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in unserem Land findet in den

17.000 Industrieunternehmen Nordrhein-Westfalens Arbeit.

Meine Damen und Herren, soweit zu den allgemeinen Feststellungen. Aber die Wahrheit ist immer konkret. Darum ist es ganz besonders wichtig darauf hinzuweisen, dass auch in der Tagespolitik die industriepolitischen Belange Nordrhein-Westfalens mehr Berücksichtigung finden müssen. Es reicht eben nicht aus, nur für eine sichere und für eine preisgünstige Energieversorgung zu sein. Wenn man dafür ist, dann muss man auch Ja zu neuen Kraftwerksstandorten, dann muss man auch Ja zu einem Modernisierungsprogramm in der Kraftwirtschaft sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Es reicht eben auch nicht aus, nur im Allgemeinen für den Chemiestandort Nordrhein-Westfalen zu sein. Wenn es dann konkret wird, muss man auch die Rohstoffversorgung dieses Chemiestandortes Nordrhein-Westfalen sicherstellen. Dazu gehört beispielsweise auch eine CO-Pipeline, die dringend notwendig ist, um diesen Industriestandort NRW abzusichern.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es klingt schon ein wenig zynisch, wenn ein hochrangiges Gewerkschaftsmitglied, nämlich Herr Bischoff von der IG BCE, dem wirtschaftspolitischen Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion in diesem Hohen Hause in einem Brief vorhält, dass diese Fraktion und diese Partei die industriepolitischen Belange Nordrhein-Westfalens und die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesen wichtigen Branchen nicht länger vertreten. Es klingt schon entlarvend, wenn Herr Bischoff anmahnt, dass Sozialdemokraten endlich zu einer Wirtschaftspolitik zurückkehren möge, die gerade auch die industriellen Kerne in Nordrhein-Westfalen im Auge behält.

Wir sind uns mit den Gewerkschaften und den Industrieunternehmen in unserem Land einig: Hightech und zukunftssträchtige Entwicklungen in unserem Land sind nur möglich, wenn es auch industrielle Kerne gibt. Das ist völlig klar. Es reicht eben nicht aus, allein auf neue Technologien und Entwicklungen zu setzen. Diese neuen Entwicklungen sind nur möglich, wenn die Basis stimmt. Und die industriellen Kerne in Nordrhein-Westfalen sind nach wie vor die Basis.

(Beifall von CDU und FDP)

Darum haben wir nicht nur diesen Antrag gestellt, sondern unterstützen ausdrücklich auch die Wirtschafts-, Industrie- und Infrastrukturpolitik dieser Landesregierung, die in den vergangenen vier Jahren eine Kehrtwende eingeleitet hat. Jawohl, Industriepolitik findet in Nordrhein-Westfalen wieder statt, jawohl, auch Infrastruktur findet in Nordrhein-Westfalen wieder statt – weil es dringend notwendig

ist, leistungsstarke Industrieunternehmen zu haben, um die Wirtschaft in diesem Land insgesamt auf eine gesunde und zukunftsfähige Basis zu stellen.

In diesem Sinne bitten wir Sie, unseren Antrag zu unterstützen und insbesondere die ganz konkreten Maßnahmen in der Folgezeit zu unterstützen. Noch einmal: Es reicht nicht aus, wenn man sich theoretisch einig ist, dass wieder aktive Industriepolitik in diesem Land betrieben werden soll, sich dann aber bei der erstbesten Gelegenheit, wenn es vor Ort konkret wird und der Wind auch einmal etwas stärker weht, in die Büsche schlägt und dem Populismus das Wort redet. Das haben auch Bündnisgrüne im Verein mit der SPD vor Ort immer wieder getan, Frau Löhrmann. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Wittke. – Für die FDP-Fraktion hat Herr Brockes das Wort.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Jetzt kommt der Chefökonom!)

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Die aktuelle Finanz- und daraus resultierende Wirtschaftskrise stellt uns vor eine große Herausforderung. Gerade deshalb brauchen wir in dieser Zeit ein klares Signal dafür, dass die Politik hinter der Industrie, den Arbeitsplätzen und dem Ausbau der dafür notwendigen Infrastruktur steht.

Vielen in dieser Republik ist das Verständnis für den engen Zusammenhang zwischen Wohlstand und Industrie abhanden gekommen. Nordrhein-Westfalen basiert aber wie kein anderes Bundesland auf seiner Industrie. Der Dienstleistungssektor ist wichtig, aber ohne die belebende Kraft der Industrie würde er rasch in sich zusammenfallen. Nur eine intakte Wirtschaft kann den Wohlstand schaffen, der unsere sozialen und ökologischen Errungenschaften finanzieren kann.

(Beifall von der FDP)

Das muss man auch so klar kommunizieren. Die Akzeptanz in der Bevölkerung für Infrastruktur- und Industrieprojekte ist dabei der Schlüssel zu einer zukunftsfähigen Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen. Ein klar umrissenes und auf Zukunftstechnologien ausgerichtetes Leitbild ist nach unserer Auffassung dazu geeignet, die Akzeptanz für den Industriestandort in der Bevölkerung zu erhöhen. Darüber hinaus brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen für den Erhalt und Ausbau Nordrhein-Westfalens als Industriestandort. Dafür müssen Investitionshemmnisse identifiziert und beseitigt werden.

Meine Damen und Herren, diese Koalition sucht den Dialog mit der Wirtschaft und der Industrie. Das

unterscheidet uns maßgeblich von der Vorgängerregierung. Unzählige industrielle Großprojekte wurden unter Rot-Grün in den Sand gesetzt oder durch eine grüne Blockadepolitik unendlich weit hinausgezögert.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

– Herr Rimmel, auch heute ziehen die Grünen und ihre Helfer mit allen Mitteln gegen die Industrieprojekte zu Felde, zum Beispiel gegen moderne und hocheffiziente Kohlekraftwerke. Man höre und staune, Frau Höhn ist inzwischen sogar gegen Biomassekraftwerke. Die Grünen sind gegen Verkehrsinfrastruktur wie Autobahnen und Flughäfen. Sie sind gegen Pipelines, die international anerkannt das sicherste und sauberste Transportmittel sind. Sie sind sogar gegen die CCS-Technologie, deren Entwicklung den Klimaschutz weltweit entscheidend weiterbringen kann. Das sind aber nur einige Beispiele.

In der vergangenen Legislaturperiode hat sich die SPD von den Grünen vorführen lassen. Nicht umsonst hat der Betriebsratschef der Bayer AG deshalb festgestellt: Wer Grün wählt, entscheidet sich gegen Jobs in Deutschland.

(Beifall von FDP und CDU)

Es besteht keine Hoffnung mehr, dass die Grünen den Kurs ändern oder sich von ihrem Deindustrialisierungspfad abwenden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, heute müssen Sie Flagge zeigen. Sie müssen heute sagen, ob Sie von Frau Höhn damals nur untergebuttert worden sind und in Wirklichkeit zum Industriestandort Nordrhein-Westfalen stehen.

(Beifall von der FDP – Carina Gödecke [SPD]: Meinen Sie uns?)

Das wird heute die Entscheidung sein. Ihr Entschließungsantrag enthält leider keine brauchbaren Vorschläge.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann man nur behaupten, wenn man ihn gelesen hat!)

Der Staat soll Unternehmen verstaatlichen und sich unendlich verschulden.

– Herr Kollege Schmeltzer, mehr Staat wird uns auch nicht aus der Krise führen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Genau aus dem Grunde stimmen wir nicht zu! Genau aus dem Grunde nicht!)

Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu, wenn Sie den Industriestandort Nordrhein-Westfalen tatsächlich erhalten und stärken wollen. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Brockes. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Groschek das Wort.

Michael Groschek (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn die FDP mit einer solchen Inbrunst Betriebsräte und Gewerkschafter zitiert, ist das – mit Verlaub – intellektueller Sozialmissbrauch, Herr Papke.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir haben gerade in Nordrhein-Westfalen Industriepolitik häufig auch gegen Ihren Widerstand modernisiert. Das wurde als rot-grüne Flausen denunziert. Aber die ökologische Erneuerung der Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen setzt in Wirklichkeit Maßstäbe, an die Sie sich langsam heranrobben wollen und für die Sie immer noch kein klares Kursbuch haben.

(Ralf Witzel [FDP]: Und Sie sind Kapitän auf der „Titanic“!)

Arbeit und Umwelt wurden in Nordrhein-Westfalen großgeschrieben. Was wir jetzt als Chance des Klimawandels bezeichnen, nämlich durch modernste Umwelttechnologien Klimaschutz zu betreiben, hatte seine Wurzeln unter rot-grüner Ägide in Nordrhein-Westfalen. Deshalb kann das Land industriepolitisch aufatmen, wenn der Muttertag des nächsten Jahres vorbei ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir uns auf den Antrag von CDU- und FDP-Fraktion beziehen, erkennen wir seit einigen Monaten ein typisches Strickmuster. Sie besetzen Themen, ohne sie zu durchdringen. Sie besetzen sie, indem der Ministerpräsident Schlagzeilen macht, ohne das Thema bis ins Kleingedruckte zu durchdringen. Das ist die neue Masche der sogenannten Koalition der Erneuerung, wobei „Erneuerung“ bei Ihnen nur noch kleingeschrieben wird.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Groschek, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Michael Groschek (SPD): Nein, jetzt noch nicht, später vielleicht.

(Zurufe von der CDU)

Drei Botschaften stehen in Ihrem Antrag. Die erste Botschaft lautet: Wir müssen die Blockade überwinden. Die zweite Botschaft lautet: Wir müssen Atomkraftwerke länger laufen lassen.

(Demonstrativer Beifall von der FDP)

Die dritte Botschaft lautet: Wir müssen endlich ein industriepolitisches Leitbild suchen. – Seit wann sind Sie eigentlich in der Regierungsverantwortung? Wann fangen Sie endlich einmal mit der Suche

nach einer industriepolitischen Perspektive für dieses Land und für die arbeitenden Menschen an?

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP)

Die richtige Weichenstellung wurde in Ihrem Antrag jedenfalls nicht vorgenommen. Eine klare Orientierung fehlt. Deshalb sagen wir Nein zu diesem Antrag. Zum Entschließungsantrag der Grünen sagen wir Ja.

Ich komme nun auf einzelne Punkte zu sprechen, zunächst auf die Blockade. Sie selbst sind doch oft an der Spitze der Blockierer. In Krefeld hat sich Kollege Schittges gegen Großprojekte ausgesprochen. Die inzwischen legendäre Kölner CDU war zusammen mit Kommunisten im Regionalrat gegen die Planungsperspektiven der Kraftwerkserneuerung.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Winfried Schittges [CDU] und von Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie heften Orden an die Brust von SolarWorld und loben die Windkraft, die von uns gepowert wurde. Gleichzeitig blockiert Ihre neue Mehrheit hier das Repowering von Windkraftanlagen. Eine solche Politik ist doch schizophren!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Entlarvend ist das! – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP] – Zurufe von der CDU)

Kommen wir zur Kraftwerkserneuerung. Frau Kollegin Thoben wollte mit der Weltmacht Österreich gegen die EU zu Felde ziehen und die Vollauktionierung im Emissionshandel unterbinden.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie hätten lieber dafür sorgen sollen, dass frühzeitige Einnahmen aus dem Emissionshandel in Zukunft investiert werden und nicht auf die Gewinnkonten von RWE & Co. fließen, wie es jahrelang passiert ist.

(Beifall von der SPD – Zurufe von CDU und FDP)

Ich will Hubertus Schmoldt zitieren – weil Sie sich gern auf Gewerkschafter berufen –, der im Dezember vergangenen Jahres gesagt hat, es müsse Schluss sein mit der Schweinerei, dass die großen Energieversorger bis zu 5 Milliarden € jährlich als leistungsloses zusätzliches Gewinneinkommen bei den Kunden abzocken, weil sie kostenlos zugewiesene Emissionsrechte einpreisen. Das ist eine verantwortungslose Energiepolitik auf dem Rücken von Umwelt und Verbrauchern. Damit muss endlich Schluss sein in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Ich komme zum nächsten Punkt, weil Herr Brockes ein klares Signal gefordert hat. Wenn Sie hier eingestehen, dass Sie keine industriepolitische Strategie haben, ist das im Grunde die Fortsetzung der gestrigen Diskussion. Es war schon bezeichnend, dass die FDP hier sagt, mit ihr werde es keine staatliche Rettungsoption bei Opel oder sonst wo geben. Der neue wirtschaftspolitische Held der Union sagt: Jein, mal schauen, wie wir klarkommen. – Mit einer solchen Brüderschaft wird man die Krise in Nordrhein-Westfalen nicht meistern können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Das Gleiche gilt für Ihre, wie ich glaube, bewusst gesetzte strukturpolitische Zurückhaltung, um es vorsichtig zu formulieren. Gerade jetzt brauchen wir in den Problemregionen und in den Problembranchen eine sehr zielstrebige und problemorientierte Ziel-2-Förderung. Was machen Sie? Sie schreiben erneut in den Antrag, Sie wollten keine Problemorientierung, sondern eine Wettbewerbsorientierung der Fördergelder. Das haben Sie immer noch nicht gelernt. Das beruht auf Ihren Ideologien „Privat vor Staat“ und „Freiheit vor Gleichheit“. Das ist „Gestern“ und nicht „Morgen“!

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Sie haben für diesen Dreiklang noch „Erwirtschaften vor Verteilen“ vergessen!)

Wenn Sie Atomkraftwerke länger laufen lassen wollen und sich neben dem stellvertretenden Ministerpräsidenten mit der Zukunftskommission einen zweiten Kronzeugen mit dem Hinweis besorgen, der Neubau von Atomkraftwerken in Nordrhein-Westfalen müsse möglich werden, zeigt das, dass Sie nichts begriffen haben.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine Energiepolitik für Umwelt und für Arbeitsplätze. Das ist eine Energiepolitik mit der heimischen Braun- und Steinkohle, mit Energiesparen und mit erneuerbaren Energien. Ich fordere Sie auf: Beenden Sie endlich die Repowering-Blockade von Windkraftanlagen! Das wäre ein konkreter Schritt nach vorn – und nicht das, was Sie aufgeschrieben haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Unsere Perspektive ist klipp und klar: Wir wollen Arbeit statt Arbeitslosigkeit auch in der Industriepolitik finanzieren. Wir wollen endlich neben der Schutzfunktion auch eine Gestaltungsfunktion wahrnehmen. Wir wollen gute Arbeit für alle als Zielmarke des nächsten Aufschwungs. Dabei müssen alle mitmachen: Wirtschaft und Gewerkschaften, Arbeitnehmer und Unternehmer sowie ein handlungsfähiger und gestaltungswilliger Staat. Diese Landesregierung ist eine Tunichtgut-Landesregierung, die nichts macht, außen vor bleibt und im Antrag noch nicht einmal als Antreiber einer solchen

Industriepolitik erwähnt wird. Das ist zu kurz gesprungen, meine Damen und Herren.

Wir wollen ganz klar eine Problemorientierung statt einer Wettbewerbsorientierung bei den Ziel-2-Mitteln. Wir wollen als neues Instrument, um Arbeit zu schaffen und stützen, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, einen Struktursozialplan. Das heißt: Es muss möglich sein, dass bedrohte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, in ihrem Unternehmen zu einer Qualifizierungs- und Transfergesellschaft wechseln, wobei sie ein Rückkehrrecht in das Altunternehmen bekommen. Denn das ist sowohl eine wirksame Sozialpartnerschaft als auch eine Brücke der Solidarität, die diese Gesellschaft bauen muss. Wir wollen, dass der erfolgreiche Kurs von Olaf Scholz fortgesetzt und diese Brücke neu gebaut wird, und fordern daher einen Sozialplan Struktur.

Wir wollen ferner Mitbestimmung stärken, weil gerade in der Krise deutlich wurde: Die Betriebsrätinnen und Betriebsräte haben als Erste ein Interesse daran, jenseits von kurzfristigen Profitperspektiven langfristig das Wohl des Unternehmens und die Arbeitsplatzsicherheit in den Fokus zu stellen. Deshalb brauchen wir eine Stärkung und keine Aushöhlung der Mitbestimmung in unserem Land.

(Beifall von der SPD)

Wir brauchen weiterhin ein Bündnis für eine ökologische Industriepolitik. Da springen Sie in Ihrem Antrag am kürzesten. Sie delegieren die Verantwortung für das Schaffen von Akzeptanz auf die Anlagenbauer, auf die Produzenten, auf die Industrie. Nein, meine Damen und Herren, die Landesregierung muss sich endlich an die Spitze setzen, um in diesem Land Akzeptanz zu schaffen. Akzeptanz war eine gute sozialdemokratische Tradition. Sie haben diese Tradition vor die Wand gefahren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das funktioniert nur, wenn man aus Betroffenen Beteiligte macht; das haben Sie sträflich versäumt.

Sie haben schließlich die Pflicht, das RWE endlich dazu zu zwingen, zu drängen, dass das Kraftwerkerneuerungsprogramm Zug um Zug umgesetzt wird. Das RWE ist im Verzug. Garzweiler II wäre nie genehmigt worden, wenn man von vornherein eine solche Investitionsblockade durch das RWE selbst hätte vermuten können.

Letzter Punkt: Es muss Schluss sein mit der Verunsicherung von energiewirtschaftlichen Investoren durch Ihr Aufbohren der Verträge des Atomkraftausstiegs.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das sagen Sie!)

Wer so tut, als sei die längere Laufzeit für nord- und süddeutsche Atomkraftwerke ein Pluspunkt in Nordrhein-Westfalen, verschweigt seine eigentlichen Ziele. Denn das kann nicht Ihr Interesse sein. Ihr

Interesse ist offensichtlich eine Neubauoption für Atomkraftwerke in diesem Land. Auch dazu sagen wir Nein; da wird es bei uns nie eine Akzeptanz geben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Groschek. – Für Bündnis 90/Die Grünen erhält der Abgeordnete Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Schülerinnen und Schüler des Couven-Gymnasiums in Aachen, herzlich willkommen! Die Kernfrage ist doch: In welchem aktuellen Zusammenhang ist der Antrag gestellt worden? Der aktuelle Zusammenhang ist eine sich bedrohlich verschlimmernde Wirtschaftskrise. Der aktuelle Zusammenhang ist: Unternehmen quer durch alle Branchen haben Auftragsrückgänge von 30 bis zu 50 %, und – das kann ich jeden Morgen in der Zeitung nachlesen – immer mehr große, namhafte Firmen überlegen, betriebsbedingte Kündigungen auszusprechen. Vor diesem realen Hintergrund diskutieren wir.

Wenn ich mir vorstelle, irgendjemand von denen, die da bedroht sind, hätte die Vorstellung des Antrags gehört, Herr Kollege Wittke: Das sind nur alte Kamellen. Das hilft niemand von denen, die Angst haben, demnächst eventuell auf der Kündigungsliste zu stehen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Antrag der Koalitionsfraktionen war nichtssagend, und er ist wirtschaftspolitisch ein Armutszeugnis.

(Beifall von den GRÜNEN)

Er ist – das ist auch deutlich gemacht worden – in dem ersten Punkt ein Bekenntnisantrag. Die Kernfrage, wenn Sie da solche Sorgen haben, will ich klar beantworten: Nordrhein-Westfalen war ein Industriestandort, Nordrhein-Westfalen ist ein Industriestandort, und Nordrhein-Westfalen wird ein Industriestandort bleiben, weil die Industrie zu Nordrhein-Westfalen gehört. Das ist doch völlig klar. Nur: Mit einer solch platten Bekenntnisabforderung kommen Sie doch nicht weiter.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die entscheidende Frage ist doch: Wie wird die industrielle Politik von morgen aussehen? Die Antwort darauf lautet: Moderne Industriepolitik heißt minimaler Ressourcenverbrauch bei maximaler Energie- und Materialeffizienz plus innovative Ideen. Das zusammen ergibt Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung. Das ist das Paket nach vorne. Das taucht in beiden Anträgen der großen Fraktionen nicht auf.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es hat uns Spaß gemacht, mal nachzulesen, was der Bundespräsident in seiner Berliner Rede dazu gesagt hat. Denn diese Rede war – auch wenn mir nicht alle Details passen – eine Antwort auf die Diskussion, die die Menschen im Land umtreibt. Er hat gesagt – das ist die Überschrift unseres Antrags; ich zitiere Herrn Köhler –:

Nehmen wir uns deshalb die nächste industrielle Revolution bewusst vor: diesmal die ökologische industrielle Revolution.

(Dietmar Brockes [FDP]: Recht hat er!)

Das hat der Bundespräsident gesagt, und das ist richtig. – Herr Brockes, aber nichts, rein gar nichts von dem, was in Ihrem Antrag steht, deckt sich mit der Forderung des Bundespräsidenten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Dietmar Brockes [FDP]: Unterstützen Sie ihn!)

Das ist nur rückwärtsgewandtes Zeug, und nichts davon steht bei Ihnen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, wenn Sie mich etwas fragen wollen, fragen Sie mich laut; ich antworte Ihnen gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Priggen, es liegt keine ... Doch, eine Frage von Herrn Brockes. Das ist erstaunlich. Bitte schön.

(Heiterkeit)

Dietmar Brockes (FDP): Herr Kollege Priggen. Sie haben gerade die gute Rede des Bundespräsidenten gewürdigt.

(Michael Groschek [SPD]: Nein, ein Zitat!)

Meine Frage lautet: Werden Sie und Ihre Fraktion dem gerade so gelobten Bundespräsidenten auch am 23. Mai Ihre Unterstützung geben?

(Zurufe von SPD und GRÜNEN: Och! – Zuruf von den GRÜNEN: Es gibt noch bessere!)

Reiner Priggen (GRÜNE): Das ist eine naheliegende Frage, die ich ganz eindeutig beantworten will. Ich habe beim letzten Mal Frau Schwan gewählt. Ich habe Frau Schwan vor einer guten Woche hier wieder getroffen. Ich finde, sie ist noch besser als vor fünf Jahren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das, was Herr Köhler richtigerweise gesagt hat – es gibt ja auch wichtige Rollen von ehemaligen Präsidenten, die sie gesellschaftlich bekleiden können –, kann er gerne weiter sagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Wahlentscheidung – ich bin das dritte Mal Mitglied der Bundesversammlung – ist eindeutig. – Das zu Ihrer Frage.

(Zuruf von der SPD: Eine gute Frage von Brockes!)

Ich will noch ein paar Punkte ansprechen:

Wenn wir im Moment bestimmte industriepolitische Diskussionen betrachten, ist die Hoffnung für Ford in Köln, dass durch Investitionen für die Fertigung neuer treibstoffsparender Motoren in Höhe von 200 Millionen, die dort jetzt vorgenommen werden – darüber haben wir uns alle gefreut –, der Ford-Standort Köln stabilisiert wird und eine gute Perspektive hat.

Wir alle hoffen, dass die Forschung für batteriegetriebene Fahrzeuge nach Bochum kommt und dass der Ampera – oder und seine Nachfolgemodelle – nicht kurzfristig, sondern längerfristig für relevante Produktionszahlen und Arbeitsplätze in Bochum sorgen.

Wir alle haben letzte Woche verfolgt, dass Abu Dhabi bei Mercedes eingestiegen ist, ein Investor, der morgens 2 Milliarden € cash auf den Tisch legt – mit der Maßgabe, dass Mercedes emissionsfreie Fahrzeuge entwickelt, die dann in Masdar als Elektrofahrzeuge fahren.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Da steht nichts drin in dem Antrag!)

Davon steht in Ihren Anträgen nichts. Die Perspektive ist eindeutig. Es sind nicht Atomkraftwerke, es ist nicht CCS, sondern wir merken, die industrielle Revolution passiert in diesem Teil, genau an dieser Ecke wird sie versucht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage ist, ob wir in der Bundesrepublik Deutschland, ob wir in Nordrhein-Westfalen uns an dieser Perspektive beteiligen. Die generelle Kritik an beiden Anträgen ist aus meiner Sicht die längere Laufzeit der Atomkraftwerke, der unvermeidliche Steinkohlesockel und CCS. Die Kritik daran ist: Es geht um Stromerzeugung – das ist eigentlich der Kern des Antrags –, bei der man die Abfälle eine Million Jahre kontrollieren muss, während sich gleichzeitig andere industrielle Regionen nach vorne aufmachen und die ökologische Revolution wirklich anpacken. Es wird nach Stromerzeugungstechniken gesucht, die weiter gehen.

Wir sind nicht naiv. Wir wissen, dass die Kohlekraftwerke noch 30, 40, 50 Jahre laufen. Es geht gar nicht um einen Ausstieg jetzt. Die Frage ist: Gehen wir wirklich nach vorne, gehen wir auf die Zukunftstechniken, oder glauben wir, dass die Atomtechnik eine Zukunftstechnik ist? Und das wird keiner hier sagen. Selbst Sie sagen, es sei eine Übergangstechnik. Selbst die SPD-Kollegen sagen, CCS sei eine Übergangstechnik.

Dann stellt sich für mich die Kernfrage: Soll Nordrhein-Westfalen, wie es der Bundespräsident vorgeschlagen hat, tatsächlich in die industrielle Revolution einsteigen, basierend auf einer industriellen Struktur, diese nutzen, weiterentwickeln und mit Zukunftsperspektiven ausstatten, oder machen wir uns diesen Weg zu und träumen von Atomkraft und CCS? – Dazu hat, wie ich meine, der Bundespräsident das Richtige gesagt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzte Anmerkung. Die Kollegen der Fraktionen von CDU und FDP haben uns die Freude gemacht, einen Entschließungsantrag zu unserem Antrag einzubringen. Wir werden gleich um getrennte Abstimmung der beiden Absätze bitten. Dem ersten Teil Ihres Antrages, in dem Sie die Äußerungen des Bundespräsidenten in seiner Berliner Rede begrüßen, werden wir gerne zustimmen. Dem zweiten Teil, mit dem Sie erreichen möchten, dass sich der Landtag dahin gehend erklärt, dass er geschlossen den Bundespräsidenten wiederwählt, wollen wir aus nachvollziehbaren Gründen nicht zustimmen. Insofern bieten wir an, zumindest einen Konsens über alle Fraktionen hinweg darüber herzustellen, dass wir diese Akzente der Rede begrüßen. Beim zweiten Teil bitten wir um Verständnis; dem können wir nicht ganz folgen. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Kollege Priggen. – Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort.

Christa Thoben, Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedanke mich für den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP. Er ist sinnvoll und notwendig. Aber so selbstverständlich, wie der Inhalt für unser Land eigentlich sein müsste, ist er leider nicht mehr.

Zwar sind wir Industrieland Nummer eins – die Wiege der Industrie steht in Mitteleuropa –, und wir leben von der Industrie. Allein das verarbeitende Gewerbe bildet mit den unternehmensnahen Dienstleistungen und dem Logistikbereich einen Vorleistungsverbund, der rund ein Drittel der Wertschöpfung in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet.

Wir werden im Ausland um unsere Industrie beneidet, gerade was Klimaschutz und Umwelttechnik anbelangt. China beispielsweise baut auf Unternehmen aus unserem Land und ihrem Know-how, wenn es um Umweltschutz, Bergbausicherheit oder auch um Wasseraufbereitung geht. Unsere Unternehmen sind Hidden Champions, liefern individuelle, maßgeschneiderte Lösungen in den vielfältigsten Branchen. Die Industrie ist außerdem Basis und Motor für Forschung, Entwicklung, Wachstum und Wohlstand in unserem Land. Die These von der

Deindustrialisierung haben wir mit dem letzten Jahreswirtschaftsbericht empirisch nochmals eindeutig widerlegen können.

Gleichwohl findet an zu vielen Stellen und in politischen Zirkeln in Deutschland eine Diskussion statt, die diese Wirklichkeit verkennt, unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit schadet und Arbeitsplätze gefährdet. Deshalb ist der Antrag notwendig: um die Debatte vom Kopf auf die Füße zu stellen, um über die Wirklichkeit bei uns im Land zu reden ohne ideologische Scheuklappen.

Diejenigen, die die Wirklichkeit nicht kennen, sagen: Wir wollen keine Industrie, wir wollen erneuerbare Energien. – Gerade wenn man sich von den erneuerbaren Energien besonders viel verspricht, ist man auf modernste Maschinenbautechnik angewiesen, beispielsweise für Motoren und Turbinen. Erneuerbare Energiegewinnung kommt auch nicht ohne modernste Chemie aus, beispielsweise zur Beschichtung von Rotoren.

Bei allen Zukunftsfragen der Mobilität, egal in welcher Form, sind wir auf Produkte angewiesen, die entwickelt, produziert, beschichtet, angetrieben werden müssen, und weit weg vom recyclefähigen Material sollen sie in Zukunft auch nicht mehr sein. Biogasanlagen, Solarstrom, effiziente Wärmedämmsysteme, Recyclingprodukte, Leichtfahrzeugbau – ich könnte eine lange Reihe von Beispielen nennen, die zeigen, dass grüne Technologie ohne moderne chemische Industrie und ohne hochkomplexe Kunststoffe undenkbar ist.

(Beifall von der FDP)

Aber die notwendigen Infrastrukturen für die chemische Industrie werden abgelehnt.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, die von Bayer gebaute CO-Pipeline ist nicht irgendein Projekt. Sie ist von großer Bedeutung für unsere Industrie. Ohne Chemie geht heute fast gar nichts.

Die CO-Pipeline ist aber mehr: Sie ist auch ein entscheidender Testfall, die künftigen Investoren im In- und Ausland Signale aussendet. Sie erinnern sich: Das Vorhaben wurde in diesem Haus von allen Fraktionen einstimmig getragen, weil es für eine der größten und ältesten Chemieregionen unseres Landes von zentraler Bedeutung ist. Sie sichert Investitionen und Arbeitsplätze, weil die chemische Industrie zu den tragenden Säulen unserer Wirtschaft zählt.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, in einem Gutachten wird eindeutig belegt, dass ohne CO-Pipeline der Standort Krefeld in eine Abwärtsspirale gerät und damit die mittelständischen kunststoffverarbeitenden Betriebe rund um den Standort keine Zukunft haben.

Insofern ist das Projekt nach unserer Einschätzung alternativlos.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, dass Sie in Ihrem Antrag auf die zunehmende Skepsis von breiten Bevölkerungskreisen gegenüber industriepolitischen Großprojekten eingehen – schön und gut. Einen Gegner haben Sie ja gefunden: Herrn Steinbrück, ehemaliger Ministerpräsident dieses Landes, der die Wirklichkeit hier im Land kennt. Er macht an vorderster Front Kampf gegen dieses für unser Land so wichtige Großprojekt.

Meine Damen und Herren, ob wir in Zukunft ein moderner Industriestandort bleiben werden, hängt nicht zuletzt auch davon ab, ob wir die Kraft und den Mut haben, notwendige industrielle Infrastrukturprojekte zu verwirklichen,

(Beifall von der FDP)

nach sorgfältigen planerischen Abwägungen und selbstverständlich unter Beachtung höchster Sicherheitstechnischer Standards und Auflagen.

Es ist unangemessen, ja realitätsfern, sich das Tempo des technischen Fortschritts der industriellen Zukunft, zum Beispiel in der Energieversorgung, als möglichst schnellen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen vorzustellen. Wer das Tempo zu stark beschleunigt, verpasst die allmähliche Umstellung und verzichtet damit auf Klimachancen, weil dann die sogenannten alten Möhrchen schlicht länger laufen müssen.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie gefährden mit Widerständen gegen solche Vorhaben Investitionen und Arbeitsplätze. Sie vertreiben Unternehmen aus unserem Land. Nur ein kleines Beispiel: Wenn man ein sehr modernes Braunkohlekraftwerk mit 800-Megawatt-Leistung ersetzen und den Strom aus Mais oder Raps gewinnen möchte, dann braucht man in dem einen Fall 10 % der Fläche unseres Landes, in dem anderen Fall 30 %, um dies zu tun.

Ich nehme sehr gerne das Beispiel des Bundespräsidenten aus seiner Berliner Rede: Die nächste industrielle Revolution müssen wir uns bewusst vornehmen, aber nicht überhasten, weil wir sie sonst nicht schaffen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Das hat er aber doch nicht gesagt!)

Diese Debatte brauchen wir. Diese ökologische industrielle Revolution erfordert nicht weniger, sondern mehr industrielle Innovation, auch wenn es Ihnen nicht passt.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb fordert der Bundespräsident zu Recht „ein gesellschaftliches Klima der Innovationsfreude und ein starkes ökologisches Bewusstsein“. Er sieht

darin nicht nur eine Aufgabe der Wirtschaft, sondern eine kulturelle Herausforderung. Wohlstand ist laut Köhler – das teile ich – kein Selbstzweck. Er sagt: „Wohlstand war und ist auch heute Grundlage für ein Leben, das darüber hinausweist.“ Es geht also schon um ein qualitatives Mehr.

Darum geht es uns auch in der Energie- und Industriepolitik. Wenn beispielsweise das Kraftwerkserneuerungsprogramm – sei es wegen Protesten der Bevölkerung, sei es wegen der Ausgestaltung des europäischen Emissionshandels – nicht oder nur eingeschränkt verwirklicht werden kann, bedeutet das für unser Land einen erheblichen Rückschritt bei der Sicherung einer wirtschaftlichen und klimaschonenden Energieversorgung. Vor allem aber bedeutet es mehr CO₂ und eben nicht weniger, wie die Gegner behaupten.

Ebenso – das will ich heute nicht vertiefen – ist der Ausstiegsbeschluss aus der Kernenergie unter Klimaaspekten nicht förderlich.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Selbst massive Vertreter erneuerbarer Energien sagen: Macht den Quatsch nicht. Gebt den erneuerbaren Energien Zeit, um die Wirtschaftlichkeit zu erreichen, und überhastet es nicht. Ihr treibt andere Branchen aus dem Land.

Wir müssen die Kraft haben, darüber offener zu reden, auch wenn es in der Bevölkerung an der einen oder anderen Stelle schwierig ist. Die Industrie ist Basis unseres Wohlstandes. Das bedeutet, dass man Infrastruktur und Großanlagen natürlich unter strengen Auflagen bei uns bauen muss und wir das positiv begleiten. Meine Damen und Herren, das ist die Basis unserer Zukunft.

In der Zukunft wird es weltweit darum gehen, Technologien zur effizienten Energieerzeugung und Nutzung für Umweltschutz, Recycling, Wasseraufbereitung usw. zu entwickeln und zu produzieren. Umwelt- und Klimaschutz „Made in NRW“ – so sehen die Überlebentechnologien der Zukunft aus. Das ist eine große, herausragende industriepolitische Chance für unser Land.

Gerade auch im Interesse der hier lebenden Menschen wollen wir gestärkt aus der Krise hervorgehen. Das schaffen wir aber nur mit hochmodernen Industrieanlagen und nicht gegen sie. Am Beispiel Großbritanniens kann man sehen, was passiert, wenn ein Land glaubt, die industrielle Basis vernachlässigen zu können: Es gerät umso tiefer in den Strudel der Finanzmarktkrise.

Für diese Wirklichkeit, wie wir sie sehen, für diese Zusammenhänge wollen und werden wir deutlicher werben, Planungsprozesse begleiten und Informationen weitergeben, als Politiker Position beziehen und zu unseren Entscheidungen stehen. Wir dürfen

die Zukunft nicht denen überlassen, die verhindern wollen, statt zu gestalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Für die SPD-Fraktion erhält der Abgeordnete Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch^{*)} (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Darüber, dass die industrielle Basis und die Industriepolitik für Nordrhein-Westfalen von zentraler Bedeutung und Grundlage unseres Wirtschaftens sind, dass wir industrielle Unternehmen brauchen, die sich und ihre Produkte immer wieder neu erfinden und am Markt damit bestehen können, herrscht im Haus Konsens. Das kann und muss man sich aber nicht die ganze Zeit gegenseitig versichern.

(Zuruf von der FDP: Also stimmen Sie zu?)

Dass sich Frau Thoben allerdings für diesen Antrag der Regierungsfractionen bedankt und ihn für hilfreich und notwendig hält, empfinde ich eher als Offenbarungseid für die bisherige industriepolitische Arbeit dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Was Herr Wittke in seiner neuen Funktion als wirtschaftspolitischer Sprecher, in der er sich im Moment große Mühe gibt zu beweisen, welcher Kerl er ist,

(Lachen von der SPD)

vorgelegt hat, ist aus meiner Sicht das Schwarzbuch der industriepolitischen Versäumnisse der letzten vier Jahre dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD)

Es wird allen Ernstes geschrieben:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, (...) zu prüfen, wie die gesellschaftliche Akzeptanz für die nordrhein-westfälische Industrie und die Aufgeschlossenheit der Bevölkerung gegenüber industriellen Zukunftstechnologien erhöht werden können (...).

Das müssen Sie nicht prüfen, sondern seit vier Jahren tun. Sie müssen sich Mühe geben, dass diese Akzeptanz in diesem Land nicht untergeht.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

Es gilt, was in anderen Fällen auch gilt: Es gilt nicht „Privat vor Staat“. Diese Verantwortung müssen nicht andere übernehmen. Sie muss auch der Staat, die Exekutive und die Legislative in diesem Land, übernehmen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Was Sie unter Rot-Grün nicht getan haben!)

Das tun sie aber eben nur zu geringen Teilen, und das ist nicht in Ordnung.

Im Sinne der nordrhein-westfälischen Industrie soll die Landesregierung weiterhin frühzeitig Einfluss auf Regelungen und Initiativen des Bundes und der EU nehmen; so steht es in diesem Antrag. So wie beim Emissionshandel? So wie bei den Jobcentern? So viel Einfluss soll sie bei Bund und EU nehmen, Kolleginnen und Kollegen? Nein, sie muss endlich überhaupt Einfluss nehmen. Insofern ist es ein Dokument der Versäumnisse dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von Dietmar Brockes [FDP])

Die Landesregierung wird aufgefordert, „auf eine konsequente Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms hinzuwirken“. Vielleicht täuscht mich meine zeitliche Zuordnung. Aber ich glaube, es ist zwei Jahre her, dass Frau Thoben im Wirtschaftsausschuss gesagt hat: Wir werden jetzt mit RWE die Gespräche mit aller Härte führen, um das auch hinzubekommen. – Das Ergebnis ist bis heute nicht wirklich festzustellen.

Das Einzige, was mit der Landesregierung bisher industriepolitisch gelaufen ist ... Es wäre total klasse, wenn Frau Thoben vielleicht der Debatte folgen und nicht mit Herrn Laumann so laut sprechen würde, dass man sich als Redner hier vorne kaum noch konzentrieren kann.

(Beifall von der SPD – Heiterkeit bei Ministerin Christa Thoben – Rudolf Henke [CDU]: Sie sind aber sehr sensibel! – Holger Ellerbrock [FDP]: Gilt das auch für Ihre Zwischenrufe?)

Was in diesem Antrag nicht auftaucht, ist das Einzige, was bisher passiert ist, nämlich der industriepolitische Dialog. Er taucht wahrscheinlich deswegen nicht auf, weil er im Moment nicht mehr klappt. Wir haben schon lange nichts mehr vom aktuellen Stand gehört.

Nein, das Einzige, was wir hören, ist, dass man jetzt zwar die ökologischen Aspekte sieht und umsetzen will, was man daraus industriepolitisch nehmen kann, aber bitte nicht so schnell. Ich kann nur sagen: Es ist eine absolute Energieverschwendung, ein Auto mit angezogener Handbremse zu fahren, Kolleginnen und Kollegen. So geht das nicht. Da muss Dampf rein. Man muss etwas tun, wenn man diese Chancen nutzen möchte.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Damit meinen Sie wohl die Grünen!)

Insofern bin ich wirklich überrascht, dass wir hier Debatten haben, bei denen es darum geht, dass diese Landesregierung – zum Beispiel beim Emissionshandel – alles dafür tut, den industriepolitischen Aufbau in Nord-, Ost- und Süddeutschland zu betreiben: im Norden mit der Windenergie, die sich hier selber nicht richtig an den Start bringt, wo Re-

powering in Nordrhein-Westfalen verhindert wird, in Ostdeutschland mit der Solarenergie und Solarzellenproduktion, die wir hier auch nicht im ausreichenden Maße an den Start bekommen, und in Süddeutschland mit dem, was Atomkraft und Biomasse angeht.

Nein, Kolleginnen und Kollegen, die Kraft muss für Nordrhein-Westfalen aufgewandt werden. Das tut diese Landesregierung nicht. Insofern ist der Antrag ein Dokument des Tiefschlags der bisherigen Arbeit dieser Landesregierung in industriepolitischer Sicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die CDU-Fraktion hat nun Herr Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Priggen hat die Einordnung unseres Antrags angemahnt. Kollege Priggen, ich will Ihnen die Einordnung geben: Dieser Antrag der Koalitionsfraktionen ist eine Botschaft an die Industrie, und diese Botschaft lautet: Wir in Nordrhein-Westfalen lieben Industrie. Die Industrie ist der Quell unseres Wohlstandes. Die Industrie sichert einen Großteil der Arbeitsplätze in unserem Land. Die Industrie ist Garant unserer Erfolge im globalen Standortwettbewerb. Deswegen gilt unsere besondere Fürsorge den Rahmenbedingungen für diese Industrie, die in der letzten Regierungsperiode sträflich vernachlässigt wurden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ob Sie es nun hören wollen oder nicht: In rot-grünen Regierungszeiten wurde eine regelrechte Deindustrialisierung unseres Landes betrieben. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, nicht an den Zukunftsperspektiven allein. Auch, was ihr in der Vergangenheit geleistet habt, ist wichtig. – Mit dieser Politik ist jetzt endgültig Schluss. Das ist unsere Botschaft an die Industrie.

Kollege Groschek, Modernisierung der Industriepolitik unter Rot-Grün? Dass ich nicht lache! Sie haben heute Ihren Obermodernisierer, der sich im lebhaften Streit mit der IG BCE befindet, schon wohlweislich versteckt. Aber was ist denn in diesem Land während Ihrer Regierungszeit passiert? Seit der Einführung des Farbfernsehens und seit der Ansiedlung von Opel in Bochum durch den CDU-Ministerpräsidenten Franz Meyers hat es kein zukunftsorientiertes, industrielles Großprojekt mehr gegeben, das in diesem Land die Akzeptanz von Sozialdemokraten

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo leben Sie denn?)

und Grünen fand.

(Beifall von der CDU)

Ich will ein paar Beispiele nennen: Die Einführung der Informationstechnik bei Wirtschaft und Verwaltung, die heute eine Grundlage des Erfolgs unserer Maschinenbauindustrie ist, wurde lange Zeit als Jobkiller, als Chip-Chip-Hurra-Mentalität diskriminiert, blockiert und behindert. Zu Beginn der 80er-Jahre war man in der heute hoch verschuldeten Stadt Oberhausen noch stolz auf sein technikfreies Rathaus. Man fasst es kaum, wie Menschen, Sozialdemokraten, damals so denken konnten.

Der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop wurde aus fadenscheinigen Gründen ohne eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Technologiekonzept abgeschaltet,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Gott sei Dank!)

Kalkar eingemottet, das Kernforschungszentrum Jülich geschleift, der Anschluss an internationale Forschungslinien bewusst gekappt, und selbst die Sicherheitsforschung wurde ausgetrocknet.

Meine Damen und Herren, die Folge dieser Antiindustriepolitik war eine dramatische Verlagerung des Schwerpunktes industrieller Arbeitsplätze innerhalb von Deutschland. Kollege Priggen, auch da muss ich noch einmal sagen: An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen.

(Beifall von CDU und FDP – Reiner Priggen [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Gleich! – Ich will dass jetzt noch einmal im Zusammenhang sagen: 1996 entfielen auf 1.000 Einwohner noch 76 industriell Beschäftigte im Ruhrgebiet und 89 in Nordrhein-Westfalen, während es in Bayern 100 und in Baden-Württemberg 119 waren. Das waren die Folgen der Industriepolitik in den 80er-Jahren.

Bis 2004, dem letzten Jahr der rot-grünen Antiindustriekoalition in Nordrhein-Westfalen, sank die Zahl der Industriebeschäftigten im ganzen Land auf 77 und im Ruhrgebiet sogar auf 61 je 1.000 Einwohner. In Bayern und Baden-Württemberg blieb sie stabil.

Meine Damen und Herren, angesichts dieser Zahl hätten Sie in Ihrer eigenen Regierungszeit längst einen Schutzschirm für industrielle Kerne aufspannen und einen Pakt des Vertrauens schmieden müssen. Ihre heutigen Krokodilstränen kommen leider viel zu spät.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Auf einen Lohnwettbewerb mit europäischen oder asiatischen Staaten können und wollen wir uns nicht einlassen. Damit wir unsere hohen Lebens- und Sozialstandards halten können, müssen wir auf Dauer um so viel besser und innovativer sein, wie wir teurer sind als andere. Dabei erinnern mich die Erfolgsfaktoren,

die für uns gelten, an die Formel 1 im Automobilrennsport. Dort entscheidet nicht eine einzige Größe, ein einziger Faktor. Dort entscheidet ein ganzes Paket aus Fahrer, Motor, Reifen, Aerodynamik und Boxenservice.

Über den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes entscheiden Ausbildungsstandard, Kreativität und Motivation der Arbeitnehmer, ein wirtschaftsorientierter Verwaltungsvollzug, die Vernetzung der Unternehmen mit Wissenschaft, Forschung und untereinander, eine Infrastruktur, die besser ist als jede an einem anderen Standort, nicht zuletzt aber auch das Verständnis der Bevölkerung für wirtschaftliche Zusammenhänge und für Wertschöpfungsketten. Denn nur dieses Verständnis führt zur Akzeptanz unverzichtbarer Produktionsanlagen und Infrastrukturprojekte.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Weisbrich, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Abgeordneten Priggen?

Christian Weisbrich (CDU): Doch, gerne.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Priggen, bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Danke schön, Herr Kollege Weisbrich. Meine Frage ist: Das, was Sie eben Rot-Grün vorgeworfen haben, halte ich zwar für falsch, aber Sie hätten es bei Regierungsantritt vor vier Jahren vorwerfen können. Jetzt sind wir vier Jahre weiter. Wir sind am Beginn einer der größten Weltwirtschaftskrisen, wenn nicht sogar der größten Weltwirtschaftskrise, die es je gegeben hat. Meinen Sie, dass die Vorwürfe vier Jahre nach Ihrem Regierungsantritt irgendetwas mit der realen Situation, in der sich die Wirtschaft jetzt befindet, zu tun hätten, oder flüchten Sie vor der Realität?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Christian Weisbrich (CDU): Kollege Priggen, das musste ja so kommen, dass Sie so tun, als sei vor unserer Zeit nichts gewesen. Natürlich ist das nicht die Perspektive für die Zukunft. Ich habe gesagt, dass Sie hier in Nordrhein-Westfalen seit der Niederlassung von Opel in Bochum unter Franz Meyers kein Großprojekt mehr entwickeln konnten.

Natürlich brauchen wir neue Projekte. Frau Thoben hat ja darauf hingewiesen. Natürlich brauchen wir auch eine ganze Reihe von dem, was Sie vorhin vorgetragen hat, was moderne Industriepolitik ist. Bitte vergessen Sie bitte nur eines nicht: Wenn man die Vergangenheit nicht aufarbeitet und die Vergangenheit nicht kennt, wird man die Zukunft nicht gewinnen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wer in der Vergangenheit lebt, kommt in der Zukunft nicht an!)

Versprechen für neue Technologien sind wunderbar. Da heißt es immer, das ist es, und am Ende kommt nichts dabei heraus, sondern im Ergebnis das, was hier an Arbeitsplatzvernichtung in Nordrhein-Westfalen gewesen ist. Wir können uns gerne an anderer Stelle über Akzente, Energieeffizienz, Materialeffizienz ausführlich unterhalten. Das ist sicherlich sinnvoll, reicht aber allein nicht aus.

Wissen Sie, wenn ich mir anhöre, was Sie heute beispielsweise zur Energiepolitik von sich geben und wie selektiv dort Ihre Wahrnehmung ist, muss ich sagen: Sie hätten seinerzeit Galilei mit Sicherheit verbrannt, weil er gesagt hat: Und sie dreht sich doch!

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Weisbrich, es gibt noch eine zweite Frage von Herrn Eiskirch.

Christian Weisbrich (CDU): Es reicht erst einmal. Ich möchte fortfahren, sonst sitzen wir morgen früh noch hier.

Meine Damen und Herren, zu den unverzichtbaren Infrastrukturprojekten, die unser Land braucht, zählen nicht nur Schienen, Straßen, Häfen, Flugplätze, Müllverbrennungsanlagen oder Kraftwerke, die Sie von Fall zu Fall kräftig bekämpfen, sondern auch Leitungen zur Strom- und Wasserversorgung, zur Beseitigung von Abwasser und zum Transport flüssiger oder gasförmiger Massengüter. Kollege Wittke hat es schon gesagt: Ohne Rohstoffe können wir unsere Wirtschaft und Industrie im Land nicht betreiben.

Ohne Transportleitungen für Erdöl oder Erdgas oder Kohlendioxyd zwischen Kraftwerken und Einlageungsstätten wird es in den nächsten Jahrzehnten keine sichere, saubere und bezahlbare Energie geben. Wir können nicht von einem Tag auf den anderen komplett umsteigen. Raus aus den fossilen Primärenergieträgern, rein in erneuerbare Energien, das funktioniert nicht. Wir werden im 21. Jahrhundert weltweit ein Jahrhundert der Kohle erleben – nicht der heimischen Steinkohle, die Kollege Römer so gerne hat, sondern der Kohle in anderen großen, aufkommenden Industrieländern. Wir werden Technologien brauchen, um die CO₂-Ausstöße bei dieser Kohle umweltpolitisch beherrschbar zu machen. Dafür müssen wir entsprechende Signale senden.

Sie weisen darauf hin, dass wir uns in der größten Wirtschaftskrise zumindest der Nachkriegszeit befinden. Arbeitsplätze brechen weg. Einer der großen Schwerpunkte der Wirtschaft und der Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen ist die chemische Industrie. Ohne Transportleitungen für Ethylen oder Kohlen-

monoxyd werden wir die großen Chemiestandorte nicht halten können. Das wissen Sie ganz genau. Darin hat großer Konsens bestanden, sonst hätten wir nicht gemeinsam ein Gesetz für die CO-Pipeline durchgebracht. Heute geht beispielsweise der Ex-Ministerpräsident der SPD in seinem Wahlkreis hin und holzt wie verrückt gegen die CO-Pipeline, die er vorher selbst gefördert und mit geplant hat.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, so etwas ist intellektuell doch einfach nicht redlich und den Bürgern gegenüber unfair.

(Beifall von der CDU)

Das ist einfach verlogen. Mit einer solchen Art von Politik werden wir die Industrie und die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen nicht voranbringen. Wir sollten uns dazu bekennen, dass wir die Industrie brauchen, die zugegebenermaßen auch Probleme hat. Die Bürger müssen eine Vorleistung in Richtung Akzeptanz erbringen. Die Wirtschaft muss für Sicherheit sorgen. Aber wir können nicht mehr sagen: Hannemann, geh du voran, zünd' Nachbars Haus, nicht meines an. – Das wird nicht gehen. Dann werden wir unsere wirtschaftliche Leistungskraft in Nordrhein-Westfalen verlieren. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Für die FDP-Fraktion erhält der Abgeordnete Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden heute über Industriepolitik. Was heißt eigentlich „Industrie“?

Industrie heißt doch zuallererst einmal: Arbeitsplätze! Arbeitsplätze sichern! Arbeit ist für uns immer mehr als nur Geld verdienen, Arbeit bedeutet sicherlich eine sinnvolle Beschäftigung. Mit eigenen Händen oder dem eigenen Kopf eigenständig Einkommen zu erwirtschaften, hat letztendlich etwas mit Selbstwertgefühl, mit Selbstsicherheit und Selbstvertrauen zu tun.

Wir als FDP gehen sogar noch weiter und sagen: Nur, wer wirtschaftlich frei ist, der kann auch politisch frei sein. Aus unserer Sicht kommt dem ein besonders hoher Stellenwert zu, denn Arbeit bedeutet letztendlich Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Meine Damen und Herren, Arbeit und Industrie heißt auch: Ausbildung. Ausbildung ist Zukunft. Industrie heißt auch: Industriearbeitsplätze haben eine enge Verknüpfung mit dem Handwerk. Industrie heißt auch: enge, untrennbare Verknüpfung mit anwendungsorientierter Forschung und Grundlagenforschung.

Meine Damen und Herren, wir sind uns, glaube ich, gar nicht bewusst, wie eng die Verknüpfung zwischen Forschung und Industrie ist. Alleine zum Beispiel bei Engineering Ruhr gibt es 4.000 Studierende. Es gibt eine Kooperation zwischen Boeing, Evonik und EOS Electro Optical Systems; sie gründen in Paderborn zusammen mit der Universität das Direct Manufacturing Research Center. Die Max-Planck-Gesellschaft bietet die Plattform für Systembiologie in Dortmund. Außerdem gibt es in Dortmund ein Laboratorium zur Umsetzung chemischer Prozesse in der Wirtschaft. Alles das geschieht im Verbund zwischen Industrie und Forschung.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassen: Industrie bedeutet Zukunftsorientierung. Industrie sichert unseren Lebensstandard, schafft Werte. Industrie sichert im Übrigen nicht nur unseren Lebensstandard, sondern schafft auch Werte, die es uns ermöglichen, unserer globalen Verantwortung in vielerlei Hinsicht – ich spreche zum Beispiel von Entwicklungshilfe – gerecht zu werden.

Meine Damen und Herren, wer industrielle Entwicklung und Allgemeinwohl eng verknüpft, muss sich bewusst sein, dass er dazu die Standortvoraussetzungen verbessern muss. Das bedeutet nicht nur duale Ausbildung und lebenslange Qualifikation von Arbeitnehmern, sondern das bedeutet auch Forschung. Dafür steht diese Landesregierung wie keine andere. Das bedeutet Logistik. Unter Wittke haben wir in dieser Regierung die Anzahl der Planfeststellungsbeschlüsse für Straßenbauprojekte von vier im Jahr 2004 auf 19 im Jahr 2007 steigern können.

Standortvoraussetzungen sichern heißt aber auch, Standorterweiterungen ermöglichen, und zwar nicht nur hinsichtlich der Produktionspalette, sondern auch hinsichtlich der Flächen. Also müssen wir in einem hoch verdichteten Land wie dem unseren ja dazu sagen, wenn wir Verbünde zwischen einzelnen Industriestandorten schaffen.

In dem Zusammenhang ist natürlich die CO-Leitung ein Beispiel für notwendige Vernetzungen. Das ist aber erst der Beginn einer Vernetzungsstrategie nordrhein-westfälischer Industriestandorte. Wer sich dagegen stellt, stellt sich auch gegen das Allgemeinwohl. Das muss man so deutlich sagen.

(Beifall von der FDP – Sören Link [SPD]: Ein ganz schlechtes Beispiel!)

Meine Damen und Herren, sichere Energie für die Industrie heißt auch Laufzeitverlängerung von Kernkraftwerken, unabhängig davon, ob Sie das hören wollen oder nicht. Das ist einfach so.

Wenn wir von moderner Übergangstechnologie reden, modernen Kohlekraftwerken mit CO₂-Abscheidung, müssen wir uns auch der Frage stellen: Wie kommen wir zu dem Endlager? Auch über eine dafür benötigte CO₂-Leitung quer durch halb Deutschland werden wir eine Diskussion führen.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Die schon angekündigte Maschinenstürmerei gegen die CO₂-Leitung ist so extrem industrie-feindlich, wie wir es uns eigentlich gar nicht leisten können.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn wir diese Verknüpfung von Industrie und Allgemeinwohl akzeptieren, dann müssen wir ganz deutlich sagen: Wer Ja zum Allgemeinwohl sagt, der muss auch Ja zur Standortsicherung und industriellen Entwicklung hier in Nordrhein-Westfalen sagen, und zwar inklusive der damit verbundenen Probleme. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Als nächste Rednerin spricht Frau Asch für Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir müssen leider feststellen, dass CDU und FDP mit diesem völlig kleinkarierten und kleinteiligen Antrag in keiner Weise über den Tellerrand von Nordrhein-Westfalen hinausschauen. Sie nehmen nicht wahr, dass Wirtschaften in der globalen Welt bedeutet, über die Landesgrenzen hinauszuschauen und auch globale Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen der Bundesregierung hat die Gefahr eines ungebremsen Klimawandels als den zentralen politischen Konflikt des 21. Jahrhunderts bezeichnet. Wir wissen: Wenn die Industrieländer nicht entschlossen handeln, wird uns der kaum widerlegbare Vorwurf gemacht werden, die Gefährdung der existenziellen Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zuzulassen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Also keine Industrie!)

Genau das, meine Damen und Herren, hat Horst Köhler in seiner Berliner Rede Ihnen, uns und dem ganzen Land sehr deutlich ins Stammbuch geschrieben, weil paradoxerweise vor allem diejenigen Kontinente und Länder gefährdet sind, die bislang am wenigstens zur Klimakatastrophe beigetragen haben.

Zurzeit leben ca. 6 Milliarden Menschen auf der Welt; das wissen wir. Sie leben von den Ressourcen, die ihnen die Welt bietet. Doch aus unserem Ressourcenverbrauch westlicher Prägung resultiert eine bislang ungebremsste Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der globale Klimawandel, der Verlust der Artenvielfalt und die zunehmende Ausbreitung von Wüsten sind die Alarmzeichen für die Bedrohung der Welt. Die Zeche, den Klimawandel, bezahlen Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika. Wir können all die schönen Millenniumsziele, all die schönen entwicklungspolitischen Ziele über Bord werfen, wenn es nicht gelingt, den Klimawandel aufzuhalten. Und dafür müssen wir in unserer Art des Wirtschaftens in den Industrieländern umsteuern. Daran führt kein Weg vorbei. Das ist das, was Sie nicht wahrnehmen wollen.

(Dietmar Brockes [FDP]: Also keine Industrie!)

Wir brauchen eine innovative Energiepolitik, aber nicht die rückwärts gewandten kleinkarierten Dinge, die Sie aufgeschrieben haben. Wir brauchen eine Energiepolitik, die auf Einsparung, auf erneuerbare Energien zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung setzt. Das ist nicht nur – und das ist der Punkt, meine Damen und Herren – verantwortliches globales Handeln. Vielmehr ist es auch für unsere Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen eine große Chance.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte kommen Sie zum Schluss, Frau Kollegin.

Andrea Asch (GRÜNE): Wir wissen nämlich, dass die erneuerbaren Energien die Märkte der Zukunft sind. Hier verzeichnen wir die größten Wachstumsraten. Hier sind in den letzten Jahren 300.000 Arbeitsplätze entstanden, und hier liegen die Chancen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft. Mit Ihrer Weigerung, sich von der Kohlepolitik zu verabschieden, mit Ihrer Weigerung, sich von der Atompolitik zu verabschieden, verhindern Sie Innovationen bei der Kraft-Wärme-Kopplung, und damit verhindern Sie nicht nur den Klimaschutz, sondern auch Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen.

Meine Redezeit ist zu Ende. Falls Sie es erlauben, Herr Präsident, würde ich noch gerne das Zitat ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Nein, eigentlich erlaube ich jetzt kein Zitat mehr, weil Sie schon ein ganzes Stück über Ihrer Redezeit sind.

Andrea Asch (GRÜNE): Gut, dann nicht. – Ich kann Sie nur auffordern:

(Ralf Witzel [FDP]: Aufhören! Jetzt ist gut!)

Verspielen Sie nicht die Chancen für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen, und verspielen Sie nicht die Zukunft dieser Erde!

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Fortgesetzt Zurufe von CDU und FDP)

– Wenn Sie sich ein bisschen beruhigt haben, kommen wir zu einer sehr komplizierten Abstimmung. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich für diese fünf Abstimmungen inklusive Teilabstimmungen, die vor uns liegen, ein bisschen Ruhe gönnen würden.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 14/8882** der Fraktionen von CDU und FDP. Sie haben direkte Abstimmung beantragt. Wer stimmt dem Inhalt dieses Antrags zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und der fraktionslose Kollege Sagel. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen **angenommen**.

Wir stimmen zweitens über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/8936** der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen ab. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die Grünen, die SPD und Herr Sagel. Wer stimmt dagegen? – CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/8944** der Fraktion der SPD ab. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Die SPD. Wer stimmt dagegen? – Grüne, CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Bei Enthaltung des Kollegen Sagel ist dieser Entschließungsantrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen der Fraktionen von Grünen, CDU und FDP **abgelehnt**.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Darf ich um ein bisschen mehr Ruhe bitten, Herr Kollege?

Wir stimmen viertens über den **Entschließungsantrag Drucksache 14/8951** der Fraktionen von CDU und FDP ab. Dieser Entschließungsantrag enthält zwei Teile. Es ist beantragt worden, über beide Teile getrennt abzustimmen. Dem kommen wir hiermit nach.

Der **erste Teil** beginnt mit den Worten „Der Landtag begrüßt“ und endet mit den Worten „Umweltwirtschaft und Umwelttechnik“. Wer stimmt diesem Teil des Entschließungsantrags der Fraktionen von CDU und FDP hier im Hohen Hause zu? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Enthält sich jemand? – Herr Sagel enthält sich. Damit ist dieser erste Teil bei Enthaltung des Kollegen Sagel einstimmig **angenommen**.

Der **zweite Teil** beginnt mit den Worten „Der Landtag erwartet zuversichtlich“ und endet mit „Perspektiven aufweisen wird“. Wer stimmt diesem zweiten Teil zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? –

SPD, Grüne und der Kollege Sagel. Damit ist nur die Mehrheit des Hauses, aber nicht alle Fraktionen der Meinung des zweiten Teils; er ist dennoch **angenommen**.

Jetzt komme ich zu der Abstimmung über den gesamten **Entschließungsantrag Drucksache 14/8951**. Wer stimmt ihm zu? – CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – SPD, Grüne und der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit der Mehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 3.

Ich rufe auf:

4 Einsturzkatastrophe in Köln: Landesregierung muss gegen organisierte Verantwortungslosigkeit beim U-Bahn-Bau vorgehen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8875

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Becker das Wort.

(Unruhe – Glocke)

– Ich bitte Sie, relativ ruhig den Plenarsaal zu verlassen und die Gespräche nach draußen zu verlagern, damit sich der Redner an diejenigen wenden kann, die im Hohen Hause verbleiben und zuhören wollen.

Horst Becker (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 3. März hat sich in Köln ein schweres Unglück ereignet, bei dem zwei Menschen ihr Leben gelassen haben, bei dem ein wertvolles, weit über Köln und Deutschland hinaus bekanntes Stadtarchiv eingestürzt ist und bei dem wir letztlich nur einem glücklichen Umstand und sehr wachsamem Bauarbeitern zu verdanken haben, dass es nicht zu einer Katastrophe mit deutlich mehr Toten und Verletzten gekommen ist. Heute, vier Wochen nach diesem Unfall, kennen wir immer noch nicht alle Umstände und schon gar nicht alle Ursachen dieses Unglücks. Trotzdem geht seit Kurzem der U-Bahn-Bau in Köln weiter.

Ein Oberbürgermeister hält sich für nicht verantwortlich, tritt als OB-Kandidat zurück, bleibt als OB im Amt. Ein Technikvorstand, der über das Parteibuch in dieses Amt gekommen ist, tritt nicht zurück, hält sich ebenfalls für nicht verantwortlich. Und ein Ministerpräsident geht nicht ans Telefon, wenn ihn der Oberbürgermeister anruft.

Meine Damen und Herren, die Öffentlichkeit schaut fassungslos nach Köln. Der MP schaut weg, er geht nicht einmal ans Telefon.

(Zurufe von der CDU: Quatsch!)

– Das ist kein Quatsch. – Nach dem Versagen der Herren Schramma, Reinarz und letztlich der Landesregierung ist festzustellen: Wir haben es mit staatlich organisierter Verantwortungslosigkeit zu tun.

(Beifall von GRÜNEN und Achim Tüttenberg [SPD])

Meine Damen und Herren, es ist behördliche Praxis, dass sich bei Investitionen im U-Bahn-Bau der Bauherr selbst als Aufsicht kontrolliert. Deswegen gehört dieses Thema in den Landtag. Die Verantwortung wird durchdelegiert. Aber es gibt Verantwortung, und es gibt auch Handlungsbedarf, um die Verantwortlichkeit wieder durchzusetzen. Um diesen Punkt geht es heute.

Meine Damen und Herren, für die technische Bauaufsicht sind die Bezirksregierung Düsseldorf und der Verkehrsminister zuständig. Selbstverständlich stellt sich die Frage, was die technische Bauaufsicht getan hat. Diese technische Bauaufsicht ist personell so ausgestattet, dass sie für den U-Bahn-Bau in der Hälfte des Landes lediglich eine zuständige Person hat. Diese eine Person hat möglicherweise beim Durchdelegieren der Verantwortung – nicht sichtbar für die Öffentlichkeit – Unterlassungen begangen oder bisher die Unterrichtung der Öffentlichkeit versäumt.

Zur technischen Bauaufsicht stellen wir folgende Fragen, Herr Minister: Welche Auflagen zur Kontrolldicke, zur Kontrolltiefe und zu den Berichtspflichten gab es? Welche Stichproben wurden durch die technische Bauaufsicht gemacht, um festzustellen, durch wen und mit welchen Ergebnissen die Aufsicht durchgeführt wurde? Zu welchem Zeitpunkt ist die Bezirksregierung von der Stadt oder den Kölner Verkehrsbetrieben über die ersten Erkenntnisse des hydraulischen Grundbruchs informiert worden? Zu welchem Zeitpunkt hat die Bezirksregierung Düsseldorf von dem seit September 2008 vorliegenden Gutachten des Aachener Hochschulinstituts für Geotechnik Kenntnis genommen? Hat die Bezirksregierung jemals Einsicht in die Bautagebücher genommen? Sind die Kölner Verkehrsbetriebe der gesetzlichen Informationspflicht nachgekommen, die technische Bauaufsicht über alle relevanten Erkenntnissen oder Veränderungen bei der Bauausführung zu informieren? Was hat die technische Bauaufsicht bis heute getan, um sich diese Informationen, wenn sie nicht alle vorliegen, zu beschaffen?

Meine Damen und Herren, jeder und jede von uns weiß, bei Einfamilienhäusern und insbesondere bei Mehrfamilienhäusern gibt es eine Reihe von Auflagen, und es wird intensiv geprüft. Das unterscheidet sich offensichtlich von diesem Vorgang hier im Land. Wir stellen die Frage, ob es nicht in Köln angesichts der mehrfachen Kostenexplosion bei dem

U-Bahn-Bau möglicherweise zu einer Haltung gekommen ist, die die steigenden Sicherheitsanforderungen in Konkurrenz zu den steigenden Baukosten gesetzt hat. Das soll heißen: Es stehe die Frage im Raum, ob die Bauherrenschaft in Kombination mit der Aufsicht nicht zu einem falschen Blick auf die Relevanz von Sicherheitsforderungen gekommen ist.

Ich möchte noch etwas zu der gesellschaftlichen Folie sagen. Die gesellschaftliche Folie für diese Entwicklung in den letzten Jahren allerorten ist der permanente Abbau von öffentlicher Kompetenz, von öffentlichen Stellen, von Aufsichtskompetenz. Wenn wir uns in diesem Hause an vielen Stellen über Ihre Haltung in der Regierung und Ihre Haltung zur öffentlichen Verwaltung auseinandersetzen, dann stellen wir fest: Bei Ihnen ist immer wieder das Primat „Privat vor Staat“ im Raum. Sie begreifen bis heute nicht, dass sich das mit den berechtigten Sicherheitsanforderungen der Öffentlichkeit gerade an öffentliche Verwaltung und öffentliche Bauten bricht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dieser Bruch ist an vielen Stellen zu merken. Deswegen sagen wir Ihnen: Kehren Sie um! Sorgen Sie mit uns zusammen dafür, dass in den Kommunen, in den Bezirksregierungen, im Land die Aufsicht nicht eine Schimäre bleibt oder wird, sondern dass Aufsicht von der Öffentlichkeit wieder ausgeübt wird. Darauf hat die Öffentlichkeit einen Anspruch. Darauf haben die Menschen einen Anspruch, die sich unsicher wähnen, insbesondere in Köln. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Sahren.

Heinz Sahren (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Beim Einsturz des Kölner Stadtarchivs und der angrenzenden Gebäude im Zuge des U-Bahn-Baus am 3. März 2009 haben zwei junge Männer auf tragische Art und Weise ihr Leben verloren. Ich bringe an dieser Stelle für die CDU-Landtagsfraktion unsere Betroffenheit und unser Mitgefühl mit den Angehörigen zum Ausdruck.

Die weiteren Bewohner der vom Einsturz betroffenen Häuser haben ihren Besitzstand verloren und sehen sich deshalb wirtschaftlichen Schwierigkeiten ausgesetzt.

Darüber hinaus haben wir den Verlust unbezahlbarer Kulturgüter zu beklagen, die nicht nur zum Erbe der Stadt Köln gehören, sondern in vielfältiger Weise Auskunft über unsere Wurzeln sowie über Politik, Geschichte, Religion und Kultur weit über die Stadt Köln hinaus geben.

Unser Dank gilt den Hilfskräften, die unermüdlich gesucht haben, um die Opfer zu bergen. Nach wie vor wird daran gearbeitet, wenigstens einen Bruchteil dessen zu bergen und zu erhalten, was dem Stadtarchiv anvertraut worden ist. Außerdem wurde unverzüglich mit der Sicherung des Umfeldes der Unfallstelle begonnen.

Angesichts des Ausmaßes der Zerstörung durch den Erdbeben in der Kölner Severinstraße drängt sich unweigerlich die Frage nach den Gründen, nach der Verantwortung, nach technischen Mängeln oder nach menschlichem Versagen auf. Zweifellos müssen alle diese Punkte ihrer Klärung zugeführt werden.

Darüber hinaus gilt es aber auch, festzuhalten, dass die Suche nach Verantwortlichkeiten die größte Sorgfalt erfordert. Außer Frage steht dabei, dass die Ursachen und Umstände, die zum Einsturz der Kölner U-Bahn-Baustelle geführt haben, rückhaltlos, in vollem Umfang, ohne Ansehen der Personen und sachgerecht durchgeführt werden müssen.

Dieser Prozess hat unmittelbar nach dem Unglück begonnen und ist keineswegs abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen Untersuchungen eingeleitet und das Verfahren aufgenommen. Wir konnten der Presse entnehmen, dass am vergangenen Dienstag zeitgleich über 40 Büros von Bau- und Ingenieurfirmen sowie der KVB durchsucht wurden. Auf der Grundlage beschlagnahmter Akten werden die Vorgänge untersucht und wird dem Verdacht der fahrlässigen Tötung und der Baugefährdung nachgegangen.

Unser Urteil ist ganz deutlich, Herr Becker. Alle diese Fragen sind bisher noch nicht hinreichend beantwortet. Wir wollen keineswegs in irgendeiner Form dazu kommen, eine Verurteilung vorzunehmen, eine öffentliche Anklage zu erheben oder wie auch immer. Dafür ist es nach unserem Eindruck noch viel zu früh.

Jetzt ist nämlich die Stunde der Justiz, der überdies nicht nur die Ermittlungen zukommen, sondern die, wie es in unserem Rechtsstaat vorgesehen ist, gegebenenfalls Anklage erhebt sowie die Zuweisung von Verantwortung und am Ende möglicherweise auch die Verurteilung verantwortlicher Personen vornimmt. Daneben sind, wie es sein muss, seitens der verantwortlichen Aufsichtsbehörden, der Regierungspräsidien in Köln und Düsseldorf, auch dienstrechtliche und aufsichtsrechtliche Prüfungen in Gang gesetzt worden.

Meine Damen und Herren, keine dieser Aufgaben kommt der Politik zu. Wohl aber sind wir dazu aufgefordert, die Aufarbeitung der Vorgänge zu begleiten. Erst dann, wenn gesicherte Erkenntnisse über Ursachen und Verantwortlichkeiten vorliegen, obliegt es möglicherweise dem Gesetzgeber und damit der Politik, Änderungen am Rechtsrahmen vorzunehmen, innerhalb dessen zukünftig Großprojek-

te wie der Kölner U-Bahn-Bau abgewickelt werden können.

Die Frage, ob es sich um ein Versagen der Bauaufsicht handelt, ist vor diesem Hintergrund genauso ungeklärt, wie die Ursachen, die zum Einsturz geführt haben, ebenfalls noch abschließend zu benennen sind.

Eingedenk all dieser Unsicherheiten kann ein Antrag, der in fettgedruckten Lettern gleich in der Überschrift das Ende der organisierten Verantwortungslosigkeit fordert, ja diese sogar als strafrechtlich verortet kennzeichnet, keine hinreichende Seriosität für sich reklamieren.

Auf dieser Grundlage und mit diesem Duktus lehnen wir eine politische Diskussion über dieses Thema überhaupt ab.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das geht gar nicht! Die ist da!)

Die Kölner Ereignisse erfordern ganz gewiss die Befassung des Parlaments. Dafür wäre dieser Antrag aber nicht erforderlich gewesen. Bei diesem Thema verbietet sich jeder Versuch einer politischen Vorteilnahme. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Sahnen. – Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Herr Wißen.

Bodo Wißen (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle haben die Bilder des eingestürzten Stadtarchivs mit den Nebengebäuden klar vor Augen. Wir trauern um zwei junge Menschen, die bei dieser Katastrophe ihr Leben verloren haben. Ihren Angehörigen gehört unser Mitgefühl.

Dass es angesichts kriegsartiger Zerstörungen nicht noch mehr Opfer gegeben hat, ist dem mutigen Einsatz der Rettungskräfte und auch der Bauarbeiter vor Ort zu verdanken. Auch ihnen gebührt unser Dank.

Die Sinnlosigkeit des Todes dieser beiden Menschen fordert uns auf, mit allzu schnellen Erklärungen vorsichtig zu sein. Jedoch sind wir aufgerufen, Fragen zu stellen und Lehren aus diesem Unglück zu ziehen.

Nachrangig gegenüber den Opfern und dennoch unermesslich ist der Schaden an unersetzbaren Archivmaterialien. Als gelernter Historiker weiß ich: Archive sind unser kulturelles Gedächtnis.

Das Historische Archiv der Stadt Köln war das größte kommunale Archiv nördlich der Alpen. Es verfügte über 65.000 Urkunden ab dem Jahr 922, unzählige Pläne und Karten sowie über 800 Nachlässe und

Sammlungen. Menschen, die diesem Archiv ihre Nachlässe anvertraut hatten, konnten eigentlich davon ausgehen, dass sie in guter Obhut sind. Beispielfähig sei auf die Nachlässe von Heinrich Böll und Jacques Offenbach verwiesen. Doktorarbeiten und Habilitationen werden vielleicht nie mehr zu Ende geführt werden können.

Ich möchte an dieser Stelle den vielen Helfern danken, die mit ihrem unermüdlichen Einsatz versuchen, so viele Archivalien für die Nachwelt zu retten wie möglich.

Sehr geehrte Damen und Herren, nun beginnt die Ursachenforschung. Die Staatsanwaltschaft hat bekanntermaßen im Rahmen des Ermittlungsverfahrens ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die genaue Unglücksursache zu ermitteln. Es wurde umfangreiches Beweismaterial beschlagnahmt. Presse- und Medienberichten konnte man entnehmen, dass es zu nicht genehmigten zusätzlichen Brunnenbohrungen im Unglücksbereich gekommen sein soll. Weiterhin ist bekannt geworden, dass es bereits im September 2008 zu einem hydraulischen Grundwassereinbruch gekommen ist.

In der „Rheinischen Post“ vom 19. März 2009 wurde gar unter der Schlagzeile „Köln war gewarnt“ berichtet, dass eine Studie der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen schon im September 2008 vor Gefahren beim Kölner U-Bahnbau gewarnt hatte. Die Statikberechnungen für die unterirdischen Betonwände wären laut Hochschulstudie fehlerhaft.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle nicht den Ermittlungsergebnissen der Staatsanwaltschaft vorgreifen. Klar ist jedoch, dass offensichtlich nach vielfältiger Verlagerung der Verantwortung Bauherreneigenschaft und Bauaufsicht in einer Hand lagen. Treffend hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 16. März getitelt: „Die Kontrolleure kontrollieren sich selbst“. Herr Sahnen, genau dieser Sachverhalt muss auch hier parlamentarisch erörtert werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Schauen wir uns das an: Die technische Aufsicht wurde im Jahre 2002 von der Bezirksregierung Düsseldorf an die Stadt Köln delegiert, die diese wiederum, jedenfalls in Teilen, an die Kölner Verkehrsbetriebe übertrug. Dass das rechtmäßig geschehen ist, macht die Sache nicht unbedingt logischer und nachvollziehbarer. Genau das ist der Punkt, um den es hier geht: War es sinnvoll, die technische Bauaufsicht immer weiter zu delegieren, bis letztendlich der Bauträger auch die Bauaufsicht inne hatte? Ich meine, nein.

Grundsätzlich ist gegen die Möglichkeit, die technische Aufsicht an sachkundige Personen oder Stellen, wie es hier heißt, zu übertragen, nichts einzuwenden. Hierbei müssen allerdings ganz klare Kriterien gelten. Bauherr und Bauaufsicht müssen von-

einander unabhängig sein. Hohe technische Standards müssen eingehalten werden. Qualität und Sicherheit müssen Vorrang haben. Und das Land muss dafür Sorge tragen, dass die personelle Aufstellung der Bauaufsicht ausreichend ist.

Ein permanenter Kostendruck darf nicht dazu führen, dass die Sicherheit vernachlässigt wird. Dies gilt sowohl bei der Wahl der Bauverfahren als auch bei der korrekten und verantwortungsvollen Durchführung der Bauaufsicht. Die Gefahrenabwehr und Sicherheit müssen gewährleistet werden. Dies ist eine staatliche Aufgabe.

Interessenkonflikte, die entstehen könnten, wenn Bauherr und Bauaufsicht in einer Hand liegen, sind generell auszuschließen. Hier trägt die Landesregierung eine große Verantwortung, und dieser muss sie auch gerecht werden. Die Landesregierung ist gefragt, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen. Defizite bei der technischen Bauaufsicht müssen umgehend aufgeklärt und beseitigt werden.

Wir erwarten keine Schnellentschlüsse, wir erwarten konsequentes Handeln. Es wird zu prüfen sein, ob die aktuellen Regelungen in der Verordnung über den Bau und Betrieb der Straßenbahnen und im Personenbeförderungsgesetz geändert werden müssen.

Ein weiterer Punkt muss hier angesprochen werden und ist auch schon vom Kollegen Becker angesprochen worden: Die Bezirksregierung Düsseldorf muss als nachgeordnete Landesbehörde so aufgestellt sein, dass sie die Aufgabe der Bauaufsicht auch effektiv durchführen kann. Sie muss handlungsfähig sein. Eine personelle Ausstattung ist dafür Grundvoraussetzung. Die Landesregierung darf nicht auf Kosten der Sicherheit in diesem Land sparen. Sollten Defizite bestehen, hat die Landesregierung sofort und umgehend zu handeln.

Die SPD-Landtagsfraktion stimmt daher den vorliegenden Antrag der Grünen zu. Die Forderungen, dass die Ergebnisse der noch laufenden Untersuchung genau analysiert und die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden müssen, sind nur folgerichtig. Ich meine, dass ist das Mindeste, was wir aus dieser Katastrophe lernen können.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Überall in der Welt und in Deutschland werden Untertagebauwerke errichtet, Verkehrswege erschlossen und Bodenschätze abgebaut. Der technische Fortschritt ermöglicht es, zum Wohl der Bürger in der Zukunft insbesondere auch innerhalb von Stadtgebieten

trotz steigender Verkehrsaufkommen eine ausreichende Mobilität für Jung und Alt herzustellen. Dies sollte nach den Kölner Plänen auch durch die Verbindung der Nord-Süd-Bahn erreicht werden.

Dass es dabei schon zu Pannen wie dem schiefen Kirchturm, Häuserrissen und anderen kam, hat die Kritik vor der jetzigen Katastrophe bereits beflügelt. Gerade dort, wo unter der Erde Baumaßnahmen vorkommen werden, ist die Sorge vor unvorhersehbaren Entwicklungen groß und nicht immer unberechtigt. Der Steinkohlebergbau hat zum Beispiel zahlreiche Grubenschäden an Wohnhäusern verursacht, die heutigen Ewigkeitslasten. Die Nutzung von Erdwärme hat durch Bohrungen bei verschiedenen Projekten zu massiven Bodenbewegungen und Hausschäden geführt. Auch beim U-Bahnbau gab es bereits in der Vergangenheit Schattenseiten – siehe München 1994.

Vertrauen und Zuversicht der Bürger lässt sich bei unterirdischen Großbauprojekten nur durch eine größtmögliche Transparenz, Aufklärungsarbeit und Qualität am Bau gewinnen und sicherstellen. Dazu gehört auch eine sachgerechte und umfassende Aufklärung des Unglücks und der Verantwortlichkeiten für etwaige Fehler oder Nachlässigkeiten.

Die Untersuchung der Kölner Staatsanwaltschaft über die Ursachen und demzufolge der Verantwortlichen des Kölner Unglücks laufen. Erst mit dem Vorliegen des in Auftrag gegebenen Gutachtens und dem Abschluss der Ermittlungen kann vollständig und sicher beurteilt werden, ob die Optimierung von Abläufen und die Überarbeitung von Rechtsnormen angezeigt ist.

Zu dieser Zeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, machen die Grünen mit der heutigen Plenardebatte ein tragisches Unglück zur Bühne ihres – mit Verlaub – schäbigen Wahlkampfstückes

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

„Weitere Spekulationen bei der Aufklärung der Unglücksache“. Hieran beteiligt sich die FDP-Fraktion nicht.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Grünen sind sich nicht zu schade, dieses Unglück auf dem Rücken der Opfer und des erfahrenen Leids politisch mit falschen Behauptungen und dem durchschaubaren untauglichen Versuch zu instrumentalisieren, der Landesregierung den schwarzen Peter zuzuschieben. Das wird deutlich, wenn sie am Beispiel der technischen Bauaufsicht unser Motto „Privat vor Staat“ anfeinden. Das ist völlig fehl am Platz. Es gibt keinerlei Zusammenhang mit der Weitergabe der Bauüberwachung an die KVB durch die Bezirksregierung Düsseldorf. Denn bei der KVB handelt sich um ein öffentliches, nicht um ein privates Verkehrsunternehmen. Die Verbindung zur Stadt Köln wird über den Aufsichtsrat hergestellt. Dort ist der für die Stadt Köln zustän-

dige Dezernent für Stadtentwicklung, Planen und Bauen vertreten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Technische Aufsichtsbehörde – abgekürzt TAB – hat im Fall der fast vollständig unterirdisch verlaufenden Nord-Süd-Bahn Gebrauch von § 5 der Bundesverordnung über den Betrieb der Straßenbahnen gemacht. Es wurde somit grundsätzlich eine vom Gesetz eröffnete Möglichkeit genutzt.

Wenn Sie jetzt fragen, ob das, was dort vom Gesetz vorgesehen ist, richtig ist, dann müssen Sie auch sagen, dass die wesentlichen Regelungen solche des Bundesrechts sind. Dann müssen Sie auch fragen, seit wann das so ist, wie das bei anderen U-Bahnprojekten praktiziert wurde, wie das in NRW unter Rot-Grün war und wie das in anderen Bundesländern geregelt ist.

(Beifall von FDP und CDU)

Die KVB hat am 26. März erklärt, dass die Bauüberwachung, die der Bauaufsicht untersteht, von fachlich qualifiziertem Personal durchgeführt wird. Dabei hat sich die TAB von der Regelung der Zuständigkeit bei der KVB sowie von der Qualifikation des Personals überzeugt.

Die KVB hat der TAB mittlerweile angeboten, einen weiteren hochqualifizierten Bauingenieur zu beauftragen, der gegenüber der KVB einen neutralen Standpunkt einnehmen soll. Diesen Vorschlag der verstärkten Eigenkontrolle begrüße und unterstütze ich.

Auch die Stadt Köln hat reagiert, und zwar hat sie Experten zur Begutachtung der weiteren U-Bahnbaustellen eingeschaltet. Der Weiterbau des U-Bahnprojektes ist seit gestern nach Beendigung der Begutachtung wieder aufgenommen.

Die Landesregierung ist der Stadt Köln bei der Rettung der Bestände des historischen Archivs beige-sprungen. So sind 300.000 € aus dem Landeshaushalt unverzüglich bereitgestellt worden. Das Land hat Mitarbeiter des Landesarchivs zum Unglücksort entsendet. Es ist eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des Landesarchivs, der Kölner Stadtwerke sowie der Landschaftsverbände eingerichtet worden, die die Rettungsmaßnahmen koordinieren und eine Prioritätenliste für die anstehenden Restaurierungen der Archivalien erstellen.

Ferner hat Staatssekretär Grosse-Brockhoff angekündigt, das Archivgesetz zu novellieren und darauf zu achten, dass die Sicherheitsstandards so gestaltet werden, dass sich eine solche Kulturkatastrophe nicht noch einmal ereignet.

Darüber hinaus werden die Sicherheitsstandards des Landesarchivs beim Neubau in Duisburg noch einmal unter die Lupe genommen. Damit hat die Landesregierung bereits dokumentiert, dass großes Interesse an der Behebung des Schadensvorfalls und an der Aufklärung der Unglücksursache be-

steht. Hierzu bedarf es keinerlei Aufforderung durch einen Antrag – erst recht nicht von den Grünen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Für die Landesregierung hat das Wort Herr Minister Lienenkämper.

Lutz Lienenkämper, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Durch das tragische Unglücksereignis in Köln vom 3. März 2009 sind nicht nur das Gebäude des historischen Stadtarchivs und Teile der angrenzenden Bebauung eingestürzt, sondern wir haben vor allem den Tod von zwei jungen Männern zu beklagen. Den Angehörigen der Opfer gelten unser Mitgefühl und unser Bedauern.

(Beifall von CDU und FDP)

Mitgefühl und Trauer sollten uns alle ebenso einen, wie der Wunsch nach umfassender Aufklärung der Ursachen und Ergreifen von sachgerechten Konsequenzen danach. Das Unglück ist nicht geeignet, politisches Kapital daraus zu ziehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung beobachtet und begleitet bereits seit dem ersten Tag des Unglücks das Handeln und die Aktivitäten der zuständigen Behörden intensiv. So habe ich mich persönlich als Mitglied der Landesregierung und im Auftrag des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers unmittelbar und unverzüglich nach Bekanntwerden der Katastrophe zusammen mit Herrn Staatssekretär Grosse-Brockhoff an die Unglücksstelle begeben.

An der Unglücksstelle konnte ich feststellen, dass die Rettungskräfte mit übermenschlichem Einsatz getan haben, was sie tun konnten. Der Krisenstab hat Tag und Nacht getagt. Die Männer und Frauen an der Unglücksstelle haben das Menschenmögliche getan, um der Katastrophe Herr zu werden. Dafür möchte ich allen beteiligten Rettungskräften heute von hier aus ausdrücklich danken.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN)

Die zuständige Fachabteilung meines Hauses hat sich unmittelbar am Tag nach dem Unglück mit der zuständigen Technischen Aufsichtsbehörde in Verbindung gesetzt. Eine im Rahmen dieser Aktivitäten eingeforderte Berichterstattung, die auch über das beabsichtigte weitere Vorgehen der Aufsichtsbehörde Auskunft gibt, liegt zwischenzeitlich als Zwischenbericht vor. Wesentliche Inhalte dieses Zwischenberichts sind auch die rechtlichen Grundlagen und die gesetzesmäßigen Zuständigkeiten, die ich aus meiner Sicht wie folgt zusammenfassen darf:

Erstens. Rechtsgrundlage für den Bau, den Betrieb und die Linienführung von Straßenbahnen ist das Personenbeförderungsgesetz. Die Stadtbahn in Köln gilt im Sinne dieses Gesetzes als Straßenbahn. Die rechtliche Grundlage für die technische Aufsicht über Straßenbahnen und O-Bus-Unternehmen ergibt sich aus § 54 dieses Gesetzes.

Zweitens. Die Aufgabe der Technischen Aufsichtsbehörde besteht in der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in straßenbahn- und o-bustechnischer Hinsicht. Sie überwacht die Einhaltung der Vorschriften der Verordnung über den Bau und Betrieb von Straßenbahnen, die wiederum in § 57 des Personenbeförderungsgesetzes ihre Begründung findet.

Drittens. Durch die Verordnung über die technische Aufsicht über Straßenbahn- und Oberleitungsbusunternehmen vom 22. März 1960 wurde der Regierungspräsident Düsseldorf – jetzt die Bezirksregierung – Technische Aufsichtsbehörde über Straßenbahnen und O-Busunternehmen im ganzen Land Nordrhein-Westfalen. Das heißt: Andere Bezirksregierungen üben diese Aufgaben nicht aus. Diese Vor-Ort-Zuständigkeit besteht seit fast 50 Jahren.

Viertens. Auch das tragische Unglück der Wuppertaler Schwebebahn im Jahre 1999, das während der Ausbauphase nach der gleichen Konstruktion beaufsichtigt wurde, hat die damalige Landesregierung nach Überprüfung nicht dazu bewogen, Veränderungen der Zuständigkeitsregelungen zu erlassen, obwohl natürlich auch damals alles intensiv geprüft worden ist.

Fünftens. Nach der einschlägigen Verordnung kann sich die Technische Aufsichtsbehörde bei der Ausübung der technischen Aufsicht anderer sachkundiger Personen und Stellen bedienen. Dazu gehört auch der Betriebsleiter oder der Vorhabenträger.

Sechstens. Die Aufsicht über den Bau der betreffenden Anlagen der Nord-Süd-Stadtbahn Köln sowie die Abnahme wurden zunächst durch den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Köln vom 30. April 2002 der Stadt Köln übertragen. Der KVB AG als Vorhabenträger wurden die Rechte und Pflichten aus dem Planfeststellungsbeschluss und der Baugenehmigung durch Bestätigungsschreiben der Bezirksregierung Köln vom 6. September 2002 übertragen. Dieses betrifft die Überwachung der Vorschriften der BOStrab. Besonders in Erfüllung dieser Aufgabe führt sie auch die erforderlichen Prüfungen, Zustimmungen und Abnahmen durch und trifft die notwendigen Anordnungen.

Siebtens. Ebenso ist die Planfeststellung von Straßenbahn- und Stadtbahnanlagen im Personenbeförderungsgesetz begründet. Hier ist grundsätzlich für die Stadtbahn in Köln die Bezirksregierung Köln die zuständige Behörde. Die Technische Aufsichts-

behörde wird im Rahmen der Planfeststellung beteiligt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Einsturz des historischen Stadtarchivs hat die Staatsanwaltschaft Köln ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt wegen Baugefährdung, fahrlässiger Tötung und anderer Delikte eingeleitet. Die Ermittlungen dauern derzeit noch an.

Die Unglücksursache ist noch nicht bekannt. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Stadt Köln, die KVB und auch die Bezirksregierung setzen ihre Aufklärungsbemühungen intensiv fort. Dabei sind naturgemäß weitere tatsächliche Erkenntnisse zu erwarten.

Wir werden zunächst alle Fakten sammeln und danach die Fakten bewerten. Seriöse Analyse fußt auf vollständigen Fakten. Erst Schlussfolgerungen zu ziehen und dann aufzuklären, ist jedenfalls nicht unsere Vorgehensweise.

(Beifall von CDU und FDP)

Konsequenzen leichtfertig zu ziehen, wird dem Ausmaß dieses Unglücks und seinen Opfern nicht gerecht.

Deswegen muss unser gemeinsames Ziel sein, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und die Ermittlungen aller anderen genannten Behörden zunächst zur vollständigen Aufklärung des Sachverhalts führen. Darauf aufbauend ist dann zweitens sachlich zu prüfen, ob sich Hinweise auf eine mögliche Anpassung von Gesetzen und Rechtsverordnungen ergeben.

Ich unterstütze in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Entscheidung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten, einen externen Gutachter als operative Bauaufsicht mit den Aufgaben der Technischen Aufsichtsbehörde zu betrauen.

Politischer Aktionismus ist im Anblick dieser Aufklärungsarbeiten nicht gefragt. Den wird es mit dieser Landesregierung und mit mir als Bau- und Verkehrsminister auch nicht geben. Wir bewerten seriös die Fakten, wenn sie vorliegen. Wir machen das ergebnisoffen. Wir beantworten in dem Zusammenhang alle Fragen, die auch für uns noch teilweise offen sind. Die Zwischenberichte, die uns vorliegen, beantworten auch für uns noch nicht alle Fragen. Insofern werden wir, sobald das abgeschlossen ist, die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und Ihnen dazu Vorschläge unterbreiten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Börschel das Wort.

Martin Börschel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich glaube, in einem sind wir uns hier im Hause ganz einig, nämlich darin, dass der Respekt vor den Opfern und auch unsere Schuld vor der Geschichte bei der Vernichtung dieser immens wertvollen und bedeutenden Kulturgüter es verbieten, vorschnell oder unsachlich mit diesem Thema umzugehen,

(Beifall von der SPD)

mit einem Unglück, das Köln ins Mark getroffen und nachhaltig verändert hat, also nicht nur politisch, wie es eben auch geäußert wurde.

Das ist übrigens ein Unglück – das will ich hier auch noch einmal sagen und da ausdrücklich Ihnen, Herr Minister, und anderen zustimmen –, das auch eine ungeahnte und kaum zu beschreibende Welle an Hilfsbereitschaft und Solidarität ausgelöst hat: in der Bevölkerung, bei professionellen Diensten – da sei die Berufsfeuerwehr an erster Stelle genannt, aber auch das Technische Hilfswerk, das Rote Kreuz, Malteser und andere mehr –, bei vielen Freiwilligen, die sich in den ersten Tagen und Wochen wirklich Tag und Nacht an der Unglücksstelle direkt, aber auch abseits des Scheinwerferlichts der Öffentlichkeit darum bemüht haben, dass beispielsweise Menschen, die ihr Obdach verloren haben, mit neuen Wohnungen versorgt wurden. Da haben die städtische Wohnungsbaugesellschaft, aber auch viele Private in Solidarität und Hilfsbereitschaft agiert und geholfen.

Ich will an der Stelle der Vollständigkeit halber auch erwähnen, dass sich beispielsweise sehr viele Kräfte, die die örtliche Arbeitsgemeinschaft, die ARGE, in ihrer Verantwortung hat, freiwillig gemeldet haben, um bei der Sicherung, bei der Bergung dieser wertvollen Kulturgüter zu helfen. Das ist ein Punkt, der uns alle hier, glaube ich, in Dank vereinen sollte.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dieses alles entbindet uns aber nicht von unseren politischen Aufgaben und den Zuständigkeiten, die wir hier haben, die eine Stadtverwaltung hat, die andere Behörden haben.

Insbesondere die Redner von CDU und FDP machen aber einen Fehler, den letztlich auch der derzeit amtierende Oberbürgermeister der Stadt Köln gemacht hat, nämlich nicht zwischen Schuld und Verantwortung zu trennen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist ja ein Unterschied. Es geht hier eben nicht um Schuldzuweisungen oder gar um die juristische Aufarbeitung, an deren am Ende eine Klärung steht, wer die Schuld trägt – möglicherweise eine strafrechtliche Schuld, die auch zu einer Verurteilung führen kann. Dafür sind – da haben Sie völlig recht – in der Tat die Staatsanwaltschaft und schlussendlich die Gerichte zuständig. Wir würden uns hier nicht nur

fehlerhaft Aufgaben anmaßen, sondern uns auch überfordern, gerade beim jetzigen Kenntnisstand hier abschließende Wertungen treffen zu wollen. Da sind wir, glaube ich, einig.

Aber Sie fordern hier mit starken Worten rückhaltlose Aufklärung, um sich letztlich entspannt zurückzulehnen – das ist das entscheidende Problem – und allein auf andere, nämlich auf die Staatsanwaltschaft und auf Gerichte, zu verweisen. Das wird denjenigen, die hier, aber auch in der Stadt Köln und andernorts politische Verantwortung tragen, nicht gerecht. Das ist zu passiv.

(Beifall von SPD und FDP)

Damit demonstrieren Sie auch keinerlei politischen Anspruch. Ich wiederhole mich, wenn ich sage: Es gibt in der Tat einen Unterschied zwischen Schuld und Verantwortung.

Es geht nicht darum, auf Grundlage von gerichtlichen Verurteilungen zu handeln – das mag man später auch tun, wenn daraus Konsequenzen zu ziehen sind –, sondern es geht darum, auf Grundlage von gesundem Menschenverstand Schlussfolgerungen zu ziehen. Man darf den gesunden Menschenverstand auch einsetzen, bevor Gerichte geurteilt haben. Das ist doch die Forderung, mit der wir uns hier alle gemeinsam auseinandersetzen müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aus den Reihen von CDU, FDP und der Regierung ist eben angeklungen, man müsse nur abwarten, was Staatsanwaltschaft und Gerichte tun, dann wisse man schon, was zu erledigen sei. – Glauben Sie denn im Ernst, ein Gericht oder die Staatsanwaltschaft würde Ihnen gleichsam kostenlos eine Organisationsuntersuchung frei Haus liefern, nach der Sie klären könnten, welche behördlichen oder faktischen Zuständigkeiten es zu ändern oder beizubehalten gilt? Das werden sie nicht. Das ist nicht deren Aufgabe. Es ist Ihre und unsere Aufgabe. Da sind wir gemeinsam in der Verantwortung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Daran appelliere ich.

Lieber Herr Minister Lienenkämper, ich möchte mich nun Ihnen zuwenden. Sie unterliegen selbstverständlich noch dem Schutz Ihrer ersten 100 Tage. Dem will ich mich nicht entziehen. Das respektiere ich. Deshalb halte ich mich in dem, was ich hier sage, zurück. Trotzdem meine ich: Mit dem, was Sie jetzt gesagt und an den Tag gelegt haben, machen Sie es sich zu einfach. Es reicht eben nicht aus, sich nach der ersten Kabinettsitzung eilig an die Unglücksstelle zu bewegen.

Das Entscheidende ist, zu überlegen, was zu tun ist. Herr Minister, Sie haben gesagt, das haben wir immer schon so gemacht und dann kann es auch so bleiben. Sie haben aufgezählt, wer, wann, wo,

wie und in welchen anderen Projekten Aufsichtszuständigkeiten schon einmal so organisiert waren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin von Boeselager?

Martin Börschel (SPD): Bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Frau Kollegin.

Ilka von Boeselager (CDU): Ist meine Information richtig, dass Sie im Aufsichtsrat der KVB sitzen?

Martin Börschel (SPD): Diese Information ist falsch, Frau Kollegin.

(Ilka von Boeselager [CDU]:Ja?)

Ich sitze weder im Aufsichtsrat, noch saß ich jemals darin. Es tut mir leid, dass ich Ihnen den kleinen Coup vermässelt habe. Das hatten Sie sich offensichtlich anders vorgestellt.

(Beifall von der SPD)

Frau Kollegin von Boeselager, ich darf aber noch ergänzen: Nach der Gemeindeordnung hat der Oberbürgermeister einer Gemeinde das Recht, entweder selbst im Aufsichtsrat zu sitzen

(Zuruf: Drinnen ist er nicht!)

oder sich durch einen Kollegen vertreten zu lassen.

(Zuruf)

Der Oberbürgermeister der Stadt Köln hat seinen Baudezernenten Streitberger an seiner statt in den Aufsichtsrat der KVB entsandt und sich durch ihn vertreten lassen. Sollten Sie noch Rückfragen haben, können Sie sich selbstverständlich an Ihre Parteifreunde wenden, die Ihnen Auskunft geben können.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Papke?

Martin Börschel (SPD): Ich schlage vor, dass ich meine Ausführungen zum Minister zunächst abschließe und dann – dagegen spricht überhaupt nichts – auf Herrn Papke zurückkomme. Denn die Frage, die möglicherweise auch zur Schärfe beitragen kann, sollte nicht damit vermengt werden, dass der Minister noch unter dem Schutz der ersten 100 Tage steht. Insofern will ich das hier trennen.

Herr Minister, Sie haben hier ein Referat gehalten, das Ihnen ohne große Probleme den großen Schein

im Besonderen Verwaltungsrecht an der Uni gebracht hätte. Das will ich gar nicht bestreiten. Ich bitte Sie aber ganz herzlich, aus Ihrer Passivität herauszukommen und Ihrer Aufgabe und Verantwortung gerecht zu werden. Gehen Sie darüber hinaus, einfach an den Unglücksort zu eilen.

(Zuruf von der CDU)

Der Antrag, den Bündnis 90/Die Grünen hier vorgelegt haben, hat sicherlich Schwächen. Ich will das ganz offen und ehrlich sagen. Er ist schnell gestrickt. Ich nehme an, das geschah mit dem Ziel, das politische Copyright zu haben. Nichtsdestotrotz werden wir ihm zustimmen. Das hat Herr Kollege Wißen auch schon gesagt. Ein klares und eindeutiges Signal der hierin zum Ausdruck gebrachten Fragestellung hat bei uns Vorrang vor Detailkritik.

Die jetzt zur Klärung anstehende entscheidende Frage betrifft die technische Aufsicht. Vor allem geht es um die Delegation dieser Aufsicht auf einen Bauherrn. Sind das in Zukunft noch die richtigen Instrumente? Hält man sich, wenn man vonseiten der Bezirksregierung Düsseldorf schon die technische Aufsicht delegiert, noch genügend Sachverstand zurück, um gleichsam die Delegationsverantwortung weiter aufrechterhalten und ausüben zu können?

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Diesen Fragen sollten wir uns gemeinsam und ohne Schaum vor dem Mund zuwenden, und zwar ohne dies parteizupolitisieren. Deshalb bitte ich herzlich darum, auf diese sachliche Ebene zurückzukehren.

Wenn die Präsidentin dies gestattet, kann Kollege Papke jetzt noch seine Frage stellen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Herr Abgeordneter Papke.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Kollege Börschel, auch wenn wir gerade festgestellt haben, dass Sie nicht persönlich die führende Position bei den Kölner Verkehrsbetrieben einnehmen, wie es vielleicht mancher vermuten mag, so liege ich aber sicherlich nicht fehl in der Wahrnehmung, dass Sie der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion der Stadt Köln sind und die SPD dort zusammen mit Linksextremisten und Grünen über eine Mehrheit verfügt.

(Zurufe von der SPD)

– Das sind doch die Fakten; das darf ich doch wohl einmal sagen.

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

Herr Kollege Börschel, die Verantwortung für das, was in Köln leider passiert ist, liegt zunächst einmal erkennbar bei denjenigen, die in den Gremien der Stadt Köln unmittelbar Verantwortung tragen.

(Zuruf von der SPD: Frage!)

Sie gehören zu denjenigen, die dort Verantwortung tragen. Deshalb frage ich: Mit welchem Recht stellen Sie sich in einer solchen Debatte hierher, zeigen auf den neuen Verkehrsminister des Landes Nordrhein-Westfalen und sprechen von dessen Verantwortung?

(Beifall von FDP und CDU)

Das würde ich gerne einmal von Ihnen hören.

Martin Börschel (SPD): Herr Kollege Papke, Sie haben sich bemüht, in Ihrem Zwischenreferat wenigstens andeutungsweise zwei Fragen unterzubringen. Ich will versuchen, auf diese zu antworten.

Erstens. Es ging um die Frage, ob ich Vorsitzender der Ratsfraktion der SPD in Köln bin. – Wenn ich es addiere, waren es sogar drei Fragen. – Ich antworte klarer und einfacher als beispielsweise der Oberbürgermeister in einem wirklich legendären imaginären Interview mit Jürgen Becker in den Mitternachtsspitzen: Ja. – Man kann das nämlich auch einfacher beantworten, als es der Oberbürgermeister damals getan hat.

Zweitens. Meine Fraktion erhebt in Köln den Anspruch darauf, gestaltend und verantwortlich zu agieren und sich Mehrheiten immer dort zu sammeln, wo es der jeweiligen Sachlage angemessen ist.

(Zurufe von der CDU)

– Kolleginnen und Kollegen, regen Sie sich doch nicht auf.

Wir bilden in Köln zusammen mit den Grünen ein sogenanntes Kernbündnis. Ein Kernbündnis deswegen, weil wir keine eigene Mehrheit haben. Jeder Demokrat und jede Demokratin in Köln ist herzlich eingeladen, sich an diesen Mehrheiten zu beteiligen.

(Zurufe von der CDU)

Die FDP tut das übrigens gelegentlich, Herr Kollege Papke, wie auch die CDU.

(Beifall von der SPD)

Wie Sie wissen, geschah dies nicht zuletzt letzte Woche anlässlich der Wahl eines FDP-Bürgermeisters in Köln. Diese kam nur zustande, weil SPD, Grüne und FDP gemeinsam eine Mehrheit gebildet haben. Ich glaube, da sind Ihre Parteifreunde in Köln mitunter weiter als Sie es hier sind.

Alle Beteiligten im Rat – dazu gehöre ich selbstverständlich auch-, in der Verwaltung, in den Verkehrsbetrieben, in den Stadtwerken, in der Landesregierung, bei der Bezirksregierung Köln und bei der Bezirksregierung Düsseldorf tragen Verantwortung. Darauf will ich noch einmal hinweisen.

Wir alle miteinander müssen uns doch überlegen, welchen Teil der Verantwortung wir nach dem heutigen Wissensstand so nutzen müssen, dass daraus eine konstruktive Erkenntnis für die Zukunft gezogen werden kann.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Dann fangen Sie bitte bei sich selbst an!)

– Dass es an konstruktiven Erkenntnissen für die Zukunft bei Ihnen gelegentlich mangelt, Herr Kollege Papke, haben wir allzu oft erlebt. Das ist bedauerlich für dieses Haus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Börschel. – Ich erlaube mir den Hinweis auf § 33 der Geschäftsordnung, in dem das Thema Zwischenfragen behandelt ist. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Hollstein das Wort.

Jürgen Hollstein (CDU): Frau Präsidentin! Meine liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Mein Kollege Heinz Sahnen hat in seiner Rede die wesentlichen Dinge deutlich dargelegt; dem möchte ich nichts Fachliches hinzufügen. Als Kölner möchte ich aber ca. vier Wochen nach diesem schrecklichen Unglück einige Bemerkungen zum Umgang mit diesem Unglück machen.

Aus heutiger Sicht ist festzustellen, dass unmittelbar nach der Katastrophe allen Betroffenen schnell und umfassend geholfen wurde. Dabei standen Fragen der Notversorgung, der unbürokratischen wirtschaftlichen Hilfe, aber auch der menschlichen Anteilnahme im Vordergrund. Dies haben der Krisenstab und insbesondere der Oberbürgermeister in vorbildlicher Form gehandhabt.

(Lachen von Gerd Stüttgen [SPD])

Ebenso rasch und ohne jeden Verzug erfolgten die notwendigen Sicherungsmaßnahmen sowie die Einleitung der Bergung sowohl der beiden Vermissten als auch der Kulturgüter. Lassen Sie mich an dieser Stelle wie meine Vorredner den Familien der beiden Opfer ausdrücklich unser Mitgefühl aussprechen. Die Trauerfeier im Kölner Gürzenich unter Beteiligung von zwei christlichen und einem muslimischen Geistlichen war dafür eine ergreifende Manifestation in diesem traurigen Zusammenhang.

Ich möchte mich auch dem Dank an alle Helfer, die zum Teil schon mit ihren Institutionen genannt worden sind, ausdrücklich anschließen.

Lassen Sie mich aber auch unser aller Betroffenheit über den Verlust unschätzbar wertvoller Kulturgüter aussprechen. Herr Kollege Wißen, als Historiker wissen wir, wovon wir reden; ich stimme Ihnen ausdrücklich zu.

Die Bestürzung und die Sorge waren nicht nur in Köln und in der Fachwelt der Archivare groß. Es hat sich gezeigt – das ist ein erfreulicher Aspekt –, dass unter schrecklichsten Umständen die Solidarität, die Hilfsbereitschaft und die Unterstützung für das Historische Archiv in Köln und weit darüber hinaus grenzenlos waren. Auch das, meine Damen und Herren, ist Köln und ein Teil der Kölner Mentalität.

Sie besteht eben nicht nur aus Klüngel in seiner negativsten Form, aus Korruption, aus Beraterverträgen, aus Stadtverdienern, aus Verantwortungslosigkeit und aus „et hätt noch immer jot jejange“. All das gab es; all das gibt es – leider – in Köln, aber auch anderswo. In meiner Heimatstadt hat das einen Namen, der viele Vorurteile erfüllt; das macht häufig genug betroffen.

Die präzise und sachliche Aufklärung des Unglücks muss erfolgen, und -ich bin sicher – sie wird erfolgen. Aber für Präzision und Sachlichkeit ist Zeit erforderlich. Es geht auch um Schuld und um Verantwortung; darin stimme ich mit Martin Börschel ausdrücklich überein. Es geht um rechtliche, politische und moralische Verantwortung. Es geht nicht nur um ein Bauchgefühl oder um den gesunden Menschenverstand.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle darf es nicht um Wahlkampf gehen. Die Kölner CDU und der Oberbürgermeister haben hierzu einen entscheidenden Beitrag geleistet.

Vielleicht kann ich die Zwischenfrage von Frau Kollegin von Boeselager beantworten: Herr Kollege Börschel ist, wie er gesagt hat, natürlich nicht Mitglied des Aufsichtsrates der KVB; er ist aber an entscheidender Stelle in den Aufsichtsgremien der Stadtwerke tätig, zu deren Konzern die KVB gehören.

(Zustimmung von Martin Börschel [SPD] – Zurufe von der CDU: Aha! – Zurufe von der SPD: Was will uns das denn sagen? Was soll diese Frage? – Weitere Zurufe)

Mit hoher Wahrscheinlichkeit, meine Damen und Herren, war der Einsturz des Archivs und seiner Nachbargebäude keine überraschende Naturkatastrophe. Wahrscheinlich gab es Vorzeichen und Warnsignale. Es ist peinlich genau zu prüfen, ob diese ernst genug genommen wurden und ob beispielsweise die Baustellen in ausreichendem Maße kontrolliert wurden. Sobald diese Fragen – ich sage ausdrücklich – durch Sachverständige und durch die Staatsanwaltschaft zweifelsfrei geklärt sind, müssen sicherlich personelle Konsequenzen gezogen werden. Auf dem eingeschlagenen Weg der Erneuerung bilden wir die Vorhut.

Ich bin zuversichtlich, dass das schreckliche Unglück vom 3. März für viele und hoffentlich für sehr viele Menschen ein Signal zum Umdenken ist. Es geht dabei nicht darum, ob man in Köln eine U-Bahn bauen kann. Es geht auch nicht darum, ob

man andere und sicherlich emotional umstrittene Infrastrukturmaßnahmen realisieren kann. Es geht vielmehr darum, für die Bürgerinnen und Bürger politische Entscheidungen und Verwaltungshandeln noch besser und transparenter zu machen. Zugegebenermaßen macht die meist große Komplexität dieser Aufgaben und Fragen dies nicht immer wirklich einfach.

Dabei sind – in diesem Punkt müssen wir ehrlich mit uns selbst sein – Unfälle, Pannen und Fehler nicht komplett auszuschließen, solange Menschen handeln. Wahrscheinlich sind sogar Unglücke und Katastrophen nicht gänzlich zu vermeiden. Aber es geht darum, alles dafür zu tun, dass diese Umstände so unwahrscheinlich wie irgend möglich werden. Ich habe Zweifel, dass der vorliegende Antrag an dieser Stelle wirklich weiterhilft.

(Beifall von CDU und FDP)

Bekennen wir uns auch und gerade als Landtag von Nordrhein-Westfalen zur Geschichte und Kultur der Stadt Köln. Tun wir neben der selbstverständlichen Aufklärung des Unglücks alles dafür, die geretteten Archivschätze zu erhalten und zu sichern. Dies, meine Damen und Herren, sollten wir möglichst schnell tun – in einem Neubau für das Historische Archiv, der in jeder Form der Geschichte und der Würde der Stadt Köln angemessen ist. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Hollstein. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Asch das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen! Besonders begrüßen möchte ich die Klasse 8 d des Herder-Gymnasiums in Köln; bestimmt werden diese jungen Kölnerinnen und Kölner unserer Debatte mit besonderer Aufmerksamkeit zuhören.

Meine Damen und Herren, das Entsetzen und die Trauer der Kölnerinnen und Kölner schlägt zunehmend in ohnmächtige Wut und Empörung darüber um, dass mehr als vier Wochen nach der Katastrophe noch immer keine Klarheit über die Ursachen besteht und dass niemand in dieser Stadt – weder der Oberbürgermeister als Verwaltungschef und erster Bürger dieser Stadt noch die KVB – die Verantwortung für den Tod von zwei Menschen und für den Verlust der unschätzbaren kulturellen Werte übernimmt.

Es wird gemauert, vertuscht, abgewiegelt, und vor allen Dingen wird der Schwarze Peter immer weitergegeben. Ein Stück davon haben wir zum Bei-

spiel eben von Herr Papke gehört, als er versucht hat, Herrn Börschel in die Verantwortung zu nehmen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP] zeigt sich verwundert.)

Das macht die Menschen in Köln und überall im Land – Sie lesen die Presse – fassungslos und wütend. Das haben sie satt.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von der CDU)

Denn solange die Ursachen des Einsturzes noch im Dunkeln liegen, solange nicht hundertprozentig geklärt ist, wie es zu dieser Katastrophe kam, fühlt sich niemand im Bereich der U-Bahn-Baustelle sicher, ist noch immer die Wiederholungsgefahr gegeben.

Die Menschen, Kölnerinnen und Kölner, ich als Kölnerin fordern von der Verwaltung und von dem ersten Bürger dieser Stadt, aufzuklären, die Ursachen zu ermitteln und die persönliche Verantwortung zu übernehmen. Die Kölnerinnen und Kölner warten darauf, dass jemand dafür geradesteht, dass der Oberbürgermeister dafür geradesteht und sagt: Ich trage die Verantwortung für diese Stadt, und ich übernehme in dieser schwierigen Situation der Stadt die Verantwortung für das, was die Verwaltung hier tut.

(Beifall von den GRÜNEN – Heftiger Widerspruch von CDU und FDP)

Aber es gibt keine Konsequenzen: Bei der KVB ist Herr Reinarz als Technischer Vorstand nach wie vor im Amt, und auch der Rückzug von Herrn Schramma ist eine Halbherzigkeit. Statt nämlich endlich einen klaren Strich zu ziehen und zurückzutreten, drückt er sich davor, sich bei der Kommunalwahl den Wählern zu stellen. Ich bezeichne so etwas als feige.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Lächerlich!)

Diesem Verhalten fehlt jeder politische Anstand.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Und er verschlimmert die Lage. Als jetzt designierter Ex-OB hat er weder die Autorität noch das Engagement, um wirklich die Ursachen aufzuklären und diesen Augiasstall auszumisten.

(Zuruf von der CDU: Unsäglich! – Horst Engel [FDP]: Sie wissen doch alles! – Unruhe)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Psst!

Andrea Asch (GRÜNE): Jetzt ist es für Herrn Rüttgers an der Zeit, endlich zum Telefonhörer zu greifen und Herrn Schramma zum Rücktritt aufzufordern.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Heftiger Widerspruch von CDU und FDP)

Ich danke Ihnen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Asch. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Engel das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Engel.

Horst Engel (FDP): Frau Asch, so viel Pharisäertum habe ich in diesem Parlament noch nicht erlebt!

(Beifall von FDP und CDU)

Herr Börschel hat eben mit einem Anflug der – wie soll ich sagen – Arroganz und Überheblichkeit von seinem Kernbündnis in Köln gesprochen. Sie stellen in diesem Kernbündnis mit der Baudezernentin eine Spitzenbeamtin, und ich sage: Die weiß doch alles. Und Sie tun so, als wenn Sie die Geschichte Minister Lienenkämper an die Backe kleben wollen. Das ist pharisäerhaft!

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen über den Inhalt des **Antrags Drucksache 14/8875** ab. Wer dem Inhalt des Antrags zustimmen möchte, den darf ich bitten, dies durch Heben der Hand zu signalisieren. – Die Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der SPD sowie der fraktionslose Abgeordnete Sagel. Gegenstimmen? – Die Mitglieder der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Keine. Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit im Hause gefunden und ist **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

5 Sonderpädagogische Förderung: Benachteiligung abbauen, Integration ausbauen, Inklusion verwirklichen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8879

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD Frau Kollegin Schneppe das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete Schneppe.

Bevor Sie das Wort ergreifen, darf ich alle Kolleginnen und Kollegen, die den Saal verlassen wollen, bitten, dies leise zu tun, damit die Kollegin sprechen

kann und diejenigen, die ihr zuhören wollen, sie auch verstehen. – Bitte sehr, Frau Kollegin.

Petra Schneppe (SPD): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen, werte Zuhörer! Der gemeinsame Schulbesuch behinderter und nichtbehinderter Kinder darf nicht länger Ausnahme sein, sondern muss zur Regel werden. Lernbehinderte und behinderte Kinder dürfen nicht länger ausgegrenzt, sondern müssen von Anfang an mit einbezogen werden. Der NRW-Vorsitzende des Kinderschutzbundes, Dieter Greese, spricht mir aus der Seele, wenn er sagt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Im Interesse unserer Kinder können wir uns die Lebenslüge des angeblich begabungsgerechten Schulsystems nicht mehr länger leisten, und schon gar nicht hier in NRW.

Auch der Verband Bildung und Erziehung liegt meines Erachtens genau richtig, wenn die Forderung nach einem inklusiven Schulsystem wie folgt kommentiert wird – ich zitiere wieder –:

Das Schulsystem muss sich den Kindern anpassen und nicht umgekehrt.

Die UN-Behindertenkonvention fordert von den Vertragsstaaten, ein inklusives Bildungssystem zu gewährleisten. Dabei gibt es noch nicht einmal ein Elternrecht auf einen Platz in der Regelschule. Da wundert es doch nicht, dass der UN-Bildungsinspektor zu dem Ergebnis kommt, dass das deutsche Schulsystem die Chancengleichheit von Behinderten nicht gewährleistet. Das Konzept der Integration habe nicht verhindert, dass die meisten dieser Kinder gezwungen seien, Förderschulen zu besuchen – auch gegen den Willen ihrer Eltern.

Die UN-Konvention fordert ausdrücklich ein inklusives Schulsystem, also ein Schulsystem, das gar nicht erst aussortiert.

Die Umsetzung dieser Konvention muss doch wohl eine Verpflichtung für die Landesregierung sein.

(Beifall von der SPD)

Denn mit dieser Konvention sind weder die Förderschulen noch das gegliederte Schulsystem insgesamt vereinbar.

(Beifall von den GRÜNEN)

Grundlage für das Schulsystem der Zukunft muss in jeder Hinsicht das gemeinsame Lernen sein, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die UN-Konvention geht von inklusiver Bildung als Regelfall aus. Das bedeutet: Die Ausnahme muss begründet werden. Das heißt: In Deutschland gehen Kinder mit Förderbedarf zukünftig ganz normal in die Regelschule.

Wenn sich Eltern für eine Förderschule entscheiden, müssen sie dies beantragen, und ihrem Antrag wird stattgegeben. Im Moment ist es umgekehrt. Mütter und Väter müssen einen unsinnigen Hürdenlauf hinter sich bringen. Damit wird der Elternwille wieder einmal mit Füßen getreten. Das darf und kann nicht sein, meine Damen und Herren. Und nach dieser UN-Konvention schon mal gar nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wie alle Bundesländer so ist auch das Land Nordrhein-Westfalen aufgefordert, den Weg zu einem inklusiven Schulsystem zu ebnen. Aber die NRW-Landesregierung lehnt gemeinsames Lernen ab. Meine Damen und Herren von der Koalition, kann es sein, dass Sie Unterschiedlichkeit nicht als Chance verstehen, sondern als Störfaktor?

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung: Was muss noch passieren und wer muss sich noch einschalten, ehe Sie endlich einsehen, dass das Schulsystem in seiner jetzigen Form nicht mehr länger tragbar ist? – Die Trennung neunjähriger Kinder nach vermeintlichen Begabungsstrukturen ist nämlich genauso wenig zeitgemäß wie die Trennung behinderter Kinder von nicht behinderten Kindern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vielleicht hilft Ihnen der Pädagoge Professor Dr. Hans Wocken auf die Sprünge.

(Ralf Witzel [FDP]: Wir wollen für jedes Kind den individuell besten Förderort!)

– Herr Witzel, Sie können ja gleich reden. – Er hat mit einer Studie belegt, dass Förderschulen ihrem Namen nicht gerecht werden. Und das, meine Damen und Herren, liegt nicht an den Pädagoginnen oder Pädagogen. Laut dieser Studie verbessern Schüler nach der Überweisung an eine Förderschule nicht etwa ihre Leistungen, nein, sie fallen vielmehr zurück. Auch hier zeigt sich: Heterogenes Lernen fördert mehr als homogenes Lernen.

Es ist in diesem Zusammenhang doch keine Frage: Die Ausgrenzung in Förderschulen bedeutet den Einstieg in lebenslange Sonderwege am Rande unserer Gesellschaft. Der Anteil der Sonderschüler an allen Schülern liegt bei knapp 12 %. Die wenigsten dieser Schüler beenden ihre Schullaufbahn mit einem Abschluss. So erreichen durchschnittlich gerade einmal gut 20 % den Hauptschulabschluss, während knapp 80 % der Schülerinnen und Schüler die Förderschulen ohne Abschluss verlassen.

Mit anderen Worten: Unser Schulsystem verbaut nicht nur armen Kindern ihre Zukunftschancen, sondern auch behinderten. Gleichzeitig wird mit dem bisherigen System allen Kindern die Vielfalt unserer Gesellschaft in der Schule vorenthalten. Wie sollen Kinder denn lernen, respektvoll und konstruktiv mit Andersartigkeit umzugehen?

Alle Beteiligten können von der inklusiven Schule profitieren. Denn diese Einrichtung geht von der Besonderheit und den individuellen Bedürfnissen von behinderten und nicht behinderten Jugendlichen aus. Sie lernen so von Anfang an den gemeinsamen Umgang miteinander.

Deshalb geht es der SPD-Fraktion mit diesem Antrag auch darum, unsere Gesellschaft humaner zu machen, meine Damen und Herren. Um es mit den Worten des Pädagogikprofessors Wocken zu sagen:

Integration ist kein Gnadenakt, der großzügig gewährt oder auch rechtens verweigert werden könnte; sie ist eine humane und demokratische Verpflichtung, die uns alle angeht.

Mein Fazit lautet deshalb: Es ist höchste Zeit für eine inklusive Schule. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Schneppe. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der CDU Frau Kollegin Kastner das Wort. Bitte sehr, Frau Kastner.

Marie-Theres Kastner (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Sonderpädagogische Förderung: Benachteiligung abbauen, Integration ausbauen, Inklusion verwirklichen!“, schon bei diesem Titel bin ich mir nicht ganz sicher, ob das, was über dem Antrag steht, wirklich zum Tragen kommt. Und wenn ich die Rede der Kollegin Revue passieren lasse, so habe ich das Gefühl, es geht Ihnen mehr um eine Strukturdebatte im Allgemeinen als um das wirkliche, inhaltliche Ziel, das dahintersteckt.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Dann haben Sie sie missverstanden, Frau Kastner!)

Darüber hinaus habe ich mich bei Ihrem Antrag gefragt, ob ein Thema, das es in der Tat intensiv und ernsthaft zu bearbeiten gilt, wieder einmal populistisch auf den Markt gebracht werden soll. Vielleicht haben Sie auch verdrängt, dass wir auf der Basis des Grünen-Antrags „Regelschule ist der erste Förderort“ bereits eine Anhörung vereinbart haben, in der wir uns diesem Thema inhaltlich sehr intensiv nähern werden.

(Beifall von der CDU)

Einige Anmerkungen zu Ihrem Antrag. Schon der erste Satz hat dafür gesorgt, dass mir die Haare zu Berge standen. Sie schreiben:

Auch in Nordrhein-Westfalen werden Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen oder Lern- und Entwicklungsstörungen frühzeitig aus dem allgemeinen Schulsystem aussortiert.

(Zustimmung von der SPD)

Ich finde diesen Satz zutiefst verletzend – vom falschen Inhalt einmal abgesehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Aussortieren? – Ich hatte in den letzten Wochen mehrfach das Vergnügen, das Aussortieren zu betreiben, denn ich musste bei meiner Tochter auf dem Bauernhof einspringen, um Kartoffeln auszusortieren. Da schmiss man die grünen, die kaputten und die mit der Ecke weg. Das System der Förderschulen so zu beschreiben, ist eine, gelinde gesagt, Unverschämtheit.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

So ein Satz trifft die Kinder und es trifft auch nach wie vor die Lehrerinnen und Lehrer sowie die an den Schulen tätigen Kräfte.

(Beifall von CDU und FDP)

Außerdem sind Förderschulen nicht eine Art der Aussortierung im Schulsystem, sondern sie sind Teil unseres Bildungssystems.

(Beifall von CDU und FDP)

Ihr oberstes Prinzip ist die bestmögliche Förderung der Kinder im System Schule. Alle an diesen Schulen arbeitenden Kräfte tun den lieben langen Tag nichts anderes, als den Kindern und Jugendlichen an diesen Schulen nicht nur den Weg zu mehr Wissen zu bereiten, sondern ihnen auch einen Weg ins Leben zu ermöglichen.

Den ersten Satz des zweiten Absatzes habe ich – ich will es vornehm formulieren – nicht ganz verstanden:

Das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf hingegen ist systembedingt selten.

Ich habe das Gefühl, ich hätte da etwas verpasst. Ich kann mich noch an die vergangene Regierung erinnern. Damals wurde mit dem sogenannten gemeinsamen Unterricht vollmundig ein Projekt gestartet, das so richtig schön in den Sand gesetzt worden ist. Ich kann mich noch gut erinnern: Es gab Modellprojekte für den gemeinsamen Unterricht. Fünf Kinder mit Behinderung – nach AO-SF-Verfahren bestimmt – konnten mit 15 Kindern ohne Behinderung in eine Klasse gehen. Pro Kind mit Behinderung gab es fünf Stunden zusätzlichen Unterricht. Das sind bei fünf Kindern 25 Stunden und bedeutet also eine zweite Lehrkraft in der Klasse.

Der Start ging ja noch. Aber wo ist die Form am Ende gelandet, und wo sind wir im Moment? Das Modell hört sich gut an, wurde aber nie so gelebt. Vielleicht geschah das noch im ersten Jahr des Modellprojekts. Die Lehrerstunden wurden ziemlich schnell gedeckelt. Jede weitere Neueinrichtung von gemeinsamem Unterricht führte zu Lehrerstunden-

abzügen an den bestehenden Schulen. Ich habe viele Protestveranstaltungen mitgemacht. Denn am Ende der Regierungszeit blieben statt der fünf Stunden maximal zwei Stunden pro Kind übrig.

Nun werden Sie wie gewohnt gegen den Rückwärtsblick protestieren; das kann ich auch gut verstehen, wenn ich mir vorstelle, dass ich mir so etwas anhören müsste.

(Ralf Witzel [FDP]: Das ist peinlich für Rot-Grün!)

Ich werde auch damit aufhören, um Ihnen deutlich zu machen, dass wir entgegen der Behauptung, die Sie vorhin aufgestellt haben, die gegenwärtige Landesregierung tue nichts, auch ohne die UN-Konvention bereits in weiser Voraussicht längst gestartet sind, um die schlechten Hinterlassenschaften Ihrer Regierung zu verändern.

(Beifall von CDU und FDP)

Die von Ihnen eingeforderte Neuorientierung der sonderpädagogischen Förderung haben wir mit dem Pilotprojekt „Kompetenzzentren für Sonderpädagogische Förderung“ eingeleitet. Hier wird im Moment in 20 Projekten versucht, gezielt das zu tun, was uns allen als Ziel vor Augen steht: Kinder gehen in ihre wohnortnahen Schulen und können dann, wenn es einen besonderen Förderbedarf zu erfüllen gibt, mit Fachkräften bedient werden, die aus den sonderpädagogischen Zentren in die Schule kommen.

Nach ersten Gesprächen mit den beteiligten Schulen können wir feststellen, dass diese Neuerungen auf sehr viel Wohlwollen stoßen und sowohl die Förderschulen als auch die allgemeinen Schulen diesen Projekten viel Positives abgewinnen können. Wir hoffen und gehen davon aus, dass diese Pilotprojekte ausgeweitet werden.

Wir erfahren allerdings auch etwas anderes: Gerade an den allgemeinen Schulen entstehen durchaus Probleme mit dem Verbleiben der Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf. Hier muss durchaus noch dafür Sorge getragen werden, dass diese Schüler auch die Förderung bekommen, die sie brauchen. Das Problem muss ernst genommen und auch aufgelöst werden. Das sage ich ganz deutlich.

(Beifall von der CDU)

Der Umgang mit Kindern mit besonderem Förderbedarf ist nicht für jedermann selbstverständlich.

(Beifall von der CDU – Zurufe von SPD und GRÜNEN – Gegenruf von Walter Kern [CDU])

Er muss erlernt werden. Dabei brauchen die Regelschulen Hilfe. Deshalb ist es auch gut, dass im neuen Lehrerausbildungsgesetz schon die richtigen Weichen gestellt werden.

Damit komme ich zum letzten Punkt Ihrer Feststellung, Ziel sei ein inklusives Bildungssystem. Das würde bedeuten, dass wir die Förderschulen generell aufheben. Das, meine Damen und Herren, wird meine Fraktion sicherlich nicht mittragen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das ist ein Verstoß gegen die UN-Menschenrechtskonvention! – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Quatsch! Es geht doch um das Wohl des Kindes!)

Ich bin der festen Überzeugung, dass wir zwar ein deutliches Mehr an Integration brauchen – und zwar in allen gesellschaftlichen Bereichen –, dass wir aber auf die in unserem Lande sorgfältig arbeitenden Förderschulen nicht so einfach verzichten können. Ich bin oft genug in Förderschulen und sehe dort die Kinder, deren Förderbedarf besonders groß ist. Ich sehe die große Kreativität dieser Schulen, diesen Förderbedarf adäquat umzusetzen.

(Beifall von der CDU)

Diese Kinder in den sogenannten Regelschulen zu beschulen, kann ich mir in der Tat noch etwas schwer vorstellen.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Fahren Sie nach Norwegen!)

– Frau Beer, eine kleine Zwischenbemerkung: Gibt es wirklich Evaluationen, dass das System bringt, was wir brauchen,

(Zustimmung von Sigrid Beer [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: Ja klar!)

und dass die Förderung wirklich so ankommt, dass wenigstens 20 % einen Abschluss haben?

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Herr Wocken vertritt an anderen Stellen auch mal andere Meinungen oder enthält sich der Stimme.

Ich denke, wenn wir so etwas wollten, bräuchten wir sicherlich ganz andere Rahmenbedingungen, als wir sie im Moment überhaupt leisten könnten. Wenn Sie die UN-Konvention anführen, erlauben Sie mir bitte auch zu bemerken, dass man hier im Lande sicherlich mit Zahlen operieren kann, dass aber echte Vergleichsmaßzahlen zu anderen Ländern klar fehlen. Denn alleine schon der Behindertenbegriff wird an manchen anderen Stellen anders definiert.

Lassen Sie mich abschließend die wichtigsten Forderungen Ihres Antrags zusammenfassen:

Erstens. Sie fordern Konzepte. Wir haben Konzepte entwickelt und werden sie weiterentwickeln. Wir sind bereits in der Erprobungsphase und werden das auch evaluieren.

Zweitens. Die individuelle Förderung, also das Prinzip der Heterogenität, ist bereits im Schulgesetz festgeschrieben. Die vom Land angebotenen Förde-

rungen und Fortbildungen bedienen diese Thematik durchaus.

Drittens. Die KMK hat eine Arbeitsgruppe zur Umsetzung der UN-Konvention eingerichtet.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Viertens. Die Lehrerbildung nimmt Ihr Anliegen auf.

Fünftens. Wir werden die Anhörung dazu durchführen und uns weiter mit dem Thema befassen. Aber aus der UN-Konvention abzuleiten, dass wir sofort alle Förderschulen auflösen müssten, entspricht nicht der Interpretation, die gemacht werden kann und muss.

(Beifall von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir sind auf einem guten Weg. Dementsprechend ist das Thema bei uns in guten Händen. Somit freue ich mich auf die weitergehende Beratung im Ausschuss und auf die Anhörung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Kastner. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der FDP Frau Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir können in Nordrhein-Westfalen auf die vielfältigen sonderpädagogischen Fördermöglichkeiten stolz sein, die es gibt. Wir haben hervorragende Lehrkräfte, die eine herausragende Arbeit an Förderschulen und im gemeinsamen Unterricht leisten.

(Beifall von FDP und CDU)

Bei jeder Art von Förderung müssen wir immer vom jeweiligen Kind und Jugendlichen aus denken. Das Individuum muss im Zentrum unserer bildungspolitischen Arbeit stehen.

(Beifall von der CDU)

Wir sind uns alle einig, dass wir die Anstrengungen zur individuellen Förderung und zur verbesserten Integration von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf weiter verstärken müssen und dass die Partizipation von Menschen mit Behinderung eine Selbstverständlichkeit sein muss.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Aber sprechen wir doch einfach aus, worum es SPD und auch Grünen tatsächlich geht: Ihnen geht es nicht um die Kinder,

(Beifall von der FDP)

sondern nur darum, die Förderschulen zu schwächen oder gar abzuschaffen. Egal, wie das Thema lautet: Es geht immer um die Schulstruktur. Niemals führen Sie eine Qualitätsdebatte.

(Beifall von der FDP – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ideologie statt Qualität, so könnte Ihr Slogan lauten. Wie krude Ihre Anträge inzwischen geworden sind, zeigt das vergiftete Lob an die Förderschullehrer hier im vorliegenden Antrag. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Die Lehrerinnen und Lehrer sowie das weitere Fachpersonal in der Sonderpädagogik leisten gute Arbeit.

Also wirklich, das ist an Enthusiasmus kaum noch zu überbieten. Auch Ihre Sprache ist verräterisch. Da wird von Aussortieren, von Ausgrenzung, ja von Separation gesprochen. Dass Sie es wagen, gerade in diesem Zusammenhang von selektiv, also von Selektion zu sprechen,

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Natürlich! Genau!)

ist einfach nur beschämend.

Aber es kommt noch schlimmer. Ich möchte hier einmal auf die Stellungnahme zur kommenden Anhörung zu genau dieser Thematik hinweisen. Dort ist Herr Professor Preuß-Lausitz von der Opposition als Experte benannt. Dieser Experte unterstellt doch tatsächlich geschickt und indirekt, dass die Förderschullehrer im Verdacht stehen, Eltern nicht uneigennützig zu beraten und für Kinder sonderpädagogischen Förderbedarf an Förderschulen empfehlen, um die Klassen zu füllen.

(Frank Sichau [SPD]: Auch das gibt es sicherlich!)

Meine Damen und Herren, das ist eine bodenlose Unverschämtheit und Beleidigung aller Förderschullehrer.

(Beifall von FDP und CDU)

Es zeigt, was in Wahrheit dahinter steckt. In Wahrheit steckt dahinter eine Kampagne zur Desavouierung von Förderschulen, meine Damen und Herren. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Für die FDP ist die Qualität der sonderpädagogischen Förderung von zentraler Bedeutung. Für manche Kinder ist der Besuch des gemeinsamen Unterrichts die beste Möglichkeit der individuellen Förderung, für manche eben die Förderschule. Da wir beides brauchen, unterstützt die FDP nachdrücklich den verstärkten Ausbau dieses Angebots an vielen Schulen. Wir haben gemeinsam mit der CDU die Anzahl der Lehrerstellen für den gemeinsamen Unterricht nachweisbar deutlich erhöht.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Das reicht doch hinten und vorne nicht!)

Wir haben Stellen, die SPD und Grüne befristet hatten, in unbefristete Stellen umgewandelt, Frau Beer. Schauen Sie in den Haushalt, Sie werden es sehen.

Meine Damen und Herren, nun noch an die Adresse der Ex-Schulministerin Ute Schäfer. Sehr geehrte Frau Schäfer, ausgerechnet Sie fordern in Ihrem Antrag, dass hier deutlich mehr Lehrkräfte zur Verfügung gestellt werden. Als verantwortliche Ministerin wollten Sie doch 16.000 Stellen streichen. Erzählen Sie das eigentlich auch den Menschen, wenn Sie über Land fahren und das Blaue vom Himmel versprechen?

(Beifall von FDP und CDU)

Eine individuelle Förderung mit weniger Lehrkräften ist ja wohl schlecht möglich, oder?

Mit der qualitativen Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts und dem Ausbau der Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung schaffen wir eine erstklassige Förderlandschaft. Durch die unterschiedlichen flächendeckenden Angebote, durch zusätzliche Ressourcen stellen wir sicher, dass Kinder und Jugendliche die bestmögliche Förderung erhalten,

(Beifall von der FDP)

und zwar an dem Ort, wo dies individuell am besten gelingen kann.

SPD und Grüne loben doch immer die skandinavischen Länder. Frau Dr. Koinzer verweist als Expertin zur Anhörung darauf, dass auf Druck der Eltern in Schweden, im Vorzeigeland der Integration, wieder spezielle Förderschulen aufgebaut werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir fühlen uns hierdurch bestätigt. Wir brauchen ein umfassendes und vielfältiges Angebot, um allen individuellen Bedürfnissen entsprechen zu können.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich möchte hier noch einmal unterstreichen: Der FDP geht es um das Wohl des einzelnen Kindes, des einzelnen Jugendlichen. Manche können nicht in der Regelschule unterrichtet werden. Auch fühlen sich manche Kinder in der Regelschule nicht wohl, da sie dort zu gefühlten Außenseitern werden, vor allen Dingen in der Pubertät. Deshalb gilt: Die Qualität der Förderung entscheidet über den jeweils richtigen Förderort für das einzelne Kind. Danach muss sich der Förderort richten und nicht nach irgendeiner Ideologie, Frau Beer.

Ich möchte zum Schluss noch auf die UN-Konvention über die Rechte der Menschen mit Behinderung zu sprechen kommen. Da hat es ja die Zustimmung der nordrhein-westfälischen Landesregierung im Bundesrat im Dezember gegeben. In

dieser UN-Konvention heißt es „inclusive education system“. Inclusive education system, Frau Beer, meint ein Bildungssystem, das alle einbezieht

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Richtig!)

und auch Menschen mit Behinderung nicht ausschließt. Das ist doch selbstverständlich. Als Forderung in der Konvention heißt es „inclusive education system“, weil es leider noch Länder auf dieser Erde gibt, die Behinderte nicht in ausreichendem Maß fördern

(Sigrid Beer [GRÜNE]: So wie das deutsche Schulsystem!)

und sie nicht an Bildung partizipieren lassen. Aber was machen wir denn hier im Land, Frau Beer? Wir haben eine Betreuungsdichte, einen Betreuungsschlüssel in den Förderschulen, wovon andere Länder wirklich träumen. Das müssen Sie doch bitte zur Kenntnis nehmen.

Wir eröffnen beide Wege. Wir haben die Förderschulen, und wir haben den integrativen Unterricht und den gemeinsamen Unterricht. Mehr individuelle Förderung – auf die einzelnen Bedürfnisse des Kindes zugeschnitten – kann man sich doch gar nicht vorstellen.

Gehen Sie doch bitte nicht so leichtfertig ideologisch mit Übersetzungen um, Frau Beer. Sie mögen vielleicht viel von gesunder Ernährung verstehen, aber sicherlich nicht von vernünftiger Übersetzung.

(Lachen bei der FDP)

Bei Übersetzungen ist Präzision gefragt, genau wie in der Wissenschaft, Frau Beer. Die Übersetzung von „inclusive“ bedeutet eben nicht Inklusion.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

– Nein, bedeutet es nicht. Ich gebe Ihnen gerne eine individuelle Förderstunde

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

und zeige Ihnen Auszüge aus entsprechenden Dictionaries, also nicht gerade aus so einem kleinen Pocketdictionary, wo Sie vernünftig nachlesen können, was diese Übersetzung bedeutet.

Ich finde es unzulässig und frivol, wenn ideologisch interessierte Kreise versuchen, Mehrheiten zu gewinnen, um Begriffe in der Übersetzung zu missdeuten. Frau Beer, das sollte Ihnen zuwider sein

(Beifall von FDP und CDU)

als einer Person, die sonst so sehr auf Wissenschaftlichkeit zählt. – Entschuldigung, denken Sie darüber bitte einmal nach und machen Sie sich klug, was diese Übersetzung bedeutet, bevor Sie hier so ideologisch durch die Lande ziehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Frau Abgeordnete Beer das Wort. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die Sie uns hier heute besuchen! Da ich auf Wissenschaftlichkeit und Fachlichkeit großen Wert lege, gehe ich auf die Äußerung von Frau Pieper-von Heiden nicht ein, weil es sich nicht lohnt, sich mit Ihnen an dieser Stelle auseinanderzusetzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Frank Sichau [SPD]: Das war Vulgärpädagogik!)

Der entscheidende Unterschied zum jetzigen Zustand ist vor allen Dingen, dass die Ratifizierung der UN-Konvention in der Tat ein radikales Umdenken erfordert. Das, was wir in Nordrhein-Westfalen und im bundesdeutschen Schulwesen insgesamt erleben, ist, dass Eltern gezwungen werden, ihre Kinder an Förderschulen unterrichten zu lassen.

(Ute Schäfer [SPD]: Richtig!)

Es gibt Zwangszuweisungen an die Förderschulen. Es gibt nicht das Recht der Kinder, es gibt nicht das Recht der Eltern, zu entscheiden, wo ihre Kinder gefördert werden sollen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: So ist es!)

Das ist genau die Ausgangslage, die Sie negieren. Frau Pieper-von Heiden, Ihre Übersetzungskünste arbeiten Sie einfach einmal nach.

State parties shall ensure an inclusive educational system at all levels and life-long learning.

Das ist die Herausforderung und genau die Textgrundlage, die für die Bundesrepublik verbindlich ist. Es ist eben nicht die deutsche Übersetzung mit dem Begriff der Integration, die zutrifft. Der fundamentale Unterschied zwischen Integration und Inklusion ist der, dass der Begriff der Integration davon ausgeht, dass es eine Gemeinschaft gibt, in die Einzelne mühsam mit Einzelmaßnahmen integriert werden müssen. Inklusion hingegen bezeichnet die Gemeinschaft, in der alle ohne Einschränkung dazugehören. Die Gemeinschaft muss dann sicherstellen, dass alle die gleichen Chancen zur Teilhabe erhalten und entsprechend unterstützt werden.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: „Inklusion“ hat eine andere Bedeutung im Deutschen als im Englischen!)

NRW hat in der Tat den Ratifizierungsakt im Bundesrat vollzogen. Damit kommt es auch in die Umsetzungspflicht. Das wurde in der Sendung „Westpol“ am 15.02.09 thematisiert.

Die Grünen haben dazu schon im vergangenen Jahr einen Antrag eingebracht, der darauf abzielt, dass das Recht auf gemeinsamen Unterricht im Schulgesetz verankert wird. „Westpol“ hat die Schulministerin gefragt, ob sie die UN-Konvention so interpretiere, dass alle Kinder mit Behinderung in eine Regelschule gehen sollten, wenn sie es denn möchten.

Dazu zitiere ich die Ministerin aus dem „Westpol“-Beitrag:

Nein, so interpretiere ich sie nicht ganz deutlich. Ich muss dazu sagen, dass ich lange Zeit – bevor ich Ministerin war – gerade auch mit dieser Thematik immer betraut war bei Anträgen von Eltern, die gesagt haben, mein Kind sollte in den gemeinsamen Unterricht. Und es ist sicherlich sehr wichtig und richtig, Anwalt des Kindes zu sein und immer genau zu entscheiden: Kann dieses Kind mit seinen Beeinträchtigungen am besten in der Regelklasse oder in der Förderschule gefördert werden.

Es bleibt uns verschlossen, was die Ministerin genau sagen wollte. Aber es steht auf jeden Fall fest: Eltern sollen das uneingeschränkte Schulwahlrecht für ihre Kinder nicht bekommen, es soll ihnen nicht zugestanden werden.

Das bedeutet auch, dass die Ministerin nicht gewillt ist, die UN-Konvention konsequent umzusetzen. Damit wir gar nicht erst wieder falsche Fährten legen: In den Förderschulen wird in der Tat eine hervorragende pädagogische Arbeit mit einer großen Hinwendung zum Kind erbracht. Hier wird eine Individualisierung geleistet, die man in vielen anderen Schulen nicht vorfindet.

Aber trotzdem kann selbst diese Anerkennung nicht darüber hinweghelfen, dass sich die Förderschulen als „Schonraumfallen“ erwiesen haben. Die Problematik besteht darin, dass es sich insgesamt um anregungsarme Lernmilieus handelt, die sich eben nicht als leistungsfördernd erweisen.

Dazu gibt es empirische Forschungen von dem schon genannten Professor Wocken und von Professor Schuck, beide aus Hamburg, sowie von Professor Ulf Preuss-Lausitz. Herr Professor Wocken und Herr Professor Preuss-Lausitz werden in der Anhörung ihre Erkenntnisse vortragen und Rede und Antwort stehen.

Eine besondere Problematik weisen zudem die „Förderschule Lernen“ und die „Förderschule soziale und emotionale Entwicklung“ auf. Ulf Preuss-Lausitz sagt das sehr drastisch: Die „Förderschule Lernen“ ist eine Armenschule. Er beschreibt auch zutreffend, dass sie eine Migranten-Ghetto-Schule ist. Dass die Förderschule unter diesen Bedingungen als eine Schule mit ungünstigem Lernmilieu bezeichnet werden muss, hat auch schon Professor Baumert 2003 festgestellt. Das ist beklagenswert;

doch leider kommen wir über diesen Tatbestand nicht hinweg.

Wer mit den Eltern von Kindern mit Behinderungen spricht, wird mit der Verzweiflung der Eltern konfrontiert. So führte Tina Sander vom Elternverein „Wir mittendrin e.V.“ aus Köln auf einer Veranstaltung der Grünen Anfang des Jahres hier im Hause aus:

Unseren Verein gibt es aus einem einzigen Grund: Wir brauchten ein Ventil für unsere Fassungslosigkeit und unsere Wut über die Erfahrung, die wir rund um die Einschulung unserer behinderten Kinder machen mussten.

Wir waren ganz selbstverständlich davon ausgegangen, dass es doch möglich sein sollte, unsere Kinder an einer Regelschule anzumelden, wo sie mit entsprechender Unterstützung mit den anderen Kindern gemeinsam unterrichtet werden könnten.

Schließlich waren wir in den ersten Lebensjahren unserer Kinder zu der Überzeugung gelangt, dass das selbstverständliche Aufwachsen mit gesunden Kindern die beste und wirksamste Vorbereitung auf ein Leben in der Mitte unserer Gesellschaft ist und nicht der Schonraum der Förderschule, wo sie den ganzen Tag nur mit ähnlich behinderten Kindern zusammen sind. Doch als der Termin zur Schulanmeldung näher rückte, mussten wir feststellen, dass wir von einer schier unüberwindlichen Mauer stehen.

In der jetzigen Situation ist die integrative Beschulung eines Kindes mit sonderpädagogischem Förderbedarf die absolute Ausnahme und nicht die Regel.

Also lassen Sie doch bitte die Eltern entscheiden, wo ihr Kind beschult werden soll. Geben wir dann natürlich auch die entsprechenden Unterstützungsmittel in das System hinein. Es ist absolut nicht mehr akzeptabel, dass Eltern in NRW darauf zurückgeworfen werden sollen, ihre Rechtsansprüche in Bezug auf die Umsetzung der Konvention vor Gericht einzeln erstreiten zu müssen.

Den Weg konsequent zur Inklusion zu gehen, ist längst überfällig. Das haben wir spätestens nach dem Besuch des Sonderberichterstatters der Vereinten Nationen Vernor Muñoz Villalobos hier gemeinsam diskutiert, und Sie haben die Erörterung damals in der Ausschusssitzung mit sehr despektierlichen Worten vom Tisch geputzt. Das war Ihnen nicht wert, weiter darüber zu reden. Wir sind aber nun durch die UN-Konvention glücklicherweise gezwungen, konkrete Schritte zu gehen.

Im Augenblick haben wir es mit der Situation zu tun, dass die Kompetenzzentren, die ins Leben gerufen werden, nicht mit der klaren Zielperspektive ausgestattet sind, den Weg zur Inklusion zu gehen, sondern sie dienen in der Tat zum Teil dazu, das Sys-

tem der Förderschulen weiter abzusichern. Gleichzeitig müssen die Schulen, die im gemeinsamen Unterricht unterrichten, um ihre Ressourcen bangen. Ich erinnere besonders an die Briefe aus Köln und auch die Briefe aus NRW insgesamt, in denen es darum geht, dass das begrenzte Ressourcenpaket auf noch mehr Lerngruppen im gemeinsamen Unterricht verteilt wird.

Frau Kastner, ich bin einig mit Ihnen, dass wir mehr Ressourcen hineingeben müssen. Wir haben den größten Einstieg in den gemeinsamen Unterricht begonnen. Wir müssen da viel konsequenter weiterentwickeln.

Wenig vertrauenerweckend ist die aktuelle Diskussion um die angebliche Aufwertung des Förderschulabschlusses in der KMK. Ich hoffe, dass die Landesregierung dort konsequent der Versuchung widersteht, auf diesem Wege plötzlich Abschlüsse zu vergeben, die für die Kinder und Jugendlichen wirklich nichts wert sind.

In dem vorliegenden Antrag der SPD fehlt eine ganz wesentliche Forderung; ich meine das Recht auf gemeinsamen Unterricht. Dazu haben wir einen Antrag vorgelegt, und dazu werden wir eine Anhörung durchführen. Das wird sich gut ergänzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Daher bin ich der Meinung, dass wir diese spannende Diskussion in und auch nach der Anhörung fortsetzen müssen. Dort können Sie vorher alle Ihre Fragen loswerden. Bei unserer Veranstaltung „All Inclusive“ war eine Expertin aus Südtirol anwesend. Sie hat gesagt, wie es funktioniert und dass es funktioniert. Wenn wir die Ressourcen im gesonderten System konsequent zusammenführen, sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. – Als nächste Rednerin hat Frau Ministerin Sommer für die Landesregierung das Wort. Bitte sehr, Frau Ministerin.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Auch wir sind davon überzeugt, dass mehr gemeinsamer Unterricht in allgemeinen Schulen möglich und sinnvoll ist. Und dass dies nicht nur leere Worte sind, kann man auch beweisen.

Seit wir die Regierungsverantwortung übernommen haben, ist die Integrationsquote von 11 auf fast 14 % gestiegen. Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, behaupten in Ihrem Antrag, die Landesregierung habe die Integrationsbemühungen zurückgefahren, und für den gemeinsamen Unterricht stünden weniger Lehrerstellen zur Verfügung.

Beide Behauptungen sind falsch. Ich belege es Ihnen gerne: Die Haushaltszahlen weisen für das Schuljahr 2005/2006 insgesamt

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Ihre Zahlen stimmen doch vorne und hinten nicht!)

6.600 Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht der Primarstufe aus. Zum kommenden Schuljahr werden es 9.684 sein; das sind 45 % mehr. Legt man nun die Zahl der Lehrerstellen für die sonderpädagogische Förderung in der Primarstufe und der Sekundarstufe I zugrunde, so steigt sie sogar von 994 Stellen in 2005/2006 auf 1.541 Stellen im kommenden Schuljahr. Meine Damen und Herren, da werden Sie nicht behaupten können, das sei weniger.

Ich will noch ein Wort zu den integrativen Lerngruppen in der Sekundarstufe I sagen. Diesbezüglich behauptet die Opposition, die Landesregierung habe die Lehrerstellen gedeckelt. Auch das ist falsch. Die Faktenlage ist eindeutig: Den Grundbedarf an sonderpädagogischer Förderung erhält jedes Kind in gleicher Höhe. Dieser Grundbedarf ist völlig unabhängig davon, ob das Kind in einer Förderschule ist oder eine Hauptschule oder Gesamtschule besucht.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Mit dem noch aus der Regierungszeit der Opposition stammenden Erlass zu den integrativen Lerngruppen wurde ein Mehrbedarf eingeführt, der vermeintlich zusätzliche Stellen für den integrativen Unterricht mit sich brachte. Sie haben damals mit diesem Erlass einen Anreiz geschaffen, die Integrationsbereitschaft von Schulen in der Sekundarstufe I zu erhöhen. Im Grunde ist dies nicht schlecht, meine Damen und Herren. Allerdings haben Sie diese Stellen nicht dauerhaft geschaffen. Zweimal 50 Stellen waren nur auf Pump! Diese 100 Stellen waren befristete Stellen als Teil der 2.000-kw-Stellen-Gewinne im sogenannten Zeitbudget; all das kann man übrigens nachlesen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Probleme kann man aber nicht auf Pump lösen. Die jetzige Landesregierung war es, die diese 100 Stellen planungssicher zur Verfügung gestellt hat.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Auf Pump!)

Und das Ministerium unterstützt die Einrichtung integrativer Lerngruppen zum kommenden Schuljahr noch einmal um weitere 40 Stellen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Auch auf Pump!)

Nun gehen wir bei der sonderpädagogischen Förderung – Frau Kastner hat es schon angedeutet – noch einen neuen Weg. Ich denke, die ersten Erfahrungen zeigen uns, dass der Weg sehr gut angenommen wird: die Kompetenzzentren. 20 Pilotregi-

onen haben wir. In 18 dieser Regionen geht es dabei um die große Gruppe der Kinder und Jugendlichen mit Lern- und Entwicklungsstörungen. Es sind drei Förderschwerpunkte: Lernen, emotionale und soziale Entwicklung sowie Sprache.

Zusammen machen diese drei Förderschwerpunkte rund 70 % aller Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf aus, und es ist die Gruppe, bei der besonders heftig um die Frage gestritten wird: Ist das besonderer Förderbedarf? Ist das sonderpädagogischer Förderbedarf? Oder handelt es sich möglicherweise um sozialpädagogischen Förderbedarf?

In den Kompetenzzentren geht es nun darum – das finde ich wichtig, und das sage ich gerade an Ihre Adresse gerichtet, Frau Beer –, eine Kultur des Behaltens für diese Kinder zu etablieren. Eine Kultur des Behaltens zeigt: Unser Ziel ist eine Förderung in den allgemeinen Schulen, also in den Grundschulen sowie in den weiterführenden Schulen. Gleichzeitig soll so oft wie möglich überhaupt auf die offizielle Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs verzichtet werden. Auch das finde ich wichtig.

Wir haben beschlossen, in den Pilotregionen die derzeitige Ausstattung mit sonderpädagogischen Lehrkräften für die Förderschwerpunkte an den beteiligten Förderschulen ebenso wie allgemeinen Schulen dauerhaft zur Verfügung zu stellen, also unabhängig davon, wie sich die Zahlen von Kindern mit festgestelltem sonderpädagogischen Förderbedarf in diesen Förderschwerpunkten in den kommenden Jahren tatsächlich entwickeln.

Die Entkoppelung von Lehrerstellen und tatsächlich attestiertem Förderbedarf erlaubt es nun, vor Ort ganz neue Wege der Kooperation und Zusammenarbeit zu gehen. Darüber hinaus schafft dies Planungssicherheit. Dieser Weg ermöglicht es zudem, ein regionales Gesamtkonzept der sonderpädagogischen Förderung zu erstellen.

Meine Damen und Herren, von einem bin ich aber sehr überzeugt. Ich bin davon überzeugt, dass es gut und richtig ist, auch Förderschulen in unserer Schullandschaft zu haben. Das sage ich völlig uneingeschränkt. Dazu will ich ein aktuelles Beispiel geben. Es stand mit Namensnennung – den Namen nenne ich aber nicht – in der „Westdeutschen Zeitung“ vom 26. März. Dort wird von einer Kollegin, einer Mutter, die Gymnasiallehrerin ist und ein Kind mit besonderem Förderbedarf hat, berichtet. Sie schreibt:

Ich weiß, was Eltern lernbehinderter Kinder durchmachen. Als mein Mann und ich vor acht Jahren erfahren haben, dass unser Sohn Förderbedarf hat, haben wir Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, damit der Junge nicht auf eine Sonderschule muss.

Sie erreicht das Ziel auch; das Kind kommt in den gemeinsamen Unterricht. Die Mutter schreibt weiter:

Obwohl unser Junge dort in vier Jahren weder schreiben noch rechnen oder lesen gelernt hat, haben wir uns doch für eine weiterführende Schule im integrativen Bereich entschieden.

Zum Schluss sagt sie:

Erst als unser Sohn dort war, haben mein Mann und ich eingesehen, dass er auf der Stelle tritt. Erst dann haben wir Kontakt zu einer Förderschule aufgenommen.

Meine Damen und Herren, Sie können sagen, dies ist vielleicht nur ein Einzelfall. Aber kommt es nicht gerade auf diesen Einzelfall an, wenn wir individuelle Förderung immer wieder so deutlich betonen?

(Beifall von der CDU)

Es gibt an dieser Stelle kein Gegeneinander von Förderschule und gemeinsamem Unterricht, sondern es gibt eine Gleichwertigkeit.

Frau Schneppe, weil Sie vorhin darauf eingegangen sind, sage ich Ihnen Folgendes: Wir haben – diese wird Ihnen bekannt sein – eine Bella-Studie, die in Berlin in Auftrag gegeben worden. Die zeigt sehr deutlich, dass sowohl die Kinder im gemeinsamen Unterricht als auch die Kinder in den Förderschulen kontinuierlich Lernzuwächse haben. Wir müssen uns also an dieser Stelle keine Sorgen machen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, möchten Sie eine Zwischenfrage zulassen?

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich möchte bitte fortsetzen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Okay, keine Zwischenfrage der Abgeordneten Beer.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Beer, ich halte sehr viel davon, Eltern nicht zu bevormunden und ihrem Willen Rechnung zu tragen. Den Pädagoginnen und Pädagogen und auch der Schulaufsicht, die sich ja auch pädagogisch versteht, geht es um die entscheidende Frage: Wo kann der Auftrag der individuellen Förderung für jedes einzelne Kind am besten realisiert werden? Dieser Frage müssen wir uns immer wieder stellen. Wir sind uns sicherlich darin einig, dass sich Eltern durchaus bewusst für die Förderschule entscheiden. Das ist gut so. Damit ich nicht falsch verstanden werde: Ich befürworte die Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Ein solcher Prozess darf nicht am Mangel an Bereitschaft, gemeinsames Lernen zu ermöglichen, scheitern.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Eltern haben einen Anspruch darauf!)

Aber ich glaube genauso fest daran, dass wir mit den Kompetenzzentren einen guten Weg eingeschlagen haben, da das Motiv des Behaltens wichtig ist. Und ich unterstütze nach wie vor die sehr gute Arbeit unserer Förderschulen.

Meine Damen und Herren, bitte erlauben Sie mir am Ende meiner Redezeit eine persönliche Bemerkung. Sie wissen, dass ich jahrelang damit beauftragt worden bin, zusammen mit Eltern, Pädagogen und Gutachtern, teilweise auch über Hausbesuche, den Förderort für Kinder zu suchen. Wir haben es uns alle zusammen nicht leicht gemacht. Wir haben die Verantwortung dafür gespürt.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Dieses Pfund – das nehme ich in Anspruch – zeigt jetzt unseren Weg, den ich gerade dargestellt habe. Er ist mir mehr wert, als wenn man Forderungen aus dem Trockendock heraus stellt. Dies ist leider sehr häufig der Fall. – Danke schön.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Ministerin Sommer. – Für die SPD spricht nun Frau Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Angesichts dieser Debatte habe ich das Gefühl: Nichts Neues im Westen. Wir sind nämlich an einem Punkt, an dem wir schon immer waren: Es gibt das Bekenntnis zur Integration, ohne Integration und Inklusion wirklich zu realisieren. Wenn ich mir die Ausführungen von der FDP anhöre, dann kann ich nur „Armes Deutschland“ sagen, denn es wird keine Weiterentwicklung im Schulsystem geben, wenn diese FDP mehr Einfluss in dieser Regierung bekommen würde.

(Beifall von der SPD)

Frau Ministerin Sommer, auch in Ihrer Rede habe ich den roten Faden nicht gefunden. Sie haben zunächst einmal abgewiegt und gesagt, was Sie an dieser Stelle immer sagen: Ihr habt ..., Sie stellen ..., ihr habt die kw-Stellen ..., ihr habt dieses und jenes. – Diese Regierung ist seit vier Jahren im Amt. Vor zwei Jahren ist die UN-Konvention ratifiziert worden. Diesen Prozess haben Sie aktiv begleitet. Nun sind Sie am Zuge. Es geht darum, diese UN-Konvention in Nordrhein-Westfalen umzusetzen. Es geht nicht darum, eine Geschichtsstunde zu beschreiben, Frau Kastner, sondern es geht darum, offensiv nach vorne zu schauen und zu schauen, wie wir das, was gefordert ist, mit der Umsetzung der UN-Konvention realisiert bekommen.

(Beifall von der SPD)

Da sind die Menschen hier im Land natürlich hochsensibel, weil sie wissen, welche Rechte ihnen die UN-Konvention einräumt. Das Verwaltungsgericht in Freiburg hat gerade im Hinblick auf die UN-Konvention ein Urteil gefällt, das einer Schule das Recht gibt, von der Klasse 1 bis 12 Integration von behinderten Kindern, und zwar auch von geistig behinderten Kindern, zu praktizieren, weil sich die Richter auf die UN-Konvention bezogen haben.

Wenn Sie nicht anfangen, die UN-Konvention besser und rascher umzusetzen, als Sie das heute hier erklärt haben, werden die Gerichte entscheiden, wie die UN-Konvention in diesem Land umgesetzt werden muss. Dann ist die Politik aber ausgeschaltet. Ich finde, dass es nicht das Bestreben von Politikern sein kann, sich die Gestaltung von den Gerichten aus der Hand nehmen zu lassen – obwohl Sie in der Vergangenheit schon eine ganze Reihe von Erfahrungen damit gemacht haben.

(Ute Schäfer [SPD]: Damit haben Sie ja Erfahrung! – Gegenruf von Christian Lindner [FDP]: Sie laufen doch immer zum Verfassungsgericht! – Bernhard Recker [CDU]: Wir doch nicht!)

– Offensichtlich doch deshalb, weil Sie nicht verfassungskonform handeln. Das ist doch völlig klar. Sonst bräuchten wir das nicht zu tun.

(Christian Lindner [FDP]: Weil Sie sich etwas ausrechnen!)

– Zunächst einmal: Wenn wir vor das Verfassungsgericht ziehen, haben wir unsere Gründe dafür. Und wenn wir dort obsiegen, ist doch völlig klar, dass Sie gegen Recht verstoßen haben. So einfach ist das.

(Ute Schäfer [SPD]: Herr Lindner, Sie sind fünfmal gescheitert! – Gegenruf von Christian Lindner [FDP])

Lassen uns jetzt aber wieder zur UN-Konvention zurückkommen und diese sehr polemische Diskussion hier beenden.

(Christian Lindner [FDP]: Entschuldigung! Zurück zum Thema!)

Nordrhein-Westfalen ist UN-Standort. Ich bin übrigens der Meinung, dass die Tatsache, dass wir UN-Standort und UN-Land sind, eine ganz besondere Verpflichtung mit sich bringt, die UN-Konventionen auch umzusetzen.

Heute ist übrigens der UN-Tag der Autisten. Eigentlich besteht an diesem Tag auch eine besondere Verpflichtung, darüber zu diskutieren, wie Kinder mit Behinderungen ins Schulsystem integriert werden können. Gerade bei autistischen Kindern wird – wie bei vielen anderen auch – immer wieder deutlich, dass dieses Schulsystem nicht in der Lage ist, a) sie individuell zu fördern und b) sie so zu fördern, dass

sie tatsächlich auch an ihre Leistungsmöglichkeiten herangeführt werden.

„Wenn jede Berührung Angst macht“ überschreibt der „General-Anzeiger“ heute eine ganze Seite zum Thema Autismus. Gerade autistische Kinder können zum Abitur geführt werden. Viele von ihnen landen aber auf der Sonderschule für Lernbehinderte. Bei uns gibt es einen engen Zusammenhang zwischen der Herkunft und der Tatsache, ob Kinder auf der Sonderschule landen oder nicht. Arm und Ausländer – das sind die wesentlichen Merkmale, die eine große Wahrscheinlichkeit mit sich bringen, in Nordrhein-Westfalen auf der Sonderschule zu landen. Damit sind Menschenrechte hier in Nordrhein-Westfalen nicht umgesetzt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle einmal daran erinnern, dass wir 30 Jahre Erfahrung mit dem Thema Integration haben. Wir haben Erfahrungen gesammelt, und wir wissen, dass es geht. Wir wissen auch, wie die Rahmenbedingungen aussehen müssen. Es geht nicht mehr darum, in Erfahrung zu bringen, wie es eigentlich laufen müsste, sondern darum, es durchzuführen.

(Ute Schäfer [SPD]: Richtig!)

30 Jahre gemeinsames Leben und Lernen in Nordrhein-Westfalen machen deutlich, dass die Eltern heute berechtigterweise fordern, dass ihre Kinder ein Recht haben, in die Regelschule zu gehen.

Meine Damen und Herren, die Kultusminister wollen sich nun drei Jahre Zeit nehmen, um das Ganze umzusetzen.

(Ute Schäfer [SPD]: Drei Jahre?)

– Drei Jahre. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Man kann nur hoffen, dass die Gespräche mit den Kommunen sowie in Bezug auf die Lehrerbildung und die Gründung von entsprechenden Lehrstühlen an den Hochschulen parallel verlaufen; denn sonst gibt es weitere drei Jahre Stagnation in diesem Land, und die Integration schreitet nicht so voran, wie Sie das gerade dargestellt haben, Frau Sommer. Im Übrigen bezweifle ich Ihre Zahlen, die ich zurzeit nicht nachprüfen kann.

In Bonn werden in der Sekundarstufe I derzeit in der Tat weniger Schüler für das kommende Jahr integriert als bisher.

(Ute Schäfer [SPD]: In Köln auch!)

Bei der Bezirksregierung Köln sind auch die Lehrerbudgets gekürzt worden. Damit wird den Schulen der Mut genommen, die Integration tatsächlich zu praktizieren; denn in der Folge stimmt die Personalressource nicht. Wenn Sie die Personalressource so stricken, wie Sie es zurzeit tun, führt das dazu, dass Sie Integration unmöglich machen und den Integrationsbestrebungen Schaden zukommen lassen. Auf diese Art und Weise torpedieren Sie das,

was wir alle gemeinsam auf den Weg bringen wollen, nämlich mehr Inklusion in den Schulen.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wo bleiben Ihre Signale? Ich habe in dieser Debatte eigentlich keine vernommen – außer Ihrer Aussage, Frau Sommer, dass Sie für die Förderschule sind und somit die UN-Konvention offensichtlich nicht umsetzen wollen. Dieses Signal, das ich heute vernommen habe, ist Resignation, und Resignation bedeutet Rückschritt. Das System betreibt Exklusion. Wenn Kinder in den Schulen Probleme machen, werden sie häufig auf die Sonderschulen abgezogen.

Wir, meine Damen und Herren, haben die Vision einer guten Schule für alle Kinder vor Augen – denn wir orientieren uns an den Kindern und nicht an den Strukturen –,

(Zurufe von Bernhard Recker und Walter Kern [CDU])

einer Schule, in der Individualität von Kindern und Jugendlichen gewürdigt, ihre Lernausgangslagen und besonderen Voraussetzungen respektiert und alle Kinder in einer vielfältigen Weise angeregt und zu hohen Leistungen geführt werden.

Meine Damen und Herren, Sie benötigen Nachhilfe in Pädagogik, in Menschlichkeit, in Vernunft und in Verantwortung.

(Walter Kern [CDU]: Von Ihnen?)

Eine Gesellschaft kann nicht existieren, wenn fast ein Viertel ihrer Mitglieder nicht am Leben teilhaben kann, weil die jungen Menschen nicht lesen können oder Zeugnisse mit den Köpfen von Kommunen bekommen, da sie mit dem Zeugnis einer Sonderschule nicht ins Leben treten wollen.

Meine Damen und Herren, es wird Zeit, dass Sie sich auf den Weg machen und die Regierungsverantwortung in der Art und Weise übernehmen, dass Sie die Umsetzung der UN-Konvention in Nordrhein-Westfalen sicherstellen. Wir sind UN-Standort.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Hendricks. – Frau Kastner für die CDU-Fraktion.

Marie-Theres Kastner (CDU): Meine Damen und Herren! Liebe Frau Hendricks, die letzten zwei Minuten Ihrer Rede hätten Sie besser gestrichen.

(Beifall von der CDU)

Sie haben gesagt, wir seien am Zuge. Diesen Ball will ich noch einmal aufnehmen. Wir sind am Zuge, und wir bleiben am Zuge. Vielleicht hätten Sie aufmerksamer zuhören sollen. Die Signale lauteten

ganz deutlich: Wir haben Fortschritte gemacht. Wir haben ein neues Modell eingeführt,

(Beifall von Walter Kern [CDU])

und zwar ein Modell, das von der Verantwortung getragen wird. Man kann nicht einfach irgendwelche Schulen auslöschen und neue einsetzen. Vielmehr brauchen wir in Bezug auf den Umgang mit Kindern mit Behinderungen auch in Regelschulen eine Gemeinsamkeit und ein Miteinander-Lernen.

(Beifall von der CDU)

Das Modell, das Sie uns vorgelegt haben, ist überall dort gescheitert – darüber gibt es auch eine wissenschaftliche Evaluation –, wo man mit den Lehrerstunden auskommen musste, die Sie diesen Schulen zugewiesen haben.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Ihre gemeinsamen Unterrichtsversuche waren nur in den Orten erfolgreich, in denen beispielsweise Städte Erzieherinnen und ähnliches Personal noch zusätzlich eingesetzt haben. Ich weiß sehr genau, wovon wir hier reden, weil wir das in Münster getan haben. Deshalb war der gemeinsame Unterricht bei uns ein Stück erfolgreicher als dort, wo das nicht passiert ist.

Lassen Sie mich jetzt noch einmal auf das Recht der Eltern eingehen. Genau hier liegt das Problem. Ich möchte ja durchaus, dass Eltern wählen können.

(Beifall von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es gibt auch viele Kommunen, in denen sehr verantwortlich damit umgegangen wird, wenn Eltern den gemeinsamen Unterricht wünschen. Wenn wir den Eltern ein Recht gewähren, dann müssen wir ihnen aber auch auf der anderen Seite eine Möglichkeit bieten, wie das Recht umgesetzt werden kann. Wir haben nichts davon, wenn wir den Eltern ein Recht geben und die Schulen dieses Recht nicht verantwortungsvoll in praktische Taten umsetzen und es zum Wohl der Kinder gestalten können. Das ist das Problem. Das nützt überhaupt nichts.

Frau Beer, Ihre Konvention in allen Ehren. Auch ein Gericht kann beschließen, dass Eltern das Recht haben. Davon haben die Kinder aber immer noch nichts,

(Beifall von der CDU)

weil die Schulen nicht darauf vorbereitet sind und weil die Schulen es nicht umsetzen können. Nur das gilt.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Nur diese Botschaft kann gelten. Wir können nur etwas umsetzen, wenn alle mit an einem Strang ziehen und wenn es zum Wohle der Kinder passiert. Und das sehe ich im Moment noch nicht. Ich möchte keine Kinder an Schulen verwahrt haben, in die

sie zwar gemeinsam gehen, in denen aber von adäquater Förderung dieser Kinder nicht die Rede sein kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kastner. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind am Ende der Debatte.

Wir kommen zur Abstimmung. Es wird eine **Überweisung** des **Antrages** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8879** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** vorgeschlagen. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer enthält sich? – Wer ist dagegen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

6 Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen (Fachhochschulausbau-gesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8290

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8935

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Drucksache 14/8895

zweite Lesung

Ich eröffne die Aussprache und gebe als erstem Redner Herrn Dr. Brinkmeier von der CDU-Fraktion das Wort.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der gerade von der Bundesbildungsministerin Annette Schavan vorgelegte Berufsbildungsbericht 2009 zeigt: Es braucht eine vorausschauende Politik, um künftigen Fachkräftemangel zu verhindern.

Wir wissen, es gibt motivierte, es gibt qualifizierte Schulabsolventen. Sie brauchen einen Ausbildungsplatz, und sie brauchen auch gegebenenfalls einen Studienplatz an einer Hochschule hier in Nordrhein-Westfalen.

Wenn wir die besten Köpfe in unserem Land behalten wollen, dann brauchen diese jungen Menschen die besten Ausbildungsbedingungen. Sie brauchen die besten Lern- und die besten Forschungsbedingungen. Wir brauchen Fachkräfte. Wir brauchen Ingenieure und Absolventen auf dem Gebiet der Mathematik, der Informatik, der Naturwissenschaften und der Technik, den sogenannten MINT-Fächern.

Damit diese Bereiche an unseren Hochschulen nicht von überhöhten Auslastungsquoten belastet werden, müssen dringend weitere Kapazitäten geschaffen werden. Das tun wir. Ein wesentliches Element ist das nun zu verabschiedende Gesetz.

Mit dem heute vorliegenden Gesetz zum Ausbau der Fachhochschulen schaffen wir tatsächlich einen wichtigen Baustein, sodass die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen diesem Bedarf gerecht werden können. So stärken wir die Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Bildung.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie den Plenarsaal hier verlassen, finden Sie linker Hand im Foyer einen Informationsstand der Fachhochschulen hier im Lande Nordrhein-Westfalen. Diese Gemeinschaft, die sich dort repräsentiert, wird nun um drei Mitglieder erweitert. Die drei neuen Fachhochschulen – Hamm-Lippstadt, Nördlicher Niederrhein oder Rhein-Waal, wie wir sie abschließend nennen werden, und Westliches Ruhrgebiet werden regionale Lücken schließen und auch Regionen stärken, die vom Strukturwandel geprägt sind.

Die Fachhochschule Hamm-Lippstadt plant unter anderem das Studienangebot Automotive Technology, also automobilnahe Technologien, Maschinenbau und Mechatronik/Elektrotechnik. Dabei spielt vor allem der regionale Wirtschaftsbedarf eine große Rolle, um Ingenieur Nachwuchs stärker an die Region zu binden. Kooperationen werden unter anderem bei der Nutzung moderner Labore der örtlichen Unternehmen bestehen. Die Wirtschaft beteiligt sich dort über Stiftungsprofessuren.

Mit der Fachhochschule Rhein-Waal, die unter anderem anstrebt, auf dem Feld E-Government tätig zu werden, wird vor allem der regionalen Unterversorgung mit Studienplätzen begegnet, wobei sich auch hier die regionale Wirtschaft in besonderer Weise engagiert.

Die Fachhochschule Westliches Ruhrgebiet zeichnet sich laut der Jury, die die Standorte ausgewählt hat, vor allem mit den Sparten Energie und Infrastruktur durch den fachlichen Bezug zur regionalen Wirtschaft aus, berücksichtigt aber zugleich den überregionalen Bedarf Nordrhein-Westfalens im druck- und medientechnischen Bereich oder der Medizintechnik. Gerade dieser Hochschulstandort gliedert sich in eine Region ein, die vom Strukturwandel betroffen ist, wo also dringend qualifizierte Fachkräfte benötigt werden, um auf Dauer eine

leistungsfähige Industrie in der Region und in Nordrhein-Westfalen halten zu können.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Darüber hinaus – auch das lesen Sie im Gesetz – werden acht bestehende Fachhochschulen ausgebaut, zum Teil an neuen Standorten.

Die Anhörung hat gezeigt, dass das Gesetz begrüßt wird und nur Detailfragen zu klären sind. Dass die Modernisierung und Erweiterung eines bestehenden Systems auch auf Kritik trifft, ist verständlich. Aber die Rückmeldungen aus der Fachwelt vermitteln uns den Eindruck, dass die Hochschulen und insgesamt die Regionen den Schub des Wettbewerbs für innovative Ansätze nutzen. Das begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich. Das ist Teil unserer Politik.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Die Anhörung hat auch gezeigt, dass sich die Wirtschaft in allen Regionen, gerade auch im westlichen Ruhrgebiet, mit großem Engagement beteiligt. Solch eine Kooperation und Verzahnung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft und immer auch der lokalen politischen Unterstützung ist genau das, was wir brauchen. Neben dem regionalen Bedarf an Studienplätzen war auch die Zusage der Wirtschaft, sich für duale Studiengänge zu engagieren, ein Kriterium für die Standortauswahl.

Das zeigt, dass die Bedeutung dieses Gesetzes nicht nur in den zusätzlich geschaffenen 11.000 Studienplätzen – ich rechne den Gesundheitscampus mit ein – liegt, sie sind auch durch die Umstellung auf das 12-jährige Abitur und damit den doppelten Abiturjahrgang 2013 sowie einer generellen Übernahme der Studierenden – wir wissen das – von großer Bedeutung.

Ich möchte noch einmal in Erinnerung rufen, dass das Land Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 insgesamt 1,3 Milliarden € zusätzlich für den Ausbau von Fachhochschulen investiert. 1,3 Milliarden € ist eine gewaltige Summe. Sie ist notwendig. Ich glaube, wir machen hier den richtigen Schritt. Mit den staatlichen Gründungsbeauftragten und designierten Präsidentinnen und Präsidenten übernehmen erfahrene und fachlich versierte Persönlichkeiten die Verantwortung für den Aufbau neuer Strukturen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich wirklich über die Dynamik, die die Regionen im Rahmen des Fachhochschulausbaus ergriffen hat. Diese Dynamik ist positiv, sie ist richtungsweisend und auch zielgerichtet. Denn diese Dynamik wird dazu beitragen, dass Nordrhein-Westfalen Mitte des nächsten Jahrzehntes das Innovationsland Nummer eins in Deutschland sein wird. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die SPD spricht der Kollege Schultheis.

Karl Schultheis (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Brinkmeier, es ist in der Tat so, dass hier in der Lobby gutes Informationsmaterial zur Verfügung gestellt wird. Ich kann nur empfehlen, die Informationen auch zu lesen und richtig auszuwerten.

(Beifall von Ewald Groth [GRÜNE] – Christian Lindner [FDP]: Was wollen Sie denn damit sagen?)

– Das, was ich gesagt habe, Herr Kollege.

(Christian Lindner [FDP]: Das ist immer so geheimnisvoll!)

Das ist so ähnlich, wie wenn man Protokolle von Anhörungen auswertet und zu Ergebnissen kommt, die mit dem, was in der Wirklichkeit stattgefunden hat, nicht übereinstimmen. Ich bin da immer sehr...

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

– Herr Kuhmichel, ich bin immer sehr für eine quellenkritische Analyse dessen, was in den Protokollen steht, und dafür, dass man sich nicht die Dinge schönredet, wie Sie das hier tun.

Es gab in der Anhörung sehr viele Kritikpunkte und auch Anregungen, von denen im Wesentlichen nichts in dem Gesetzentwurf Eingang gefunden hat, bis auf die Anregung, die Fachhochschule ganz im Westen des Landes Rhein-Waal zu nennen. Man kann sich darüber unterhalten, ob das eine adäquate Bearbeitung von Anhörungsergebnissen ist.

Meine Damen und Herren, Ministerpräsident Rüttgers hat im Mai 2007 ohne Rücksprache mit den Mitgliedern der Landesregierung – das ist dort auch ein interessantes Verfahren – angekündigt, durch eine Fachhochschulinitiative an den staatlichen Fachhochschulen neue Studienplatzkapazitäten zu schaffen.

In einem wettbewerblichen Verfahren sollte entschieden werden, wie die Initiative umgesetzt wird. Dabei – ich möchte das einmal in Erinnerung rufen – wurden folgende Optionen öffentlich benannt: erstens die Gründung neuer Fachhochschulen an verschiedenen Standorten, zweitens der Ausbau bestehender Fachhochschulen an bestehenden Standorten, drittens die Ausgliederung einer oder mehrerer Abteilungen vorhandener Fachhochschulen zu Dependancen an neuen Standorten und schließlich viertens die Ausgliederung einer oder mehrerer Abteilungen vorhandener Fachhochschulen zu neuen Fachhochschulen.

Meine Damen und Herren, dadurch wurde – bevor die Zielrichtung und die Rahmenbedingungen dieses Wettbewerbs überhaupt bekannt waren – eine

unkoordinierte und unnötige Standortdebatte ausgelöst, die fast ein ganzes Jahr andauerte. Dieser grundsätzliche handwerkliche Fehler führte nicht zu der gewünschten Aufbruchstimmung, sondern zu einer breiten Enttäuschung in diesem Land. Denn von den vielen Standorten, die sich mit vielen guten Ideen bewerben wollten – es waren sehr viele gute Ideen dabei –, mussten zwangsläufig viele in ihren Hoffnungen enttäuscht werden.

Das Ganze wurde noch durch eine Juryentscheidung bekräftigt, in die dann seitens der Landesregierung offensichtlich doch eingegriffen wurde. Anders ist Kleve/Kamp-Lintfort oder ein Standort mit 40 Studienplätzen wie auch der Protest seitens der Kommunen nicht zu erklären.

Ich möchte hier noch einmal klarstellen, was für uns der allerwichtigste Punkt ist. Denn lediglich 8 % mehr Studierende an Fachhochschulen sind zu wenig. Die Landesregierung hat erklärt, dass sie mittelfristig 11.000 flächenbezogene Studienplätze durch die Fachhochschulinitiative schaffen will.

Nun muss jeder wissen, wie der Berechnungsmodus aussieht. 11.000 flächenbezogene Studienplätze hört sich zunächst einmal gut an, aber Sie müssen natürlich bedenken, dass jeder Studierende einen Studienplatz über einen längeren Zeitraum belegt, sodass sich die Gesamtzahl der Studierenden, die damit erreicht wird, reduziert.

An unseren Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen haben zum letzten Wintersemester insgesamt ca. 120.000 Studierende studiert. Es handelt sich bei der Initiative also lediglich um eine Steigerung von rund 8 %. Bezogen auf die insgesamt 460.000 Studierenden des letzten Wintersemesters bleibt sogar nur ein Plus von 2 % übrig. Berücksichtigt man, dass 2013 ein doppelter Abiturjahrgang an die Hochschulen strebt, meine Damen und Herren, ist die Initiative an dieser Stelle absolut unzureichend.

Andererseits wäre angesichts der Geburtenentwicklung ein dauerhafter massiver Ausbau kontraproduktiv. Wir wissen alle, dass ab 2020 die Demografie in eine ganz andere Richtung geht. Wir sollten im kommenden Jahrzehnt temporäre Kapazitäten, Räume und Infrastrukturen schaffen und nicht Geld in Beton gießen. Es war auch ein Ergebnis der Anhörung, ein sozusagen atmendes System aufzubauen. Aber das, was Sie hier mit diesem Fachhochschulausbaugesetz schaffen, ist eben kein atmendes System, sondern ein System, dem schlussendlich die Luft ausgehen wird. In jedem Fall darf eines nicht passieren: Die Untertunnelung des Studentenbergs 2013. Die langfristigen sozialen Folgekosten wären unbezahlbar.

Fachhochschulen brauchen mehr, meine Damen und Herren. Die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen leisten einen großen Beitrag zur Innovation und Infrastrukturentwicklung. Wir müssen sie

darin unterstützen. Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Fachhochschulen prüfen, inwieweit eine Verbesserung der Rahmenbedingungen aller Fachhochschulen möglich ist. Es gibt in der Tat reichlich Informationsmaterial draußen in der Lobby, dessen man sich bedienen sollte.

Insbesondere muss eine Prüfung weiterer dienst- und besoldungsrechtlicher Verbesserungen für Professorinnen und Professoren an Fachhochschulen vorgenommen sowie die Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten verbessert werden. Die Möglichkeiten der gemeinsamen Promotion zwischen Universitäten und Fachhochschulen für besonders befähigte Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen müssen gestärkt und die Perspektiven in der beruflichen Entwicklung von Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen im öffentlichen Dienst unter Berücksichtigung des Leistungsprinzips und von Kostenneutralität erweitert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, durch die Anhörung wurde eindeutig bestätigt, dass das Vorgehen der Landesregierung in fast allen Punkten zu kritisieren ist. Die neuen Standorte sind zu klein, zum Teil willkürlich ausgewählt und erfüllen nicht die gehobenen wissenschafts- und regionalpolitischen Standards, die Nordrhein-Westfalen bei Fachhochschulen bisher gesetzt hat.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion unterstützt daher den Aufbau weiterer Studienkapazitäten und Studienplätze, die Modalitäten und das Wie allerdings nicht. Deshalb wird sich die SPD-Landtagsfraktion bei der Abstimmung über das Fachhochschulausbaugesetz der Stimme enthalten. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Schultheis. – Für die Fraktion der FDP spricht nun der Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Die FDP-Fraktion freut sich, dass wir nach einigen Monaten der Beratung innerhalb der Regierung und innerhalb dieses Hauses heute einen ganz erheblichen Schritt weiterkommen in unserer nordrhein-westfälischen Hochschullandschaft.

(Beifall von der CDU)

Wir diskutieren heute über die Gründung von drei neuen Fachhochschulen. Das ist ein richtiges Signal in dieser Zeit, in der wir mit einem Fachkräftemangel konfrontiert sind, in der wir uns auf einen doppelten Abiturjahrgang vorbereiten müssen und in der junge Menschen ihre Chancen suchen.

Wir haben in der Anhörung, die ich anders erlebt habe als Herr Schultheis, für unseren Ansatz Bestä-

tigung gefunden. Eine Alternative zur Gründung von drei neuen Fachhochschulen wäre ja gewesen, ausschließlich bestehende Standorte auszubauen. Grüne und Sozialdemokraten habe ich oft in der Weise verstanden, dass das ihre Priorität gewesen wäre.

Wie passt das aber mit der Diskussion zusammen, die wir am heutigen Vormittag über die Industriepolitik hier in Nordrhein-Westfalen geführt haben? Dort hat der Abgeordnete Groschek für die SPD bemängelt, dass wir als neue Koalition Fördermittel nur noch wettbewerbsfähig in Regionen geben wollen, nicht mehr problemorientiert. Das heißt, wir fördern mit den Landesmitteln, auch mit Mitteln der Europäischen Union, nicht mehr strukturschwache Räume, sondern nur noch beste Projekte. Das hat er kritisiert. Das ist aber unsere Politik.

(Heike Gebhard [SPD]: Leider!)

– Moment, warten Sie mit Ihrem Zwischenruf, Frau Gebhard! Mit der Gründung von neuen Fachhochschulen indes, die wir problemorientiert auch nach Strukturhilfegesichtspunkten hier im Land vergeben haben, wollen wir aber die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen stärken, Frau Gebhard,

(Beifall von FDP und CDU)

damit sie in der Lage sind, bei den anderen wettbewerbs- und qualitätsorientierten Programmen auch zu reüssieren. So wird da ein Schuh daraus: einerseits die finanziell unterstützten Programme im Wettbewerb dorthin zu vergeben, wo am besten mit dem Geld umgegangen wird, und dann andererseits die Grundlagen für Erfolg etwa durch die Gründung von neuen Fachhochschulen zu schaffen.

(Beifall von der FDP)

Das ist ein Gesamtansatz, den Sie bislang nicht gewürdigt und nicht nachvollzogen haben.

In dem Ansatz werden wir auch unterstützt; das hat Kollege Brinkmeier dargestellt. An jedem einzelnen der drei neuen Standorte geht auch die Wirtschaft mit ins Geschirr, etwa dadurch, dass sie Stiftungsprofessuren mitfinanziert oder dass sie den Zugang zu Laborinfrastruktur und anderem öffnet.

Nun ist von Herrn Schultheis weiter beklagt worden, dass die neuen Standorte etwa zu klein seien.

(Karl Schultheis [SPD]: Das sind Mikrostandorte!)

– Da nicken Sie auch noch und bestätigen das.

Der gleiche Herr Schultheis, der hier das hohe Lied gesungen hat, man müsste Anhörungen auch ganz genau auswerten, und man dürfte Anhörungen nicht nur im Sinne der eigenen politischen Auffassung interpretieren, behauptet jetzt, das seien Mikrostandorte, die nicht lebensfähig seien. Hätten Sie Ihren eigenen Anspruch, Anhörungen präzise auszuwerten, berücksichtigt, hätten Sie das so hier

nicht sagen dürfen. Denn zum Beispiel sagt der Vertreter der Kanzler der Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen in der Anhörung auf die Frage von Frau Dr. Seidl nach der Mindestgröße von Hochschulen:

Ich wurde gefragt, wie groß ein Hochschulstandort sein müsse, um vernünftig betrieben werden zu können. ... Jeder Standort zwischen 1.500 und 2.000 Studierenden. Das funktioniert.

(Karl Schultheis [SPD]: Es sind noch kleinere Standorte dabei!)

– Es gibt natürlich Nebenstellen, lieber Herr Schultheis.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Aber die einzelnen Fachhochschulen haben schon die Größe, die ich hier genannt habe.

Ich will es mir nicht so einfach machen, aber machen Sie es sich bitte auch nicht so einfach!

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn man eine Anhörung präzise auswertet, muss man doch zur Kenntnis nehmen, dass es auch innerhalb einer Anhörung Meinungen und Gegenmeinungen gibt. Herr Schultheis, Sie erwecken mit dem Ihnen eigenen sehr selbstbewussten Auftreten immer den Eindruck, dass Ihre Meinung immer die einzig richtige sei und alle Experten würden unisono immer genau Ihre Meinung vertreten. Ich habe die Größe zu sagen, dass es natürlich auch Experten gibt, die eine fundierte Meinung haben, die uns aber jetzt nicht unterstützt. Das mag so sein. Im Übrigen haben aber auch Sachverständige unterschiedliche Interessen und kommen deshalb zu ihrer jeweiligen Einschätzung. Insofern: Was die Größe angeht, haben wir keine Bedenken.

(Karl Schultheis [SPD]: Herr Lindner, das war jetzt ein sehr bescheidenes Auftreten!)

– Herr Schultheis, wenn Sie etwas zu bemängeln haben, dann schalten Sie sich doch noch einmal in die Debatte ein oder stellen Sie eine Zwischenfrage.

Ich will auf einen zweiten Punkt zu sprechen kommen, der von der SPD auch in der Ausschussberatung kritisiert worden ist. Ich war leider auf einer Dienstreise und habe das nicht selbst mitverfolgen können, aber ich habe das dem Protokoll und der Beschlussempfehlung entnommen. In der Ausschussberatung ist kritisiert worden, dass die Zusammensetzung der Fächer nicht adäquat sei. Wir haben uns als Koalition auf die MINT-Fächer konzentriert, also auf die Bereiche Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Das ist von Ihnen kritisiert worden. Wir halten das aber für alternativlos; denn das sind in einem Industrieland wie Nordrhein-Westfalen die Bereiche, die wir stärken müssen, wenn wir unseren Wohlstand auch in der Zukunft behaupten wollen.

Damit ist nichts, überhaupt nichts gegen die Bedeutung von Geistes- und Sozialwissenschaften gesagt. Aber da haben wir eben keinen Nachholbedarf, sondern schon viele Studien- und Forschungsmöglichkeiten. Indes fehlen Studienplätze im Bereich der Ingenieurwissenschaften und der Technikwissenschaften.

Deshalb war es in der Gesamtwahrnehmung unserer Hochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen richtig, dass sich die Landesregierung beim Ausbau auf die MINT-Fächer konzentriert hat.

Es gibt einen dritten Aspekt, den ich herausgreifen will – dazu gibt es auch eine Änderungsinitiative von Bündnis 90/Die Grünen –, nämlich die Bestellung von Hochschullehrern. Hier sieht das Gesetz in § 38 vor – Herr Groth, ich wollte mich gerade zu Ihrem Änderungsantrag positionieren, das Argument ist vielleicht auch für Sie wichtig –,

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ich höre Ihnen zu! Ich habe Ihr Buch doch schon gelesen!)

dass es möglich ist, auch ohne ein formales Ausschreibungsverfahren Professorinnen und Professoren für die Hochschule zu gewinnen. Das nehmen Sie zum Anlass zu sagen: Nein, wir wollen das übliche Verfahren unter Beteiligung der Gruppen innerhalb der Hochschule durchführen.

Die Landesregierung hat sich für eine Abweichung im Einzelfall entschieden. Meine Fraktion unterstützt das. Ich halte das nach wie vor für richtig. Gerade bei der Neugründung von Hochschulen, aber gleichermaßen auch bei bestehenden Hochschulen muss es möglich sein, proaktiv hochqualifizierte Kräfte aus dem privaten Bereich für die Hochschullehre zu gewinnen. Das hört sich etwas nebulös an. Mit proaktiv ist das klassische Headhunting gemeint. Man hat für eine bestimmte Stelle jemanden Hochqualifizierten im Blick, den man haben möchte.

Das von Ihnen vorgeschlagene andere Verfahren geht davon aus, dass sich Kandidaten auf eine ausgeschriebene Stelle selbst bewerben müssen. Es lässt aber außer Betracht, dass wir für die Hochschullehre stärker auch diejenigen gewinnen können, die in Forschung und Wirtschaft Führungsaufgaben wahrnehmen und die wir an den Hochschulen brauchen.

Der Vertreter der Kanzlerkonferenz der Universitäten hat diese Regelung des Fachhochschulausbaugesetzes in der Anhörung ausdrücklich begrüßt, wenn sie im Einzelfall angewendet wird. Nichts anderes ist beabsichtigt.

Ich komme zum Schluss. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt und mit dem Ausbau der Fachhochschullandschaft in Nordrhein-Westfalen ein Projekt begonnen, das ganz wesentlich dazu beiträgt, dass das Land Nordrhein-Westfalen in der Innovationspolitik im Wettbewerb der Bundesländer ganz vorne stehen kann. Es schafft die Voraussetzungen

dafür, dass junge Menschen in Nordrhein-Westfalen qualitätsvolle Berufsperspektiven finden. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! NRW steht in dieser Frage eben nicht ganz vorne, Herr Lindner. Das liegt auch daran, wie Sie diesen Gesetzentwurf und diesen Wettbewerb gestaltet haben.

Es kommt zu Studienorten mit 40 Studenten. Das ist keine Größe, bei der man vernünftig studieren kann. Das ist so etwas wie eine Fernuniversität. Ein kleiner Studienort der FH Gelsenkirchen in Ahaus hat 40 Studentinnen und Studenten. Das ist aus unserer Sicht Quatsch. Wir wollen natürlich auch in die Breite gehen. Sie hätten das aber anders machen müssen: schneller, effizienter und kostengünstiger.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch eines sagen, damit nach dem, was wir hier alles gehört haben, kein falscher Zungenschlag in die Debatte kommt.

Erstens. Wir Grünen begrüßen ausdrücklich jeden einzelnen Studienplatz, der in diesem Lande geschaffen wird, und zwar nicht nur an Fachhochschulen, sondern auch an Universitäten. Das betrifft im Übrigen auch nicht nur MINT-Fächer. Auch wenn das jetzt im Moment richtig ist, wollen wir das ausdrücklich gesagt haben.

Zweitens. Wir freuen uns für jede einzelne Kommune, die durch dieses Fachhochschulausbaugesetz Hochschulstandort wird. Auch wir wissen, die Anbindung an Wissenschaft und Forschung und damit die Möglichkeit zu hochwertigen akademischen Ausbildungen kann für viele Betriebe gerade im mittelständischen Bereich ausgesprochen wichtig sein. Herr Lindner, trotzdem muss es doch erlaubt sein, Kritik zu üben.

(Christian Lindner [FDP]: Ja, klar!)

Dies ist auch richtig. Wir reden nicht über die Lösung des Studienplatzproblems, das spätestens mit dem doppelten Abiturjahrgang 2013 auf uns zukommt. Einige von Ihnen wollen immer diesen Eindruck erwecken. Wir reden heute insgesamt über 10.000 flächenbezogene Studienplätze, auf denen im Endeffekt insgesamt 15.000 junge Menschen studieren können, wenn man es richtig umrechnet. Wohlgemerkt: Es sind maximal 5.000 Studienanfänger, die ihr Studium an diesen neuen und erweiterten Hochschulen jedes Jahr werden aufnehmen können. Dass es so wenige sind, liegt auch daran,

dass Sie den Weg über neue Standorte statt über einen Ausbau einschlagen.

Das dauert einfach viel zu lange. Sie haben regionalpolitische Erwägungen wichtiger genommen als die Notwendigkeit, so viele Studienplätze wie möglich mit höchster Qualität in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, und zwar mit „Tempo, Tempo“ wie Sie es immer so schön sagen. Sie machen jetzt „langsam, langsam“.

Auch wenn es ein Schritt nach vorne ist, dauert es uns viel zu lange. Wir liegen zurück. Herr Lindner, Sie wissen, beim doppelten Abiturjahrgang 2013 reden wir nicht über 5.000, sondern über 50.000 zusätzliche Studienberechtigte in einem Jahr. Das sind 70.000 mehr als im Jahr 2005. Wir hängen beim Schaffen von Studienplätzen hinterher. Diese 10.000 Studienplätze, durch die am Ende jedes Jahr 5.000 Studentinnen und Studenten zusätzlich anfangen können, beseitigen in keiner Weise das Problem, das wir mit 50.000 neuen Studienberechtigten im Jahr 2013 haben. Das ist ganz einfach.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das hätte man anders machen müssen. Schon nach eigenen Angaben hätten Sie inzwischen 10.739 zusätzliche Studienplätze schaffen müssen. Für das Jahr 2007 wären es knapp 4.000 und für das Jahr 2008 knapp 7.000 gewesen. Das sind Ihre Zahlen, Herr Minister. Das wäre die Erfüllung des Hochschulpaktes I. In Wirklichkeit hatten wir jedoch erst einmal ein Minus hinzunehmen. Es gab also gar keinen Zuwachs gegenüber 2005.

Das von Bund und Ländern vereinbarte Ziel von 26.000 zusätzlichen Studienplätzen bis zum Jahr 2010 ist faktisch in Nordrhein-Westfalen überhaupt nicht mehr erreichbar. Das ist auch dann nicht mehr der Fall, wenn die neuen Fachhochschulen tatsächlich bis zum Jahresende irgendwie ihren Betrieb aufnehmen werden. Ich dachte, die Zeit der Baracken und Notlösungen sei in Nordrhein-Westfalen endlich einmal vorbei. Dafür wollen Sie auf jeden Fall eintreten.

Der von Ihnen gewählte Weg ist nicht nur teurer, sondern auch langsamer. Es wäre sehr viel besser, den Ausbau der bestehenden Systeme hinzubekommen.

Dass die Repräsentanten der Orte und Hochschulen, die neu gegründet werden sollen, Feuer und Flamme sind, können wir gut verstehen. Das tragen wir mit und begrüßen es auch. Das ist in Ordnung. Das löst aber nicht das eigentliche Problem, das wir in Nordrhein-Westfalen haben.

So wichtig, wie uns jeder neue Studienplatz ist, der mit diesem Gesetz an einer neuen Fachhochschule entsteht, so kommen Sie für den Hochschulpakt I zu spät. Für den Hochschulpakt II und den doppelten Abiturjahrgang sind es jedenfalls viel zu wenige

Plätze. Hochschulpolitisch macht das Ganze überhaupt keinen Sinn.

Herr Minister, ich muss Sie einmal in Schutz nehmen. Dieses Verfahren war eigentlich nicht Ihr Wunsch. Ihr Ministerpräsident ist durch die Lande gezogen und hat gesagt, ich mache da einmal etwas, jetzt kommen auch Wahlen, ich muss mich regionalpolitisch betätigen usw., ich verteile da einmal ein bisschen.

Herr Minister Pinkwart, wahrscheinlich wären Sie lieber auch unserer Linie gefolgt. In Ordnung. Wir wollen Sie in dieser Frage deshalb nicht zu sehr strafen. Der Ministerpräsident hat das erfunden. Sie waren damit nicht einverstanden; am Ende haben Sie es aber gemacht.

Lassen Sie mich zum Schluss noch auf einen Änderungsantrag zu sprechen kommen. Wir wollen diese freihändige Vergabe nicht. Es geht nicht um eine proaktive Vorgehensweise. Wenn jemand proaktiv aufgefordert werden soll, kann man ihn auch auffordern, sich zu bewerben. Dann kann er ein ganz normales Verfahren durchlaufen, bei dem alle Hochschulgremien mitreden können, unter anderem auch die Gleichstellungsbeauftragten.

Wohin wird Ihr Weg führen? Wir werden den Gleichstellungsaspekt noch weniger vertreten haben als es vorher der Fall gewesen ist. Das ist in der Anhörung auch kritisiert worden. Sie werden sich sozusagen freihändig Leute aussuchen. Ob das zum Wohle der Hochschulen sein wird, ist zu bezweifeln. Das hat die Anhörung auch ergeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden deshalb diesem Artikel des Gesetzentwurfs, der mit dem Fachhochschulausbau überhaupt nichts zu tun hat, nicht zustimmen. Daher können wir auch dem gesamten Gesetzentwurf keine Zustimmung geben. Wir bitten um getrennte Abstimmung über die einzelnen Artikel, sodass wir unser Votum in dieser Frage deutlich machen können. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Groth. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Prof. Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Opposition tut sich schwer; das kann ich verstehen.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Man spürt förmlich, wie zerrissen Sie sind.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Natürlich können Sie nicht übersehen, dass auch Ihre kommunalpolitischen Vertreter vor Ort wie eine Oberbürgermeisterin der SPD dankbar dafür sind, dass es diese Entscheidung der Landesregierung und der Jury gab, um in ihrer Stadt endlich mit einer Fachhochschule zu besseren Perspektiven für junge Menschen und für die regionalen Standorte zu kommen. Es ist für Sie außerordentlich schwer, nicht zustimmen zu können, weil Sie heute an der falschen Stelle eine oppositionelle Haltung zeigen wollen. Das ist das eigentliche Dilemma.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin in den letzten Wochen unterwegs gewesen und habe viele Gespräche vor Ort führen können.

(Zuruf von der SPD: Wir auch!)

Ich habe in den Rathäusern und in den Kreistagen über alle Fraktionsgrenzen hinweg erlebt, dass diese Entscheidung als eine der ganz zentralen Weichenstellungen für die Zukunft empfunden worden ist – sowohl dort, wo es neue Fachhochschulen geben wird, als auch dort, wo es neue Fachhochschulabteilungen oder Studienorte geben wird.

(Zustimmung von Manfred Kuhmichel [CDU])

Herr Groth, an Ihren Ausführungen war bemerkenswert, dass Sie alles so schnell haben wollen. Ich habe gedacht, Ihre Partei stünde für Nachhaltigkeit. Aber das haben Sie anscheinend über Bord geworfen. Wir setzen auf nachhaltige Politik. Deswegen verändern wir mit dieser Entscheidung die Strukturen des Hochschulsystems in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir ändern es in vielerlei Hinsicht zum Positiven. Vor allen Dingen geht es uns um die jungen Menschen mit den Ausgangsbedingungen, bei denen es das größte Defizit leider zur Zeit Ihrer Regierungsverantwortung gab.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist absoluter Unfug!)

– Es tut mir leid, Herr Schultheis, aber ich muss es vortragen. Das bekümmert uns auch heute noch und macht die Situation in Nordrhein-Westfalen sehr schwierig.

Denn wir haben – dafür sollten wir dankbar sein – einen höheren Anteil an Fachhochschulzugangsberechtigten als andere Bundesländer. Wir haben einen etwa gleich hohen Anteil an allgemeinen Hochschulzugangsberechtigten, also an Abiturienten, wie Bayern, Baden-Württemberg oder andere Bundesländer. Aber wir haben einen überproportional hohen Anteil an Fachhochschulzugangsberechtigten. Anders als andere Bundesländer haben Sie uns eine Hochschulstruktur hinterlassen, in der nur jeder vierte Student an einer Fachhochschule studiert, obwohl 40 % der Hochschulzugangsberechtig-

ten eines Jahrgangs eine Fachhochschulzugangsberechtigung haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ganz genau!)

Baden-Württemberg und Bayern schaffen es, 40 % der Hochschulzugangsberechtigten einen Fachhochschulstudienplatz anzubieten. Dort gibt es eine entsprechende inverse Struktur, denn wir haben viele Fachhochschulzugangsberechtigte, aber wenige Fachhochschulplätze.

(Karl Schultheis [SPD]: Dafür haben wir insgesamt weniger Studienplätze!)

Das hat zur Folge, dass wir vor allen Dingen den jungen Menschen aus bildungsfernen Elternhäusern oder mit Migrationshintergrund nicht die Aufstiegschancen geben können, die sie dringend brauchen.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU] – Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Deswegen wollen wir nachhaltig mehr Fachhochschulstudienplätze schaffen. Das ist die sozialste Politik, die man überhaupt machen kann. Wir reden nicht nur in Sonntagsreden von Aufsteigern, sondern wir wollen das durch Alltagshandeln möglich machen. Deswegen bauen wir die Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen aus.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bauen sie auch in einem besonderen Schwerpunkt aus. Die Disziplinen der Naturwissenschaften und der Technik eröffnen gerade jungen Menschen mit Zuwanderungshintergrund bessere Aufstiegschancen, und sie sind gerade für die mittelständische Wirtschaft wichtig. Denn trotz der Krise haben wir einen massiven Fachkräftemangel in den Ingenieurbereichen, der sich im nächsten Aufschwung auch demografiebedingt in einer Weise verschärfen wird, dass der Standort Nordrhein-Westfalen nachhaltig negativ berührt würde, wenn wir an der Stelle nicht endlich Abhilfe schaffen.

Sie haben damals die Entscheidung getroffen, die Gesamthochschulen in Universitäten umzuwandeln. Sie haben einen Fachhochschulzugangsweg gekappt

(Zuruf von der SPD: Dann tun Sie etwas!)

und keine neuen Fachhochschulen geschaffen. Das hätten Sie damals schon tun können. Wir machen das zunächst einmal über den Hochschulpakt, indem wir die vorhandenen Fachhochschulen und Universitäten ausbauen, Herr Groth. 50 % der Hochschulpaktmittel fließen an die bestehenden Fachhochschulen, um sie mit mehr Plätzen auszustatten. Auch dabei liegt der Schwerpunkt auf den MINT-Fächern.

26.000 Studienanfängerplätze wollen wir nicht an den neuen Fachhochschulen schaffen, sondern wir schaffen sie in dem bestehenden System, Herr

Groth. Sie werden sehen, dass Nordrhein-Westfalen im Jahr 2011 dieses Ziel erreichen wird.

(Karl Schultheis [SPD]: Das werden Sie nicht!
– Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Mit den anderen Ländern verhandeln wir gerade im Hochschulpakt Teil 2 darüber – die SPD hat das Vorhaben in der GWK leider zum Scheitern gebracht, sonst hätten wir es am Dienstag schon abschließen können –, bis 2015 weitere 90.000 Studienanfängerplätze bereitzustellen. Davon werden etwa 10.000 Plätze auf die neuen Fachhochschulen und 80.000 auf die vorhandenen Hochschulen entfallen, die es weiter auszubauen gilt.

Ich hatte Ihnen vorgetragen, dass wir mit dem Hochschulmodernisierungsprogramm in den nächsten Jahren ein milliardenschweres Programm durchführen, mit dem wir die vorhandenen Hochschulen in einer Weise modernisieren, wie Sie es damals schon längst hätten tun können. Sie haben uns einen riesigen Sanierungsstau hinterlassen, den wir abarbeiten wollen.

Indem wir das tun, nutzen wir überlappende Kapazitäten bestehender und neu errichteter Gebäude, um an vorhandenen Hochschulstandorten den doppelten Abiturjahrgängen und den zusätzlichen Studierenden, die wir Anfang des nächsten Jahrzehnts erwarten, qualitativ hochwertige Studienplätze in Nordrhein-Westfalen anbieten zu können.

Das ist ein großer Kraftakt für mehr soziale Mobilität. Das ist ein großer Kraftakt zur Stärkung der ingenieurwissenschaftlich-technischen Nachwuchskräfte in unserem Land, auf die wir dringend angewiesen sind.

Ich möchte Sie noch kurz über den Stand der Umsetzung informieren, der wahrlich mit hohem Tempo voranschreitet. Ich hatte Ihnen mit Einbringung des Gesetzes bereits mitteilen können, dass wir unmittelbar zu Jahresbeginn bereits Gründungsbeauftragte benannt haben. Wenn Sie das Gesetz im Hohen Hause verabschiedet haben und es zum 1. Mai in Kraft getreten ist, werden aus unseren Gründungsbeauftragten Gründungspräsidenten und -vizepräsidenten.

Diese Gründungsbeauftragten arbeiten bereits, und ich möchte mich ganz herzlich bei Prof. Klaus Zeppenfeld für Hamm-Lippstadt, bei Frau Prof. Marie-Luise Klotz für Rhein-Waal und bei Herrn Prof. Eberhard Menzel für die Flughafen Westliches Ruhrgebiet ganz herzlich für die in den letzten Wochen geleistete Aufbauarbeit bedanken.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Wir sind mit den Worten angetreten: Die neuen Fachhochschulen werden ab Wintersemester 2010/2011 die ersten Studienanfänger aufnehmen. Alle drei Gründungsbeauftragten und ihre Teams haben gesagt: Das machen wir nicht erst 2010/2011, sondern schon zu diesem Wintersemes-

ter. – Ich freue mich, Ihnen das heute mitteilen zu dürfen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich möchte mich bei den regionalen Akteuren, den Vertretern unserer Städte und Gemeinden, den Kreisen und der Wirtschaft in unserem Land bedanken, dass sie die Gründungsbeauftragten und ihre Teams so tatkräftig in dieser Aufbauleistung unterstützen. Auch das ist Ausdruck der Aufbruchstimmung, die wir in diesen Regionen erleben. Mittelständische Unternehmen, aber auch Weltfirmen beteiligen sich mit Stiftungsprofessuren und anderen Unterstützungen daran, dass diese neuen Fachhochschulen ein Erfolg werden.

Der Landrat des Kreises Wesel hat die Gründung der neuen Fachhochschulen einen einmaligen Vorgang genannt – einmalig vor allem, weil wir den Regionen so viel Spielraum bei der Ausgestaltung auch der Fachhochschulschwerpunkte lassen.

All das zeigt, dass die Fachhochschulen auf ein hervorragendes Echo stoßen, dass man sie als echte Chance zur Entwicklung unseres Landes begreift.

Lassen Sie mich abschließend den Mitgliedern der Jury ganz herzlich danken, die diese Entscheidung getroffen hat – eine Jury, hochkompetent besetzt mit Fachhochschulwissenschaftlern, Vertretern der Wirtschaft und langjährig profilierten Wissenschaftspolitikern. Diese Jury hat im Übrigen auch die Idee hervorgebracht, Studienorte uns, der Landesregierung, und Ihnen als Landtag anzuempfehlen – auch diese kleinen Standorte, von denen eben gesprochen wurde,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Mikrostandorte!)

an denen vielleicht künftig nur 40 oder 50 Studierende ihr Studium aufnehmen werden. Ich frage Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete: Ist das nicht auch ein Stück Antwort auf Nordrhein-Westfalens Struktur. Nordrhein-Westfalen ist nicht nur von Metropolen und Großstädten geprägt, Nordrhein-Westfalen ist auch vom ländlichen Raum geprägt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben hoch leistungsfähige mittelständische Unternehmen, das Rückgrat unserer Wirtschaft, das Rückgrat unseres Wohlstands. Hier werden die Arbeitsplätze geschaffen. Wenn wir als Land nicht die Voraussetzung dafür schaffen, dass der ländliche Raum in den nächsten Jahren und Jahrzehnten – auch vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderung – so attraktiv bleibt, dass junge Menschen, die dort geboren werden, sagen: „Das ist auch für uns eine attraktive Heimat in der Zukunft“, werden wir erleben, dass uns die besten Köpfe abwandern, möglicherweise über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus.

(Beifall von CDU und FDP – Werner Jostmeier [CDU]: Sehr richtig!)

Andere Länder erleben das im Moment. Wir wollen das verhindern. Deswegen bin ich der Jury unter Vorsitz von Dr. Fritz Schaumann ausgesprochen dankbar, dass sie uns auch mit den Studienorten einen Weg gewiesen hat, wie wir es schaffen, den Hochschulstandort so zu entwickeln, dass auch der ländliche Raum eine dynamische Perspektive erfährt.

Ich danke dem Landtag sehr herzlich für die Unterstützung dieses Gesetzes.

(Beifall von CDU und FDP – Christof Rasche [FDP]: Hervorragend!)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Pinkwart. – Für die SPD hat Frau Gebhard das Wort.

Heike Gebhard (SPD): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Minister hat gerade ausgeführt, dass er meint erkannt zu haben, dass die Opposition ein Dilemma mit dem Fachhochschulgesetz hätte. Nein, wir haben – das kann ich Ihnen versichern – kein Dilemma damit. Wenn ein Wettbewerb stattfindet, ist es doch völlig normal und klar, dass es viele Bewerbungen gibt, dass es Gewinner und Verlierer gibt und dass die Gewinner sich freuen.

Welcher Kommune, welchen Kommunalpolitikern, egal welcher Couleur, sollte ich vorwerfen, sich zu freuen, wenn er oder sie zusätzliche Fachhochschulplätze bekommt. Das ist eine völlig normale Sache. Dazu kann ich jeder Kommune nur gratulieren, wenn sie denn zu den Gewinnern gehört.

Wir in diesem nordrhein-westfälischen Parlament haben aber eine ganz andere Aufgabe. Es geht doch nicht darum, an einigen Stellen im Land ein bisschen Freude zu bereiten und viel mehr Verlierer zu hinterlassen, sondern darum, ein ausgewogenes, ein schlüssiges Konzept vorzulegen. Sie meinen, in der Vergangenheit graben und uns anzuhängen zu müssen, in der Vergangenheit nicht ausreichend Fachhochschulplätze geschaffen zu haben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Genau so ist es!)

– Herr Kuhmichel, ganz ruhig! Das, was Sie jetzt an Argumenten bringen, holt Sie 2010 wieder ein. Daran sollten Sie denken. Wenn Sie Ihre Mehrheit wieder abgegeben haben, kriegen Sie alles wieder zurück.

(Lachen von CDU und FDP)

Seien Sie sehr vorsichtig, vor allen Dingen sehr vorsichtig, mit Bayern zu argumentieren. Es ist zwar richtig, was Sie sagen, wenn Sie sich, bezogen auf die Fachhochschulplätze, die Rosinen herauspi-

cken. Wenn Sie sich aber die Gesamtstudienplätze anschauen, liegt Bayern nicht weit oben. Bayern können wir uns da überhaupt nicht zum Vorbild nehmen. Wenn Sie Bayern nennen, sollten Sie auch noch beachten, dass Bayern das Schlusslicht derjenigen Länder ist, die die jungen Menschen überhaupt qualifizieren und sie mit einer Zugangsberechtigung zum Studium ausstatten. Da ist Nordrhein-Westfalen Spitze, und zwar nicht, seitdem Sie dran sind, sondern seitdem und solange die Sozialdemokraten in diesem Land mitregiert haben.

(Zuruf)

– Ich brauche keinen Applaus der Opposition, ich weiß auch so, dass die mir zustimmen. Und dass Sie mir nicht applaudieren – ich bin ja schon froh, wenn Sie zuhören –, kann ich ertragen.

(Unruhe von CDU und FDP)

Was das Zuhören betrifft, Herr Lindner, so habe ich Ihnen sehr genau zugehört. Es gibt in der Tat zwei Dinge, bei denen ich Ihnen zustimmen kann. Erstens: Sie haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Zweitens: Sie haben gesagt, Sie hätten ein Projekt begonnen. Auch dem kann ich zustimmen.

Aber dem Rest, den Sie hier gesagt haben, kann man überhaupt nicht zustimmen. Beispielsweise führen Sie Ihre Wettbewerbsphilosophie genau an diesem Projekt ad absurdum. Sie haben einen Wettbewerb mit Kriterien ausgeschrieben, an die Sie sich anschließend nicht mehr gehalten haben.

(Zustimmung von der SPD)

Das führt zu großem Unmut im Land. Das hat die Anhörung mehr als deutlich bewiesen. Sie haben als ein Kriterium ausgelobt: 5.000 neue Plätze in vom Rückzug des Steinkohlebergbaus betroffenen Regionen. – Ich finde es schon sehr interessant, wie Sie diese Regionen anschließend definieren. Vor dem Hintergrund genau dieses Kriteriums haben sich Regionen aufgemacht und haben auch dem zweiten Kriterium Genüge getan, indem sie einen regionalen Konsens herbeiführten. Und was ist daraus geworden? – Im Papierkorb sind diese regionalen Konsense gelandet. Sie sind nicht berücksichtigt worden.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Vergegenwärtigen wir uns doch einmal, was der Bürgermeister der Stadt Kamp-Lintfort, Herr Dr. Christoph Landscheidt, in der Anhörung gesagt hat – mit Erlaubnis der Präsidentin zitiere ich –:

Unsere Bewerbung ist das Ergebnis einer in dieser Form einzigartigen und langjährigen interkommunalen Zusammenarbeit von vier Städten auf dem Gebiet der Struktur- und Wirtschaftsförderung.

– Herr Lindner, nehmen Sie sich das zu Herzen. –

Die vier Städte Moers, Rheinberg, Kamp-Lintfort und Neukirchen-Vluyn repräsentieren das Steinkohlerückzugsgebiet am linken Niederrhein. ... Die gemeinsame Bewerbung der vier Städte um eine Fachhochschule war maßgeblich durch die Aussage der Landesregierung in der Ausschreibung motiviert, dass bis zu 5.000 Studienplätzen in den unmittelbar vom Kohlerückzug betroffenen Städten geschaffen werden sollten.

Diese Städte haben Tausende Arbeitsplätze im Bergwerk verloren. Sie wissen, Bergwerk West steht jetzt auch noch an. Da gehen weitere 4.600 Arbeitsplätze verloren. Sie wissen, dass durch die Schließung des BenQ-Werks in Kamp-Lintfort Arbeitsplätze verlorengegangen sind. Und dann müssen die zur Kenntnis nehmen: Nein, ihr regionaler Konsens wird zerschlagen, Kamp-Lintfort wird Annex von Kleve, weil Kleve der Hauptsitz wird und eben nicht Kamp-Lintfort. – Dann gehen auch noch die Zahlen durch die Öffentlichkeit, dass Kamp-Lintfort möglicherweise noch 500 Plätze bekommt und dass 2.000 nach Kleve gehen. Das ist, meine ich, der Punkt, der Unmut schafft und wo Sie sich nicht an Ihre eigenen Kriterien halten.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Heike Gebhard (SPD): Nein, jetzt nicht.

Vizepräsident Edgar Moron: Sie gestatten keine Zwischenfrage.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Heike Gebhard (SPD): Man kann sich auch die nächste Frage anschauen. Genauso ist es der Em-scher-Lippe-Region ergangen. Der Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen hat uns in der Anhörung gesagt, dass ein regionaler Konsens – moderiert von dem Regierungspräsidenten und schriftlich niedergelegt – ausdrücklich herbeigeführt worden ist. Und dass es sich bei dieser Region um ein Steinkohlerückzugsgebiet handelt, kann man nun wirklich nicht bezweifeln. Und was wird berücksichtigt? Was wird entschieden? – 40 Plätze in Ahaus – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – sollen dafür bereitgestellt werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit haben Sie, meine ich, den Anspruch, Wettbewerbe ordentlich durchzuführen, längst verspielt.

Wenn klare Fragen gestellt werden, wie: „Warum findet eine Ungleichbehandlung statt?“, „Warum wird Kleve geraten, sich mit den Nachbarhochschulen abzustimmen?“ und „Warum wird Kleve aber nicht geraten, sich mit Abteilungsstandort Bocholt

der Fachhochschule Gelsenkirchen zu beraten, obwohl dort die gleichen Studiengänge vorhanden sind?“, dann ist der Juryvorsitzende nicht in der Lage, sie zu beantworten.

Wenn gefragt wird „Warum wird der Antrag von Gelsenkirchen als fundiert bezeichnet, aber trotzdem nicht berücksichtigt?“, wird keine Begründung gegeben. Wenn gefragt wird „Warum wird, wenn eine Entscheidung zugunsten Mülheim-Bottrop ausfällt, nicht wie an anderen Standorten der Auftrag erteilt, sich mit der Nachbarfachhochschule Gelsenkirchen abzustimmen?“, gibt es keine Antwort.

Warum gibt es denn keine Antwort? – Es kann nur eine Begründung geben: Es wäre Ihnen selbst peinlich, weil es das Ganze keine Logik hat, sondern politisch so gewollt war.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und infolgedessen kann man nicht von einem tollen Erfolg dieser Maßnahme sprechen. Es ist eine politische Gießkanne, die Sie ausgeschüttet haben, aber es ist kein vernünftiges hochschulpolitisches Konzept. – Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebhard. – Wie ich gehört habe, wünscht der Abgeordnete Groth noch einmal das Wort. Bitte schön.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe extra gewartet, bis Sie wieder da sind. Es macht sonst auch gar keinen Spaß. Dass Sie den ganzen Tag bei einem so wichtigen Thema lieber in der Kantine sitzen ...

(Unruhe bei CDU und FDP – Zuruf von der FDP: Das ist unverfroren!)

Der Minister spricht davon, die Abwanderung der besten Köpfe verhindern zu wollen. Dann tun Sie das auch, Herr Minister. Mit Ihren 5.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen schaffen Sie jedenfalls keine Lösung für die 50.000 jungen Menschen, die wir allein durch den Abiturjahrgang 2012/2013 mehr haben werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann werden wir sogar 70.000 neue Studienanfänger haben im Vergleich zu 2005. Das ist keine Lösung. Das ist zu langsam und viel zu wenig. Da sind wir übrigens überhaupt nicht zerrissen. Ich habe gesagt, als Grüne begrüßen wir jeden Studienplatz – ganz egal, wo er geschaffen wird –, weil wir ihn nötig haben, vielleicht nötiger, als Sie wissen. Deshalb reden wir darüber, dass Sie schneller machen müssen. Sie müssen wirklich endlich einmal ernst nehmen, was Sie selbst dauernd sagen, nämlich „Tem-

po, Tempo!“. Ich erlebe, dass Sie zu langsam und zu kurz springen.

Wenn es um Nachhaltigkeit geht, Herr Minister, lassen Sie sich das ins Stammbuch schreiben: Nachhaltigkeit hat etwas mit Verlässlichkeit und am Ende auch mit Durchhalten zu tun. Was passiert denn mit den Ministudienorten? – Die haben keine Mensa, keine Bibliothek, keine Labore; dort sind vielleicht 40 Studentinnen und Studenten. Was glauben Sie denn, was passiert? Was werden Sie denn tun, wenn die demografische Kurve in Bezug auf die Studienanfängerzahl nicht mehr hochgeht wie im Moment. Schaffen Sie die Studienplätze in der entsprechenden Anzahl da, wo es sinnvoll und kostengünstig ist, und machen Sie nicht solche kleinen Dinger, die am Ende nichts bringen und worauf sich die Studentinnen und Studenten nicht verlassen können, dass sie in zehn oder 15 Jahren dort noch studieren können, wenn die demografische Kurve wieder heruntergeht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das nennt man zukunftsweisenden Strukturwandel!)

Sie schaffen sich heute ein Problem, das sie am Ende nicht lösen können.

Zu den Fragen des Verfahrens, was die Kommission eigentlich gemacht hat und wie am Ende entschieden worden ist, hat Frau Gebhard Ihnen schon einiges gesagt. Dieses Verfahren war nicht transparent. Am Ende sind mehr Fragen offen, als Antworten gegeben worden sind. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Lieber Herr Groth, ich habe die herzliche Bitte – ich glaube, ich spreche für das ganze Parlament –, denjenigen, die nicht im Plenarsaal sitzen, nicht zu unterstellen, sie würden in der Kantine sitzen.

(Beifall von CDU, FDP und GRÜNEN – Zustimmung von Ewald Groth [GRÜNE])

Im Übrigen hatten Sie darauf hingewiesen, dass Sie eine getrennte Abstimmung haben wollten, Herr Kollege Groth. Dazu haben Sie jetzt nichts gesagt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Das hat er eben schon gesagt! – Ewald Groth [GRÜNE]: Wir möchten eine getrennte Abstimmung!)

– Sie wollen eine getrennte Abstimmung. – Herr Prof. Pinkwart, bitte schön.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Groth, falsche Argumente werden nicht dadurch besser, dass man sie wiederholt.

(Beifall von CDU und FDP)

Deswegen weise ich für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zurück, dass es kein Konzept für den Bedarf an neuen Studienanfängerplätzen im kommenden Jahrzehnt geben würde. Wir sind das letzte große Flächenland mit dem doppelten Abiturjahrgang im Jahr 2013 und waren das erste, das mit dem Instrument Hochschulpakt genau den Masterplan für Deutschland insgesamt mit angemaht und vorbereitet hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn das von Ihnen mitregierte Bremen und die SPD-Länder es diese Woche nicht verhindert hätten, hätten wir auch schon Teil zwei beschließen können. Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall von CDU und FDP – Karl Schultheis [SPD]: Welcher Masterplan?)

Dann empfehle ich den von Ihnen mitgetragenen Regierungen, nachzuarbeiten, wie dort versucht wird, erneut den Flächenländern die notwendigen Kofinanzierungsmittel des Bundes streitig zu machen, weil Sie an der Stelle des Aufwuchses von Studienplätzen Ihre Finanzausgleichsinteressen maximieren wollen, statt die Interessen der Studierenden im Blick zu haben. Das ist die Wirklichkeit, mit der Sie sich einmal auseinandersetzen sollten.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von Karl Schultheis [SPD])

Ein zweiter Punkt, lieber Herr Groth, und das ist wirklich ganz toll gewesen. Weil das Wetter so schön ist, möchte ich das zur Erheiterung abschließend sagen: Sie halten uns vor, wir planteten Studienorte, die den heute und in den nächsten Jahren dort Studierenden nicht die Sicherheit geben würden, dass sie noch in 15 oder 20 Jahren dort studieren könnten. Ich glaube, das ist nicht die Fragestellung, die wir betrachten sollten, wenn es uns um eine gute Zukunft der jungen Menschen geht.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Dann versprechen Sie das doch! Geben Sie endlich die Zusage!)

Das war damals Ihre Perspektive, weil es Ihnen egal war, wie lange die jungen Menschen studieren mussten, um zu einem Abschluss zu kommen.

(Beifall von der CDU)

Wir wollen, dass diejenigen, die ein Studium anfangen, es innerhalb eines überschaubaren Zeitraums zu einem Abschluss bringen. 15 Jahre brauchen sie bei uns in Zukunft nicht mehr! – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Heiterkeit von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart – Karl Schultheis [SPD]: Sie lachen über sich selbst!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Damit kommen wir zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/8935** ab. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir kommen zur **Beschlussempfehlung** und zum Bericht des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie **Drucksache 14/8895**. Der Ausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 14/8290 in geänderter Fassung anzunehmen. Da der Wunsch geäußert worden ist, über die einzelnen Artikel abzustimmen, tun wir das. Dabei habe ich die herzliche Bitte, Artikel 4 und 5 zusammenfassen zu dürfen,

(Zustimmung von den GRÜNEN)

weil Artikel 5 nur das Inkrafttreten betrifft.

Also stimmen wir zunächst über **Artikel 1** ab. Wer diesem Artikel seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und von Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist dieser Artikel **angenommen**.

In **Artikel 2** geht es um die Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen. Wer für Artikel 2 ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordnete Sagel. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist Artikel 2 **angenommen**.

In **Artikel 3** geht es um die Änderung des Gesetzes über weitere dienstrechtliche und sonstige Regelungen im Hochschulbereich. Wer ist für Artikel 3? – Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist Artikel 3 **angenommen**.

Nun stimmen wir gemeinsam über **Artikel 4**, der die Änderungen der Hochschulleistungsbezügeverordnung betrifft, und **Artikel 5** ab, der das Inkrafttreten regelt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit sind diese beiden Artikel **angenommen**.

Nun kommen wir zur Gesamtabstimmung über die **Beschlussempfehlung** und den Bericht **Drucksache 14/8895**. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Damit ist der Gesetzentwurf in der Fassung der Drucksache 14/8895 **angenommen**.

Wir nähern uns nun zügig dem nächsten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe auf:

7 Frühe Bildung für alle

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8880

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Veldhues von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Elisabeth Veldhues (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich warte noch einige Minuten, da ich sehe, dass einige dringend in ihre Büros müssen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Kollegin, beim besten Willen, Ihre Redezeit läuft.

Elisabeth Veldhues (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Jedes Kind hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit. – Ich glaube, dieses kann man unbestritten über alle Fraktionsgrenzen hinweg sagen.

Kinder haben vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Diese Grundansprüche gelten natürlich auch für Kinder mit Behinderung und auch für Kinder, die von einer Behinderung bedroht sind. Sie gehören damit zum Personenkreis der Kinder, für die die sogenannte Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch gilt.

Das war nicht immer selbstverständlich. Den Anspruch auf Betreuung und Förderung, wie zum Beispiel die Erziehung und Bildung behinderter Kinder in Tageseinrichtungen durchzusetzen, war ein langer und beschwerlicher Prozess.

In der Jugendhilfe traten diese Kinder zunächst nicht in Erscheinung, weil sie ja in heilpädagogische Einrichtungen gingen, die von der Sozialhilfe finan-

ziert wurden. Durch die gesetzlich festgeschriebene Finanzierungsregelung – zum einen der Sonderbereich für die gehandicapten Kinder und zum anderen der Regelbereich der Jugendhilfe für die nicht behinderten Kinder – trennten sich auch die Lebenswelten dieser Kinder. Alltagsbezogene Begegnungsmöglichkeiten und gemeinsame Erfahrungen wurden dadurch verhindert und Fremdsein bewirkt.

Eben diese Erfahrung, die Tabuisierung des Themas Behinderung, das Erleben von Berührungsrängsten und Ausgrenzung waren für die Eltern in den 70er- und 80er-Jahren der Anstoß, darauf zu dringen, dass ihre behinderten oder von Behinderung bedrohten Töchter und Söhne gemeinsam mit den Nachbarkindern ohne Behinderung in Kindergarten und Schule spielen, lernen und leben können.

Sie waren zu der Erkenntnis gekommen, dass spezifische Förderung allein nicht ausreicht, um ihre Kinder in die Gesellschaft zu integrieren. Im Gegenteil: Die gut geführten Behinderteneinrichtungen, die nach dem Krieg entstanden waren, schienen die Allgemeinheit zu beruhigen. Wir waren sehr beruhigt und waren uns sicher, dass Menschen mit Behinderung gut versorgt waren; außerdem störten sie jedoch unsere eigenen Lebenskreise nicht.

Bei ihrem Drängen nach Integration führten die jungen Eltern die Tradition ihrer Elterngeneration fort. Hatten diese doch einst das Recht auf Bildung und Förderung behinderter Kinder mit Erfolg eingeklagt, so fordern heute junge Eltern das Recht auf Teilhabe an einem gesellschaftlichen Leben für ihre Kinder mit Handicap ein.

In den 80er-Jahren haben wir erlebt, dass in den verschiedenen Bundesländern Integrationsgruppen in Regelkindergärten aufgebaut wurden. Sie wurden wissenschaftlich begleitet; es gab sehr große Vorbehalte. Aber bereits die ersten Versuche dieser gemeinsamen Erziehung waren ermutigend und regten an, diesen Weg des Miteinanders weiter zu gehen.

Wir möchten in Nordrhein-Westfalen Kindergärten als Lebensraum für alle Kinder. Wir merken, es ist eine Bereicherung für die Kinder, für die Eltern und für die Pädagoginnen.

Meine Damen und Herren, Behinderungen können nicht beseitigt oder weggefördert werden. Aber gemeinsam zu spielen und zu lernen, gibt auch Kindern mit Behinderung die Chance, mit ihren individuellen Bedürfnissen und Möglichkeiten an der Realität der Außenwelt teilzuhaben. Kinder mit und ohne Behinderung spielen und lernen bei uns miteinander. Toleranz und gegenseitige Akzeptanz werden erfahrbar und bilden dann eine Grundlage für ihr späteres Leben.

Auch die Eltern erhalten so ein Stück Normalität zurück. Sie treffen die anderen Väter und Mütter ihrer Nachbarschaft dort wieder. Sie gehören dazu –

am Elternabend, bei Festen im Kindergarten. Sie sind nicht außen vor: eine Erfahrung, die ihre Kinder jeden Tag aufs Neue in der gemeinsamen Betreuung machen.

Wir wollen die Familien unterstützen und Brücken bauen. Unterschiedliche gesetzliche Regelungen, unterschiedliche Zuständigkeiten und Kostenträgerschaften dürfen die Integration nicht behindern.

Wenn sich jetzt aktuell bei der Umsetzung des KiBiz zeigt, dass die Interessen und Förderbedarfe von behinderten Kindern nicht ausreichend berücksichtigt sind, muss hier schnellstens nachgebessert werden.

(Beifall von der SPD)

Wenn die Angebote für Kinder unter drei Jahren massiv ausgebaut werden, meine Damen und Herren, müssen selbstverständlich auch besondere Regelungen für Kinder mit Handicap geschaffen werden. Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie frühkindliche Förderung gilt für diese Familien ohne Abstriche.

Ein weiterer Punkt, den ich gerne ansprechen möchte: Oft zeigt sich eine Behinderung erst nach der Aufnahme in die Kindertagesstätte. Das KiBiz sieht dann keine Refinanzierung des nötigen Mehraufwandes im laufenden Kindergartenjahr vor.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, das stimmt nicht!)

– Ihnen liegen die Appelle und Resolutionen beider Landschaftsverbände vor, in denen genau dieser Punkt aufgezeichnet ist. Sie können das ja gleich klarstellen.

Wir legen Wert darauf, dass Kinder sofort nach Aufnahme eine Förderung erfahren. Die Alternative kann nicht ein bloßes Verbleiben in der Gruppe sein. Wie heute Mittag schon diskutiert wurde – wenn die Kinder dann das Kindergartenalter verlassen –, beginnt für die Eltern bei der Einschulung die Odyssee aufs Neue.

Daher unsere Forderung nach einem Konzept zur Bildungsplanung für Kinder mit Behinderungen. Wir müssen es entwickeln und als Handreichung an die Kreise und kreisfreien Städte geben.

Wenn Kinder als unter Dreijährige in die Kindertagesstätte gehen, ist auch oft eine Tagespflege angedacht. Aber auch Tagesmütter müssen für diese Herausforderung geschult werden.

Wir möchten, dass das Land da federführend eintritt.

Ferner möchten wir ein Konzept, in dem deutlich wird, wie zukünftig die Finanzierung für die Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern mit Behinderung über alle Grenzen hinweg gestaltet werden soll.

Meine Damen und Herren, mit unseren Forderungen wollen wir erreichen, dass alle Kinder die Chance haben, zu erleben, dass es in Nordrhein-Westfalen normal ist, verschieden zu sein. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Veldhues. – Für die CDU-Fraktion erhält Frau Abgeordnete Kastner das Wort.

Marie-Theres Kastner^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute zum zweiten Mal an diesem Tag über Kinder mit besonderem Förderbedarf. Das finde ich ganz in Ordnung, weil diese Kinder häufig in Vergessenheit geraten.

Wenn ich den Antrag richtig gelesen und richtig verstanden habe, was Sie gerade vorgetragen haben, Frau Veldhues, spiegelt das die Wirklichkeit im Lande Nordrhein-Westfalen nicht ganz richtig wider, vor allen Dingen nicht in Bezug auf das Gesetz, was wir gemacht haben.

Das alte GTK hat Kinder mit Handicaps ein gutes Stück außen vor gelassen. „Als dem Landschaftsverband Westfalen sehr zugeneigt“, haben wir die Erfahrung gemacht, dass hier wohl die Heilpädagogischen Einrichtungen für Kinder unter drei Jahren gefördert wurden, nicht aber die regulären Kindergärten in diese Förderung einbezogen wurden.

(Britta Altenkamp [SPD]: Im LWL sind die enthalten! – Elisabeth Veldhues [SPD]: Mit 40 Millionen!)

– Im LWL gab es das schon, Frau Altenkamp. Wir verstehen uns da schon richtig. Es gab große Schwierigkeiten, und wir in Westfalen fühlten uns immer sehr benachteiligt, um es einmal so zu formulieren.

Ich komme auf das KiBiz zurück: Gerade das KiBiz hat sich ganz intensiv darum gekümmert, dass der Besuch von Kindern mit Handicaps Regelbesuch ist, der zwar finanziell besonders gefördert wird, bei dem aber eigentlich vorgesehen ist, dass Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam in den Kindergarten oder die Kindertageseinrichtung gehen.

Das KiBiz ist an der Stelle – da wäre ich, wenn ich Sie wäre, sehr vorsichtig – am allerwenigsten angreifbar.

Lassen Sie mich trotzdem noch einmal ein paar generelle Bemerkungen zu diesem Thema machen:

Für Kinder ist es wichtig, möglichst viele Facetten des Lebens kennenzulernen. Das heißt auch, Kinder kennenzulernen, die Handicaps haben, damit man einander besser kennenlernt. Dass man sich gegenseitig kennenlernen muss, gilt ganz besonders für Kinder mit besonderem Förderbedarf. Es

gibt Kinder, für die von vorneherein ein Förderbedarf festgestellt worden ist, aber es gibt auch Kinder, bei denen der Förderbedarf erst im Laufe des Besuchs einer Einrichtung festgestellt wird.

Dem Anliegen dient die gemeinsame Betreuung und Erziehung von Kindern mit und ohne Behinderung in den integrativ arbeitenden Gruppen in unseren Tageseinrichtungen für Kinder. Die Teilhabe behinderter Kinder und der Abbau von Barrieren sind uns gerade bei der Entstehung des Gesetzes ein wichtiges Anliegen gewesen. Das sind sie im Übrigen nach wie vor.

Deshalb haben wir mit dem KiBiz erstmals die erhöhte finanzielle Förderung von Kindern mit Behinderung in Nordrhein-Westfalen gesetzlich festgeschrieben. Die Pauschale stellt sicher, dass nicht nur die Grundkosten, sondern auch Kosten für zusätzliche pädagogische Angebote und Hilfen erstattet werden. Die Förderung dieser Kinder wird durch Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch XII ergänzt. Zukünftig erhält der Träger für jedes Kind mit Behinderung in seiner Einrichtung außerhalb der heilpädagogischen Einrichtungen eine 3,5-fache Kindpauschale gemessen an der Kindpauschale für Kinder im Alter von drei Jahren und älter bei 35 Stunden Belegungszeit. Das entspricht einem Betrag in Höhe von 14.788,76 € pro Kind.

Der Vorwurf, dass es keine Regelung für die Kinder unter drei Jahren gibt, wie es in Ihrem Antrag behauptet wird, ist falsch. Die unter Dreijährigen mit einer wöchentlichen Betreuungszeit von 45 Stunden erhalten eine Pauschale von 15.215,20 €. Damit liegen wir über dem 3,5-fachen Satz nach „3 b“. Alle Kundigen des Kindergartengesetzes wissen, was damit gemeint ist.

Das ist allerdings die einzige Fallkonstellation, in der behinderte Kinder in gleicher Höhe gefördert werden wie nicht behinderte Kinder. Ansonsten liegen die Kindpauschalen für Kinder mit Behinderung um mindestens – ich nenne jetzt einmal eine gerundete Zahl – 3.000 € über dem Satz für Kinder ohne Behinderung. Ich weise noch einmal darauf hin: Das sind die Sätze für die pädagogische Betreuung. Alles, was ansonsten noch hinzukommt, wird seitens der Landschaftsverbände oder durch das Sozialgesetzbuch abgedeckt.

Auf diese Art verstärkt das KiBiz das Integrationsangebot und trägt dazu bei, dass mehr Kinder mit Behinderung in eine Tageseinrichtung aufgenommen und dort individuell gefördert werden. Wichtig ist, dass – so steht es im Gesetz – künftig kein Kind aufgrund seiner Behinderung von einem Besuch des Kindergartens ausgeschlossen wird. Das ist die eigentliche und wesentliche Neuerung im Kindergartengesetz zugunsten der Kinder mit Handicaps.

Die Feststellung in Ihrem Antrag, dass Kinder wegen ihrer Behinderung von einem Kindergarten abgelehnt oder nicht aufgenommen würden, kann

ich so nicht bestätigen. Ganz im Gegenteil: Ich habe Post von der Lebenshilfe bekommen, in der steht, dass Einrichtungen ihrer Meinung nach viel zu früh aufgenommen und jetzt das Gefühl haben, dass die Kinder nicht so adäquat gefördert werden, wie sie sich das eigentlich vorstellen. Man hat möglicherweise erkannt, dass es dort für das einzelne Kind mehr Geld gibt.

Es wird dringend eingefordert, dass in den Einrichtungen mehr Qualifikation der Erzieherinnen stattfindet.

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist aber eine Bestätigung des Antrags!)

– Man ist jetzt vielleicht ein bisschen vorsichtiger und sagt, dass man es nicht genau kann. Das bedeutet nicht, dass diese Kinder nicht aufgenommen werden sollen. Das liegt also nicht an einer Gesetzesänderung, sondern daran, wie es praktiziert wird. Darüber müssen wir uns vielleicht an anderer Stelle unterhalten.

Für bauliche Veränderungen, die absolut nicht unser Thema sind, haben wir schon lange eine Vorschrift: Bauliche Veränderungen in öffentlichen Gebäuden sollen immer schon barrierefrei und damit behindertengerecht sein.

Die Finanzierungssystematik des KiBiz ist deutlich: Die Jugendämter entscheiden nach § 19 Abs. 3 KiBiz im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung über Gruppenformen und Betreuungszeiten. Auf der Grundlage erfolgen die Meldungen an das Jugendamt zum 15. März.

Nicht ganz nachvollziehen kann ich daher den Vorwurf, dass – das haben Sie vorhin auch gesagt – Kinder, deren Förderbedarf während des laufenden Jahres festgestellt worden ist, keine zusätzliche Förderung erhalten. – Nach allen Informationen, die mir zugänglich sind, erhalten diese Kinder die Förderung.

Nur tun die beiden Landschaftsverbände im Moment das, was wir eigentlich nicht wollten: Sie verhalten sich unterschiedlich! Der Landschaftsverband Rheinland zahlt sofort aus, und der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hält sich zurück. Das Ministerium hat, so meine ich, im Sinne des Gesetzes völlig ordentlich und klar geantwortet. Es geht sicherlich eher um eine Einstellung als eine Gesetzesinterpretationsfrage. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir Rheinland und Westfalen wieder zusammenbrächten. Es würde mich persönlich freuen, wenn sich die westfälische Lösung der rheinischen Lösung anpasste, kann ich nicht verhehlen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Sie fordern in Ihrem Antrag noch etwas ganz Interessantes, nämlich die Festschreibung der Anzahl der Fachkräfte in den Gruppen. Ich bin diesbezüglich etwas vorsichtiger. Denn ich meine, dass wir uns damit ein Stück Flexibilität vergeben. Wenn wir

den geldwerten Vorteil gewähren, dann ist es meiner Meinung nach Aufgabe der Einrichtung, zu gucken, wie sie am besten mit ihren Fördermöglichkeiten umgeht und wo sie welche Kraft am besten einsetzen kann. Das ist besser, als feste Strukturen festzulegen.

Das Gleiche gilt meiner Ansicht nach für den Förderplan, den Sie fordern. Wir haben heute sehr deutlich gemacht, dass unsere Angebote für Kinder in Nordrhein-Westfalen von der Geburt bis zur Schule geregelt sind. Wir verfügen über ausreichende Möglichkeiten, um Kindern, die einen besonderen Förderbedarf haben, zur Seite zu stehen. Ich nenne beispielhaft die Frühförderstellen, die ihre Verantwortung abgeben, wenn die Kinder in eine Einrichtung gehen, die ihren Förderbedarf abdeckt. Sie agieren dann als Reserve. Auch mit Blick auf die Diskussion um Schule vorhin meine ich, dass man das zwar festschreiben kann, aber nicht festschreiben muss.

Der Regelungsbedarf besteht nicht im KiBiz, sondern eher in den Einrichtungen. Darüber sollten wir uns im Ausschuss unterhalten. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Kastner. – Jetzt spricht Herr Lindner für die FDP-Fraktion.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich habe bedauert, Frau Veldhues, dass Sie in Ihrem Antrag eingangs keine positive Würdigung des Kinderbildungsgesetzes vorgenommen haben. Das wäre diesem Problemkreis durchaus angemessen gewesen.

(Beifall von FDP und CDU – Britta Altenkamp [SPD]: Das ist aber nicht Ihr Ernst, oder? – Gegenruf von Ralf Witzel [FDP]: Das wäre anständig gewesen! – Gegenruf von Britta Altenkamp [SPD]: Herr Witzel, kommen Sie mir bitte nicht mit Anstand!)

Ich möchte zwei Aspekte benennen, die es wert gewesen wären, gewürdigt zu werden. – Zum einen hat das Kinderbildungsgesetz als klares Ziel des Gesetzgebers festgelegt, dass behinderte und nichtbehinderte Kinder integrativ gefördert werden sollen. Das ist eine neue Feststellung und eine deutliche Verbesserung gegenüber dem GTK.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Zum anderen hat das Kinderbildungsgesetz erstmals eine einheitliche Fördergrundlage in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Es gab schließlich große Unterschiede zwischen dem Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland und dem des LWL. Das Kinderbildungsgesetz hat erstmals bei

der Förderung von Kindern mit Handicap eine einheitliche Handhabung ermöglicht. Das trägt in der Praxis dazu bei, dass sich die Lebenschancen von Kindern mit Behinderung ganz konkret verbessern. Wir wollen diesen Kurs weiterfahren. Wir wollen weitere Schritte machen. Wir wollen Teilhabe für alle ermöglichen.

Jetzt komme ich zu den konkreten Aspekten, die Sie mit Ihrem Antrag zur Sprache gebracht haben und über die man sprechen muss.

Zum einen – darauf hat Frau Kastner schon hingewiesen – sind wir gegen einen festen Personalstandard, wie Sie ihn mit den zwei Fachkräften gefordert haben. Wir sagen nicht, dass der Standard nicht richtig sei, aber es erfolgt sehr viel häufiger als in der Vergangenheit Einzelintegration von Kindern mit Handicap in eine Gruppe, und dann muss auch im Einzelfall geprüft werden, welches der richtige Weg ist, um diesem Kind gerecht zu werden. Das kann auch eine Reduzierung der Gruppengröße bei gleichem Personalstandard sein. Also, Sie sind zu flexibel. Sie gehen zu stark von bestehenden Gruppen aus, und genau das wollen wir nicht. Wir wollen Flexibilität auch für den Einzelfall.

Zum anderen sprechen Sie über die Abrechnung von Kindern mit Handicap, die erst im Laufe eines Kindergartenjahres als behindert identifiziert werden. Hier gibt es eine ganz klare Rechtspraxis durch das Kinderbildungsgesetz. Die Rechtspraxis heißt: Sich im Kindergartenjahr verändernde Sachverhalte werden zum 1. November abgerechnet. Dann erhalten die Träger von Kindertageseinrichtungen auch den erhöhten Fördersatz – aber eben nachträglich. Hier ist nun zu fragen: Gibt es eine besondere Begründung für diesen ganz konkreten Fall, dass quasi sofort zusätzliches Geld für die Kinder mit Behinderung verausgabt wird?

Darüber ist zu sprechen, und darüber werden bereits Gespräche geführt. Aber bitte tun Sie nicht so, als sei dies ein Fall, der sehr oft auftritt. Und bitte überschätzen Sie nicht die finanzielle Wirkung.

Häufig genug haben wir es in diesen Fällen mit Kindern im Alter von unter drei Jahren zu tun, die dann als unter dreijähriges Kind mit Handicap identifiziert werden. Sie wissen, dass die Unterschiede in der Förderung von Kindern unter drei Jahren ohne Behinderung oder mit Behinderung nicht so erheblich sind. Das ist also für die Liquidität einer Einrichtung nicht so entscheidend.

(Widerspruch von Britta Altenkamp [SPD])

– Britta Altenkamp schüttelt mit dem Kopf.

(Elisabeth Veldhues [SPD]: Wir haben andere Zahlen!)

Es gibt sogar einen Fall, nämlich die Kindpauschale III b mit 45 Stunden. Da ist die Förderung für nicht-behinderte Kinder sogar höher als für behinderte

Kinder. Insofern kann es da kein so großes Gefälle geben.

Und in dem Fall, den ich gerade genannt habe, würde auch ein behindertes Kind die Pauschale für nichtbehinderte Kinder bekommen. Das will ich der Vollständigkeit halber auch sagen.

(Zuruf von Elisabeth Veldhues [SPD])

– Wie bitte?

(Elisabeth Veldhues [SPD]: Und das soll ausreichend sein?)

– Danke. Das ist ein guter Hinweis. Frau Kollegin Veldhues, diejenigen, mit denen ich spreche – Sie sind ja eng damit verbunden, weil Sie seit vielen Jahren im LWL tätig sind; deshalb bekommen Sie vermutlich ähnliche Rückmeldungen wie ich –, sagen mir, dass der Betreuungsaufwand – präziser formuliert: der pflegerische Aufwand – für ein einjähriges Kind nicht fundamental davon abhängt, ob es eine Behinderung hat oder nicht.

(Widerspruch von Carina Gödecke [SPD])

– Doch, Frau Gödecke.

(Carina Gödecke [SPD]: Ich weiß, wovon ich spreche!)

Ich schließe jetzt schwerstbehinderte Kinder aus, weil diese nicht in den Regeleinrichtungen sind.

Es kommt hinzu – und bitte vergessen Sie das nicht –, dass Leistungen der Eingliederungshilfe für das behinderte Kind noch hinzugefügt werden. Das heißt, wenn man die Eingliederungshilfe über LWL plus die KiBiz-Förderung zusammennimmt, dann wird das behinderte Kind in jedem Fall unabhängig von dem ganz konkreten Sachverhalt – Sachverhalt, Betreuungszeit, Alter des Kindes – besser gefördert.

Ich komme zum Schluss. – Es ist richtig, dass Sie das Thema hier wieder in Erinnerung rufen. Es ist es immer wert, darüber zu sprechen. Indes sehe ich konkret in dem Antrag, den Sie vorgebracht haben, nicht so viele Vorschläge und Argumente, die eine Veränderung des Kinderbildungsgesetzes rechtfertigen würden. Ganz im Gegenteil: Ich glaube, dass die Punkte, die Sie angesprochen haben und über die wir miteinander sprechen können, bei einer eingehenden Prüfung eher den Status quo rechtfertigen und bestätigen, als dass eine Änderung erforderlich wäre. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Jetzt hat für Bündnis 90/Die Grünen Frau Abgeordnete Asch das Wort.

Andrea Asch^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Jahr hat die Bundesrepublik Deutschland die UN-Konvention für

die Rechte von Menschen mit Behinderungen ratifiziert. Damit verpflichtet sich Deutschland auch für den Bereich der Bildung, das Recht von Menschen mit Behinderungen auf Bildung ohne Diskriminierung und auf der Grundlage der Chancengleichheit in einem integrativen Bildungssystem auf allen Ebenen zu verwirklichen. So steht es im Text dieser Konvention.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die erste Ebene des öffentlichen Bildungssystems – das wissen wir – ist die Elementarbildung. Diese findet in unseren Kindertagesstätten statt.

Wir als grüne Landtagsfraktion haben im Januar diesen Jahres eine Veranstaltung durchgeführt, wo wir der Frage nachgegangen sind, wie wir angesichts dieser UN-Konvention, die ja wirklich ein Meilenstein ist, das Recht von Kindern mit Behinderung in unserem Bildungssystem umsetzen können. Im Rahmen dieser Veranstaltung ist deutlich geworden, dass im Elementarbereich in Nordrhein-Westfalen 70 % aller Kinder mit Behinderung eine integrative Einrichtung besuchen. Damit sind wir im Vergleich zur Schule, wo das Verhältnis sehr viel schlechter ist, im Elementarbereich in dieser Frage recht gut aufgestellt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das liegt auch daran – das möchte ich ganz klar sagen –, Frau Veldhues, dass die Umsetzung dieser Inklusion und der Integration den beiden Landschaftsverbänden obliegt, die nämlich in den vergangenen Jahren sehr intensiv dafür gesorgt haben, dass mehr integrative Plätze bestehen. Sie haben auf unterschiedlichen Wegen und mit verschiedenen Modellen dazu beigetragen, dass wir diesen hohen Grad an Integration im Elementarbereich haben. Von daher muss man an der Stelle die Landschaftsverbände lobend erwähnen.

Was bleibt? – Auch 30 % der Kinder mit Behinderung, die immer noch in Sondereinrichtungen, in heilpädagogischen Einrichtungen, betreut werden, sind 30 % zu viel. Denn wir wissen, dass die integrativen Einrichtungen die besseren Einrichtungen für die Kinder mit Behinderung und für die Kinder ohne Behinderung sind, die lernen, dass gemeinsames Leben und Aufwachsen möglich ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich finde es positiv, dass die SPD-Fraktion dieses Thema heute parlamentarisch aufgegriffen hat. Allerdings weist der Antrag einige Schwächen auf. Es gibt einige Schwächen in der Sachdarstellung der rechtlichen Grundlagen; das ist eben schon einmal angeklungen. § 8 des KiBiz, der ja integrative Betreuung vorsieht, ist nicht erwähnt. Ignoriert werden auch ganz wesentliche Sachverhalte, zum Beispiel die Leistungsgewährung nach dem SGB XII, die ja die Landschaftsverbände finanzieren. Leider wird auch nicht auf die eben zitierte UN-

Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen bzw. auf die wesentliche Frage eingegangen, welche Schlussfolgerungen daraus für uns zu ziehen sind.

Ein weiterer Fehler im Antrag ist, dass allein der behinderungsbedingte Mehraufwand durch die Kindpauschale von 15.000 € abgegolten wird. Das ist es nicht, denn es sind nur die Leistungen der Jugendhilfe. Wir wissen ja, dass die Leistung der Behindertenhilfe über das SGB XII von den Landschaftsverbänden geleistet wird. Dieser Bereich kommt aber in dem Antrag nicht vor, obwohl er, wie wir eben gesehen haben, bei der Betreuung der Kinder mit Behinderung ein ganz zentrales Thema ist. Deswegen möchte ich jetzt dazu etwas ausführen.

Der LWL, Frau Veldhues – Sie wissen es ja; Sie sind ja dort verantwortlich tätig –, bezahlt neben den Leistungen aus dem SGB XII für den behinderungsbedingten Mehraufwand einen besonderen Zuschuss für unter Dreijährige. Dies macht er deshalb, weil das KiBiz genau in diesem Bereich ein Defizit aufweist. Das KiBiz hat nämlich die unter dreijährigen Kinder mit Behinderung überhaupt nicht im Blick. Das KiBiz tut so, Herr Laschet tut so, als gäbe es diesen Betreuungsbedarf für die Kinder unter drei Jahren nicht. Der Landschaftsverband Rheinland hat eigene Mittel in die Hand genommen und eine Modellförderung für die Kinder unter drei Jahren auf die Schiene gesetzt. Es hätte dem Land wirklich gut angestanden, das als KiBiz-Leistung zu finanzieren.

Es gibt im Gesetz noch weitere Ungereimtheiten im Gesetz. Herr Lindner, der den Plenarsaal verlassen hat, hat dies eben angemerkt, nämlich die Ungereimtheit, dass ein Kind unter drei Jahren in der Ganztagsbetreuung eine höhere Kindpauschale bekommt als ein Kind mit Behinderung. Diese fachlich vollkommen falschen Einschätzungen sind bezeichnend für das KiBiz. Hierzu möchte ich mich aber nicht weiter auslassen.

Ich weiß, dass im Landschaftsverband Rheinland abweichend von der Praxis im Landschaftsverband Westfalen/Lippe die Kindpauschale, der Zuschuss für Kinder mit Behinderung und die Leistungen nach dem SGB VIII sofort nach Feststellung der Behinderung gezahlt werden. Es ist richtig, dass Sie diesen Punkt in Ihrem Antrag aufgreifen.

Minister Laschet hat nämlich am 12. März 2009, also Anfang des vergangenen Monats, der Vorsitzenden des Landesjugendhilfeausschusses Westfalen/Lippe erklärt, dass es nicht möglich sein soll, für Kinder, bei denen im Verlauf eines Kindergartenjahres eine Behinderung festgestellt wird – das kommt nicht so selten vor, weil oftmals erst in der Kindertagesstätte zum ersten Mal eine pädagogisch geschulte Person, eine Erzieherin, auf das Kind schaut; diese stellt dann fest, dass es Defizite gibt, dass eine Behinderung vorliegt –, die Pauschale für

die Kinder mit Behinderung zu bezahlen. Das ist natürlich fachlich ein vollkommener Unfug.

Denn maßgeblich für die Zahlung der Pauschale ist demnach nicht, ob das Kind behindert ist oder nicht, sondern ob es als Kind mit Behinderung angemeldet ist oder nicht. Das ist also ein bürokratisches Monstrum. Die Kosten soll dann der Träger neben den laufenden Ausgaben mit dem 10%-Korridor des KiBiz übernehmen. Dass Minister Laschet diesen offenkundig fachlichen Unsinn in seinem Schreiben als einen Punkt benennt, der erst bei der Revision des Gesetzes im Jahre 2011 korrigiert werden soll, macht die Sache kein bisschen besser.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich freue mich aber darüber, dass der Minister diesen Punkt als ein Defizit in seinem Gesetz erkennt. Ich biete Ihnen an – ich glaube, da würde auch die SPD mitmachen; Frau Kastner hat eben auch schon eingestanden, dass man da nachbessern müsste –, jetzt gemeinsam an der Stelle das KiBiz nachzubessern. Wir sollten nicht erst bis 2011 warten, dieses von allen Seiten fachlich eingestandene Defizit gesetzlich zu beheben.

Meine Damen und Herren, wenn wir den vorliegenden Antrag in dieser Art und Weise diskutieren, dürften wir trotz aller Mängel auf einen guten Weg kommen. Im Interesse der Kinder mit Behinderung hoffe ich, dass wir diesen gemeinsamen Weg finden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Jetzt erhält die Landesregierung das Wort. Es spricht Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei einem so wichtigen und sensiblen Thema wie der Integration und frühen Bildung von Kindern mit Behinderungen sollten wir sehr genau darauf achten, wie wir die öffentliche Debatte führen.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Es kommt sehr darauf an, keine Halbwahrheiten zu verbreiten und die betroffenen Eltern nicht zu verunsichern. Leider muss ich konstatieren, dass in manchen Punkten dieses Antrags genau das getan wird.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Zunächst zum internationalen Stand: Die Bundesregierung hat das schon erwähnte Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen zwischenzeitlich ratifiziert. Am 26. März dieses Jahres, also vor wenigen Tagen, ist es für Deutschland verbindlich in Kraft getreten. Mit diesem Übereinkommen wird ein Maß-

stab gesetzt, der weltweite Geltung beansprucht und an dem sich jeder Staat künftig messen lassen muss. Ob Deutschland und damit Nordrhein-Westfalen diesen Ansprüchen genügt, wird sich jetzt in der Praxis erweisen.

Die Landesregierung hat bereits ein Jahr vorher, am 13. März 2008, eine interministerielle Arbeitsgruppe unter der Führung des MAGS eingerichtet, der, wie es sich für die Querschnittsaufgabe Behindertenpolitik gehört, alle Ressorts angehören.

Gleichzeitig hat das MAGS alle relevanten Akteure und Institutionen in Nordrhein-Westfalen gebeten, die neue Konvention bis zum 30. August 2009 zu bewerten. Wenn diese Bewertung nach der Sommerpause vorliegt, können wir sicherlich im Herbst hier die Debatte nach Themenschwerpunkten gliedert und im Dialog fortführen.

Nun aber konkret zum KiBiz: Zunächst einmal gilt es, einiges klarzustellen, was im SPD-Antrag unklar oder teilweise, wie Frau Kollegin Asch gerade schon nachgewiesen hat, schlichtweg falsch ist.

Die Teilhabe behinderter Kinder und der Abbau von Barrieren sind wichtige gesellschaftspolitische Ziele der Landesregierung. Mit dem Inkrafttreten des KiBiz wurde die entsprechende integrative Betreuung erstmals gesetzlich verankert. In dieser Klarheit stand das vorher nicht im Gesetz. Ich zitiere § 8:

Kinder mit Behinderungen und Kinder, die von einer Behinderung bedroht sind, sollen nach Möglichkeit gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen gefördert werden. Ihre besonderen Bedürfnisse sind bei der pädagogischen Arbeit zu berücksichtigen.

Damit trägt das KiBiz dem Grundsatz der Integration in besonderer Weise Rechnung.

Besonders wichtig ist, dass grundsätzlich kein Kind aufgrund seiner Behinderung bei der Aufnahme in eine Kindertageseinrichtung abgelehnt werden darf.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Natürlich findet diese Bestimmung für Kinder unter drei Jahren mit Behinderungen in gleicher Weise Anwendung.

Selbstverständlich profitieren auch Plätze in Tageseinrichtungen für behinderte Kinder vom Ausbau der Betreuung für die unter Dreijährigen.

2008 wurden zum Stichtag 15. März landesweit 134 Betreuungsplätze von unter dreijährigen Kindern mit Behinderungen im Rahmen des KiBiz in Anspruch genommen. Zum diesjährigen Stichtag waren es bereits 325 Kinder, also mehr als doppelt so viele wie im Jahre 2008. Das zeigt, dass der Ausbau der Plätze für die unter Dreijährigen und die praktizierte KiBiz-Regelung dazu führen, dass inzwischen auch mehr Kinder mit Behinderungen unter drei Jahren in den Kindertagesstätten Aufnahme finden.

Mit dem KiBiz wurde außerdem erstmals die verstärkte Förderung von Kindern mit Behinderungen in Nordrhein-Westfalen gesetzlich festgeschrieben. Zuvor hatten wir in den beiden Landschaftsverbänden unterschiedliche Sätze.

(Britta Altenkamp [SPD]: Auch unterschiedliche Konzepte!)

Für jedes Kind in Westfalen-Lippe werden mit dem KiBiz im Schnitt 1.000 € mehr gezahlt, weil wir den erhöhten Satz des Rheinlandes auf das ganze Land ausgeweitet haben.

In der Summe gibt es für jedes Kind mit Behinderungen und für jedes Kind, das von einer Behinderung bedroht ist, den 3,5-fachen Satz der Kindpauschale III b der Anlage zu § 19 KiBiz. Für Zuhörer klingt das jetzt wahrscheinlich sehr kompliziert. Das ist aber exakt die Summe von 14.788,76 € – und damit deutlich mehr als für ein nichtbehindertes Kind im Kindergartenalter.

Die Behauptung, der Gesetzgeber habe nicht geregelt, welche Pauschalen für unter dreijährige Kinder mit Behinderungen gelten, ist somit schlicht falsch. Genau diese Summe war beabsichtigt. Dort ist auch nichts vergessen worden.

Allerdings tritt bei den unter dreijährigen Kindern mit Behinderungen mit einer wöchentlichen Betreuungszeit von 45 Stunden der einmalige Sonderfall ein, dass dann die Kindpauschale den 3,5-fachen Satz der Kindpauschale III b überschreitet und deshalb stattdessen die Pauschale der Gruppenform II c gezahlt wird. Diese Fälle kommen aber so gut wie gar nicht vor.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist im Gesetz schlampig!)

– Ja, Sie finden das alles schlampig. Ich finde es großartig.

(Beifall von der CDU)

Dieser Unterschied wird uns bis zum Ende der Wahlperiode begleiten. Ich finde es toll, dass behinderte Kinder jetzt besser mit U3-Plätzen versorgt werden als zu Ihrer Zeit und dass wir überhaupt mehr U3-Plätze haben.

(Beifall von der CDU)

Ich finde das großartig, und Sie finden es schlampig. Frau Kollegin Asch, da kommen wir nie auf einen Planeten. Das wissen wir doch. Ich finde es ein großartiges Gesetz auch für behinderte Kinder, und Frau Asch findet das Gesetz insgesamt schrecklich.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Die Träger sehen das aber auch nicht so wie Sie!)

Sie findet es schrecklich, dass plötzlich so viele U3-Plätze da sind, dass plötzlich besser gefördert wird und dass plötzlich mehr Geld da ist. Da Ihnen das

alles nicht gefällt, kommen wir beide nie im Leben auf eine Ebene.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Märchen!)

Aber auch dieser Fall ist im KiBiz klar geregelt. Im Kindergartenjahr 2009/2010 trifft das nach der Stichtagsmeldung auf gerade einmal 42 Kinder zu. Ich habe ja gerade erwähnt, dass dieser Fall so gut wie gar nicht vorkommt. Kaum ein behindertes Kind ist 45 Stunden in der Einrichtung, da es auch noch andere therapeutische Betreuung hat. Es sind insgesamt nur 42 Kinder.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Die Zahlen sind vom Landesjugendamt, Frau Kollegin Asch. Danach sind es nun einmal nur 42 Kinder.

Von diesen wenigen Einzelfällen abgesehen, liegen die Kindpauschalen für Kinder mit Behinderung um mindestens gut 2.900 € über den Kindpauschalen für Kinder ohne Behinderung.

Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe hat in seiner damaligen Stellungnahme zum KiBiz, in der durchaus auch kritische Punkte enthalten waren, ausdrücklich erklärt – ich zitiere –:

Zu den Stärken des Gesetzes gehört, dass die Integration von Kindern mit Behinderungen deutlich gestärkt wird.

(Beifall von der CDU)

Das ist die Feststellung derjenigen, die praktisch täglich damit arbeiten.

(Walter Kern [CDU]: Genau so ist es!)

Die erhöhte Pauschale stellt sicher, dass nicht nur die Grundkosten, sondern auch die Kosten für zusätzliche pädagogische Angebote und Hilfen erstattet werden. Die Landesregierung leistet so einen wichtigen Beitrag, dass noch mehr Kinder mit Behinderungen in Kindertageseinrichtungen aufgenommen und dort individuell gefördert werden.

Diese erhöhte Pauschale kann flexibel eingesetzt werden – so zum Beispiel zur Absenkung der Gruppenstärke oder für einen verbesserten Personalschlüssel. Jede Einrichtung entscheidet selbst, wie sie diese Gelder einsetzt.

Käme die Regierung der Forderung der SPD nach, stattdessen einen fixen Personalmindesteinsatz festzuschreiben, würde dem System ein Stück dieser Flexibilität genommen und damit auch die Möglichkeit eingeschränkt, auf die individuellen Förderbedarfe der Kinder einzugehen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Genau umgekehrt!)

– Ich traue einer Einrichtung zu, dass sie weiß, ob sie lieber einen verbesserten Personalschlüssel nimmt oder die Gruppenstärke senkt. Wenn Sie das festschreiben, nehmen Sie der Einrichtung quasi diese Flexibilität. Das kann man so oder so herum

machen. Ich glaube, dass es den Kindern gerechter wird, wenn in der Einrichtung selbst entschieden wird, wie man diese Pauschale einsetzt. Es ist übrigens auch Sinn einer Pauschale, dass das vor Ort entschieden werden soll.

Unberührt davon – wenn ich das eben richtig gehört hat, hat das Kollege Lindner auch beschrieben – sind die Ansprüche nach dem Sozialgesetzbuch. Das heißt Eingliederungshilfe, Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung und Pauschale nach dem KiBiz können je nach konkretem Fall einzeln oder im Sinne einer interdisziplinären Frühförderung additiv als Komplexleistung genutzt werden. So kann auch hier für jedes Kind individuell entschieden werden, welche Maßnahmen für eine optimale frühe Förderung sinnvoll sind.

Dann behauptet die SPD-Fraktion in ihrem Antrag, dass für Kinder, deren Behinderung erst im Laufe eines Kindergartenjahres festgestellt wird, die erhöhte Pauschale nicht gezahlt werde. Diesem Irrtum war auch Kollegin Asch erlegen, als sie hier angeboten hat, ein Gesetz zu verbessern, in dem das eigentlich schon geregelt ist. In dem Brief, den Sie zitiert haben, wird deutlich: Ab diesem Zeitpunkt wird nicht nachgezahlt. Aber natürlich wird am Ende des Kindergartenjahres abgerechnet rückwirkend zum Zeitpunkt der Feststellung der Behinderung, und die Einrichtung bekommt dann selbstverständlich den kompletten Satz genau für die verbleibende Zeit.

Das war mit den Trägern so vereinbart, weil wir ja diese Schwankungskorridore haben. Wenn ein Kind beispielsweise als behindert angemeldet wird und es am Ende des Jahres nicht mehr als besonders förderungswürdig erscheint, dann wird das auch abgezogen. In dem Fall, den Sie eben beschrieben haben, wird am Ende des Kindergartenjahres abgerechnet. Wenn im Januar festgestellt wurde, dass das Kind behindert ist, dann gibt es von Januar bis zum Ende des Kindergartenjahres exakt die gleiche Förderung, die ansonsten für das ganze System vorgesehen ist.

Auch für diese Kinder stellen das Land und die Kommunen die erhöhte Kindpauschale zur Verfügung entsprechend dem System des KiBiz, allerdings in den Fällen der nachträglichen Feststellung bei Abschluss des Kindergartenjahres. Das steht in § 19 Abs. 3 KiBiz. Da können Sie das genauer nachlesen. Das betrifft gleichermaßen diesen 10%-Korridor, der am Ende genutzt wird.

Dann fordert die SPD die Entwicklung eines Konzepts zur Bildungsplanung für Kinder mit Behinderungen von der Geburt bis zum Alter von zehn Jahren. Nun könnte man meinen, dass das ein Thema ist, das erst seit 2005 in der Welt ist. Das hat es vorher auch nicht gegeben. In dem Anliegen sind wir einig. Ich halte dieses Anliegen für richtig. Inzwischen werden die Belange der Kinder mit Behinderungen im Rahmen der gemeinsamen Weiterent-

wicklung der Bildungsvereinbarung zu einem Rahmenplan für den Elementar- und Primarbereich durch unser Ministerium und das Schulministerium in vollem Umfang berücksichtigt.

Darüber hinaus engagiert sich die Landesregierung mit verschiedenen Initiativen und Projekten. So ist die pädagogische Frühförderung für hör- und sehgeschädigte Kinder schulrechtlich verankert worden. Sie beginnt bei sinnesgeschädigten Kindern frühestens drei Monate nach der Geburt als Hausfrühziehung. Mit Beginn des vierten Lebensjahres werden diese Kinder in vorschulischen Einrichtungen, in Förderschulkindergärten, Sonderkindergärten oder allgemeinen Kindergärten mit sonderpädagogischer Unterstützung gefördert.

Die Landesregierung stellt dazu ca. 280 Stellen an Lehrkräften für Sonderpädagogik zur Verfügung. Hinzu kommen zusätzlich insgesamt 24 Stellen für Lehrkräfte an speziellen pädagogischen Frühförderzentren. Durch die frühzeitige intensive und fachlich hochwertige Förderung ist es möglich, Kindern mit Sinnesschädigungen einen erfolgreichen Übergang, häufig in die allgemeine Schule, zu ermöglichen.

Falls sich im Übergang von der vorschulischen Erziehung in die Schule der Verdacht erhärtet, dass sonderpädagogischer Förderbedarf besteht, können die Eltern oder auch die Schule ein entsprechendes Feststellungsverfahren einleiten. Der gemeinsame Unterricht von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf ist in den vergangenen Jahren gerade in den Grundschulen deutlich ausgeweitet worden.

Die Entscheidung, wo ein Kind am besten schulisch gefördert werden kann, ist aber auf einer pädagogisch-fachlichen Grundlage durch die Schulaufsicht

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

sowie im Rahmen der Ausnahmekapazität einer Schule zu treffen, sodass der Elternwunsch nicht immer berücksichtigt werden kann. Wir haben die Kompetenzzentren für sonderpädagogische Förderung. Da geht die Landesregierung seit diesem Jahr in 20 Pilotregionen neue Wege, um die wohnortnahe und integrative Schulung zu fördern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fasse zusammen: Das Kinderbildungsgesetz stärkt deutlich die Integration von Kindern mit Behinderungen.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Durch die gemeinsame Förderung, Betreuung und Erziehung von Kindern werden Barrieren abgebaut. Die im Rahmen des KiBiz verbesserte finanzielle Förderung trägt dazu bei, dass noch mehr Kinder

mit Behinderungen in die Regeleinrichtungen schon vor der Schule übernommen werden können. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister. – Jetzt hat für die SPD-Fraktion noch Frau Kollegin Altenkamp das Wort.

Britta Altenkamp (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte doch noch mein Bedauern darüber zum Ausdruck bringen, dass wir hier vornehmlich wieder in die alten Reflexe der KiBiz-Diskussion verfallen. Das ist überhaupt nicht Ziel unseres Antrags.

Es geht tatsächlich darum, deutlich zu machen, dass es sehr wohl nach dem KiBiz möglich ist, mehr Kinder mit Behinderung in die Regeleinrichtungen zu bringen, dass aber faktisch die jetzigen Erfahrungen nach den ersten Monaten zeigen, dass zu befürchten steht, dass sich das im nächsten Kindergartenjahr wieder deutlich anders zeigt. Denn nicht alle Regeleinrichtungen sind wirklich darauf vorbereitet gewesen, was es bedeutet, integrativ zu arbeiten.

Das ist ganz sicher im Zuge des laufenden Kindergartenjahres etwas, was einige dazu bringen wird zu überlegen, ob sie das tatsächlich weiterführen werden. Anspruch und Wirklichkeit dessen, was die Landesregierung da möchte und möglicherweise verfolgt, liegen an einigen Stellen sehr weit auseinander.

Natürlich ist es unbestritten, dass unter dreijährige Kinder mit Behinderungen auch in Kindertageseinrichtungen gehen können. Aber wenn man individuell auf das einzelne Kind blickt, dann stellen Sie da fest, dass gerade unter dreijährige Kinder ganz große Schwierigkeiten haben, in Regeleinrichtungen aufgenommen zu werden, bzw. die Eltern große Schwierigkeiten haben, Kinder dort anzumelden, weil es nicht so ist, wie der Kollege Lindner sagt und wie es auch in Ihrem Beitrag, Herr Minister, anklang, dass Kinder unter drei Jahren und die Kinder unter drei Jahren mit Behinderungen einen vergleichbaren Pflegebedarf haben. Das ist nicht so. Blickt man auf das einzelne Kind, dann kann das sehr unterschiedlich sein.

Vor diesem Hintergrund berichten uns – ich kann mir nicht vorstellen, dass das völlig am Ministerium vorbeigeht – und sicher auch Ihnen Eltern von unter dreijährigen Kindern mit Behinderungen, dass sie sich ein Stück von dem Ausbau der Förderung für unter Dreijährige abgehängt fühlen, weil sie erleben, dass sich Regeleinrichtungen ganz schwer tun. Da liegen Anspruch und Wirklichkeit, also die Hoffnung der Eltern von Kindern mit Behinderungen und die Realität, die sie erleben, sehr weit auseinander mit der Folge, dass Kinder unter drei Jahren mit Behin-

derungen, insbesondere mehrfach- und schwerstbehinderte Kinder, wenn überhaupt nur in heilpädagogischen Einrichtungen eine Chance haben. Die werden im Moment weniger. Das ist zum Teil auch durchaus gewollt.

Aber der Punkt ist: In den heilpädagogischen Einrichtungen ist, um überhaupt die Zahl der Kinder aufnehmen zu können, die Regel, dass man Kinder frühestens im Alter von zwei bis drei Jahren aufnehmen kann. Haben Sie also ein ein- bis zweijähriges Kind mit Behinderungen, mehrfach schwerstbehindert, und wollen wieder arbeiten gehen – dabei geht es nicht um eine Ganztagsbeschäftigung, sondern darum, wieder ein Stück zurück in den Alltag zu kommen und ein Stück ein normales Leben führen zu können und das Kind gleichzeitig gut betreut zu wissen –, dann sind sie nach der Elterngehaltphase in einer ganz schweren Bredouille. Das muss man einfach sehen.

Ich habe mit vielen Leiterinnen und Leitern von heilpädagogischen Einrichtungen gesprochen, die durch die Bank bestätigen, dass sie sich im Augenblick wegen der hohen Zahl von Kindern und Bedarfen nur in der Lage sehen, wenn überhaupt zwei bis dreijährige Kinder aufzunehmen.

Es geht also nicht um die Frage, ob man dazu finanziert oder ob es eine Leistung des Landschaftsverbandes ist, sondern es geht faktisch darum, wie alt das Kind ist und dass auf das individuelle Problem des Kindes geschaut wird: Welche Behinderung liegt vor, und welcher Pflegebedarf besteht? Insbesondere wenn es dann noch um medizinische Pflege geht, tun sich die Regeleinrichtungen naturgemäß schwer. Ich finde es auch richtig, dass man sich das sehr genau überlegt.

Deshalb will ich nur noch einmal betonen: Es geht nicht darum, ob das KiBiz dies leistet oder nicht, sondern es geht uns darum, wie man jetzt mit der UN-Konvention einerseits und dem KiBiz andererseits sowie den konkreten Lebenslagen von Eltern mit Kindern mit Behinderungen tatsächlich in einen Abgleich kommen kann, um den Familien konkret zu helfen.

Da sind wir – anders als offensichtlich Sie, Herr Minister, und die regierungstragenden Fraktionen – der Auffassung, dass der individuelle Förderbedarf des Kindes und damit der individuell geschlossene Förderplan der bessere Weg ist, und zwar bis zum Alter von zehn Jahren, weil der Übergang von der Regeleinrichtung oder der heilpädagogischen Einrichtung zur Schule oder Förderschule an vielen Stellen von den Eltern als ein riesiges Problem geschildert wird und sie sich dort ausgesprochen schwer tun.

Vorhin hat die Schulministerin vorgelesen, welche Wege Kinder möglicherweise zwischen Förder- und Regelschule gehen können. Deshalb glauben wir,

dass das Kind mit einem frühzeitig gefassten Förderkonzept individuell besser erreicht werden kann.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Wenn Sie kritisieren, dass dies jetzt ein Stück weit neben dem System ist, dann sage ich: Systeme sind auch dazu da, sich an die Lebensrealitäten von Menschen anzupassen; nicht die Menschen müssen sich nach den Systemen richten.

Deshalb, Herr Minister, will ich noch einmal deutlich machen: Es geht uns an dieser Stelle überhaupt nicht darum, zu behaupten, das KiBiz sei Schuld daran, sondern ich glaube, dass die Unsicherheit im Land durch die Übergangssituation entstanden ist, die einige Einrichtungen vor neue Aufgaben gestellt hat, die sie gerne angenommen haben, die jetzt im Zuge der Umsetzung aber feststellen, dass einige Vorstellungen nicht so einfach umzusetzen sind und sich manches, bei dem man gedacht hat, das bekommt man schon leicht hin, in der Zwischenzeit als ein sehr schweres Problem herausgestellt.

Deshalb würde ich mich freuen, wenn wir zu einer sehr sachlichen und an den Bedarfslagen und Bedürfnissen der Menschen, der Eltern und der Familien mit Kindern mit Behinderungen ausgerichteten Diskussion und zu Lösungen kommen könnten. Wenn es gemeinsame Lösungen gäbe, wäre das umso besser. Ich glaube, es wäre ein Signal für die Menschen im Land, dass ihre Probleme wahrgenommen und sie mit ihren Problemen auch ernst genommen werden. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Altenkamp. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/8880 an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer ist dafür? – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit ist der Antrag einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu:

8 Menschenwürde im Strafvollzug sichern – Haftvermeidung ausbauen – Entschädigung angemessen gestalten

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8870

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Kollegin Düker das Wort.

Monika Düker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns in unserem Antrag heute mit drei Problemfeldern. Die erste Frage, die man sich angesichts über 800 anhängiger Klageverfahren gegen menschenunwürdige Unterbringung im Strafvollzug in NRW stellt, lautet: Gilt Menschenwürde auch für Straftäter in Nordrhein-Westfalen? Und wenn ja: Was ist eine menschenwürdige Unterbringung im Strafvollzug?

Das Oberlandesgericht Hamm hat mit seinem 11. Zivilsenat in einem Beschluss vom 13. Juni 2008 dazu ausgeführt – ich zitiere –:

Das Recht auf Achtung seiner Würde kann auch dem Straftäter nicht abgesprochen werden, mag er sich in noch so schwerer und unerträglicher Weise gegen die Werteordnung der Verfassung vergangen haben.

In dem Beschluss heißt es weiter, dass die menschliche Würde unmenschliches, erniedrigendes Strafen für einen Rechtsstaat verbietet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das zeichnet die Kraft des Rechtsstaates aus, dass dieser eben auch mit Straftätern so umgeht und ihnen die Menschenwürde zubilligt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Ansprüche sind in Nordrhein-Westfalen nicht flächendeckend erfüllt. Wir haben nach dem Strafvollzugsgesetz keine konkreten Anforderungen an die Mindestgröße. Wir haben auch keine Rechtsverordnung, die das regelt.

Ich finde – das ist unser Anliegen im Antrag –, wir sollten es auch nicht in jedem Einzelfall der Rechtsprechung überlassen, was nun Menschenwürde ist und was nicht, sondern wir sollten es, Frau Ministerin, gesetzlich verankern,

(Beifall von den GRÜNEN)

damit sich das nicht jeder Strafgefangene in aufwendigen Prozessen erklagen muss.

Das OLG Hamm stellt zu dieser Frage, was das nun ist, weiter fest – ich zitiere wieder aus dem oben genannten Beschluss –: Bei einer Grundfläche von weniger als 5 m² ist die Fortbewegungsmöglichkeit und Freizeitbeschäftigung des Gefangenen auf der Fläche, die ihm unter Berücksichtigung des für die Möblierung notwendigen Flächenbedarfs noch verbleibt, bereits derart eingeschränkt, dass von einer menschenwürdigen Unterbringung kaum noch die Rede sein kann. – Fünf Quadratmeter, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Weiter heißt es zur sanitären Ausstattung, dass es da eine räumliche Abtrennung geben muss. – Das

muss das Gericht uns sagen? Es reicht nicht, wenn das Klo – ich zitiere wieder aus dem Beschluss – ohne Sicht- und Geräusch- bzw. Geruchsschutz nur durch einen Vorhang abgetrennt ist, sondern da muss es eine räumliche Trennung geben. – Das müssen die Gerichte uns sagen? Ich finde es erschütternd, Frau Ministerin,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

dass uns die Gerichte sagen müssen, dass man räumlich abgetrennt, ohne dass die Mitgefangenen daneben sitzen, in unserem Strafvollzug aufs Klo gehen kann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Diese Situation ist nicht erfüllt. Einzelzellen in Nordrhein-Westfalen sind deutlich unter 10 m² groß. Diese Einzelzellen – und das sind keine Einzelfälle – werden häufig auch doppelt belegt und unterschreiten diese Mindestansprüche.

Die zweite Frage, die sich für uns stellt, lautet: Was ist eigentlich die Freiheit eines Bürgers und einer Bürgerin wert? Das heißt, wie viel Entschädigung sollen diejenigen bekommen, die unschuldig in Haft sitzen oder saßen?

Nach geltender Rechtslage, seit 1987, liegt hier der Satz unverändert bei 11 €. 11 € pro unrechtmäßigem Hafttag! In Luxemburg bekommt man dafür 200 €, in Österreich und Finnland – um einmal andere Länder zu nennen, die vielleicht nicht so flüssig sind mit Steuermitteln – 100 €. In Schweden bekommt man für die ersten zwei Tage 315 €, in Holland immerhin 70 €. In Deutschland sind auch inzwischen Gerichtsentscheidungen so weit, die sagen: 11 € sind erbärmlich für einen Rechtsstaat, 11 € für einen unschuldig erlittenen Hafttag.

Der Deutsche Anwaltsverein fordert 100 € Untergrenze, die Justizministerkonferenz 25 €. Alle haben also eigentlich erkannt, dass hier endlich Änderungen notwendig sind. Die Länder blockieren das aber auf der Bundesebene. Wir erwarten von Nordrhein-Westfalen, dass auch hier rechtsstaatliche Prinzipien auf Bundesebene vertreten werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist eine angemessene Entschädigung notwendig, aber nach unten hin ist das aus unserer Sicht auf mindestens 50 € zu begrenzen.

Drittens. Frau Ministerin, Sie sagen: Wir bauen, bauen, bauen, um die Situation in unseren Haftanstalten zu verbessern. – Da würde ich mir im nächsten Satz wünschen: Wir versuchen auch, Haft zu vermeiden. – Dieser Satz fehlt leider in Ihren Ausführungen, wenn Sie sagen: Wir bauen, bauen, bauen.

Wir haben noch zu viele Menschen, die ihre Ersatzfreiheitsstrafe im Knast verbüßen, weil sie keine Geldbußen zahlen konnten. Diese Leute gehören eigentlich nicht ins Gefängnis. Wir könnten – wie

andere Länder, zum Beispiel Baden-Württemberg – noch mehr auf Haftvermeidung setzen. Denn diese Klientel ist in einem Drehtüreffekt gefangen. Die Leute haben ihre Geldbuße nicht bezahlt. Sie haben meist auch noch fünf andere Probleme nebenher, Drogenabhängigkeit, soziale Probleme. Die gehören nicht in den Knast. Wenn die herauskommen, sind sie mit dem Drehtüreffekt auch schnell wieder drin.

Um diese Menschen wirklich da herauszuholen, haben wir gute Projekte im Land. Die müssen wir nur flächendeckend ausbauen. Hier fehlt es an einem Gesamtkonzept, damit wir noch mehr auf Haftvermeidung setzen. Diese Konzepte fehlen bei Ihrem ambitionierten Bauprogramm leider. Deswegen ist dieser dritte Punkt für uns ganz besonders wichtig, wenn wir über das Thema reden. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Giebels.

Harald Giebels (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit dem vorliegenden Antrag spricht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen wichtigen Bereich der Vollzugspolitik an. Aber zugleich offenbaren Sie mit diesem Antrag auch die eigenen Defizite aus Ihrer rot-grünen Verantwortungszeit, Frau Düker.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie regieren doch schon vier Jahre!)

– Da komme ich gleich drauf. – Die Zahl der gerichtlich anhängigen Verfahren wegen der Umstände der Unterbringung der Gefangenen zeigt nämlich ganz deutlich, dass Sie während Ihrer Regierungszeit dazu eigentlich nichts gemacht haben. Denn Fakt ist, dass die meisten Vollzugseinrichtungen vor langer Zeit errichtet wurden und sich seither natürlich die Maßstäbe an eine Unterbringung von Gefangenen deutlich verändert haben. Während der zehnjährigen gemeinsamen Verantwortungszeit von SPD und Grünen wurden netto lediglich 320 Haftplätze neu geschaffen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen rund 18.000 Haftplätze. Da können Sie das Verhältnis vielleicht auch selber einmal bewerten.

Die neue Landesregierung

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die ist nicht mehr neu!)

– Frau Düker hat von diesem ambitionierten Bauprogramm gesprochen – hat seit Mitte 2005 bereits ca. ein halbe Milliarde Euro in Baumaßnahmen des Justizvollzugs investiert.

(Zuruf von der SPD: Alte Beschlüsse!)

Sie hat insgesamt rund 2.600 Haftplätze, davon rund 1.300 für abgängige, marode bisherige Haftplätze und rund 1.200 zusätzliche Haftplätze, fertig gestellt bzw. sie sind im Bau oder im Haushalt abgesichert.

Die CDU-geführte Landesregierung investiert aber nicht nur in neue Haftplätze, sondern auch in die Verbesserung der baulichen Haftumstände in den alten Anstalten. Das haben Sie während Ihrer Verantwortungszeit unterlassen. Konkret wurden nach der Regierungsübernahme Hunderte von Gemeinschaftshafträumen in den Anstalten nachträglich mit modernen Sanitärkabinen ausgestattet. Das sollten Sie auch erwähnen. Wie Sie wissen, arbeiten wir Ihre Versäumnisse auf.

Spätestens nach der einschlägigen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Jahre 2002 hätte die rot-grüne Vorgängerregierung die Verbesserung der Haftbedingungen in den Anstalten in Angriff nehmen müssen. Frau Düker, Sie haben vorhin die Gerichte erwähnt. Warum haben Sie da nicht reagiert? 2002 hat das Bundesverfassungsgericht sich dazu geäußert. In den folgenden Jahren nach dieser Entscheidung bis zu Ihrer Abwahl im Jahr 2005, also in den drei Jahren vor 2005, haben Sie diesbezüglich praktisch nichts getan.

Sie müssten eigentlich auch wissen, dass wir im neuen Jugendstrafvollzugsgesetz bereits Standards zu Größe und Ausgestaltung von Hafträumen in unserem Bundesland festgesetzt haben und dies im Gesetzentwurf der Landesregierung zum Untersuchungshaftvollzug ebenfalls vorgesehen ist. Für den allgemeinen Vollzug hat das Justizministerium gleiches für Einzelhaftsräume festgelegt.

Das von Ihnen während Ihrer Verantwortungszeit nicht erstellte und nun angemahnte Konzept zur Haftvermeidung ist längst in Arbeit. Ihre Forderung nach der Abschaffung einer pauschalierten Entschädigung für zu Unrecht erlittene Haft lehnen wir ab. Das will ich ganz deutlich sagen.

Eines muss klargestellt werden. Möglicherweise haben Sie das nicht verstanden, Frau Düker. Bei der pauschalierten Haftentschädigung geht es nur um den immateriellen Schaden. Davon völlig unberührt ist der Ausgleich für tatsächlich eingetretene Vermögensschäden – vom Verdienstausschlag bis zur Rentenversicherung – möglich. Sprechen Sie also bitte nicht nur von den 11 € oder vielleicht dann 25 €, sondern berücksichtigen Sie bitte auch diese Regelung!

Frau Düker, wir begrüßen es, dass die CDU-geführte Landesregierung im Bundesrat vor wenigen Wochen eine Gesetzesinitiative unterstützt hat, durch die der Entschädigungsbetrag für die immateriellen Schäden bei zu Unrecht erlittener Haft auf 25 € pro Tag heraufgesetzt werden soll. Sie haben das eben völlig falsch dargestellt. Ich glaube, es war

die Bundesratssitzung am 6. März. Sie können es noch einmal nachlesen, Frau Düker.

Wie Sie sehen, bedurfte es nicht erst Ihres Antrags, damit in den Bereichen Unterbringung von Gefangenen, Haftvermeidung und Entschädigung für zu Unrecht erlittene Haft in unserem Bundesland Positives geschieht. Festzuhalten ist, dass die CDU-geführte Landesregierung dabei ist, Ihre Versäumnisse Schritt für Schritt aufzuarbeiten und den Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen zeitgemäß zu gestalten und zu modernisieren. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Stotko.

Thomas Stotko (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der „Focus“ spricht am 4. Juli 2007 von menschenunwürdigen Haftbedingungen und meint die Türkei. Die „Welt“ berichtet am 24. Februar 2009 über menschenunwürdige Unterbringung und meint Guantanamo.

Dann wird erneut von einer menschenunwürdigen gemeinschaftlichen Unterbringung berichtet – und es handelt sich bei dem Bericht um eine Pressemitteilung des Oberlandesgerichts Hamm. Er bezieht sich nicht auf die Türkei oder auf Guantanamo, sondern auf Detmold.

Das muss man sich einmal vorstellen. In diesem Land leben Häftlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen. Sie brauchen gar nicht darüber zu lachen; denn Sie sind dafür verantwortlich, Frau Ministerin.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU)

So ist es nämlich. Sie tragen dafür die Verantwortung.

(Zurufe von der CDU)

Sie wollten an die Regierung kommen. Da sind Sie seit vier Jahren und machen gar nichts.

(Zurufe von der CDU)

Es ist peinlich genug, dass die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen menschenunwürdig untergebracht sind.

(Zurufe von der CDU)

– Sie müssen lauter schreien. Ich kann Sie ganz schlecht verstehen. Vermutlich war es aber auch nicht sinnvoll. Es ist besser, wenn ich es nicht höre.

Frau Ministerin, wir haben Sie nach dem Foltermord Sieburg darauf hingewiesen, dass 15,5 m² für vier Häftlinge zu wenig sind. Sie haben abgewunken und gesagt, das sei nicht so.

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

– Natürlich haben Sie das gemacht: nach dem Tod eines Häftlings in Siegburg, nach einer Bedrohung und Strangulation in der JVA Gelsenkirchen.

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

Jede Woche kamen Nachrichten aus Ihrem Ressort. Jede Woche gab es Nachrichten über den Zustand des Rechtssystems in diesem Land. Peinlich und unangenehm!

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

Frau Ministerin, wenn ein Gericht die Enge im Gefängnis als nicht menschenwürdig bezeichnet, kann die Konsequenz nicht darin bestehen, irgendwelche Neubauten zu schaffen. Das reicht nicht.

Fast 18.000 Menschen saßen Ende Februar 2009 in unserem Land in Haft. Seit vier Jahren fordern wir Sie auf, Projekte zur Haftvermeidung auszuweiten. Das tun Sie nicht.

Wer aber vollere Gefängnisse bei sinkender Kriminalität produziert, muss sich nicht wundern. Wir benötigen Alternativen. Diese fordern wir von Ihnen ein. Fast 1.000 Häftlinge sitzen in Nordrhein-Westfalen, weil Sie Ihre Geldstrafen nicht bezahlen können.

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

Warum machen Sie es nicht wie in Brandenburg? Arbeit statt Strafe für diejenigen. Warum können Sie nicht ihre Zeit abarbeiten? Dadurch gelänge es Ihnen, Hafttage zu vermeiden.

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

Es werden Millionen verschenkt. Letztendlich leben diese Menschen unter menschenunwürdigen Bedingungen.

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

Sie rufen mir schon die ganze Zeit von der Seite zu, dass Sie das alles machen. Kommen wir doch einmal dazu: Im März 2008 haben Sie bei einem Pressefrühstück verkündet, es gäbe Modellprojekte zur Haftvermeidung. Sagen Sie uns gleich einmal, wie viele es seitdem gegeben hat. Wie viele zusätzliche Tage Haft wurden vermieden? Welche Kosten sind Nordrhein-Westfalen entstanden und welches Geld wurde eingespart? Ich höre gleich mit Interesse zu.

Sie haben im Februar 2008 aber auch im Ausschuss angekündigt, dass bis zum Herbst 2008 alle Zellen mit geeigneten Sanitärkabinen ausgestattet würden. Uns liegt jetzt ein Anschreiben von Mitarbeitern der JVA Duisburg-Hamborn vor. Ebenso wie

Kollege Giebels kenne ich die Situation selbst aus dem Besuch verschiedener Justizvollzugsanstalten. Bis heute – sechs Monate nach Ihrer Zusage – haben Sie es nicht geschafft, dies zu realisieren. Seien Sie ehrlich!

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

– Sie sagen, in allen Gefängnissen gibt es die Sanitärkabinen?

(Zuruf von Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter)

– Prima, das nehmen wir gerne auf.

Frau Ministerin, ich sage Ihnen, das ist eine Bilanz Ihres Scheiterns, Ihrer Probleme.

Liebe Frau Düker, leider findet die Aufhebung der Pauschale nicht unsere Zustimmung. Wenn man eine Pauschale einführt, muss der Häftling nicht noch um jeden einzelnen Euro streiten. Die Höhe der Pauschale mag eine Frage sein. Sie fordern aber eine Ungewissheit. Die Frage ist dann, ob ein Reicher eventuell eine höhere Pauschale bekommen muss als ein Armer. Das wollen wir nicht.

Ich freue mich schon auf die Diskussion im Ausschuss; denn CDU und FDP sowie letztendlich auch Sie, Frau Ministerin, werden Ihre Erfolge beim Programm „Schwitzen statt Sitzen“ präsentieren. Ich befürchte nur, ich muss nicht lange zuhören. Dabei kommt nämlich nichts herum.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stotko. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Orth.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Stotko, ich darf Sie selbst zitieren. Wenn man Ihnen zuhört, kommt auch nichts dabei herum.

Wir haben von Ihnen immer wieder die gleiche Leier gehört. Sie können die Fakten aber doch nicht wegreden. Stellen Sie das einmal vor: 500 Millionen € in der laufenden Legislaturperiode für Neubaumaßnahmen.

(Thomas Stotko [SPD]: Alte Landesregierung!)

– Nix alte Landesregierung. Ich kann es Ihnen zum wiederholten Male von diesem Pult aus sagen. Soll ich Ihnen noch einmal erklären, wie es mit der Ulmer Höhe ist? Das können wir gerne machen. Auch wenn die fünf Minuten kurz sind, kann man das gerne wiederholen.

Herr Minister Gerhards hat uns im Ausschuss erklärt: Der Neubau in Ratingen kommt. Er sollte schon 2006 oder 2007 fertig sein. Wir haben das

immer bezweifelt, sind sogar mit Kollegen aus Ihrer Fraktion auf das Gelände gegangen und haben uns das angesehen. Man hat uns gesagt: Hier geht es bald los, wir machen ein PPP-Projekt, das wird alles ganz toll.

Wie war die Situation? Die heutige Ministerin hat in zähen Verhandlungen endlich das erreicht, was Ihr unfähiger Herr Gerhards nie geschafft hat, nämlich mit Ratingen einen Kompromiss zu finden.

(Beifall von der CDU)

Die Berechnungen, was das kosten sollte, waren Mumpitz. Alles musste neu gerechnet werden. Alles Ihre Landesregierung!

Dann können Sie doch hier nicht sagen, die Menschen seien menschenunwürdig untergebracht. Hätte Herr Gerhards besser geplant und verhandelt, würden heute alle Häftlinge aus der Ulmer Höhe schon längst in Ratingen inhaftiert sein, meine Damen und Herren. Darüber sollten Sie mit Herrn Gerhards und nicht mit uns sprechen.

(Zurufe von Bodo Wißen [SPD] und Thomas Stotko [SPD])

Wenn Sie auf die Urteile zu sprechen kommen, sollten Sie sich anschauen, welche Haftzeiträume sie betreffen. Dabei handelt es sich vielfach um Zeiträume aus Ihrer und nicht aus unserer Regierungsverantwortung, meine Damen und Herren.

(Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter: Eben! – Thomas Stotko [SPD]: Das ist heute doch genauso!)

Sie müssen sich das Volumen von 18.000 Haftplätzen vorstellen. Man schafft den Ausbau nicht in ein, zwei, drei oder fünf Jahren.

(Thomas Stotko [SPD]: Mehr Zeit haben Sie nicht!)

Man muss planen und bauen. Wer schon einmal ein Haus gebaut hat, weiß, dass auch ein Einfamilienhaus nicht mal eben in zwölf Monaten dahingesetzt wird.

(Gerd Stüttgen [SPD]: Was? – Ursula Meurer [SPD]: In drei Monaten! – Weitere Zurufe von der SPD)

Insofern braucht man Zeit für die Grundstückssuche und für Umweltverträglichkeitsprüfungen. Ich erinnere daran, dass viele, die in der grünen Partei engagiert sind, mit Vehemenz in Wuppertal-Ronsdorf gegen den Bau streiten, weil dort irgendein Lurch durch die Gegend kriecht, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei FDP und CDU)

Auf der einen Seite zu sagen, wir hätten zu wenige Haftplätze, und auf der anderen Seite die Neubauten zu torpedieren, das ist scheinheilig.

(Beifall von FDP und CDU – Monika Düker [GRÜNE]: Wenn schon, handelt es sich um einen Molch! – Zuruf von der SPD: Heute haben Sie keinen guten Tag!)

Sie sollten das alles zusammen sehen und einbeziehen, dass wir in diesem Land endlich die gesetzlichen Grundlagen wie das Jugendstrafvollzugs-gesetz oder das Untersuchungshaftgesetz schaffen. All diese Dinge kommen. Im Bund und auch in diesem Land sind Sie in all den Jahren daran gescheitert.

Dann setzen wir doch die Standards, um die es geht, meine Damen und Herren. Sie hätten Jahre und Jahrzehnte gehabt, das alles zu machen. Wir machen das. Aber wie es beim Bauen nun einmal ist: Alles braucht seine Zeit, meine Damen und Herren. Wir bauen, bauen und bauen, und das zum Wohl der Häftlinge. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Müller-Piepenkötter das Wort.

(Zuruf von der SPD: Lesestunde! – Gegenruf von der CDU: Sie kann wenigstens lesen!)

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Frau Düker, Ihr Antrag und Ihre heutigen Ausführungen haben mich, gelinde gesagt, erstaunt. Zu Herrn Stotko sage ich nichts; das war nur peinlich.

(Beifall von der FDP – Zustimmung von der CDU)

Ich darf Sie, liebe Frau Düker, aus der Rechtsausschusssitzung vom Mai 2008 zitieren. Damals haben Sie gesagt: Jahrelang sei

zur Regierungszeit unter grüner Beteiligung ... viel zu lange beim Vollzug weggesehen worden.

(Zustimmung und Zuruf von Monika Düker [GRÜNE]: Sie regieren aber jetzt!)

Damals hatten Sie einen Anflug von Einsicht, der heute im größeren Kreis leider verlorengegangen zu sein scheint. Das von Ihnen und von den selbster-nannten Vollzugsexperten der SPD ungeliebte und im wahren Sinn des Worte jahrzehntelang weggesperrte Stiefkind Strafvollzug haben wir an die Hand genommen und ans Licht geholt.

(Beifall von CDU und FDP – Monika Düker [GRÜNE]: Das hat man in Siegburg gemerkt! – Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir haben seine Unterernährung abgestellt, nach seinen Bedürfnissen gefragt und uns tatkräftig für sein Wohl eingesetzt.

(Lachen und Zurufe von der SPD)

Wir haben das von Ihnen ungeliebte Kind Strafvollzug als eigenes Kind angenommen.

(Zuruf von der SPD: Wir wollen nicht von Ihnen adoptiert werden!)

Wir haben seit der Regierungsübernahme enorme Anstrengungen unternommen, um Ihre jahrzehntelangen Versäumnisse aufzuarbeiten, um die Gefängnisse auf einen modernen Stand zu bringen und um die Haftbedingungen durch zahlreiche Baumaßnahmen zu verbessern.

(Zuruf von Manfred Kuhmichel [CDU])

Wir haben Baustandards entwickelt, um für jede Vollzugsanstalt ein individuelles Angebot bzw. Neubaukonzept umsetzen zu können. Dies sieht zum Beispiel für Einzelhafräume eine Größe von 10,5 m² inklusive einer abgetrennten Sanitärkabine vor.

(Monika Düker [GRÜNE]: Ist das denn auch die Praxis?)

– Ja. Derzeit lasse ich eine Planung für den weiteren Neubau von Justizvollzugsanstalten bzw. die Erweiterung bestehender Anstalten erarbeiten, die nach Abstimmung in der Landesregierung dem Rechtsausschuss vorgestellt werden wird.

Das Jugendstrafvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen enthält bereits Vorgaben zu Größe und Ausgestaltung der Hafräume, regelt die Festsetzung der Belegungsfähigkeit und verbietet eine Überbelegung ebenso wie das zurzeit im Gesetzgebungsverfahren befindliche Gesetz zur Regelung des Vollzuges von Untersuchungshaft. Entsprechende Regelungen werden auch Gegenstand des in Aussicht genommenen Gesetzgebungsvorhabens zum Strafvollzugsgesetz sein. Also, meine Damen und Herren, die Standards sind bereits gesetzt.

Wenn das Land aktuell vom Oberlandesgericht Hamm zur Leistung von Schadensersatz verurteilt wird, bleibt festzuhalten, dass auch dies auf jahrzehntelangen Versäumnissen meiner Amtsvorgänger und der früheren Regierungen beruht, an denen auch die Grünen beteiligt waren.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das sind Klagen aus 2007!)

– Das sind Klagen aus 2005, 2006 und 2007.

(Monika Düker [GRÜNE]: Die letzte betraf 2006 und 2007!)

Die einzigartige Klagewelle von fast 900 Verfahren gehört in Ihren Verantwortungsbereich.

(Zustimmung von der CDU – Widerspruch von der SPD)

Teil dieses Erbes sind die Schadensersatzforderungen von rund 3,1 Millionen €. Dieses Geld hätte ich lieber für etwas anderes ausgegeben.

Meine Damen und Herren, zur weiteren Forderung von Bündnis 90/Die Grünen, ein Konzept zur Vermeidung der Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen zu entwickeln, kann ich nur feststellen: Wo Sie noch in die Zukunft träumen und Konzepte fordern, haben wir längst gehandelt, Stichwort: Schwitzen statt Sitzen. Die durch Erbringung von Arbeitsleistungen vermiedenen Hafttage haben sich seit 2001 mehr als verdoppelt.

(Thomas Stotko [SPD]: Das war in unserer Regierungszeit!)

Aber das ist mir nicht genug, Frau Düker. Mit dem Ziel, Schwachstellen im System zu ermitteln und konzeptionelle Verbesserungsmöglichkeiten zu erarbeiten, haben wir im August 2007 drei Koordinierungskreise zur Haftvermeidung eingesetzt.

Hier arbeiten die bei den Staatsanwaltschaften zuständigen speziellen Rechtspfleger mit den Mitarbeitern der ambulanten sozialen Dienste und freien Träger eng zusammen. Ziel ist die Errichtung eines Netzwerks der Straffälligenhilfe, um geeignete Arbeitsstellen zu finden. Kurzum, Frau Düker, dem Strafvollzug, der Straffälligenhilfe wäre mehr geholfen, wenn Sie das bereits Geleistete anerkennen und mit uns gemeinsam weiterentwickeln könnten.

Schließlich ganz kurz zur pauschalierten Haftentschädigung – mir fehlt die Zeit, darauf näher einzugehen –: Wir halten einheitlich mit den im Bundesrat vertretenen anderen Ländern die Verdoppelung des derzeitigen Satzes auf 25 € für immaterielle Schäden für richtig. Wir lehnen eine Abschaffung der Pauschale ab. Eine Ungleichbehandlung von armen und reichen Beschuldigten kann ich keinesfalls gutheißen.

Mein Fazit zu allen drei Punkten, Frau Düker: Sie reden – wir handeln.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/8870 an den Rechtsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung wird dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt dem so zu? – Ist jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung einstimmig erfolgt.

Wir kommen zu:

9 Hochschulen müssen ausbilden

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8077

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Innovation, Wissenschaft,
Forschung und Technologie
Drucksache 14/8896

Ich darf auf Folgendes hinweisen: Der Antrag Drucksache 14/8077 wurde gemäß § 79 Abs. 2 Buchstabe b der Geschäftsordnung vom Plenum an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie mit der Maßgabe überwiesen, dass Beratung und Abstimmung erst nach Vorlage der Beschlussempfehlung erfolgen. Diese liegt nun vor.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD Frau Kollegin Preuß-Buchholz das Wort.

Iris Preuß-Buchholz (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuellen Zahlen der Arbeitsagenturen zur Halbjahresbilanz auf dem Arbeitsmarkt sprechen eine deutliche Sprache. Die Wirtschaftskrise ist auf dem Ausbildungsmarkt angekommen. Die Zahl der gemeldeten Stellen liegt in Nordrhein-Westfalen mit 67.000 um knapp 6.000 unter derjenigen des letzten Jahres. In der Vergangenheit haben die Anstrengungen gerade vieler kleinerer Unternehmen und Handwerksbetriebe dazu beigetragen, einen Einbruch beim Angebot an Ausbildungsplätzen aufzufangen. In der derzeitigen wirtschaftlichen Lage ist dies nun vielen nicht mehr möglich.

Die Ausbildungssituation für junge Leute in Nordrhein-Westfalen ist desolat, und es ist keine Besserung in Sicht. Deshalb ist es im Interesse der jungen Menschen dringend erforderlich, alle dem Land zur Verfügung stehenden Ausbildungspotenziale auszuschöpfen.

(Beifall von der SPD)

Es kann nicht die Lösung sein, dass verunsicherte Jugendliche nur als Verlegenheitswahl eine weitere schulische Bildung absolvieren, wenn sie eigentlich eine Ausbildung aufnehmen möchten. Es haben sich bereits im Vergleich zum Jahr 2008 in Nordrhein-Westfalen deutlich weniger junge Menschen für Ausbildungsplätze beworben, als durch Abgänger rückgänge zu erklären wären. In unsicheren Zeiten greift man gerne zum Bekannten, und das ist für junge Schülerinnen und Schüler ein schulisches Umfeld, und je unsicherer die Aussichten auf eine Anschlussbeschäftigung sind, umso eher wird der Beginn einer Ausbildung aufgeschoben.

Hier muss das Land Perspektiven schaffen und Mut machen. Die Hochschulen des Landes leisten bereits einen sehr wichtigen Beitrag zur beruflichen Erstausbildung durch die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen – auch über den eigenen Bedarf hinaus. Dafür sind wir den Hochschulen zunächst einmal uneingeschränkt dankbar.

(Beifall von der SPD)

Die Hochschulen tragen damit einen großen Teil dazu bei, dass es jugendlichen Schulabgängern ermöglicht wird, durch das Absolvieren einer Ausbildung überhaupt in eine Ausgangsbasis zu gelangen, die Ihnen Chancen für den Erhalt einer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt ermöglicht.

Dennoch reicht es nicht aus, die jungen Leute lediglich auszubilden und sie dann ohne wirkliche Perspektive in die Hartz-IV-Versorgung und die damit einhergehende drohende Resignation zu entlassen. Eine, wenn auch kurze Anschlussbeschäftigung hingegen ermöglicht es ihnen, erste Berufserfahrungen zu sammeln und sich in einer neuen Rolle als Beschäftigte zu erleben, sodass sie dann mit einer erweiterten Qualifikation und mehr Selbstbewusstsein in der Lage sind, auch im außeruniversitären Bereich in aktiverer Weise und mit besseren Aussichten auf Beschäftigungssuche zu gehen.

(Beifall von der SPD)

In den letzten beiden Haushaltsjahren sind die entsprechenden Mittel für die befristeten Anschlussbeschäftigungen bereitgestellt worden. Dies ist sinnvoller, als anderweitige Übergangsmaßnahmen zu finanzieren, die keine weiteren Berufserfahrungen im Arbeitsbereich bieten. Gerade in der jetzigen besonders kritischen Lage der Wirtschaft ist es umso notwendiger, alles zu unternehmen, um den frisch Ausgebildeten einen besseren Start zu ermöglichen. Auch das Land ist hier in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen.

Sie, Herr Minister Pinkwart, haben in der Ausschusssitzung am 12. März angemerkt, das Land sei flexibel genug, Sonderprogramme aufzulegen, wenn sie nötig seien. Daher appellieren wir an Sie, diese Flexibilität zu nutzen, und fordern die Landesregierung auf, die Regelung des vergangenen Jahres fortzuführen und auch den jungen Menschen, die in 2009 ihre Ausbildung abschließen werden, eine Anschlussbeschäftigung zu ermöglichen, da die Hochschulen aus eigenen Mitteln nicht dazu in der Lage sein werden. Die jetzt laufenden Ausbildungsgänge schließen ihre Ausbildung im Sommer ab. Die Landesregierung muss jetzt für die Bereitstellung der Mittel sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Preuß-Buchholz. Das war Ihre erste Rede im Parlament, wie mir gerade das Protokoll mitgeteilt hat. Ich hatte die Ehre, dem beizuwohnen. Wir haben es im Grunde nicht gemerkt. Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Dr. Berger.

(Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Dr. Stefan Berger (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Groth, ob man sich immer auf Sie konzentrieren muss, ist so eine Frage. Ich bin ganz gespannt, ob ich bei Ihrem späteren Beitrag das Vergnügen habe, mich auf Sie konzentrieren zu dürfen.

Zurück zum Antrag, der in der Jungferrede von Frau Preuß-Buchholz ausführlich beschrieben worden ist. Das will ich gerne konzедieren. Völlig klar ist – das haben Sie auch erwähnt – der hohe Stellenwert der Ausbildung an nordrhein-westfälischen Hochschulen, und klar ist auch, dass Hochschulen qualifizierte nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter benötigen. Nur so – und das ist auch klar – kann im Bereich der Forschung und Lehre reibungslos gearbeitet werden und der ganze Prozess in Gang gehalten werden. Darüber brauche ich in diesem Haus nicht weiter zu philosophieren

Klar ist auch, die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen bilden aus. Sie bilden in hohem Maße aus. In den letzten Jahren haben die Hochschulen gezeigt, dass sie sich überdurchschnittlich engagieren. Gemessen an der Gesamtzahl aller Ausbildungsplätze im Landesbereich bestreiten die Hochschulen und ihre Einrichtungen über 50 % der Ausbildungsplätze. Damit bieten sie vielen jungen Menschen eine gute und qualitativ hohe Ausbildungsmöglichkeit, die – das darf man nicht vergessen – deutlich über dem ureigentlichen Bedarf der Hochschulen liegt. Es können nämlich nur 5 % der Auszubildenden nach dem Abschluss ihrer Berufsausbildung innerhalb der Hochschuleinrichtung verbleiben. Daran wird der enorm hohe Anteil deutlich, mit dem die Hochschulen schon in der jetzigen Situation über den Eigenbedarf ausbilden. 95 % über Eigenbedarf ist sicherlich eine hohe Quote.

Sie haben eben Ihre Jungferrede gehalten, Frau Preuß-Buchholz. Ich will Ihnen konstatieren, dass Sie das Engagement der Hochschulen anerkannt haben. Es ist allerdings bemerkenswert, dass Sie sagen, wir müssten da weitermachen; denn schon zu Ihrer Zeit war es so, dass die Hochschulen über Bedarf ausgebildet haben. Insofern bedarf es eigentlich keines Antrags, der das problematisiert. Sie würden sich im Grunde genommen ins eigene Fleisch schneiden. In Ihrem Antrag suggerieren Sie, dass die Finanzmittel für Ausbildungsplätze in den Globalbudgets nicht ausreichen würden. Natürlich sind die Globalbudgets so ausgestattet, dass die Ausbildung – Stichwort 95 % über Bedarf – weiterhin auf einem sehr hohen Niveau über Bedarf erfolgt; das ist klar. Wir wollen das hohe Niveau halten.

Natürlich – auch das muss an dieser Stelle gesagt werden – gibt es Sparmaßnahmen, die uns dazu zwingen, an der einen oder anderen Stelle den Rotstift anzusetzen. Das ist in diesen Zeiten so; daran kann man nicht drum herum reden. Letztlich hält die Landesregierung – das muss man in sol-

chen Zeiten auch sagen – das hohe Niveau der Ausbildung über Bedarf.

Wir werden auch in Zukunft in diesem Haus alle gemeinsam Anstrengungen unternehmen und Sparmaßnahmen durchführen müssen, damit dieses hohe Niveau weiterhin erhalten bleibt. Dafür brauchen wir die Unterstützung des ganzen Hauses. Im Übrigen brauchen wir dafür auch Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Berger. – Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Lindner das Wort.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Berger hat bereits dargestellt, was alle Fachpolitiker wissen und niemand bestreitet, dass die Hochschulen in diesem Land einen ganz wesentlichen, wenn nicht den wesentlichsten Beitrag zur Ausbildung der öffentlichen Hand leisten. Im Übrigen tun das die Hochschulen weit über ihren eigenen Bedarf hinaus. Lediglich ein Bruchteil der Auszubildenden verbleibt an der Hochschule. Alle anderen finden, so die Rückmeldung aus der Praxis, aufgrund der sehr qualifizierten Ausbildung an den Hochschulen einen Arbeitsplatz in anderen Bereichen.

Deshalb haben die Koalitionsfraktionen und die Landesregierung das Programm zur befristeten Übernahme von Auszubildenden nicht fortgesetzt. Ein solches Programm hat es in den Jahren 2007 und 2008 gegeben. Ein solches Programm ist nach den einschlägigen Erkenntnissen gegenwärtig aber nicht erforderlich. Man wird schauen und prüfen müssen, inwieweit diese Einschätzung für den Landeshaushalt im nächsten Jahr aufgrund der sich verändernden wirtschaftlichen Lage und der Arbeitsmarktsituation fortbestehen kann. Zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung 2009 – und nur darum kann es jetzt gehen – war die Erkenntnislage jedoch eine andere. Deshalb ist diese entsprechende Übernahmedauer für alle Ressorts suspendiert worden. Eine Sonderregelung für den Wissenschaftsbereich zu fordern, halten wir nicht für sachgerecht. Wenn, dann muss es für alle Bereiche des Landeshaushalts eine einheitliche Regelung geben.

(Heike Gebhard [SPD]: Sie können das gerne ausweiten!)

Ich habe damit dargestellt, dass die Hochschulen ihrer Verantwortung gerecht werden, auch in Zeiten eines Globalbudgets auszubilden. Sie machen das auf einem hohen Niveau. Die Bewerberinnen und Bewerber, die eine Ausbildung in diesem Hochschulbereich absolviert haben, haben gute und beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dementsprechend sehen wir kein Erfordernis, dem Antrag der SPD-Fraktion zu folgen. – Schönen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Lindner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Groth.

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich die Gelegenheit nutzen, mich zu entschuldigen. Am Anfang meines zweiten Redebeitrags zum Fachhochschul- ausbaugesetz heute habe ich den Eindruck er- weckt, als ob die Kolleginnen und Kollegen, die in den Saal strömten, gerade aus der Kantine kom- men würden. Das ist natürlich Blödsinn. Ich weiß es sehr viel besser. Ich würde ebenfalls darunter lei- den, wenn der Eindruck entstünde, die Kolleginnen und Kollegen würden nicht arbeiten. Ich weiß, dass Sie alle bei der Arbeit gewesen sind, bei Besucher- gruppen oder anderen Veranstaltungen im Haus. Deshalb ist es mir besonders unangenehm, dass ich diesen Satz gesagt habe, und möchte darum bitten, dass er nicht ernst genommen wird. Ich möchte nach außen hin signalisieren, dass dieses Parlament fleißig arbeitet, und zwar in allen Fraktio- nen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich weiß nicht, ob man das aus dem Protokoll strei- chen kann, aber mit dieser Erklärung, habe ich das richtiggestellt. Sie haben mich geärgert. Deshalb zeigte ich da eine schnelle, wenig überlegte Reakti- on.

(Zustimmung von der FDP)

Meine Damen und Herren, Hochschulen müssen ausbilden. Was denn sonst? Sicherlich mag der eine oder andere von Ihnen davon träumen, dass unsere Hochschulen nur noch ein Hort der High-Tech- Forschung sind und diese lästigen Lehrverpflichtun- gen endlich los werden sollten: Endlich, Hochschule ohne Studenten, so genannte Forschungsuniversitä- ten! Wir Grünen sagen jedenfalls – das will ich beto- nen –: Hochschule muss auch gute Lehre leisten.

Aber Spaß beiseite! Ich weiß natürlich, dass es bei diesem Antrag nicht um eine akademische Ausbil- dung, um die Lehre für die Studentinnen und Stu- denten geht, sondern um die Ausbildung im ge- werblich-technischen Bereich. Andererseits sind die Grenzen zwischen diesen Bereichen an vielen Stel- len zunehmend fließend geworden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich denke unter anderem an die kooperativen Stu- diengänge im Ingenieurbereich.

Klar ist: Was die Hochschulen an Ausbildungsmög- lichkeiten zu bieten haben, ist einzigartig und in vielen Aspekten nicht mit Ausbildungsmöglichkeiten in der Wirtschaft zu vergleichen. Deshalb sind diese Ausbildungsangebote eben auch unverzichtbar.

Aber es ist eben nicht nur damit getan, dass die Hochschulen jungen Menschen eine Berufsausbil- dung auch über ihren Bedarf hinaus bieten. Darum geht es im Antrag der SPD-Fraktion eigentlich. Da- mit sich die gewünschten positiven Effekte für die Standorte, für die Wirtschaft vor Ort und für das Land insgesamt einstellen, müssen diese jungen Menschen am Standort oder zumindest in NRW eine Beschäftigungsperspektive haben.

Das ist eben nicht ganz so einfach, meine Damen und Herren – besonders heutzutage. Deshalb ist gerade diese Übergangsphase an den Universitäten und Hochschulen, die hier angesprochen wird, so wichtig. Denn wir wollen doch nicht, dass diese jungen Menschen, die in Aachen, Bochum, Pader- born und anderswo eine hervorragende berufliche Ausbildung erhalten haben, nach ihrer Ausbildung nach Stuttgart, Dresden oder Maastricht abwan- dern, bloß weil sie hier vor Ort unmittelbar keine Anschlussbeschäftigung finden.

Nebenbei bemerkt: Über welche Summe reden wir eigentlich? Im Jahr 2008 waren es 3,2 Millionen € für die befristete Weiterbeschäftigung von Auszubil- denden im Hochschulbereich. Das ist gut angeleg- tes Geld, meine Damen und Herren. Im Übrigen sind die Mittel wahrscheinlich genau wie in den Vorjahren gar nicht völlig ausgeschöpft worden, weil die Betroffenen rechtzeitig eine andere Beschäfti- gung gefunden haben.

Aber das Problem ist möglicherweise, dass es gar nicht um die 3,2 Millionen € geht, sondern nur dar- um, dass sie nicht so greifbar sind. Es handelt sich eben nicht um ein neues Gebäude, das der Minister einweihen kann, und um keinen Großrechner, bei dem der Staatssekretär auf den Startknopf drücken könnte.

In Ihren Sonntagsreden, meine Damen und Herren, Herr Minister, hört man viel von Investitionen in die Köpfe. Hier wäre nun eine gute Gelegenheit, genau das zu tun: in die Köpfe zu investieren und nicht in Beton oder Siliziumchips; das müssen Sie oben- drein tun. Es sei denn, Sie hätten mit den Köpfen, in die Sie investieren wollen, Herr Minister, nicht die Köpfe von Industriemechanikern, Chemielaboran- tinnen und Technischen Zeichnern gemeint, son- dern nur die Köpfe von hochdekorierten Nobelpreis- trägern und -trägerinnen.

Für uns Grüne gehören exzellente Forschung, ex- zellente Lehre und exzellente Berufsausbildung jedoch zusammen. Denn ohne die entsprechenden technischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kann auch ein Nobelpreisträger keine nobelpreiswürdige Forschung machen.

(Beifall von der SPD)

Ohne entsprechende Mitarbeiterinnen und Mitarbei- ter, die nach ihrer Ausbildung mit ihrem Know-how von der Hochschule in die Betriebe vor Ort wech- seln, kann auch der notwendige Transfer von For-

schungsergebnissen in die Wirtschaft nicht funktionieren. Deshalb bleibe ich dabei, meine Damen und Herren: Diese 3,2 Millionen € wären gut angelegtes Geld. Deshalb unterstützen wir Grüne den Antrag der SPD-Fraktion. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Groth. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Pinkwart.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Keine Frage: Wir brauchen in diesem Bundesland eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen für junge Leute. Seit Antritt der Regierung im Jahr 2005 hat sich die Zahl der Ausbildungsplätze erfreulicherweise stetig erhöht. Die Zahl der Ausbildungsplätze war im vergangenen Jahr so hoch wie seit Anfang der 90er-Jahre nicht mehr. Das zeigt, dass die Politik der Landesregierung auf dem Ausbildungsmarkt greift.

Noch haben wir keine validen Zahlen dazu, wie sich die weltweite Wirtschaftskrise auf die Ausbildungsstatistik im Land auswirken wird. Der DIHK hat prognostiziert, dass die Zahl der Plätze in der Wirtschaft deutschlandweit um etwa 5 bis 10 % zurückgehen könnten. Gleichzeitig wird die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in diesem Jahr aber auch demografiebedingt um 5 % sinken.

Die übergroße Mehrheit der Betriebe will laut einer DIHK-Umfrage weiterhin im gleichen Umfang wie bisher oder sogar noch mehr ausbilden. Ausbildungshemmnis Nummer eins ist dabei quer durch alle Branchen nicht die fehlende Zahl von Ausbildungsplätzen, sondern die mangelnde Ausbildungsreife vieler Bewerberinnen und Bewerber. Erst an zweiter Stelle kommt die wirtschaftliche Lage.

Selbstverständlich gibt es in Sachen Ausbildung wichtige Baustellen: Die Konjunktur muss besser werden, die Wirtschaft muss ihrer Verantwortung gerecht werden, und wir müssen in ganz Deutschland daran arbeiten, dass Schulabgängerinnen und -abgänger auch tatsächlich in der Lage sind, eine Ausbildung antreten und durchstehen zu können. Das sind die Kernfragen. Darauf gilt es, sich zu konzentrieren.

Eigentlich ist der Titel des Antrags der SPD-Fraktion sowieso falsch gewählt, denn die Hochschulen bilden ja aus. Sie sind wichtige Träger der beruflichen Ausbildung und damit bedeutsame Akteure im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Die Hochschulen sind auf diesem Gebiet sogar außerordentlich erfolgreich. Exakt aus diesem Grund sehe ich auch den Nachholbedarf nicht, den die SPD-Fraktion in ihrem Antrag behauptet.

Lassen Sie mich das kurz begründen: Insgesamt stellt das Land Nordrhein-Westfalen 4.623 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Mehr als die Hälfte, nämlich genau 2.410, werden bei den Hochschulen und ihren Einrichtungen vorgehalten. Damit bieten diese Institutionen mit Abstand die höchste Ausbildungskapazität im Bereich des Landes. Die Universitätsklinika bilden ebenfalls aus: Zum Stichtag im Januar 2009 waren hier 356 Ausbildungsplätze vorhanden. Das Erfreuliche ist, dass wir dieses hohe Niveau jetzt schon seit Jahren halten können. Viele Hochschulen haben ihre Kapazitäten sogar erweitert.

Wie in der Debatte bereits von Herrn Lindner gesagt worden ist, wird diese hohe Zahl an Ausbildungsplätzen von den Hochschulen nicht vorgehalten, weil später so viele Auszubildende in den Hochschulen in diesen Berufen benötigt werden. Vielmehr bilden die Hochschulen diese Auszubildenden zu 95 % für den allgemeinen Arbeitsmarkt aus. Eine so überdurchschnittliche Ausbildungsleistung wünschten wir uns von vielen, die ausbilden.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Insofern übernehmen die Hochschulen eine große Verantwortung für den Ausbildungsmarkt. Die RWTH Aachen etwa ist Spitzenreiter. Dort machen zurzeit 700 Azubis ihre Ausbildung. In Bochum sind es 162, in Münster mit 142 kaum weniger.

Die Mittel, die sie für die Ausbildung brauchen, sind in den globalen Budgets, die das Land bereitstellt, in ausreichender Höhe enthalten. Natürlich gibt es Schwankungen zwischen den Hochschulen und auch hier hat man sich unter den Hochschulen darauf verständigt, einen Ausgleichsschlüssel vorzusehen, damit sich alle Hochschulen fair an diesen Ausbildungsleistungen beteiligen.

Die SPD wünscht jetzt, meine Damen und Herren, dass wir – wie im Jahr 2007 und 2008 geschehen – zusätzliche Mittel bereitstellen, damit die Hochschulen die Auszubildenden in befristete Arbeitsverhältnisse übernehmen können.

Das führt mich zu folgenden Feststellungen: In der Zeit, in der es notwendig war, hat diese Landesregierung diese Mittel bereitgestellt. Früher hat es das gar nicht gegeben. Jetzt sagen uns die Partner im Ausbildungskonsens, dass diese zusätzlichen Mittel im Moment nicht benötigt werden, weil die Auszubildenden am Arbeitsmarkt nach wie vor unterkommen. Die Auszubildenden, die von den Hochschulen ausgebildet werden, kommen offensichtlich sehr gut am Markt unter.

Hinzukommt, dass uns die Hochschulen mitgeteilt haben, dass sie – wo immer sie können – im Rahmen ihrer eigenen Mittel auch für Folgebeschäftigungsmöglichkeiten sorgen wollen.

Jetzt bin ich nicht nur am Ende der mir vorgegebenen Redezeit, sondern nach dem sich ein Teil des Saales jedenfalls sehr schön gefüllt hat,

(Beifall von CDU und FDP)

bin ich bei einem Punkt, der mich zur Haushaltsdebatte zurückführt. Damit bin ich bei Herrn Groth.

Wenn ich mit Genehmigung des Präsidenten noch den einen Gedanken im Rahmen meiner knappen Zeit zu Ende führen darf: Lieber Herr Groth, ich habe hier auf der Regierungsbank gesessen und sehr gut in Erinnerung behalten, wie Sie im Rahmen der Nachtragsberatung unseren Landesfinanzminister Linssen dafür gescholten haben, dass er angeblich eine unverantwortliche Verschuldungspolitik betreiben würde.

Dass haben Sie hier am Mittwoch vorgetragen. Sie hatten noch Plakate mit.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ja!)

Heute stellen Sie sich hin und sagen: Die 3,2 Millionen € in dem Antrag sind doch Peanuts. Das kann man doch beschließen. – Diese Mittel werden jedoch nach Darlegung der Partner des Ausbildungskonsenses wie auch nach Darlegung der Hochschulen zurzeit nicht benötigt. Dann frage ich in Anbetracht der Verantwortung für den Gesamthaushalt dieses Landes: Kann es denn sachgerecht sein, Herr Groth, wenn Sie am Mittwoch einfordern, dass der Finanzminister die Konsolidierung vorantreiben soll und Sie sich heute hinstellen und sagen: Die 3,2 Millionen € sollte man, obwohl sie nicht gebraucht werden, mal bereitstellen?

(Beifall von CDU und FDP)

Ich halte das nicht für in sich konsistent.

(Volkmar Klein [CDU]: Das macht er immer so!)

Konsistent ist, dass wir seitens der Landesregierung in den letzten zwei Jahren gesagt haben, dass es nötig war, dort zu helfen. Da haben wir geholfen.

Ich habe es im Ausschuss bereits dargelegt, und ich sage es noch einmal: Sollte es notwendig werden – das werden die nächsten Monate zeigen –, wird die Landesregierung auch wieder bereit und willens sein zu helfen, damit junge Leute, die eine gute Ausbildung zum Abschluss gebracht haben, danach auch eine faire Chance am Arbeitsmarkt bekommen.

Aber solange die Wirtschaft sich selbst helfen kann, sollten wir die Steuergelder für die anderen Aufgaben verwenden und dafür sorgen, dass die Verschuldung nicht weiter steigt. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Die Landesregierung hat die Zeit um 2 Minuten und 57 Sekunden überzogen. Wir wollen das natürlich jetzt nicht weidlich ausnutzen, aber es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Kollege Groth hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Groth.

(Zurufe von der CDU – Volkmar Klein [CDU]: Wo sind Ihre Plakate!)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie fixen mich sozusagen richtig an, indem Sie mich auffordern, wenn Sie denn endlich im Saal sind, es jedes Mal so zu machen. Es macht dann auch viel mehr Spaß, zu Ihnen zu reden.

Ich kann aber das, was Herr Minister Pinkwart gesagt hat, nicht so undokumentiert stehen lassen,

(Unruhe – Glocke)

weil es nicht richtig ist, das in einem Zusammenhang zu sagen.

Es geht hier um 3,2 Millionen €. Wenn diese am Ende nicht ganz abfließen – ich habe in meiner Rede auch gesagt, dass sie vermutlich in den Jahren zuvor nicht ganz abgeflossen sind –, dann ist das in Ordnung, dann fällt das sozusagen dem Haushaltsabschluss zum Opfer. Das sind dann eingesparte Mittel.

Wir wollen nicht mehr Geld als unbedingt nötig ausgeben. Aber was Sie machen, sind Haushalte ohne ein Quäntchen vernünftige Sozialpolitik, ohne ein Quäntchen vernünftige ökologische Politik.

(Zurufe von der CDU: Ooh!)

Sie versagen in ganzer Linie. Jetzt verfünffachen Sie noch die Nettoneuverschuldung. Dafür lohnt es sich, Redezeit in Anspruch zu nehmen. Das ist ein finanzpolitisches Desaster, das man nicht mit 3,2 Millionen € zurückholen kann. Es sind 5,6 Milliarden €, die Sie gestern im Nachtrag beschlossen haben. Sie werden nach der Maisteuerschätzung wahrscheinlich bei 10 Milliarden € landen. Dieses miteinander zu vergleichen, ist im höchsten Maße unredlich.

Vizepräsident Oliver Keymis: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Witzel?

Ewald Groth (GRÜNE): Aber sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Das habe ich mir gedacht. – Herr Kollege Witzel, bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Herr Kollege Groth, wenn Sie sich einmal die Anwesenheit

(Unruhe – Glocke)

in den Abgeordnetenreihen der Fraktionen der SPD und der Grünen zu diesem Tagesordnungspunkt anschauen und Sie das vielleicht mit der anderen Seite dieses Saals kontrastieren, vermittelt Ihnen das den Eindruck, dass es sich um ein ganz zentrales politisches Anliegen von SPD und Grünen handelt?

(Zuruf von der SPD: Woran mag das denn liegen?)

Ewald Groth (GRÜNE): Herr Witzel, ich habe ja als Parlamentarier schon ein paar Jährchen auf dem Buckel. Ich weiß, wie das ist, wenn man Angst um seine eigene Mehrheit haben muss. Wenn man weiß, dass die eigene Politik nicht überzeugt, dann muss man da sein und rennt in den Plenarsaal.

(Lachen von CDU und FDP – Beifall von GRÜNEN und SPD)

Man kann es sich dann nicht leisten, langsam zu gehen, dann muss man schon sehr schnell sein.

(Lachen von CDU und FDP)

Verlassen Sie sich darauf: Draußen im Lande wird gehört, was hier gesprochen wird.

(Zurufe von CDU und FDP)

Die Konzepte werden verglichen. Es wird verglichen, was Sie versprochen haben und was Sie einhalten. Über alle Versprechungen, die Sie gebrochen haben, werden wir an jedem Plenartag immer und immer wieder reden. Jedes Mal! Alle Versprechungen, die Sie gemacht haben, werden Ihnen lückenlos immer wieder aufgezeigt, bis Sie es nicht mehr ertragen und von selbst die Mehrheit in diesem Land aufgeben. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Kollege Groth.

Kolleginnen und Kollegen, ich bin sehr froh, dass wir – hoffentlich auch Sie, Herr Kollege Lindner – in der Karwoche ein bisschen in uns gehen können. Das haben wir alle nötig. Zumindest zu manchen Momenten des Tages kommt mir das so vor. Wir sind am Ende der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Wir kommen zur Abstimmung. Uns liegt die **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie **Drucksache 14/8896** vor. Der Ausschuss empfiehlt uns, den Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/8077 abzulehnen. Wer stimmt dem zu? – Das sind CDU und FDP. Wer stimmt dagegen? – Das

sind SPD und Grüne. Enthält sich jemand im Raum? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und der Antrag mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Wir kommen zu:

10 Erstes Gesetz zur Änderung des Landesausführungsgesetzes zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII) – Sozialhilfe – für das Land Nordrhein-Westfalen (AG-SGB XII)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/8861

erste Lesung

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt und uns hier oben mitgeteilt, dass sie heute auf eine Debatte verzichten wollen.

Trotzdem möchte Herr Minister Laumann den Gesetzentwurf einbringen. Das ist zur ersten Lesung auch richtig. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Mit dem Gesetz sollen die bisherigen Regelungen zur Weiterleitung des Bundesanteils der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung an die Träger der Sozialhilfe im Ausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch XII an die Änderungen im Bundesrecht angepasst werden.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Seit Einführung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung im Jahre 2003 beteiligt sich der Bund mit einem Festbetrag von 409 Millionen € jährlich bundesweit an den Mehrkosten, die den Kommunen als Träger der Sozialhilfe durch die im Vergleich zur Sozialhilfe höheren Aufwendungen entstehen. Auf Nordrhein-Westfalen entfielen von diesem Festbetrag bisher 109 Millionen € jährlich.

Mitte 2007 legte der Bund einen Gesetzentwurf vor, nach dem er sich mit 7 % an den Nettoausgaben der Grundsicherung beteiligen wollte. Das hätte eine Halbierung des Festbetrages auf nur noch 49 Millionen € für die nordrhein-westfälischen Kommunen bedeutet.

Angesichts der steigenden Fallzahlen und der damit verbundenen Kostensteigerungen in der Grundsicherung konnte Nordrhein-Westfalen eine solche Kürzung schlicht und ergreifend nicht hinnehmen. Wir haben uns gemeinsam mit allen anderen Ländern diesem Vorhaben der Bundesregierung widersetzt.

Nach langen und intensiven Verhandlungen ist es den Ländern im Vermittlungsverfahren gelungen, die Festbetragsfinanzierung in eine anteilige Finanzierung umzuwandeln. Diese ist zeitlich gestaffelt:

Danach erhalten die Länder im Jahr 2009 13 % der Nettoausgaben der Grundsicherung des Vorjahres. Dieser Anteil wird dann schrittweise bis zum Jahr 2012 auf 16 % ihrer Nettoausgaben erhöht und verbleibt in den Folgejahren auf dieser Höhe.

Dieses Verhandlungsergebnis ist aus meiner Sicht ein großer Erfolg. Denn: Jede Kostensteigerung bei den Kommunen führt nun automatisch zu einer entsprechend höheren Bundesbeteiligung. Das heißt, jede Regelsatzerhöhung, steigende Mieten und steigende Fallzahlen ziehen eine entsprechend höhere Bundesbeteiligung nach sich und bringen damit Entlastung für die kommunalen Haushalte.

Die demografische Entwicklung und die erwartete Zunahme von Altersarmut betrifft die Grundsicherung unmittelbar. Machen wir uns nichts vor: Es ist in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit weiter steigenden Ausgaben für die Grundsicherung zu rechnen. Daher ist es als großer Erfolg zu werten, dass es gelungen ist, den Bund auf Dauer an diesen Ausgaben zu beteiligen.

Für die Kommunen hat sich bereits im ersten Jahr der Neuregelung der Einsatz der Landesregierung bezahlt gemacht. Denn statt des bisherigen Festbetrages von 109 Millionen € erhält Nordrhein-Westfalen 2009 119 Millionen €. Diese 119 Millionen € werden – wie bisher auch der Festbetrag – ungekürzt an die Träger der Sozialhilfe weitergeleitet. Für die Folgejahre geschieht dies entsprechend der jeweiligen Bundesanteile.

Auch die Landschaftsverbände bekommen zukünftig ihre Ausgaben entsprechend der gesetzlichen Quote ersetzt. Das bisher sehr aufwändige Verwaltungsverfahren zur Feststellung der Ausgaben der einzelnen Träger der Sozialhilfe wird vereinfacht:

Zukünftig werden die Meldungen des jeweils vorletzten Jahres für die Nettoausgaben der Grundsicherung an den Landesbetrieb für Information und Technik als Grundlage für die Mittelverteilung herangezogen. Von daher bedeutet das eine erhebliche Vereinfachung des Verwaltungsverfahrens. – Ich bitte um Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Laumann. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, abweichend von der ursprünglichen Vereinbarung haben sich – wie bereits erwähnt – die Fraktionen zwischenzeitlich darauf verständigt, heute keine Debatte zum Thema zu führen, sondern

direkt über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates abzustimmen.

Der Ältestenrat empfiehlt, den **Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 14/8861** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** zu **überweisen**. Darf ich dazu die Zustimmung der Fraktionen feststellen? – Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? – Damit stelle ich fest, dass die Überweisungsempfehlung mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen worden ist.

Ich rufe auf:

11 Was tut die Landesregierung für Lesben und Schwule?

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/8871

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Asch das Wort für die antragstellende Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch¹⁾ (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind beim letzten Punkt dieser Tagesordnung angekommen. Dass die Lesben und Schwulen auf dem letzten Platz – noch nach den Strafgefangenen – gelandet sind, scheint mir doch symptomatisch zu sein.

Meine Fraktion fordert mit ihrem Antrag die Landesregierung auf, einen Bericht vorzulegen, der erläutert, was in der Lesben- und Schwulenpolitik in der Zeit der schwarz-gelben Landesregierung für Lesben und Schwule unternommen beziehungsweise was zum Abbau von Diskriminierung geleistet wurde. Meine Fraktion – den meisten Lesben und Schwulen, mit denen ich in Nordrhein-Westfalen gesprochen habe, geht es nicht anders – kann kaum ein Fortkommen oder Fortschritte erkennen.

Ich habe zurückgeschaut und mich gefragt: Was hat die Landesregierung in diesem Bereich unternommen? – Die erste Aktion, mit der man kurz nach der Wahl direkt einen unvergesslichen Eindruck hinterlassen hat, war, dass Minister Laschet das Handbuch für Multiplikatoren in Schule und Jugendhilfe einfach aus dem Verkehr gezogen hat.

Sinnigerweise trug dieses Handbuch den Titel „Mit Vielfalt umgehen – Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung“, und daher hätte eigentlich jeder und jede wissen müssen, wie Sie als Landesregierung mit Vielfalt umzugehen gedenken. Das war 2005.

Wie ging es dann weiter? – Als Erstes wurde dann in Folge am 01. Januar 2006 die Akzeptanz-Kampagne gestrichen. Die Begründung war, die Akzeptanz sei bereits erreicht. Ob das auch der Grund war, warum noch im gleichen Jahr die För-

dermittel für die Lesben- und Schwulenarbeit gekürzt wurden, weiß ich nicht. Ich vermute allerdings, auch hier stand die Aussage dahinter: Die Akzeptanz ist bereits erreicht.

Auch in den folgenden Jahren kann ich beim besten Willen nichts Wesentliches ausmachen, das die Landesregierung in der Lesben- und Schwulenpolitik vorzuweisen hat.

Ich will hier nur zwei Beispiele aufführen, die nicht nur für die Homosexuellen in Nordrhein-Westfalen enttäuschend waren.

Mein erstes Beispiel: Das Land Nordrhein-Westfalen hat die Möglichkeit, die Gleichstellung von eingetragenen Partnerschaften mit verheirateten Beamten und Beamtinnen herbeizuführen, auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben. Erst hieß es: Nicht jetzt, nicht heute, nicht zu diesem Zeitpunkt. Das machen wir im Rahmen einer großen Reform. – Später wurde dann verkündet, dass die große Reform in dieser Legislaturperiode nicht mehr in Angriff genommen werden soll. Und dass die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft auch bei der jetzigen Änderung der dienstrechtlichen Vorschriften keine Rolle spielt, hat mich dann nicht mehr verwundert.

Das zweite Beispiel betrifft die Versorgungswerke. Auf unsere Anfrage, was denn die Landesregierung unternimmt, um die berufsständischen Kammern zu bewegen, den Ansprüchen der Europäischen Kommission gerecht zu werden und die gebotene Gleichstellung umzusetzen, war man sich aufseiten der Landesregierung nicht zu schade, sich auf das Argument der Satzungsautonomie der Körperschaften zurückzuziehen. – Also auch hier sehe ich kein Fortkommen, keine Aktion und keine Aktivität der Landesregierung.

Ich will, meine Damen und Herren, nicht unterschlagen, dass es an der einen oder anderen Stelle auch Unterstützung gab und gibt. Allerdings beschränkt sich diese Unterstützung nur auf den ideellen Teil. Sie finden schöne Worte – Herr Laschet macht das ja immer sehr nett –,

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Jens Petersen [CDU]: Guter Mann!)

aber die Taten in diesem Kontext bleiben aus.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich erwähne beispielhaft, dass der Minister die AR-CUS-Stiftung mit seiner Anwesenheit unterstützt hat, aber der Diskussion über eine Zustiftung, die das Land Geld kosten würde, geht man lieber aus dem Weg.

Genau das Gleiche gilt für die wichtige und hervorragende Arbeit von SchLAU NRW. Es reicht eben nicht, meine Damen und Herren, dass zwar im Amtsblatt für ein Projekt von SchLAU geworben wird, aber die weitere Unterstützung ausbleibt. Es reicht eben nicht, immer nur zu sagen: „Es ist toll,

was ihr geleistet habt“, oder lediglich Unterstützung bei der Vermittlung von Kontakten zu leisten.

Es gibt noch ein Symptom dafür, dass die Unterstützung für die Schwulen und Lesben in Nordrhein-Westfalen nicht mit dem nötigen Nachdruck geleistet wird: Innerhalb des Apparates, innerhalb des Ministeriums hat es in den letzten Jahren eine Verschiebung der Prioritäten gegeben. Die Arbeit, für die ursprünglich einmal vier Vollzeitkräfte eingestellt worden sind, soll heute eine einzige Vollzeitkraft erledigen, die zusätzlich 15 weitere Felder mitbearbeiten muss.

Es wird Sie also nicht erstaunen, dass ich den Eindruck habe, dass man die immer noch unverzichtbare Arbeit und die Verwaltung des Mangels den Lesben-/Schwulen-Verbänden überlässt, die am Hungertuch nagen müssen und nur unzureichend finanziell unterstützt werden.

Meine Damen und Herren, ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass ich mich irre und dass mich und uns alle ein Bericht der Landesregierung vielleicht eines Besseren belehrt. Wenn Sie meinem Antrag zustimmen, dann haben Sie die Chance, den Eindruck, den die schwul-lesbische Community und wir als Grüne haben, zu widerlegen. Ich bitte Sie deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. – Ich wünsche Ihnen allen ein schönes Osterfest und erholsame Osterferien.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Asch. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU der Kollege Ratajczak das Wort. Bitte schön, Herr Ratajczak.

Marc Ratajczak (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Asch, Sie machen wirklich aus jeder Mücke einen Elefanten. Letztendlich ist es Beschlusslage des Ältestenrates – dort ist auch ihre Fraktion vertreten –, den Tagesordnungspunkt nach vorne zu schieben, und ich kann überhaupt nicht erkennen, dass es in irgendeiner Weise wieder eine Diskriminierung von Lesben und Schwulen ist, dass es per Zufall der letzte Tagesordnungspunkt ist. Mein Gott! Man kann es auch wirklich übertreiben!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich kann auch sagen, dass die Präsidentin Mitte Mai – und darauf bin ich auch sehr stolz – pünktlich zur Vorbereitung des CSD einen Empfang für das Schwule Netzwerk NRW und alle beteiligten Verbände veranstalten wird. Auf der Tribüne sitzen auch Vertreter – darüber freue ich mich sehr –, die sich die Debatte heute hier anhören werden. Herzlich willkommen, Herr Popp und Weggefährten! – Nein, Frau Asch, Sie übertreiben es wieder maßlos, und dies spiegelt wieder einmal Ihre pure Polemik wider.

Nun zur Sache. Ich hätte mir schon gewünscht, Frau Asch, dass Sie etwas zu Ihrem Antrag gesagt hätten und warum es letztendlich besser wäre, einen neuen Bericht zu erstellen, wieder 70 Seiten zu schreiben, und wie das dazu beitragen soll, Schwule und Lesben vor Gewalt und Diskriminierung zu schützen. Dazu haben Sie nichts gesagt. Sie haben wieder alte Dinge aus dem Hut gezaubert, die fünf Jahre her sind, die schon längst geheilt sind und über die kein Mensch mehr spricht. Sie haben einfach kein neues Thema.

Ich spreche jetzt ein bisschen zu Ihrem Antrag, weil wir diesem natürlich nicht zustimmen können, und ich möchte Ihnen auch die guten Gründe nennen, warum das so ist.

Für alle, denen es nicht so bekannt ist, weil sie nicht in der Community sind, will ich es erläutern: Der Christopher Street Day erinnert an den Stonewall-Aufstand in der Christopher Street vor gut 30 Jahren. Es ist 30 Jahre her, als mit Polizeirazzien massiv gegen Homosexuelle in Gaststätten vorgegangen worden ist. Gott sei Dank ist das lange vorbei.

Gott sei Dank ist auch die Zeit lange vorbei, als Politiker auch aus meinen Reihen im Frühjahr 1971 sagten: Ich will lieber ein kalter Krieger als ein warmer Bruder sein. – Diese Dinge sind glücklicherweise schon lange Geschichte.

Und noch eine Zeit ist vorbei – und darüber freue ich mich besonders –, nämlich die Zeit von Rot-Grün mit ewig langen Berichterstattungen

(Beifall von CDU und FDP)

und regelmäßigen Berichten, die nichts dazu beigetragen haben, um an der Situation etwas zu ändern, sondern einfach nur Leute beschäftigt haben.

Diese Berichte haben den Leuten vor Ort in keinster Weise geholfen. Wenn ich mit meinem Freund nachts irgendwo durch die Stadt gehe, dann werden wir zum Teil genauso angemacht wie früher, und da hilft mir auch kein Bericht, den irgendjemand irgendwann einmal geschrieben hat, Frau Asch. Deshalb müssen wir anders vorgehen, und hier helfen uns auch keine ausführlichen Berichtswesen.

Nein! Wir konzentrieren uns lieber auf das Handeln und nicht auf irgendwelche Berichte und lange Reden.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Wo denn?)

Frau Asch, Sie haben die Kürzungen angesprochen. Ja, Frau Asch, wir haben die Mittel gekürzt – wie in vielen anderen Bereichen auch. Wir mussten aus haushaltsrechtlichen Gründen in dem Bereich etwas kürzen. Einen Stillstand, den Sie ansprechen, gibt es jedoch nicht.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Was ist mit der dienstrechtlichen Gleichstellung?)

Wir fördern wichtige Projekte – das ist die Wirklichkeit – wie psychosoziale Beratungsstellen, Antigewaltprojekte. Das Programm SchLAu haben Sie angesprochen. Das alles sind wichtige Projekte, die tatsächlich helfen, Diskriminierung zu vermeiden. Auch die aktuelle Studie der europäischen Agentur für Grundrechte sagt: Jede vierte Lesbe und jeder zehnte Schwule haben bereits körperliche Bedrohung erfahren. Davor verschließen wir nicht die Augen, Frau Asch.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Aber Sie tun nichts!)

Natürlich gibt es das. Aber da hilft uns kein Bericht weiter, sondern wir müssen weitere Dinge entwickeln.

Die Selbstmordrate ist bei homosexuellen Jugendlichen um das Vierfache höher als bei heterosexuellen Jugendlichen. Natürlich beschäftigen uns diese Dinge. Natürlich stören uns Schimpfwörter wie „Schwule Sau“ oder „Schwuchtel“, was immer noch in den Schulen tagtäglich gesagt wird. Natürlich müssen wir daran weiterarbeiten. Aber auch da helfen uns keine Berichte weiter, die Sie jetzt einfordern. Das war vielleicht 1998 so. Das ist schon lange her. Damals war es vielleicht gut, weil es ein neues Politikfeld war. Aber heute sind wir in anderen Zeiten; da hat sich das geändert.

Notwendig sind andere Dinge, beispielsweise Homophobie bei islamischen Jugendlichen. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Hier müssen wir neue Akzente setzen, neue Ideen entwickeln. Auch dafür brauchen wir keine langen Berichte, sondern es sind möglicherweise Gespräche mit den Verbänden nötig, wie wir das regeln können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ratajczak, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Steffens?

Marc Ratajczak (CDU): Gerne.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Kollegin Steffens.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege, Sie sagen die ganze Zeit, was man nicht machen muss. Ich bin daran interessiert zu erfahren, was man konkret machen muss, denn Gespräche können Sie schon die ganze Zeit führen.

Marc Ratajczak (CDU): Es gibt Mittel wie beispielsweise SchLAu und viele andere Aufklärungsarbeit in den Schulen. Natürlich muss man überlegen, ob man mit den vorhandenen Mitteln umgehen kann. Eventuell müssen andere Schwerpunkte gesetzt werden, wie es beispielsweise in diesem Bereich geschieht. Da passiert ja schon etwas. Man

darf die Augen nicht verschließen und muss möglicherweise in eine neue Richtung gehen. Als Beispiel nenne ich die ARCUS-Stiftung, Frau Steffens. Dort wird ja schon in eine neue Richtung gegangen. Diese Stiftung wird mit Privatmitteln unterstützt.

Ich komme zu meinem Fazit.

Erstens. Antidiskriminierung heißt für mich nicht, immer etwas Besonderes zu sein. Ein solcher Bericht macht einen immer etwas besonders. Ich halte uns nicht für etwas Besonderes. Es gibt auch keinen Bericht für Brillenträger. Warum soll es immer einen Bericht für so etwas geben? Das halten wir nicht für notwendig.

Zweitens. Wir arbeiten mit der Community zusammen. Natürlich könnte man das alles noch verbessern. Das ist sicherlich richtig. Aber man kann immer alles verbessern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Ratajczak, der Kollege Groth möchte Ihnen auch noch eine Zwischenfrage stellen.

Marc Ratajczak (CDU): Nein, von Herrn Groth haben wir heute schon genug gehört. Wir müssen ihm keine zusätzliche Plattform für sein Gefasel bieten.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sehen Sie das bei der Kollegin Asch anders?

Marc Ratajczak (CDU): Frau Kollegin Asch, bitte.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Das ist diskriminierend, Herr Kollege!)

– Damit kann ich leben, Herr Groth.

(Heiterkeit bei der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte schön, Frau Kollegin Asch.

Andrea Asch^{*)} (GRÜNE): Herr Kollege Ratajczak, Sie sagen, dass Sie die Stimme von Herrn Groth schon so oft gehört haben. Mir haben Sie sicherlich nicht so oft zugehört.

(Marc Ratajczak [CDU]: Ich freue mich immer, Ihre Stimme zu hören, Frau Kollegin Asch!)

– Wunderbar.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Marc Ratajczak [CDU]: Man muss ja auch einmal etwas Nettes sagen!)

Sie behaupten, die Landesregierung würde so viele konkrete Maßnahmen in der Schwulen- und Lesbenpolitik finanzieren und anstoßen. Sagen Sie uns doch einmal ganz konkret, was diese Landesregierung seit 2005 für Schwule und Lesben getan hat.

Marc Ratajczak (CDU): Das kann ich Ihnen konkret sagen. Wir unterstützen die psychosozialen Beratungsstellen. Wir unterstützen nach wie vor das Antigewaltprojekt. Wir unterstützen nach wie vor die beiden Landesgeschäftsstellen. Wir unterstützen nach wie vor die SchLAu NRW, mit der wir Aufklärungsarbeit betreiben. Wir tun also schon etwas.

(Beifall von der CDU)

Natürlich, Frau Asch, sind in diesem Bereich Mittel gekürzt worden. Aber uns war wichtig, dass die Strukturen bestehen bleiben. Im Rahmen der normalen Haushaltskonsolidierung mussten wir einfach in dem Bereich Abstriche machen. Auch im Heterobereich, wenn ich das einmal so sagen darf, gibt es massive Einschränkungen. Das musste einfach sein. Das ist leider nun einmal so. Die Community ist aber auf einem guten Weg, mit den privaten Financiers Möglichkeiten zu schaffen. Auch alle anderen Vereine und Verbände sind mittlerweile auf Privatspenden angewiesen. Wir können einfach nicht mehr überall die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, wie wir es gerne würden. Ich würde an dieser Stelle auch gerne mehr machen; es geht aber leider nicht.

Ich komme zum Schluss meiner Rede. Mit einem neuen Bericht ändern wir nichts an der Situation, sondern wir müssen gesellschaftlich etwas tun. Aus meiner Sicht würde die Diskriminierung deutlich abnehmen, wenn beispielsweise einmal ein Fußball-Bundesligaspieler aufstehen und sich outen würde. Dies wäre ein aktiver Beitrag zur Antidiskriminierung von Schwulen und Lesben – nicht nur in Fußballstadien, sondern in der Gesellschaft, anders als es ein Bericht ist. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ratajczak. – Für die Fraktion der SPD spricht nun die Frau Abgeordnete Hack.

Ingrid Hack (SPD): Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer von der LAG Lesben und vom Schwulen Netzwerk NRW! Herzlich willkommen!

Herr Ratajczak, Sie sprechen von einem Berichtsunwesen. Hier ist die Frage zu stellen: Warum legen die Regierungsfractionen gemeinsam mit dem Ministerium einen Integrationsbericht vor, der mit starker Pressebegleitung völlig zu Recht in diesem Land und in diesem Landtag thematisiert wird? Warum gibt es einen Sozialbericht? Das alles ist für

mich kein Berichtsunwesen. Die Kollegen von den Grünen fordern dies für eine besondere und in Nordrhein-Westfalen nicht unwichtige Zielgruppe. Das hat mit Berichtsunwesen nichts zu tun. So viel sei am Anfang klargestellt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wie Sie daraus unschwer entnehmen können, begrüßen wir als SPD-Fraktion den vorliegenden Antrag, einen Sachstandsbericht zur Politik gegen Ausgrenzung und Diskriminierung und für gleichberechtigte Teilhabe von Schwulen und Lesben in NRW vorzulegen.

Vieles von dem, was Sie gesagt haben, können Sie ja wunderbar in diesen Bericht schreiben. Davor braucht man doch überhaupt keine Angst zu haben. Warum sind Sie dagegen?

In diesem Antrag heißt es richtig: „Viel wurde bereits erreicht.“ Natürlich wurden die größten Fortschritte aus unserer Sicht im rechtlichen Bereich erzielt, also weitestgehend auf Bundesebene verhandelt und beschlossen. Rot-grüne Bundes- und Landespolitik haben seinerzeit vorbildliche Gleichstellungsmaßnahmen erreicht.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kollegen Ratajczak?

Ingrid Hack (SPD): Im Moment nicht, nein. – Ebenfalls richtig heißt es im Antrag aber auch: „Nach wie vor ist die völlige Gleichstellung nicht erreicht.“

2005 haben CDU und FDP im Koalitionsvertrag festgehalten:

Gleichgeschlechtliche Paare dürfen nicht diskriminiert werden. Ihre Selbstorganisation werden wir weiterhin angemessen unterstützen.

Wie hier bereits angeklungen ist – Frau Kollegin Asch hat darüber gesprochen –, haben wir uns in diesem Haus schon mehrfach darüber streiten können, was „angemessen unterstützen“ denn nun heißt – sei es bei den Haushaltsberatungen 2006, sei es bei der Debatte um das Abstimmungsverhalten NRWs zum Antidiskriminierungsgesetz, sei es bei der Debatte um die ARCUS-Stiftung, als deren Schirmherr Minister Laschet gewonnen werden konnte.

Dieser für Teile der CDU und ihrer Wählerschaft sicherlich problematische Schritt ist zu würdigen. Vermutlich wird er wie einige weitere Elemente der Politik der Landesregierung, die unter der Überschrift „Vielfalt der Lebensformen“ schon auf der Internetseite des Ministeriums stehen, Eingang in den hier geforderten Bericht finden. Dabei denke ich beispielsweise an die Unterstützung des Beratungsnetzes – Herr Ratajczak, darauf haben Sie

völlig richtig hingewiesen – der Kampagne „SchLAU NRW“ und die Antigewaltarbeit.

Ich möchte heute nur noch Folgendes anmerken: Genauso wie Frau Kollegin Asch sind auch meine Fraktion und ich sehr gespannt auf den Bericht, weil darin sicherlich auch erläutert wird, warum das eigenständige, seit Jahren installierte ministerielle Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen abgeschafft wurde. Dieses Thema, das in NRW eine nicht geringe Relevanz besitzt, ist nun Bestandteil des Arbeitsbereiches „Kommunale Familienpolitik, Allgemeine Fragen der Familien- und Lebensformen“.

Meine Damen und Herren, wenn Besonderheiten und spezielle Bedürfnisse von Zielgruppen besonderes Handeln erfordern, ist Gleichstellung nicht zuträglich – auch nicht im administrativen Rahmen. Sie werden uns diesen Schritt sicherlich erklären können.

Wir sind übrigens nicht die Einzigen, die das wissen möchten. Beim CSD-Empfang 2008 des Schwulen Netzwerks NRW in Köln richtete der Landesvorsitzende Steffen Schwab an die Anwesenden, darunter auch Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfractionen, die Forderung – ich zitiere –:

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, an Sie, sehr geehrte Abgeordnete des Landtags in Düsseldorf, zu appellieren, einen uns schützenden, uns fördernden Blick auf den Umgang der Landesverwaltung mit unserer Arbeit und unseren Projekten zu richten. Wir haben in der Vergangenheit das für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zuständige Referat als Partner erlebt, der uns gefördert und kritisch begleitet, immer wieder auch angeregt hat und selbst Initiativen für die Akzeptanz von Schwulen und Lesben in NRW ergriffen hat. Wir haben immer mehr den Eindruck, dass sich dies sehr verändert.

Wir erleben Misstrauen, Reglementierung und Kontrolle. Unser Verband leidet darunter. Und, viel schlimmer: Die landesweite Vernetzung und Qualifizierung von Jugendarbeit, Gesundheitsprojekten, interkulturelle und intergenerative Initiativen, die wir, immer noch mangels Alternativen, eben nur mit Förderung aus öffentlichen Mitteln unterstützen können, drohen zu verfallen.

Der hier geforderte Sachstandsbericht wird uns, wie gesagt, sicherlich Aufklärung über die Motive für diese Maßnahme verschaffen. Wir werden dem Antrag der Grünen zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Hack. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Lindner das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Lindner.

Christian Lindner (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man muss sich doch sehr über die hier geführte Debatte wundern.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Frau Kollegin Hack, Sie wollten jetzt auch noch eine große Organisationsdebatte über die Frage vom Zaun brechen, in welcher Weise in den Ministerien Referate eingerichtet oder aufgelöst werden. Ich muss Sie doch sehr bitten, auf die materiellen Ergebnisse der Politik zu schauen und nicht in ein Klein-Klein einzusteigen, das mit politisch-parlamentarisch-gesetzgeberischer Arbeit wirklich gar nichts zu tun hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Entscheidend für uns ist, dass in Nordrhein-Westfalen weiter eine aktive Antidiskriminierungspolitik betrieben wird. Dafür brauchte es keine rot-grüne Landesregierung. Das kann eine konservativ-liberale Landesregierung genauso gut – und besser.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist nachgerade eine Unverschämtheit, dass die grüne Fraktion in ihrem Antrag geschrieben hat, dass seit 2005 in diesem Bereich in Nordrhein-Westfalen keine Weiterentwicklung stattgefunden habe. Das ist wirklich eine Unverschämtheit.

(Ralf Witzel [FDP]: Böswillig ist das!)

Trotz schwierigster Haushaltslage fördern wir nach wie vor fünf Beratungsstellen. Nach wie vor werden die zwei Geschäftsstellen des Schwulen Netzwerks NRW und der LAG Lesben in NRW weiter gefördert. Weiterhin gibt es einen Haushaltsansatz, der nur in der gleichen Weise linear reduziert worden ist, wie alle anderen Ausgabenprogramme auch zur Konsolidierung herangezogen worden sind.

Insofern ist es eine Unverschämtheit, zu sagen, es gebe keine Weiterentwicklung bzw. nur Kontinuität – zumal Sie eine entscheidende Innovation in diesem Politikfeld auch noch behindert haben.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

– Ich komme jetzt darauf, Frau Asch. Aus dem Kreis der ehrenamtlich Aktiven ist die Idee geboren worden, die ARCUS-Stiftung einzurichten.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Diese Stiftung soll auch durch Testamentsspenden und andere Zuwendungen in die Lage versetzt werden, in Selbstorganisation in Ergänzung zum Staat tätig zu werden. Dies müssen wir würdigen. Es ist Ausdruck bürgerschaftlichen Engagements. Wir als Koalitionsfraktionen haben hier im Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht, mit dem wir ausdrücklich Öffentlichkeit für diese gute Initiative schaffen und als Parlament unsere Unterstützung durch dieses Hohe Haus signalisieren wollten.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Bei diesem Antrag haben Sie sehr lange gebraucht, dass Sie ihn nicht in Bausch und Bogen abgelehnt haben.

(Beifall von der CDU)

An dieser Stelle sind Sie nicht Ihrer Verantwortung – auch gegenüber denjenigen, die sich dafür ehrenamtlich engagieren wollen – gerecht geworden.

(Zuruf von Ingrid Hack [SPD])

Sie haben ihnen Knüppel zwischen die Beine werfen wollen, während wir sie aktiv unterstützt haben. Das macht den Unterschied zwischen uns aus.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich persönlich könnte mir durchaus vorstellen, diese ARCUS-Stiftung über Landesmittel finanziell über einen begrenzten Zeitraum zu fördern. Ich könnte mir vorstellen, dass das Land auch Zustifter für diese Stiftung wird. Gegenwärtig ist das aufgrund der Haushaltslage nicht möglich. Es gibt gewiss auch noch unterschiedliche Nuancierungen zwischen den Koalitionsfraktionen. Gleichwohl bleibt das ein Ziel zumindest unserer liberalen Antidiskriminierungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Ein letzter Satz, weil wir hier so eine Art kleine Generaldebatte führen: Wir sollten nicht vergessen, über was wir hier in Wahrheit sprechen und um was es Ihnen in Ihrem Antrag geht. Es ist nicht so, dass Sie beklagt haben, es gebe Stillstand in der Antidiskriminierungspolitik, und Sie sind jetzt mit einem Bündel von Maßnahmen, von kreativen Vorschlägen hier vorstellig geworden. Das beinhaltet Ihr Antrag nicht. Ihr Antrag enthält nicht eine einzige fachliche Innovation.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Ewald Groth [GRÜNE])

Das Einzige, was Sie wollen, ist ein schnöder, langweiliger Bericht. Sie fordern nicht mehr als beschriftetes Papier hier im Landtag ein. Mehr wollen Sie nicht.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Geschätzte Frau Asch, Ihren Bericht – davon gehe ich fest aus – werden Sie irgendwann von der Landesregierung als Regierungsbilanz in diesem Politikfeld auch bekommen. Dafür allerdings hätte es Ihres Antrags nicht bedurft. – Schönen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Lindner. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Laschet das Wort. Bitte sehr, Herr Minister.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Nicht die Redezeit überziehen!)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was der Kollege Lindner gerade vorgebracht hat. Ich habe, als ich mich auf diese Rede vorbereitet habe, als Erstes gefragt, um was es überhaupt geht. Hier steht Antrag drüber, und der Antrag besteht aus einer Frage: Was tut die Landesregierung für Lesben und Schwule?

Solche Fragen werden normalerweise in Kleinen oder Großen Anfragen oder auch in Fragestunden gestellt. Ich habe die Politik der Fraktionen im Landtag aber immer so verstanden, dass sie politische Vorstöße machen, dass Sie Vorschläge machen und in Debatten, nach denen der Landtag abstimmen soll, keine Fragen stellen.

Ich werde gleich die Frage beantworten: Was tut die Landesregierung für Lesben und Schwule?

Wenn man den Antrag bis zum Ende liest, stellt man fest – und das ist ein Politikfeld, in dem Sie die Landesregierung nicht kritisieren –, dass Sie nur einen Bericht über die Arbeit unserer Antidiskriminierungspolitik fordern. Die Antidiskriminierungspolitik der Landesregierung ist natürlich mehr als nur dieses eine Thema. Hätten wir einen Bericht zur Antidiskriminierungspolitik vorgelegt, wäre der wesentlich umfassender ausgefallen. Dass wir lieber konkret gegen Antidiskriminierung arbeiten, als Berichte zu schreiben, möchte ich Ihnen gerne darstellen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Nur vorwärts!)

In unserem Bundesland bestehen gute Rahmenbedingungen für das professionelle und ehrenamtliche Engagement im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit. Wir fördern das schon erwähnte Projekt SchLAu, das auch die antragstellende Fraktion hervorhebt. Da leisten 80 ehrenamtliche Mitarbeiter des Vereins für schwul-lesbische Aufklärung für Jugendliche vor allem an den Schulen unseres Landes erfolgreiche Antidiskriminierungsarbeit.

Darüber hinaus haben wir fünf psychosoziale Beratungsstellen, die wir fördern: in Bochum, Dortmund, Köln, Münster und Siegen. Wir fördern die Landeskoordination der Anti-Gewalt-Arbeit beim Sozialwerk in Köln, und wir fördern die Landesgeschäftsstellen der LAG Lesben in Nordrhein-Westfalen und des Schwulen Netzwerks Nordrhein-Westfalen. Und das alles ist eine Kombination von Selbsthilfeinitiativen, von bürgerschaftlichem Engagement, das hier eine staatliche Unterstützung erhält.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Asch?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Frau Asch.

Andrea Asch^{*)} (GRÜNE): Herr Minister, können Sie dem Parlament erklären, warum Sie als Landesregierung sehr wohl einen Integrationsbericht, einen Sozialbericht, einen Gleichstellungsbericht vorlegen, sich aber offenbar im Bereich der Politik für Schwule und Lesben weigern, dem Landtag einen Bericht vorzulegen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Frau Kollegin Asch, ich habe versucht zu erläutern, dass wir Antidiskriminierungsarbeit machen, uns aber nicht mit Berichten lahmlegen.

(Beifall von der CDU)

Warum wir in den anderen Feldern Berichte erstellen, kann ich Ihnen sehr gerne sagen. Das ist nämlich ein Unterschied. Ich hätte an Ihrer Stelle allerdings nicht den Sozialbericht erwähnt. Kollege Laumann hat Ihnen hier deutlich gemacht, dass wir Armutsberichte vorlegen, weil wir eine Debatte brauchen, wie wir da etwas verändern können. Sie haben in Ihrer Amtszeit die Berichte gar nicht mehr vorgelegt, weil Sie Angst hatten vor der Debatte hier im Parlament.

(Beifall von der CDU)

Das war doch der Grund. Kollege Laumann kommt hierher, legt den Armutsbericht vor und möchte ihn hier diskutieren.

Unser Integrationsbericht ist etwas ganz anderes. Das ist eine Aufbereitung von Maßnahmen, die seit 2006 beschlossen wurden.

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

Frau Kollegin Asch, ich sage Ihnen gleich, warum vor 15 Jahren Ihre Berichte vielleicht richtig waren. Sie sind aber gedanklich stehen geblieben. Wir sind doch heute viel weiter mit unserer Politik.

(Beifall von der CDU)

Aber bei der Integrationspolitik haben wir im Jahre 2006 begonnen, haben zugesagt, dass wir dem Landtag jährlich berichten werden, wo wir stehen, haben den Mikrozensus als erstes deutsches Bundesland aufbereitet, damit wir wissen, wo die Problemlagen sind. Die Situation ist überhaupt nicht vergleichbar mit der, über die wir hier diskutieren.

Noch einmal zur Sache: Ich habe Ihnen gerade die Maßnahmen genannt, die wir bei der Antidiskriminierungsarbeit für Lesben und Schwule unterneh-

men. Dafür steht in der Weiterentwicklung der Strukturen die ARCUS-Stiftungsinitiative, die durch das private Engagement von Bürgerinnen und Bürgern aufgebaut wird. Auch das muss man hier einmal lobend erwähnen. Politik soll nicht immer so tun, als wenn sie das alles alleine kann. Hier haben Bürgerinnen und Bürger selbst die Initiative ergriffen, und wir unterstützen das.

Ich werde am 30. Mai wieder in Köln sein, habe die Schirmherrschaft für die diesjährige Aktion übernommen. Wir wollen in der Tat auch bürgerschaftliches Engagement für dieses wichtige Politikfeld einwerben. Ich erinnere daran, dass der Landtag von Nordrhein-Westfalen die Gründung der Stiftung einhellig begrüßt hat. Frau Asch, ich habe es eben erwähnt: Vor 15 Jahren machte das Sinn. Da standen wir ganz am Anfang in diesem Politikfeld.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie, ja!)

– Nein, Sie. Sie haben doch 1996 erst damit angefangen.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Ach, Quatsch!)

Darf ich Sie einmal loben, Frau Löhrmann?

(Beifall von der CDU)

Wenn ich das Jahr 1996 nenne,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Da sind wir gerade in die Regierung gekommen!)

dann war das die Zeit, zu der Sie in die Regierung kamen. Sie müssen ja nicht so tun, als wenn vorher die Sozialdemokraten ständig an der Spitze des Christopher Street Days marschiert wären.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das stimmt!)

Das ist doch eine Entwicklung, die in den 90er-Jahren auf die Tagesordnung gekommen ist. Da machte es auch Sinn, hier Berichte einzufordern. Nur kann man schlecht in Anträgen schreiben: „Wir wollen Taten statt Worte“, und die Schlussfolgerung ist: Sie hätten gerne einen Bericht voller Worte ohne Taten.

Wir setzen auf die Taten und nicht auf Worte. Deshalb machen wir dazu keine Berichte.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war das Ziel, dass Sie mich einmal loben!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den **Antrag Drucksache 14/8871** selbst, weil die antragstellende Fraktion direkte Abstimmung beantragt hat. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen und die Abgeordneten von der SPD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP. Enthaltungen? – Damit hat der Antrag nicht die erforderliche Mehrheit gefunden und ist **abgelehnt**.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung.

Die **nächste Sitzung** findet statt am Mittwoch, den 6. Mai 2009, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend, schöne Osterfeiertage und eine sichere Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:39 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.